

## Einleitung

### I. Quellenlage

#### *1. Die Ministerratsprotokolle des Kabinetts Schäffer*

Für das Kabinett Schäffer (28. Mai bis 28. September 1945) liegen insgesamt neun Ministerratsprotokolle vor. Es kann als sicher angenommen werden, daß auch nur neun Sitzungen des Ministerrats stattgefunden haben. Die Protokolle sind – im Unterschied zu allen nachfolgenden Kabinetten, von denen mehrere Serien hektographierter Protokolle existieren – als Typoskripte, Durchschläge und Hektographien im Registraturexemplar der Bayerischen Staatskanzlei überliefert.<sup>1</sup> Weiteres Material zu den Sitzungen findet sich in den einschlägigen Akten. Im Nachlaß Hoegner konnten kurze Notizen in Gabelsberger Stenographie ermittelt werden, die sich auf die Sitzungen vom 6. und 26. Juli 1945 beziehen und in Kürze deren Inhalt festhalten. Sie bieten jedoch nur wenige zusätzliche Informationen.<sup>2</sup>

Die Geschäftsordnung des Kabinetts Schäffer von Ende Juli 1945 ging bezüglich der Ministerratssitzungen nicht ins Detail. Es wurde lediglich erwähnt, daß der Ministerpräsident den Vorsitz führe, seine Stimme in Zweifelsfällen und bei Meinungsverschiedenheiten entscheide und über die Verhandlungen des Ministerrats ein Protokoll geführt werde.<sup>3</sup>

Die Ministerratssitzungen wurden vom Ministerpräsidenten anberaumt. Die Einladungen vom 3. Juli und vom 26. Juli enthielten Tagesordnungen, die offensichtlich vom Ministerpräsidenten stammten. In den Sitzungen wurden sie ergänzt. Diese fanden im Amtszimmer des Ministerpräsidenten in der Prinzregentenstraße 7 statt, dem Gebäude der ehemaligen preußischen Gesandtschaft.<sup>4</sup>

Die Sitzungen wurden während der Amtszeit Schäffers zunächst in unregelmäßigen Abständen abgehalten. Aufgrund der Kritik der Militärregierung, „daß einzelne Ministerien mit dem Ministerpräsidenten sehr wenig Fühlung hätten“, schlug Schäffer den Ministern vor, beginnend mit dem 19. September, jeden Mittwoch nachmittags 16 Uhr eine Ministerratssitzung abzuhalten.<sup>5</sup>

Dieser wöchentliche Turnus blieb zwar mit dem Ministerrat am 19. September für das Kabinett Schäffer nur eine Episode, wurde aber in der Folge, mit Ausnahmen, die Regel.<sup>6</sup>

Alle Ministerratsprotokolle sind in indirekter Rede gehalten. Im Unterschied zu der später zu beobachtenden stärkeren formalen Einheitlichkeit der Protokolle (ab dem Kabinett Hoegner im Oktober 1945) weichen die neun Exemplare, die für das Kabinett Schäffer vorliegen, formal stark voneinander ab.<sup>7</sup>

Die Protokolle vom 8., 13., 21., 25. Juni, 6. und 26. Juli sind knappe Verlaufsprotokolle, das Protokoll vom 22. August (38 S.) und das vom 19. September (18 S.) sind dagegen ausführliche Verlaufsprotokolle. Das Protokoll der Sitzung vom 8. September 1945 (5 S.) hat den Charakter eines Beschlußprotokolls.

1 Der erste Band mit den Protokollen aus dem Zeitraum 8. 6. 1945–25. 4. 1946 trägt die Signatur *StK-MinRProt* 6. Die Sitzungen vom 22.8., 8. und 19. 9. 1945 liegen nur als Hektographien vor. Durchschläge bzw. Hektographien der Sitzungen vom 6.7., 26.7. und 22. 8. 1945 liegen auch im NL Hoegner 354; ein weiteres Exemplar der Sitzung vom 26. 7. 1945 in MF 69382; ein Protokoll des Ministerrats vom 8. 9. 1945 in StK 111759.

2 NL Hoegner 354. Herrn Ministerialrat Alois Schmidmeier, Referent des Stenographischen Dienstes des Bayerischen Landtages, hat der Bearbeiter für die Übertragung der Stenogramme zu danken.

3 S. u. S. 39.

4 Der Umzug der Staatskanzlei aus den bisherigen Räumen im Gebäude der Rhein-Main-Donau-Aktiengesellschaft in der Leopoldstraße 28 war in der Ministerratssitzung am 13.6. beschlossen und laut Weekly Report RMG Nr. 6, 15.-22. 6. 1945 (OMGBY 13/74-2/1) in dieser Woche vollzogen worden. Vor 1945 hatte der Ministerpräsident im Staatsministerium des Äußeren am Promenadeplatz 22 seinen Sitz gehabt. Das Gebäude der preußischen Gesandtschaft in der Prinzregentenstraße 7 war 1907–1909 errichtet worden, ab 1934 hatte es dem Reichsstatthalter in Bayern als Amtssitz gedient. Vgl. Bayerische Staatszeitung 30. 4. 1993.

5 Vgl. Nr. 9 Anm. 3.

6 Im Ministerrat am 24. 10. 1945 wurde der Vorschlag Staatssekretär Pfeiffers angenommen, regelmäßig am Mittwochnachmittag um 15 Uhr Ministerratssitzungen abzuhalten. In den fünfziger Jahren wurde der Dienstag zum festen Termin des Ministerrats.

7 Von 1945–1954 wurden die Ministerratsprotokolle in den meisten Fällen auf Schreibmaschinen mit besonders großer Type, sogenannten „Führermaschinen“ der Staatskanzlei, die aus der Reichskanzlei stammten, niedergeschrieben.

In den Protokollen der Sitzungen vom 8., 13., 25. Juni und 6. Juli 1945 wird der in der Staatskanzlei tätige Oberregierungsrat Dr. Karl Weinisch<sup>8</sup> als Protokollführer genannt, die Protokolle vom 25. Juni, 6. und 26. Juli sind von ihm auch unterzeichnet.<sup>9</sup> Das Protokoll vom 21. Juni 1945 enthält keinen Hinweis auf den Verfasser. In der Form weicht es sowohl von den von Weinisch erstellten Protokollen als auch den späteren ab; so ist zu vermuten, daß hier eine andere, unbekannte Autorschaft vorliegt.

Da Weinisch am 7. August 1945 auf Anordnung der Militärregierung entlassen wurde, scheidet er als Autor der Protokolle ab dem 22. August aus. Diese sind ungezeichnet. Vieles spricht dafür, daß Claus Leusser<sup>10</sup> ihr Verfasser war, der in den Anwesenheitslisten vom 22. August und 8. September als einziger Beamter aus der Staatskanzlei aufgeführt wird und seit dem Amtsantritt Hoegners als Sekretär bzw. Generalsekretär des Ministerrats für die Vorbereitung, Durchführung und das Protokoll der Sitzungen verantwortlich war. Seit dem Protokoll vom 20. Oktober 1945 unterzeichnete er die Protokolle neben dem Ministerpräsidenten und dem Leiter der Staatskanzlei.<sup>11</sup> Leussers Protokolle fußten auf von ihm selbst während der Sitzungen verfaßten stenographischen Aufzeichnungen.<sup>12</sup>

Keines der Protokolle trägt ein Ausfertigungsdatum, so daß nicht erkennbar ist, mit welchem zeitlichen Abstand zur Sitzung ihre Redaktion abgeschlossen wurde.<sup>13</sup> Es gibt Hinweise, daß die Protokolle unmittelbar im Anschluß an die Sitzungen erstellt und den Mitgliedern des Ministerrats alsbald zugesandt wurden.

Einem handschriftlichen Vermerk Schäffers auf dem Protokoll vom 25. Juni ist zu entnehmen, daß der Protokollführer (Weinisch) dem Ministerpräsidenten das Typoskript des Protokolls vorgelegt hatte. Schäffer zeichnete das Protokoll mit der Bemerkung „gesehen“ und der Bitte um Wiedervorlage am 30. Juni 1945 ab, ohne Korrekturen im Text vorgenommen zu haben. Hinsichtlich des ihm am 10. Juli vorgelegten Protokolls über die Sitzung vom 6. Juli 1945 wies Schäffer Weinisch an, einen Satz aus dem Protokoll zu streichen. Eine Vorlage- und Genehmigungspraxis, bei der das Protokoll durch den Ministerpräsidenten autorisiert wird, wie sie für die spätere Zeit durchgängig nachweisbar ist, ist demnach auch für die Regierung Schäffer anzunehmen. Nicht zu klären war, ob auch den Teilnehmern ein Entwurf des Protokolls vorgelegt und ein Einspruchsrecht eingeräumt wurde.<sup>14</sup>

## 2. Weitere Protokollaufzeichnungen

Neben den Ministerratsprotokollen werden ergänzend vier weitere Protokolle über Besprechungen Schäffers mit Beamten abgedruckt. Es handelt sich um zwei Protokolle über Besprechungen, die je einem thematischen Schwerpunkt der Regierungstätigkeit in der Nachkriegszeit gewidmet sind: der Energieversorgung und dem Wohnungsbau. Zwei weitere Protokolle dokumentieren die Kontakte und Gespräche Schäffers mit den Vertretern der Regierungen, den Landräten und größeren Kommunen in Bayern.

## 3. Aufzeichnungen über Besprechungen Schäffers mit der Militärregierung

8 Dr. jur. Karl *Weinisch*, geb. 1889, Jurist, 1942 ORR beim Regierungspräsidenten in München, mit Wirkung vom 1. 12. 1944 zur Dienstleistung dem Ministeramt (Bayerische Staatskanzlei) zugewiesen.

9 Eine Durchsicht der letzten Protokolle vor 1945, aus dem Jahre 1938 (MA 99528), ergab, daß Weinisch sich formal durchaus an diese letzten Vorlagen angelehnt haben kann. Schäffer hatte 1931–1933 der Staatsregierung als Staatsrat angehört und war mit den damaligen Gepflogenheiten der Protokollführung vertraut.

10 Claus *Leusser* (1909–1966), Jurist, Stipendiat der Stiftung Maximilianeum, 1935 Staatsanwalt, seit 15. 6. 1945 in der StK, als ORR, dann MinRat Leiter der Abteilung D, Rechts- und Gesetzgebungsangelegenheiten, ab Juli 1948 auch der Abteilung F, Verfassungsfragen, September/Oktober 1945 bis Ende 1951 Generalsekretär des Ministerrats und damit für die Vorbereitung und die Protokolle der Ministerratssitzungen verantwortlich, 1946 Generalsekretär des Vorbereitenden Verfassungsausschusses, 1948 als Mitarbeiter beim Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee, im November 1948 als ‚Offizieller Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung‘ zum Parlamentarischen Rat entsandt, als Leiter der Rechts- und Verfassungsabteilung der StK seit Mai 1949 regelmäßig Vortrag im Ministerrat zu den Bundesratsangelegenheiten (wie die Protokolle zeigen, dies bereits seit 1945 unregelmäßig zu Gesetzentwürfen) und Leiter der Koordinierungssitzungen am Vortage des Ministerrats, September 1951 Richter im Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts, seit Dezember 1951 Bevollmächtigter Bayerns beim Bund im Range eines MD, Frühjahr 1963 bis zu seinem Tode 1966 MD und Generalsekretär im StMJu.

11 Dazwischen liegt das Protokoll vom 8. 10. 1945. Es ist ungezeichnet. Die Vermutung spricht jedoch auch hier für Leusser als Verfasser.

12 Dr. oec. publ. Hans *Kraus* (1879–1952), Leiter der StK, an StMF, 9. 3. 1946 (MF 69431).

13 Das Protokoll vom 8. 6. 1945 trägt rechts oben den hs. Vermerk ‚z. Akt 7. 7. 1945, Weinisch‘.

14 Nach dem Inhalt der Ministerratssitzungen ist auszuschließen, daß die Militärregierung einen Abdruck erhielt.

Aufzeichnungen über Unterredungen, die Schäffer im Zeitraum vom 13. Juni bis 27. September 1945 mit Offizieren des Regional Military Government Detachment (RMG), dem Vorläufer der im Oktober gebildeten Militärregierung für Bayern (OMGB) führte, bilden die dritte in diesem Band publizierte Quellengruppe. Sie liegen im Nachlaß Schäffers im Bundesarchiv in Koblenz.<sup>15</sup> Angefertigt wurden sie vom Leiter des Dolmetscherbüros der Staatskanzlei, Paul Kinkeldey<sup>16</sup>, der, ein Finanzfachmann, für Schäffer dolmetschte und gelegentlich die Funktion eines Referenten ausfüllte.<sup>17</sup>

Die meisten Besprechungsvermerke tragen die Paraphe Kinkeldeys, die Vermerke vom 28. August (Nr. 77) und vom 4. September (Nr. 82) sind von ihm unterzeichnet. Ein Indiz für die Vertrauensstellung von Kinkeldey ist die Tatsache, daß die Aufzeichnung über die Besprechung bei der Militärregierung vom 8. September (Nr. 86) den handschriftlichen Vermerk trägt: „Besuch durch Kinkeldey alleine“.

Aus der 123-tägigen Regierungszeit Schäffers liegen 89 solcher Besprechungsvermerke – in sieben Fällen jeweils zwei zu einem Tag – über Unterredungen Schäffers in Begleitung von Kinkeldey im Hauptquartier des Regional Military Government in der Holbeinstraße 11 in München vor.<sup>18</sup> Wenn sich Schäffer in München befand, kam er demnach fast täglich, außer sonntags,<sup>19</sup> meist mit mehreren Offizieren des RMG zusammen.

Schäffer führte natürlich schon seit seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten am 28. Mai und damit schon vor dem Einsetzen der Serie von Besprechungsvermerken<sup>20</sup> eine Vielzahl von Unterredungen mit Offizieren des RMG.<sup>21</sup>

Der Form nach sind die Kinkeldeyschen Vermerke lakonisch, kurz und knapp. Sie dokumentieren sowohl Schäffers Anträge bei der Militärregierung als auch deren Weisungen an den Ministerpräsidenten.

Im Anschluß an die Gespräche unterrichtete Schäffer einzelne Kabinettskollegen über deren Verlauf und gab Weisungen zur Umsetzung der Aufträge der Militärregierung. Diese Schreiben<sup>22</sup> machen deutlich, daß, obwohl die Geschäftsordnung den unmittelbaren Verkehr der Staatsminister mit den jeweiligen Verbindungsoffizieren der Militärregierung vorsah,<sup>23</sup> die alleinige Verantwortlichkeit des Ministerpräsidenten gegenüber den Amerikanern in der Praxis dazu führte, daß sehr viele Sachfragen über ihn liefen und erst im Anschluß delegiert wurden.

15 Im NL Schäffer 15, früher 33.

16 Paul *Kinkeldey* (1903–1966), seit 1924 in der Revisionsabteilung des Bankhauses Aufhäuser, ab 1938 Aufhäuser, Seiler & Co., 1938–1944 Leiter der Kreditabteilung, 1943 Prüfung als Verhandlungsdolmetscher, 1944/1945 Dolmetscherkompanien, u.a. bis Februar 1945 in der Kompanie des Hauptmanns Gerngroß, seit 15.6. 1945 Leiter des Dolmetscherbüros in der Staatskanzlei. Er stellte sich auf Wunsch Schäffers „in einer Notlage freiwillig zur Verfügung“, als „persönlicher Dolmetscher, unter Aufgabe einer interessanten und produktiven Tätigkeit“. Gegen Ende 1946 aus der StK ausgeschieden, Wiederaufnahme der Tätigkeit beim Bankhaus Aufhäuser, Seiler & Co. *Bauer* S. 30 Anm. 40 schrieb Kinkeldeys Aufzeichnungen fälschlicherweise Schäffer zu.

17 Vgl. Schäffer an Finanzminister Kraus, 21. 1. 1947: „In meinem Büro in der Zeit als ich Ministerpräsident war, war Herr Kinkeldey als Dolmetscher beschäftigt. Er ist der beste Dolmetscher, der überhaupt in Diensten der Bayerischen Landesverwaltung gestanden ist und beherrscht insbesondere vollkommen die englische juristische und die englische Banken- und Finanzsprache. Darüber hinaus hat er aber auch Fähigkeiten und Eigenschaften, die ihn für jede Verwendung in einem Ministerium, in der Nähe des Leiters des Ministeriums vorzüglich geeignet erscheinen lassen“ (StK 113413). Laut freundl. Mitteilung von Frau Josefine Kinkeldey, 15. 10. 1992, hatte Schäffer 1949 die Absicht, Kinkeldey als persönlichen Referenten mit in das Bundesfinanzministerium nach Bonn zu nehmen.

18 Im Gebäude der Landesversicherungsanstalt Oberbayern.

19 Mit Ausnahme des 3. 6. 1945, s. Itinerar.

20 Der Beginn der Serie fällt zusammen mit der Aufnahme der Dolmetschertätigkeit durch Kinkeldey.

21 Diese Unterredungen werden für den Zeitraum vom 23.5.–18. 6. 1945, mit einer Lücke zwischen dem 4. und 12. 6. 1945, durch die Daily Summaries des RMG dokumentiert (OMGBY 13/74–2/3). Ihr Inhalt für die Tage vor dem Einsetzen der Dolmetscherprotokolle wurde im Itinerar festgehalten. Ferner hatte Schäffer z.B. am 9. 6. 1945 ein eingehendes Gespräch mit Keegan unter anderem über die Lage der Bevölkerung in Lindau (StK 110916). Dies ist übrigens eines der seltenen Male, daß Schäffer nachweislich mit Keegan sprach (vgl. ferner Nr. 18, 16.6.; Nr. 23, 22.6.; Nr. 25, 25.6.; Nr. 33, 5.7.; Nr. 74 und 75, 27. 8. 1945). Ein Vermerk Schäffers vom 11. Juni enthält eine Notiz über eine Besprechung mit Bromage bezüglich der Entnazifizierung der Regierung von Oberbayern (StK 113912).

22 Vgl. zu Nr. 17: Schäffer an Lange, 15. 6. 1945 (StK 110916); zu Nr. 33: Schäffer an Alzheimer, 7. 7. 1945 (StK 114524); zu Nr. 36: Schäffer an Fischer, 10. 7. 1945 (StK 114960); zu Nr. 49: Schäffer an StMF, 28. 7. 1945 (MF 70175); zu Nr. 50: Schäffer an Müller, 28. 7. 1945 (StK 114515); zu Nr. 63: Schäffer an StMWi, 11. 8. 1945 (StK 114515); zu Nr. 89: Schäffer an Hoegner, 12.9. 1945 (StK 113853); zu Nr. 92: Schäffer an Scharnagl, 15.9. 1945 (Stadtarchiv München BuR 2128); zu Nr. 96: Schäffer an Scharnagl, 20.9. 1945 (Stadtarchiv München BuR 2128); zu Nr. 98: Schäffer an StMF, 22.9. 1945 (StK 114266). Nur in einem Fall ist einem hs. Vermerk zu entnehmen, daß ein Dolmetscherprotokoll einem Kabinettsmitglied, dem Staatsrat im StMF Müller, zur Einsicht überlassen worden war (Nr. 67).

23 S. u. S. 40.

Der Schwerpunkt der Besprechungen<sup>24</sup> lag auf Finanz- und Haushaltsangelegenheiten, da Schäffer die Gespräche in seiner Doppelleienschaft als Ministerpräsident und als Finanzminister führte<sup>25</sup>.

Bemerkenswert ist das sachliche, kooperative<sup>26</sup> und gerade in den Finanzangelegenheiten äußerst kompetente Niveau der Beratungen, das die Vermerke erkennen lassen. Diese vermitteln den Eindruck, daß innerhalb des RMG der Wille zum Wiederaufbau und zur Ingangsetzung einer funktionierenden Verwaltung andere Zielsetzungen der amerikanischen Nachkriegsplanungen, darunter an erster Stelle die Entnazifizierung, deutlich überwog.<sup>27</sup> Ferner korrigiert die ersichtliche Kompetenz der Offiziere des RMG, an ihrer Spitze die für Finanzen zuständigen Majors Phillipps und Shearer, aber auch Captain Schweizer, das teilweise negative Urteil über die Auswahl und Qualität des Militärregierungspersonals.<sup>28</sup>

Die Dolmetscherprotokolle bilden einen wichtigen Quellenbestand zur Dokumentation der Regierung Schäffer, da sie eine weitaus größere Zahl von Einzelthemen als die Ministerratsprotokolle erfassen. Ihr Abdruck bringt qualitativ und auch quantitativ<sup>29</sup> die Bedeutung zum Ausdruck, die die Militärregierung und die Kontakte des Ministerpräsidenten zu RMG im Verhältnis zu dem in den Ministerratsprotokollen dokumentierten eigenständigen Regierungshandeln der bayerischen Regierung hatten. Hierdurch wird auch die besondere Situation des Kabinetts Schäffer deutlich, das wie kein anderes nach ihm von den Weisungen der Militärregierung abhängig war; auch werden bislang unbekannte Akteure der Militärregierung auf Landesebene ersichtlich, deren Rolle für Weichenstellungen in der bayerischen Nachkriegszeit von eminenter Bedeutung war.

## II. Die Bayerische Staatsregierung

Auf der ersten Tagung des Bayerischen Beratenden Landesausschusses am 26. Februar 1946 schilderte Staatssekretär Anton Pfeiffer den Zustand Bayerns bei Kriegsende folgendermaßen: „Beim Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft Ende April 1945 war Bayern kein staatsrechtlicher Begriff mehr, sondern nur noch ein Traditionsname für ein Gebiet, das im nationalsozialistischen Einheitsstaat in sechs Gaue gegliedert war: [...] Reste der alten bayerischen Staatszentralbehörde, der alten bayerischen Staatsregierung, bestanden noch in Form von Behörden, die zwar noch die Bezeichnung Staatsministerien führten, aber deren Zuständigkeiten zum allergrößten Teil auf das Reich übergegangen waren. Die sogenannte bayerische Regierung bestand zum Schluß nur noch aus dem Gauleiter Giesler<sup>30</sup> des Traditionsgaues München-Oberbayern, der gleichzeitig mit der Leitung der noch bestehenden Ministerien beauftragt war. Es gab nur noch das Ministerpräsidium mit einer Bayerischen Staatskanzlei, die aber nur noch ein Büro des Ministerpräsidenten<sup>31</sup> war, ein sogenanntes Staatsministerium der Finanzen, ein sogenanntes Staatsministerium des Innern, ein sogenanntes Staatsministerium für Unterricht und Kultus und ein sogenanntes Staatsministerium

24 Es ist davon auszugehen, daß alle Ressortchefs ähnliche Besprechungen mit ihren Verbindungsoffizieren führten. Relativ ausführliche amerikanische Besprechungsvermerke über Unterredungen Kultusminister Hipps mit Major D'Arms und Capt. Landeen vom 27.6., 2.7. und 4. 7. 1945 liegen vor (OMGUS 5/308–2/30). Eine Reihe kurzgefaßter Inhaltsangaben über Gespräche vor allem mit Rattenhuber und Wirtschaftsminister Lange befinden sich in den Daily Summaries (OMGBY 13/74–2/3). Vgl. auch den Bericht über die Besprechung in der Food and Agriculture Section, 17.9. 1945, betr. Statuten des Bayerischen Bauernverbandes (OMGBY 10/189–1/15).

25 Vgl. Phillipps in Nr. 16.

26 Schäffer bezeichnete vor allem die Zusammenarbeit mit Bromage als vertrauensvoll; *Schäffer*, Ministerpräsidentenschaft S. 15. In anderem Zusammenhang hob er die reibungslose Zusammenarbeit mit den Verbindungsoffizieren, in erster Linie mit Phillipps, Bromage und Reinemund, hervor (StK 113444).

27 Vgl. Phillipps an RMGO (= Keegan), 18. 6. 1945 (OMGBY 10/162–1/1).

28 S. u. S. 82.

29 Vgl. Schäffer an Apelt, 22. 2. 1949: „Der Besuche waren damals [im Sommer 1945] soviel und der Aufbau der Verwaltung nahm die Zeit, die durch die täglichen Besprechungen mit der Militärregierung schon so in Anspruch genommen war, so voll in Anspruch, daß ich die Besuche, die sich meldeten, unmöglich alle selbst empfangen konnte“ (NL Schäffer 63).

30 Paul *Giesler* (1895–1945), 1942 Gauleiter von Westfalen-Süd, im selben Jahr Übernahme der Geschäfte des Gauleiters von München-Oberbayern, des Bayer. Ministerpräsidenten und des Finanzministers, 1944, nach Adolf Wagners Tod, dessen Nachfolger in diesen Ämtern, dazu bayer. Innen-, Wirtschafts- und Kultusminister.

31 *Niederschrift der ersten Tagung des Bayerischen Beratenden Landesausschusses*, 26. 2. 1946, S. 46 (Ex. NL Pfeiffer 401), teildentisch mit *Pfeiffer*, *Wie Bayern wieder ein Staat wurde*, S. 7f.. Dort heißt es an dieser Stelle, daß die Staatskanzlei „in Wirklichkeit nur noch ein Büro des Gauleiters war“.



für Wirtschaft mit drei Abteilungen.[...] <sup>32</sup> Deutschland war durch das ‚Gesetz über den Neuaufbau des Reiches‘ vom 30. Januar 1934 staatsrechtlich ein Einheitsstaat geworden“.<sup>33</sup>

Durch die Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945<sup>34</sup> hatten die vier Siegermächte die „oberste Regierungsgewalt“ in ganz Deutschland übernommen. Innerhalb der amerikanischen Besatzungszone übte gemäß Art. II Satz 1 der Proklamation Nr. 1 diese Regierungsgewalt die amerikanische Militärregierung aus.<sup>35</sup> Die Hoheitsrechte des Reiches waren auf die Besatzungsmächte übergegangen.

### 1. Umrisse einer bayerischen Landesverwaltung

Am 30. April marschierten Einheiten der 7. US-Armee in München ein.<sup>36</sup> Am 4. Mai 1945<sup>37</sup> wurde der Münchener Oberbürgermeister der Jahre 1924–1933, Dr. h.c. Karl Scharnagl,<sup>38</sup> von der Militärregierung für den Stadtkreis München kommissarisch als Oberbürgermeister eingesetzt. Darüber hinaus wurde ihm bezüglich der Landesbehörden und der in Bayern gelegenen ehemaligen Reichsbehörden die Vollmacht übertragen, Anordnungen zu erlassen, die deren Arbeitsfähigkeit erhalten bzw. wiederherstellen sollten.<sup>39</sup> Scharnagl stand also in diesen Tagen theoretisch auch an der Spitze der bayerischen Landesverwaltung, jedoch beschränkte sich seine Wirksamkeit infolge der damaligen sehr schlechten Kommunikationsmöglichkeiten darauf, die Vorstände verschiedener in München gelegener Behörden zu ernennen. So benannte er im Einverständnis mit der Militärregierung den Direktor der Landesversicherungsanstalt Oberbayern,<sup>40</sup> den Präsidenten des Landesarbeitsamtes Südbayern,<sup>41</sup> den Rektor der Universität München,<sup>42</sup> den Regierungspräsidenten von Oberbayern<sup>43</sup> und den Vorstand der Ortskrankenkasse<sup>44</sup> in München,<sup>45</sup> ferner den Vorstand der Bayerischen Versicherungskammer.<sup>46</sup> Auch der zunächst kommissarische Präsident der Industrie- und Handelskammer München, Kloepper,<sup>47</sup> wurde am 10. Mai von Scharnagl beauftragt, die Kammer wieder arbeitsfähig zu machen.<sup>48</sup> Ebenso hatte Scharnagl von der Militärregierung am 22. Mai den Auftrag erhalten, den

32 Vgl. Weekly Report RMG Nr. 1, für die Woche bis zum 21.5. 1945: „Upon arriving in Munich, Germany, State Government was found to be non-existent. State Government building was badly damaged by bombing, and the personnel evacuated“ (OMGBY 13/74–2/1).

33 S. Anm. 104.

34 Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Ergänzungsblatt Nr. 1 S. 7–9.

35 Proklamation Nr. 1 (United States Zone) des Oberbefehlshabers der Amerikanischen Streitkräfte in Europa, Dwight D. Eisenhower, 14. 7. 1945, Abdruck bei *Hemken*.

36 *Deuerlein/Gruner* S. 556; *Pfeiffer* S. 48 (wie Anm. 31).

37 Vgl. Ernennungsschreiben Scharnagls, von ihm in der Stadtratssitzung am 1.8. 1945 zitiert. Danach wurde er mit Wirkung vom 4. 5. 1945 als OB eingesetzt (Redemanuskript von Scharnagl, 1. 8. 1945, im Archiv des BR). *Heubl* S. 35; *Krieg* S. 398. Zur Tätigkeit des Detachments für den Stadtkreis München in den ersten Tagen der Besetzung vgl. *Niethammer*, Mitläuferfabrik S. 142 und *Boehling* S. 187–201.

38 Dr. h.c. Karl *Scharnagl* (1881–1963), kath, Bäckerlehre, 1911–1918, 1920–1924, 1928–1932 MdL (BVP), 1919–1924 Stadtrat, 1924–1933 1. Bürgermeister (seit 1927 Titel: Oberbürgermeister) in München, 20. 3. 1933 Rücktritt, 1933–1945 Übernahme der elterlichen Bäckerei, August bis Oktober 1944 im KZ Dachau, am 4. 5. 1945 von der Militärregierung als Oberbürgermeister von München eingesetzt, im Herbst Mitbegründer der CSU, 1946–1948 gewählter Oberbürgermeister, 1948–1949 2. Bürgermeister (Präsident BRK, Dt. Städtetag), 1946 Mitglied des Vorbereitenden Verfassungsausschusses, des Bayer. Beratenden Landesausschusses und der Verfassungsgebenden Landesversammlung, 1947–1949 Mitglied des Bayer. Senats.

39 *Heubl* S. 35, *Pfeiffer* S. 49 (wie Anm. 31), *Niethammer*, Besatzungsmacht S. 177.

40 Max *Peschel* (1886–1969), Metalldreher, 1919–1932 Arbeitersekretär, 1928–1933 Leiter der Rechtsabteilung des ADGB München, 1945–1954 Vorstandsvorsitzender und Direktor der LVA Oberbayern, 1946–1950 MdL (SPD).

41 Scharnagl an Hans *Menzel*, 11. 5. 1945 (Personalakt Menzel BA B 158/763).

42 Prof. Dr. Albert *Rehm* (1871–1949), Altphilologe, 1906 Prof. für klass. Philologie und Pädagogik in München, 1930/31 und 1945 Rektor der Universität, 1925 o. Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Zur Bestellung Rehms durch Scharnagl s. OMGUS 5/308–2/30.

43 Ludwig *Osthelder* (1877–1954), Jurist, 1906 Eintritt in den bayer. Verwaltungsdienst, 1917–1920 Bezirksamtmann Kelheim, seit 1920 StMUK, 1923–1932 im Range eines MinRat, 16. 9. 1932–1. 10. 1933 RP der Pfalz in Speyer (BVP), 1933 in den Wartestand, 1938 in den Ruhestand versetzt, 24. 5. 1945–31. 12. 1948 RP von Oberbayern, Vors. des 1949 gegründeten Landesverbandes der Pfälzer im rechtsrheinischen Bayern. Ernennung zum RP am 23. 5. 1945, MG Report for City of Munich, Landkreis Munich, Regierungsbezirk Oberbayern Nr. 3, 20.–27. 5. 1945 (OMGBY 13/142–1/7). Vgl. *Zorn* S. 549.

44 Gustav *Schiefer* (1876–1956), Schreiner, seit 1911 hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär, 1919–1933 geschäftsführender Vorsitzender des ADGB, Ortsausschuß München, 1933 zwei Monate in Stadelheim und 25.8.–6. 10. 1944 in Dachau inhaftiert, ab Mai 1945 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Freier Münchner Gewerkschaften, seit 1946 stellv. Vors. des Bayer. Gewerkschaftsbundes, 1950–1953 stellv. Landesvorsitzender des DGB in Bayern, 1924–1933 und 1945–1952 Stadtrat in München (SPD), 1945–1948 als Fraktionsvorsitzender, 1946 Mitglied der Bayer. Verfassungsgebenden Landesversammlung, 1947–1954 Vizepräsident des Bayer. Senats. Vgl. *Niethammer*, Besatzungsmacht S. 182.

45 Liste lt. *Heubl* S. 35.

46 Lt. Aufzeichnung: „Vorgeschichte der Berufung Dr. Anton Pfeiffers in die Staatskanzlei“ (NL Pfeiffer 540).

47 Reinhard *Kloepper* (1901–1976), Mitinhaber der Firma Klöpfer & Königer Sägewerke und Holzgroßhandlung München, 1945–1952 Präsident der IHK München.

48 Vgl. Ansprache Kloeppers am 15.5. und Vermerk über die Präsidialsitzung am 17. 5. 1945 (IHK-WA K 1/I 16).

Neuaufbau des Bayerischen Roten Kreuzes einzuleiten.<sup>49</sup> Am 9. Mai 1945 wurde Ernst Rattenhuber von der Militärregierung für den Stadtkreis München zum Direktor des Bayerischen Landesamtes für Ernährung und Landwirtschaft ernannt<sup>50</sup>, wenige Tage später von RMG bestätigt.<sup>51</sup>

Von den später zu Ministerratssitzungen zugezogenen Personen war auch der Leiter der Landesforstverwaltung, Alfred Hoepffner,<sup>52</sup> als Direktor der Bayerischen Landesforstverwaltung<sup>53</sup> vor der Ernennung Schäffers von der Militärregierung in seine Funktion berufen worden.<sup>54</sup>

Ähnlich wie Hoepffner, Schwink<sup>55</sup> und Rattenhuber, dessen Einsetzungsmodus Niethammer<sup>56</sup> als charakteristisch für die Ernennung von Verwaltungsleitern in den ersten Tagen nach der Besetzung bezeichnet, setzten im Mai 1945 überall in Bayern die örtlichen Militärregierungen kommissarische Regierungspräsidenten, Landräte und Oberbürgermeister ein.<sup>57</sup> Die Besetzung hoher Stellen war demnach, nicht planmäßig,<sup>58</sup> sondern den unterschiedlichen lokalen Erfordernissen und Präferenzen der jeweiligen Militärregierungsbeamten entsprechend, bereits lebhaft im Gange, als Ende Mai 1945 mit Fritz Schäffer der erste Ministerpräsident eines deutschen Landes berufen wurde.

## 2. Die Berufung Fritz Schäffers zum Ministerpräsidenten

Im Mai 1945 fand in München eine Vielzahl von Sondierungsgesprächen statt. Die Amerikaner befragten Beamte, führende Politiker aus der Zeit vor 1933 sowie die Repräsentanten gesellschaftlicher Gruppen zunächst mit dem Ziel, sich ein Bild des Verwaltungsaufbaues zu verschaffen und um Personalempfehlungen zu erhalten. Repräsentanten der BVP und SPD knüpften intern und parteiübergreifend Kontakte, nicht zuletzt um personell auf die Übernahme von Verantwortung vorbereitet zu sein.

Dies mündete ein in die Berufung Fritz Schäffers zum Ministerpräsidenten.

Bei Kriegsende befand sich Schäffer in Ostermünchen bei Rosenheim. Als er Anfang Mai 1945 erfuhr, daß die Amerikaner Karl Scharnagl kommissarisch mit der Führung der Stadtgeschäfte betraut hatten, suchte er am 11. Mai seinen BVP-Parteifreund<sup>59</sup> in München auf.<sup>60</sup> „Bei meinem Besuch in München“, schreibt Schäffer, „brachte mich der Verleger der Zeitschrift ‚Das Bayerland‘, Dr. Pflaum<sup>61</sup>, mit dem Leiter der ersten

49 Jahresbericht des Bayerischen Roten Kreuzes 1965/1966 S. 39f.

50 Vgl. Volkert S. 264.

51 Niethammer, Besatzungsmacht S. 177f. Vgl. Weekly Report RMG Nr. 1, für die Woche bis zum 21. 5. 1945 (OMGBY 13/74–2/1). S. Entwurf des Ernennungsschreibens Rattenhubers durch Keegan zum „provisional Director of the Office for Food and Agriculture“, undatiert (OMGBY 10/186–2/20). Scharnagl ernannte Rattenhuber mit Schreiben vom 15. 5. 1945 auch zum kommissarischen bayerischen Bauernführer (Landesbauernschaft) (Kopien BayHStA Nachlaß Rattenhuber). Zur Ernennung zum Landesbauernvorsteher s. Weekly Report RMG Nr. 2, für die Woche bis zum 28. 5. 1945 (OMGBY 13/74–2/1) sowie Stinglwagner S. 80f. Vgl. Schäffer, Denkschrift S. 25 und Niethammer, Mitläuferfabrik S. 160 Anm. 52, der diese Personalunion als Weiterführung des Reichsnährstands bezeichnet. Mit Schreiben vom 20. 5. 1945 teilte RMG allen Detachments mit, daß das Landesamt für Ernährung und Landwirtschaft in der Ludwigstraße 1 seine Tätigkeit aufgenommen habe. Lt. Stinglwagner (S. 83) war die Abteilung Landwirtschaft des Wirtschaftsministeriums ab 2. 7. 1945 in der Max-Joseph-Straße 4 untergebracht.

52 Vgl. zu seiner Berufung Corson, Chief Forestry Section, an Keegan, 22. 5. 1945 (OMGBY 10/192–3/4).

53 Letter of appointment, 1.6. 1945, gez. Keegan (OMGBY 10/192–3/4). Mit Schreiben vom 12. 6. 1945 ernannte Schäffer Hoepffner kommissarisch zum Landesforstmeister (ML 8230).

54 Vgl. Weekly Report RMG Nr. 2, für die Woche bis zum 28. 5. 1945 (OMGBY 13/74–2/1).

55 Vgl. dessen Schilderung: „Bei Beginn der Besetzung wurde ich auf Vorschlag des Oberbürgermeisters Dr. Scharnagl von der Militärregierung mit der Leitung des Landeswirtschaftsamtes [München] beauftragt, weil ich der einzige Nichtparteigenosse unter den anwesenden Referenten des Landeswirtschaftsamtes war. Gleichzeitig übernahm ich mit Einverständnis der Militärregierung und des Oberbürgermeisters die Leitung des Bevollmächtigten für den Nahverkehr. Das Ministerium Schäffer wurde erst nach meiner Indienststellung gebildet“ (Eidesstattliche Erklärung von Schwink im Zusammenhang mit Schäffers Spruchkammerverfahren 1947, NL Schäffer 6). Zu Schwink s. u. S. 52f.

56 Niethammer, Besatzungsmacht S. 178.

57 U.a. Regierungspräsident Stegerwald in Würzburg am 18.5., angeblich auf Empfehlung Heinrich Brünings; Zorn S. 549. Vgl. zu Würzburg ferner Herde und Schott, zur Region Ansbach/Fürth Woller, zu München Boehling; zu Nürnberg Eckart, Rossmeissl, Dastrup und Nürnberg 1945–1949; zu Forchheim und Schwabach Beyer, zum Landkreis Altötting Grypa; zu Augsburg, Friedberg, Eichstätt, Nürnberg Peterson; zu Eichstätt Hürten; zu Coburg Beyersdorf; zu Bamberg Blessing; zu Passau Seidel; zu Wertingen Fiedler, zum Landkreis Fürstenfeldbruck Wollenberg und allg. Broszat/Henke/Woller, zu verschiedenen Städten Niethammer, Mitläuferfabrik S. 138ff.

58 Vgl. Niethammer, Besatzungsmacht S. 163; abweichend Pfeiffer S. 49 (wie Anm. 31).

59 Sie waren u.a. 1944 zusammen im KZ Dachau inhaftiert gewesen; Altendorfer, Fritz Schäffer als Politiker der Bayerischen Volkspartei S. 856.

60 Ebd. S. 868.

61 Dr. Richard Pflaum (1884–1951), Verleger, nach 1945 2. Vors. des CSU-Bezirksverbandes München und Mitglied des Landesvorstandes, 1946–1950 Stadtrat in München.

Kommission der amerikanischen Militärregierung, Mr. Bromage, zusammen.<sup>62</sup> Bromage erkundigte sich nach meiner politischen Vergangenheit in der Hitlerzeit“.

Am 17. Mai 1945 ließ Scharnagl Schäffer wiederum nach München holen und bat ihn, über die Bildung einer bayerischen Regierung nachzudenken. Schäffer müsse in der Lage sein, innerhalb 24 Stunden eine Landesregierung zu bilden, wenn die Amerikaner mit ihm in Verbindung treten würden.<sup>63</sup>

Am Pfingstsonntag, dem 20. Mai 1945, suchte der ehemalige Generalsekretär der BVP, Anton Pfeiffer, auf Anregung Scharnagls Schäffer auf, um mit ihm über die Bildung einer Landesregierung zu reden. Dabei komme, so Schäffer, für Pfeiffer „eine Funktion im Kultusministerium in Betracht oder eine Tätigkeit im Büro des Ministerpräsidenten [...] Darin brauche er Jemanden für die Verbindung mit der Besatzungsbehörde“.<sup>64</sup> Für das Kultusministerium habe er Hipp und als dessen Stellvertreter Meinzolt von der protestantischen Seite ins Auge gefaßt.<sup>65</sup>

Am 22. Mai 1945 sandten die Sozialdemokraten Thomas Wimmer und Gustav Schiefer Schäffer eine Liste mit Personalvorschlägen ministrabler SPD-Kandidaten zu,<sup>66</sup> die von Albert Roßhaupter angeführt wurde.<sup>67</sup> Sie bezogen sich dabei auf eine Besprechung mit Schäffer am 19. Mai 1945.<sup>68</sup>

Schäffer erwähnt später für diesen Zeitraum auch Kontakte mit Kommunisten, die jedoch keinen passenden Kandidaten präsentieren konnten.<sup>69</sup>

Um sich einen Überblick über die bayerische Verwaltung zu verschaffen, hatten die amerikanischen Militärregierungsbeamten im Mai 1945 damit begonnen, ehemalige Mitarbeiter des Reichsstatthalters und des Innenministeriums<sup>70</sup> sowie Personen aus der Wirtschaft und Landwirtschaft zu befragen. Im Bereich Finanzen wurden bereits personelle und sachliche Anordnungen getroffen. Am 16. Mai wurden Fritz Cammerer<sup>71</sup> als Direktor des Münchner Ablegers des Reichs-Rechnungshofes, Ludwig Mirre als Präsident des Reichsfinanzhofes<sup>72</sup> und Robert Seidl als Direktor des Hauptmünzamt im Amt belassen („continued“); Hans Rauch wurde am 15. Mai zum vorläufigen Präsidenten des Oberfinanzbezirkes Südbayern ernannt.<sup>73</sup> Ferner wurden bestimmte Anordnungen mit Bezug auf die Reichsbankhauptstelle München getroffen, nachdem am 4. Mai der bisherige Direktor entlassen worden und ein dreiköpfiges Direktorat mit Aloysius Padberg an der

62 Bromage hielt sich mit einem Vorkommando bereits in München auf, ehe das Regional Military Government Detachment am 15. Mai in München eintraf, s. u. S. 90.

63 Scharnagl nach der Aufzeichnung Pfeiffers (s. Anm. 46).

64 NL Pfeiffer 540 (s. Anm. 46). Als Privatsekretär in der Staatskanzlei hatte Schäffer nach dieser Aufzeichnung Dr. Stürmann vorgesehen. Vgl. *Reuter* S. 86ff.

65 Pfeiffers Bemerkungen in seinen Aufzeichnungen lassen erkennen, daß er damit gerechnet hatte, für die Leitung dieses Ressorts vorgeschlagen zu werden und auf die Nichtberücksichtigung enttäuscht reagierte (NL Pfeiffer 540). Er trat dann erst am 10. Juli in die Staatskanzlei ein.

66 NL Hoegner 113.

67 Auf ihr standen in dieser Reihenfolge: Roßhaupter; Hoegner; Dr. Hans Menzel, Staats. a.D.; MdL Esser; MdL Seidl; MdL Hagen; Johannes Teichmann, Studiendirektor; Moser, Rechtsanwalt, früherer Bürgermeister Füssen; Dr. Colbatzky, Rechtsanwalt; Andreas Piehler, langjähriger Angestellter Bergarbeiterverband; Gustav Schiefer, Sonderbeauftragter für die Auflösung und Abwicklung der Deutschen Arbeitsfront. Vgl. *Niethammer*, Besatzungsmacht S. 182 und Schäffer an RMG, Capt. Schweizer, 3. 9. 1945 (NL Schäffer 14), der in diesem Schreiben erwähnte, auch Wimmer sei von der SPD vorgeschlagen worden. – Thomas *Wimmer* (1887–1964), Schreiner, 1918–1933 Vors. des SPD-Ortsvereins München, 1925–1933 Stadtrat, 1933–1945 mehrmals verhaftet, u.a. KZ Dachau, Mai 1945 stellv. Leiter Arbeitsamt München, 16. 8. 1945 3. Bürgermeister, 1. 12. 1945 2. Bürgermeister, 1948–1952 gewählter 1. Bürgermeister, 1952–1960 Oberbürgermeister Münchens, 1946 Mitglied des Bayerischen Beratenden Landesausschusses und der Verfassunggebenden Landesversammlung, 1946–1958 MdL (SPD).

68 Lt. Gerngroß an Rauch, 12. 5. 1945, hatte auf seine Initiative bereits vor dem 12. Mai eine Besprechung stattgefunden, an der Schäffer, Schiefer und Wimmer teilgenommen hatten (Spruchkammerakte Hans Rauch). *Niethammer*, Besatzungsmacht (S. 182) schreibt davon abweichend, Schäffer habe erst am Tage nach seiner Ernennung Kontakt mit Sozialdemokraten aufgenommen und von Thomas Wimmer eine Liste regierungsfähiger SPD-Mitglieder erhalten.

69 Schäffer an Schweizer, 3. 9. 1945 (NL Schäffer 14). S. u. S. 62.

70 Weekly Report RMG Nr. 1, für die Woche bis zum 21. 5. 1945, auch Nr. 2 für die Woche bis zum 28. 5. 1945, hier besonders zum Aufbau des StMI (OMGBY 13/74–2/1).

71 Cammerer wurde nach der Bestätigung durch die Finanzabteilung der Militärregierung am 16. 5. am 20. 6. 1945 vom MPr. mit Zustimmung der Militärregierung zum Präsidenten des „Rechnungshofs in Bayern“ ernannt; *Pirker* S. 47 und Cammerer an die Finanzminister Württemberg-Badens und Groß-Hessens, 17. 1. 1946 (Kopie aus dem Archiv Regulative Institutionen des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung Berlin (ZI 6) im Besitz des Bearb.).

72 Zu Mirre vgl. Nr. 25.

73 Kopie des Ernennungsschreibens Rauchs, 15. 5. 1945 (Spruchkammerakte Hans Rauch).

Spitze an seine Stelle getreten war.<sup>74</sup> Am 21. Mai führte die Abteilung Property Control ein Gespräch mit Dr. Ehard, „acting President of Oberlandesgericht regarding files and records für feindliche Vermögen“.<sup>75</sup>

Am 23. Mai wurde auch Schäffer, der nach den Besuchen bei Scharnagl und der ersten Unterredung mit Bromage nach Ostermünchen zurückgekehrt war, von der amerikanischen Militärregierung nach München geholt und zuerst über seine frühere Justiztätigkeit befragt. Er vermutete, es sei daran gedacht, ihn in der Justizverwaltung zu verwenden.<sup>76</sup> Er hielt sich nun mehrere Tage in München zu Gesprächen über die Neuorganisation der bayerischen Justiz auf und wurde beauftragt, einen Organisationsvorschlag für das Oberste Landesgericht und Personalvorschläge für Richter zu machen.<sup>77</sup>

Nach der Bestandsaufnahme über den Aufbau und Zustand der bayerischen Verwaltung kam die Militärregierung unter Keegan zu dem Schluß, so rasch wie möglich eine von ihren Direktiven abhängige bayerische Regierung zu bilden.<sup>78</sup> Einer der Berater Keegans, Geschichtspräsident am Washington State College, Capt. Landeen, für Education and Religion zuständig und als Dolmetscher Keegans tätig, äußerte dazu 1966: „We had not been ordered from SHAEF to do this. But Colonel Keegan was extremely anxious that the Germans take over as early as possible“.<sup>79</sup> RMG begann demnach ohne Direktive einer vorgesetzten Stelle dieses – so auch das Verständnis Schäffers – „bayerische Experiment“<sup>80</sup>. Diese Entscheidung sah Keegan „in line with the Military-Government general policy of recreating as closely as possible Germany's pre-Nazi governmental forms“.<sup>81</sup> Die Entscheidung fand auf amerikanischer Seite nicht nur Zustimmung.<sup>82</sup>

Bezüglich geeigneter Personen trat man an die Exponenten der beiden großen christlichen Konfessionen in Bayern heran, Kardinal Faulhaber<sup>83</sup> und Landesbischof Meiser.<sup>84</sup> Monsignore Thalhamer, der Sekretär Faulhabers, überreichte den Amerikanern auf Ersuchen am 23. Mai 1945 eine Liste, die mit dem letzten Führer der BVP vor 1933, Fritz Schäffer, begann.<sup>85</sup> Schäffers Name hatte sich auch auf der „white list“ der Amerikaner befunden.<sup>86</sup>

74 Vgl. zum späteren Wechsel an der Spitze der Reichsbankhauptstelle Nr. 17 und 21. S. OMGBY 10/161–2/9.

75 Weekly Report RMG Nr. 1 und 2, für die Wochen bis zum 21. und 28. 5. 1945 (OMGBY 13/74–2/1) und MG Report for the City of Munich, Landkreis Munich, Regierungsbezirk Oberbayern Nr. 2, 13.-20. 5. 1945 (OMGBY 13/142–1/7).

76 Vgl. den Eintrag im Daily Summary RMG, 23. 5. 1945, betr. die Abteilung Civil Administration, der Bromage vorstand: „Conferred with RMGO [Keegan] and DRMGO [Reese] as to the importance of Mr. Fritz Schäffer, former Minister of Finance of Bavaria 1931–1933“ (OMGBY 13/74–2/3).

77 Memoirenskizze Schäffers, Teil der geplanten Lebenserinnerungen (NL Schäffer 1); teildentisch mit dem gedruckten Vortrag Schäffer, Ministerpräsidentenschaft, hier S. 4–5. Vgl. Schäffer, Regierungschef S. 22. Schäffer legte am 25. 5. 1945 einen Plan für die Organisation des Obersten Landesgerichts und eine Liste mit personellen Vorschlägen für die Besetzung des Gerichts vor. Diese Liste in Daily Summary RMG, 25. 5. 1945; er war dazu am 23. 5. 1945 aufgefordert worden (OMGBY 13/74–2/3).

78 In diesem Prozeß spielte im übrigen die Freiheitsaktion Bayern (FAB), die immerhin angetreten war, „bei der Neugestaltung des deutschen Schicksals zum mindesten bestimmend mitwirken zu können“ und die für kurze Zeit als „Personalagentur“ für RMG von Bedeutung war (vgl. Niethammer, Mitläuferfabrik S. 126–131), deren Vertrauen durch Eigenmächtigkeiten jedoch abrupt einbüßte, keine erkennbare Rolle; vgl. Weekly Report RMG Nr. 1 für die Woche bis zum 21. 5. 1945 (OMGBY 13/74–2/1) und MG Report for the City of Munich, Landkreis Munich, Regierungsbezirk Oberbayern Nr. 2 und 3, 13.-27. 5. 1945 (OMGBY 13/142–1/7). Boehling S. 198f. führt den Vertrauensverlust der FAB bei RMG auf den Einfluß Faulhabers zurück, der sie als Konkurrenz zu den von ihm favorisierten früheren BVP-Repräsentanten betrachtet habe. – Zu Vorbereitung, Zielen und zur Aktion der FAB am 28. 4. 1945 vgl. „Conclusive Report about the activities of F.A.B.“ gez. von Gerngroß und Leiling (32 S.) (OMGBY 10/130–3/1).

79 Niethammer, Besatzungsmacht S. 179 bes. Anm. 85; Peterson S. 217.

80 Vgl. Niethammer, Besatzungsmacht S. 188; Zorn S. 558.

81 Niethammer, Besatzungsmacht S. 179. Vgl. Niethammer, Mitläuferfabrik, der darin eine „föderalistische Vorentscheidung durch administrative Restauration auf Landesebene“ sieht (S. 162).

82 Vgl. Memorandum Major Harold Zink to Donald R. Heath, 10. 6. 1945, Reporting on an survey of Military Government in Bavaria, 27.5.-3. 6. 1945: „The opinion has been expressed that due caution should be used in going ahead too rapidly. Moreover, some have interpreted the recent activity in the direction of establishing RB [Regierungsbezirk] and Land governmental machinery as dictated more by the impatience of Military Government personnel than by actual necessity or prudence. It was the unanimous judgment of the survey party that there is real justification for setting up the German governmental system as far as the Land level, at least to the extent that machinery for handling food, finance, transportation, and probably health, welfare, labor, education, and public safety is concerned“, FRUS S. 947. Vgl. Niethammer, Mitläuferfabrik S. 161 Anm. 57.

83 An Faulhaber waren die Offiziere des Munich MG detachment bereits bei der Besetzung der führenden Stellen in der Stadtverwaltung herangetreten; Boehling S. 197f. Vgl. auch Dunner S. 94f. Farago, The last days S. 76f. – Michael Kardinal von Faulhaber (1869–1952), 1911–1917 Bischof von Speyer, seit 1917 Erzbischof von München und Freising, 1921 Kardinal.

84 Hans Meiser (1881–1956), 1933–1955 Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Bayern.

85 Niethammer, Besatzungsmacht S. 180. Laut Niethammer stand auch Hipp auf der Liste; Niethammer, Mitläuferfabrik S. 160. Der Verbleib der Liste ließ sich nicht ermitteln. Das Material über Kontakte zwischen Schäffer und Faulhaber ist äußerst dürftig. Es liegt ein politisches Schreiben Faulhabers an Schäffer vor, 16. 8. 1945 (NL Pfeiffer 360, ungezeichnet NL Faulhaber 7450) betr. Ernennungsrecht der Hochschullehrer durch den StMUK. Zieht man u.a. (s. Anm. 83) die vielen politischen Gespräche Faulhabers in dieser Phase in Betracht und erinnert sich der Tatsache, daß die Edition von Volk., Faulhaber u.a. eine Reihe von Gesprächsaufzeichnungen Faulhabers enthält (z. B. Nr. 441, 605, 611) und die Existenz eines Besuchstagebuches Faulhabers bekannt ist (vgl. Waxenberger), so ist zum einen von Gesprächen mit Schäffer auszugehen, zum anderen zu



Am 12. Mai 1888 in München geboren (kath.) und 1945 somit 57 Jahre alt, war Schäffer, nachdem er beide juristische Staatsexamina mit Auszeichnung abgelegt hatte, 1917 in den bayerischen Verwaltungsdienst eingetreten. Er absolvierte Stationen im Innenministerium, als Bezirksamtsassessor in Kelheim und 1920–1931 als Regierungs- und Oberregierungsrat im Kultusministerium. Gleichzeitig war Schäffer einer der prominentesten Parteipolitiker der BVP, 1929–1933 als ihr Vorsitzender und 1920–1933 als Abgeordneter der BVP im Bayerischen Landtag. Georg Heim beförderte seinen Aufstieg in der Partei und prägte ihn auch programmatisch. So bevorzugte auch Schäffer in der Weimarer Zeit die mehr interkonfessionelle Richtung innerhalb der BVP, die antirevolutionäre gegen die SPD und dann energisch gegen die Nationalsozialisten gerichtete Einstellung, „die nationale und bayerisch-föderalistische Ausrichtung sowie eine im Vergleich zu den politischen Doktrinen des Reichszentrums konservative, etatistische Ordnungskonzeption“.<sup>87</sup> Renommee erwarb sich Schäffer auch durch Stellungnahmen in der Reichsreformdebatte am Ende der zwanziger Jahre, die die fiskalische und die staatsrechtliche Ebene betrafen und sich durch eine föderalistisch-bundesstaatliche Akzentuierung auszeichneten.<sup>88</sup> Regierungserfahrung sammelte er vom 16. September 1931 bis 9. März 1933 als Staatsrat und Leiter des Finanzministeriums in der geschäftsführenden Regierung Held. Seit den zwanziger Jahren erbitterter Gegner des Nationalsozialismus, verfolgte Schäffer 1932/33 in Verhandlungen das Konzept, die NSDAP in eine parlamentarische Lösung einzubinden, um die Diktatur einer Partei und daraus resultierende chaotische Verhältnisse abzuwenden.<sup>89</sup> Im Jahre 1933 kurze Zeit in Stadelheim inhaftiert, war er bis 1945 in München als Rechtsanwalt als Vertreter katholischer Klöster und Stiftungen tätig. Nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 war Schäffer vom 24. August bis 8. Oktober 1944 im Konzentrationslager Dachau inhaftiert.

Nach dem Ende seiner Ministerpräsidentschaft im September 1945 war er Mitbegründer der CSU, 1946 kurzzeitig auch Vorsitzender ihres Bezirksverbandes in München. Im Februar und Anfang April 1946 nahm er an den Beratungen des Bayerischen Beratenden Landesausschusses teil. Die Militärregierung verhängte dann ein politisches Betätigungsverbot über Schäffer vom 24. April 1946 bis zum 26. Januar 1948. Von Februar bis September 1948 war er Vorsitzender des CSU-Bezirksverbandes Oberbayern. Am 14. September 1948 trat Schäffer, der sich zwischenzeitlich der Bayernpartei angenähert hatte und gegen den ein Parteischiedsgerichtsverfahren schwebte, aus der CSU aus. Vor der Bundestagswahl des Jahres 1949 fand er zur CSU zurück. Er gehörte von 1949 bis 1961 dem Deutschen Bundestag an; 1949 war er bis zum Eintritt in das erste Kabinett Adenauer auch Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Bundestag. Der Bundesregierung gehörte er in den ersten beiden Legislaturperioden (1949–1957) als Bundesfinanzminister an. Er führte das Amt, stets streitbar, mit sprichwörtlicher Sparsamkeit (Julisturm), „asketischer Arbeitskraft“ und „bis heute nachwirkender populärer Breitenwirkung“.<sup>90</sup> Er war zugleich der profilierteste Repräsentant der CSU in Bonn (zusammen mit Franz Josef Strauß) und schaltete sich von Fall zu Fall – nicht immer zur Freude seiner in München regierenden Parteifreunde – auch nachdrücklich in die bayerische Politik ein.<sup>91</sup> Von 1957 bis 1961 amtierte er als Bundesjustizminister. Fritz Schäffer starb am 29. März 1967 in Berchtesgaden.<sup>92</sup>

Der evangelische Landesbischof Meiser sandte Keegan am 25. Mai ebenfalls eine Liste mit Personalwünschen,<sup>93</sup> um die ihn dieser am 24. gebeten hatte.<sup>94</sup>

vermuten, daß sich solche Notizen in einem Besuchstagebuch für 1945 in dem von Johannes Waxenberger verwahrten Teil des Faulhaber-Nachlasses (vgl. *Klier* S. 47 Anm. 2) befinden. Vgl. auch die Ausführungen Murphys, 13. 10. 1945, die andeuten, daß die politische Aktivität Faulhabers den Amerikanern sogar zu weit ging und Faulhaber Murphy gegenüber seinen künftigen Verzicht auf politische Einwirkung erklärte, *FRUSS*. 984.

86 *Wuermeling* S. 265. Vgl. dazu kritisch *K.-J. Matz* S. 16.

87 *Becker*, Fritz Schäffer S. 12.

88 Ebd. S. 15–25. Vgl. *Schäffer*, Die Aushöhlungs- und Aushungerungspolitik und *Ders.*, Der Föderalismus.

89 *Becker*, Fritz Schäffer S. 29–35.

90 Ebd. S. 14. Vgl. *Haushaltsreden*.

91 *Gelberg*, Hans Ehard S. 289–295, 345–354, 359ff., 398–410.

92 Den Forschungsstand zu Schäffer faßte 1990 der Sammelband *Föderalismus und Finanzpolitik* zusammen. Zu seiner politischen Tätigkeit bis 1933 nun erschöpfend *Altendorfer*, Fritz Schäffer als Politiker der Bayerischen Volkspartei und für die Nachkriegszeit *Henzler* (nach der Drucklegung erschienen).

93 Liste geeigneter Persönlichkeiten für leitende Stellen (LkAN NL Meiser 212; Abdruck bei *Nicolaisen/Vollnhals* S. 134 sowie *Altendorfer*, Fritz Schäffer als Politiker der Bayerischen Volkspartei S. 870); Innere Verwaltung: MD Karl August Fischer; Soziale Fürsorge: ORR Walter

Bereits am 24. Mai entwarf Schäffer auf Ersuchen Keegans eine provisorische Kabinettsliste.<sup>95</sup>

Laut Landeen schlugen er und Bromage am 25. Mai, nach Rücksprache mit Schäffer, diesen gegenüber Oberst Keegan dann zum Ministerpräsidenten, Otto Hipp zum Kultusminister und Hans Meinzolt zu dessen Vertreter vor.<sup>96</sup>

Aus dem Vorhergehenden wird erkennbar, daß man sich bei RMG im Laufe des Mai ein Bild von Schäffer gemacht hatte, bereits eng mit ihm zusammenarbeitete, er dann von der katholischen Kirche empfohlen wurde<sup>97</sup> und dem Ziel der Wiederherstellung der politischen Verhältnisse von vor 1933 ideal entsprach. Hervorzuheben sind ferner Schäffers intensive Sondierungsgespräche mit ehemaligen BVP-Freunden und Vertretern der SPD hinsichtlich für eine Regierung geeigneter Personen. Anzunehmen ist daher, daß die Amerikaner vor dem 28. Mai an Schäffer herangetreten waren und er spätestens am 24. Mai den Auftrag erhalten hatte, eine Kabinettsliste vorzulegen. Angesichts dieser Tatsachen erstaunt die von Schäffer in späteren Darstellungen wiederholt geäußerte Überraschung über seine Ernennung durch Keegan.<sup>98</sup>

Am 28. Mai 1945 befand sich Schäffer in einer Gesprächsrunde der Volkswirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft für Bayern (VAfB.), die sich um den Münchner Ordinarius für Nationalökonomie Adolf Weber<sup>99</sup> gebildet hatte, um Fragen der Wirtschaft und der Währung zu erörtern, als er zum Münchner Sitz der amerikanischen Militärregierung abgeholt wurde.<sup>100</sup> Dort erhielt er in Keegans Amtszimmer seine Ernennungsurkunde,<sup>101</sup> mit der er zum „Temporary Minister-Präsident for Bavaria“ ernannt wurde. Keegan hielt aus diesem Anlaß eine kurze Ansprache.<sup>102</sup>

In dieser Form der Bestellung kam zum Ausdruck, daß Schäffer nicht eigentlich Regierungschef, sondern lediglich der gegenüber den Amerikanern weisungsgebundene Chef der „Zivilverwaltung in Bayern“<sup>103</sup> war. Der Begriff „government“ tauchte im Ernennungsschreiben nicht auf. Über diesen Charakter der Regierung waren sich Schäffer und seine Mitarbeiter im klaren. In einer Denkschrift über die „Rechtsnatur der bayerischen

Heß; Kultus und Unterricht: Hans Meinzolt; Justiz: MinRat Johann David Sauerländer; Finanz: Oberfinanzdirektor Erhard Röttenbacher; Wirtschaft: Generaldirektor Otto Meyer; Ernährung und Landwirtschaft: Direktor der Bayer. Landwirtschaftsbank Wilhelm Eichhorn; Verkehr: Reichsbahnoberrat Martin von Ammon; Rektor Univ. München: Prof. Dr. Edmund Mezger; Rektor TH München: Prof. Dr. Ludwig Föpl. Vgl. *Renner* S. 17; *Vollnhals*, Evangelische Landeskirche S. 151. Daß Meiser Schäffer für den Posten des Ministerpräsidenten vorgeschlagen habe, so *Eschenburg* S. 78, davon kann keine Rede sein.

94 Daily Summary RMG, 24. 5. 1945, erwähnt „official call“ Keegans bei Meiser (OMGBY 13/74–2/3).

95 Vgl. Daily Summary RMG, 24. 5. 1945, unter der Rubrik Civil Administration heißt es: „Attended a conference at which Col. Keegan directed Mr. Fritz Schäffer to submit names of prominent political personalities who might serve as a provisional advisory committee. [...] Reviewed list of names submitted by Mr. Fritz Schäffer“ (OMGBY 13/74–2/3).

96 *Niethammer*, Besatzungsmacht S. 180. Daily Summary RMG, 25. 5. 1945 erwähnt zur Abteilung Civil Administration, an deren Spitze Bromage stand: „Conferred with Col. Keegan as to the problem of temporary Ministerpräsident“.

97 *Kahn* (S. 84) und *Farago*, The last days (S. 76f.) schildern den Kontakt Keegan-Faulhaber in einer Weise, daß der New Yorker Stadtrat Keegan, der bei Faulhaber durch ein Schreiben des dortigen und politisch mächtigen Erzbischofs Spellman („his good friend from their days in Rome“) eingeführt wurde, vom Münchner Kardinal diktiert bekommen habe, wen er zum MPr. zu ernennen habe. Dies bleibt unbelegt (vgl. aber die Ansprache Keegans Anm. 102 und *Peterson* S. 216f.).

98 *Schäffer*, Ministerpräsidentenschaft S. 5; NL Schäffer 1 (vgl. Anm. 77); in der Literatur übernommen bei: *Deuerlein/Gruner* S. 557; *Gruner* S. 40; *Peterson* S. 217; *Altendorfer*, Fritz Schäffer als Politiker der Bayerischen Volkspartei S. 871. Vgl. *Becker*, Stationen S. 164.

99 Prof. Dr. jur. et phil. *Adolf Weber* (1876–1963), Nationalökonom, Professor in Köln, Breslau, Frankfurt a.M. und 1921–1948 in München.

100 *Menges* S. 144. Die Bedeutung dieses Kreises, der Volkswirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft für Bayern, deren Mitglieder seit Mai in verschiedenen Ausschüssen (Währungs-, Steuer-, Arbeitsrechts-, Genossenschafts- und Wohnungsbauwesen) zusammenkamen und vor dem Schäffer u.a. am 30. 5. 1945 seine erste Ansprache nach der Berufung zum Ministerpräsidenten hielt (NL Schäffer 14, 2 S., unvollständig), ist bisher nicht entsprechend gewürdigt worden. Vgl. *Gelberg*, Volkswirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft; ferner *A. Weber* und zu Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft *Emminger*.

101 Englisch Original (NL Schäffer 14); Abschrift (NL Pfeiffer 55; OMGBY 10/85–3/5 und 13/74–2/1). Dt. Übersetzung bei *Baer* S. 255; *Heubl* S. 76–77; *Dokumente* III/2 S. 222–223.

102 „Mr. President Minister, you are a Roman Catholic and so am I, and you have been an active member of a large political party, and in civil life I am also. Military Government is reposing power in you over the German people and I expect you to be especially careful in the appointments you recommend to us to be certain to balance the German administration on a basis of its religious policies and the political influence that were exerted by the different political parties when there was last a free election in Bavaria. I will expect you to impose these same conditions upon all your ministers and to make it very emphatic with them as I now make it with you that if you or they recommend to Military Government the appointment of any official which is based on his political or religious beliefs and we discover that there was a person with better qualifications for the position who is being denied consideration and not recommended because his faith or whose political beliefs did not suit you or the Ministry, that would be regarded as a violation of Military Government orders and you would be arrested and punished according to Military Government law“, *Heydenreuter* S. 154f.

103 So die Formulierung in Punkt 7 des Ernennungsschreibens, *Baer* S. 255. Vgl. Redwitz an Kronprinz Rupprecht, 20. 6. 1945: „Der Ausdruck Ministerium ist etwas zu hochklingend, denn tatsächlich sind es nur Ausführungsorgane der Militärregierung“ (Geheimes Hausarchiv NL Rupprecht, Korrespondenz mit Redwitz). Vgl. so auch Reese (Nr. 24), Schäffers eigene Einschätzung (Nr. 11 TOP I) und *Leusser*(S. 86): „Aber auch die Zuständigkeiten dieser Regierung gingen noch kaum über die einer Provinzialverwaltung hinaus“.

Regierung vom 28. Mai 1945“ heißt es dazu: „Die Bayerische Landesregierung ist vielmehr ein Organ der alliierten Militärregierung mit delegierten Befugnissen, aber ohne Zuständigkeit eigenen Rechtes. Sie handelt nur auf Weisung und unter Überwachung der Militärregierung“. <sup>104</sup> Später äußerte Schäffer, daß er wegen der eingeschränkten Entscheidungsgewalt seiner Regierung Bedenken hatte, das Amt zu übernehmen. <sup>105</sup> In diesem Zusammenhang ist auch der Titel eines „Temporary Minister-Präsident“ hervorzuheben, der von der amerikanischen Militärregierung strikt angewendet wurde. In den Schreiben Schäffers an bayerische Verwaltungsinstanzen und der an ihn gerichteten Post wurde hingegen überwiegend der Titel „Bayerischer Ministerpräsident“ verwandt.

Schäffers zentrale Aufgaben waren laut Ernennungsschreiben die Säuberung der öffentlichen Verwaltung von Nationalsozialisten und in einem gewissen Widerspruch dazu der rasche Aufbau einer effektiven Verwaltung. Hinzu kam, daß „where officials have been appointed at Regierungsbezirke and other levels by Military Government you will retain such officials, but you will be responsible at all levels for the administration of government under the supervision of Military Government“. Das Ernennungsschreiben schloß mit dem Hinweis, daß Schäffer bei jedem von den Besatzungsbehörden festgestellten Verstoß persönliche und mit Freiheitsstrafen zu rechnen habe. Auf seinen Einwand, daß diese Form der Ernennung zur Leitung einer Landesregierung verletzend sei, wurde ihm geantwortet, daß die Formulierung nicht so streng gedacht sei, wie sie laute. <sup>106</sup>

### 3. Die Bildung des Kabinetts

Mit dem Ernennungsschreiben wurde Schäffer offiziell aufgefordert, dem Regional Military Government Officer [Keegan] Personen zu empfehlen, „to serve as temporary ministers for Bavaria“. Besetzt werden sollten die Positionen je eines Staatsministers des Innern, der Finanzen, für Unterricht und Kultus und für Wirtschaft. <sup>107</sup> Mit Schreiben vom 1. Juni 1943 <sup>108</sup> schlug Schäffer der Militärregierung daraufhin folgende Personen vor:

- Als Innenminister Oberregierungsrat Hans Ritter von Lex, <sup>109</sup> zur Zeit im Reichsinnenministerium tätig, zuletzt in Querfurt. Da er momentan nicht erreicht werden könne, empfehle er, mit der Führung der Geschäfte vertretungsweise Ministerialdirektor August Fischer zu betrauen, den Bischof Meiser vorgeschlagen hatte.

- Als Finanzminister benannte Schäffer, der das bayerische Finanzministerium 1931–1933 geleitet hatte, sich selbst. Bedauerlicherweise sei es bislang nicht möglich gewesen, eine geeignete Persönlichkeit in Bankkreisen zu finden. <sup>110</sup>

- Als Kultusminister benannte Schäffer den ehemaligen Oberbürgermeister von Regensburg, Otto Hipp.

- Als Staatssekretär im Staatsministerium für Unterricht und Kultus benannte er Hans Meinzolt, ehemals Vizepräsident des Evangelisch-Lutherischen Landeskirchenrats in Bayern, der ihm ebenfalls von Meiser genannt worden war. Damit folgte Schäffer einer alten bayerischen Tradition, „die entsprechend den

<sup>104</sup>Denkschrift: „Zum staatsrechtlichen Charakter der bayerischen Regierung“ (NL Pfeiffer 55). Auszug bei *Gruner* S. 46, nach ihm stammt sie von Pfeiffer; lt. *Niethammer*, Besatzungsmacht S. 183 Anm. 101 von Geßler und Pfeiffer. Vgl. ferner *Blumenwitz* S. 45 und *Kimminich* S. 61–65. S. *Diestelkamp*.

<sup>105</sup>Schäffer, Regierungschef S. 23.

<sup>106</sup>Memoirenfragment Schäffers (wie Anm. 77).

<sup>107</sup>Der Begriff Regierungsbildung fällt nicht.

<sup>108</sup>NL Schäffer 14. Vgl. Daily Summary RMG, 2. 6. 1945 (OMGBY 13/74–2/3); *Schäffer*, Denkschrift S. 24f.

<sup>109</sup>Hans Ritter von Lex (1893–1970), kath., Jurist, Stipendiat der Stiftung Maximilianeum, 1921 Eintritt in den bayer. Staatsdienst, 1923–1927 Bezirksamtmannt Rosenheim, 1927–1933 RR im StMUK, 1932/33 MdR (BVP), 1931–1933 Führer der Bayernwacht, September 1933 bis 1945 als RR, ab Dezember 1933 als ORR im Reichsinnenministerium (Vorbereitung der Olympischen Spiele, Zivilschutz), 15.6–4. 10. 1945 Ministerial Collecting Center US Group Central Council in Fürstehagen bei Kassel, 1. 7. 1946 MinRat StMI, 1. 10. 1947 MinDirig StMI, 1. 5. 1948 MD StMI, ab 17. 10. 1949 als MD abgeordnet ins BMI, 1. 8. 1950–1960 Staatssekretär im BMI (CSU), 1961–1967 Präsident des Deutschen Roten Kreuzes. Vgl. *Bauer* S. 127f. Zur Fortsetzung des Versuchs von Schäffer, Lex zum Innenminister zu berufen, vgl. Nr. 18, 25, 26, 29, 51, 65, 74, 75 und Weekly Report RMG Nr. 13, 2.-9. 8. 1945 (OMGBY 13/74–2/1). Ende August war dieses Ziel gescheitert, da man Schäffer bedeutet hatte (Nr. 74), daß Lex wegen seiner Reichstagsrede vom 23. 3. 1933, mit der er die Zustimmung der BVP zum Ermächtigungsgesetz begründete, untragbar sei. S. dazu *Money* S. 71f.

<sup>110</sup>Möglicherweise nach Absage des früheren BVP-Finanzministers Hans *Schmelzle*, *Zorn* S. 550.

konfessionellen Verhältnissen des Landes als Leiter dieses Ministeriums meistens einen Katholiken und als Staatsrat einen Protestanten wählt“.<sup>111</sup>

- Für die Übernahme des Wirtschaftsressorts empfahl Schäffer Karl Arthur Lange,<sup>112</sup> Direktor der Münchener Löwenbräu AG, der mit Zustimmung Scharnagls Mitte Mai bereits in das Präsidium der IHK München berufen worden war.<sup>113</sup>

Weiterhin empfahl Schäffer der Militärregierung in einem zweiten Schreiben weitere Berufungen:<sup>114</sup>

- Als Leiter der Abteilung Arbeit und Fürsorge, die gegenwärtig noch zum Staatsministerium des Innern gehörte,<sup>115</sup> schlug Schäffer Albert Roßhaupter vor, der 1907–1933 Landtagsabgeordneter der SPD, im Kabinett Eisner 1918/19 Minister für militärische Angelegenheiten und im Dritten Reich zweimal im KZ inhaftiert gewesen war.<sup>116</sup> In der Formulierung seines Vorschlages schimmerte durch, daß Schäffer schon damals an eine Verselbständigung dieser Abteilung als eigenständiges Ressort dachte<sup>117</sup>, die dann mit der Errichtung des Arbeitsministeriums am 20. Juni 1945 zustande kam. Roßhaupter war zunächst der einzige Sozialdemokrat, den Schäffer für eine Spitzenposition präsentierte.

- Weiterhin schlug Schäffer der Militärregierung vor, den Direktor des Landesamtes für Ernährung und Landwirtschaft und Führer der Landesbauernschaft, Ernst Rattenhuber, zum Leiter der Abteilung Landwirtschaft im Wirtschaftsministerium zu berufen, um diese Ämter in einer Person zu vereinen.<sup>118</sup> Über diese Zwischenstufe verfolgte er zusammen mit Rattenhuber mit Nachdruck die Errichtung eines Staatsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.<sup>119</sup> Jedoch kam es erst im Oktober 1945 zur Errichtung eines Landwirtschaftsministeriums.<sup>120</sup>

- Weiter regte Schäffer in seinem Schreiben die Ernennung des früheren Finanzreferenten der Reichsbahndirektion München, Karl Rosenhaupt, zu deren Leiter an.<sup>121</sup>

- Zuletzt sprach er an, daß RMG beabsichtige, Postrat Schubert<sup>122</sup>(Tittmoning) zum Direktor der Oberpostdirektion zu ernennen, der die Behörde damals leitete. Präsident der Reichspostdirektion München wurde jedoch am 13. Juli 1945 Ludwig Geiger, Schubert dessen Stellvertreter. Schäffer ernannte Rosenhaupt und Geiger, da Bayern gezwungen sei, „nachdem eine Reichsverwaltung nicht mehr vorhanden war, treuhänderisch auch die Verwaltung der früheren Reichsbehörden mitzuübernehmen“.<sup>123</sup>

- Nicht erwähnt wurde von Schäffer die Ernennung des Staatsrates im Staatsministerium der Finanzen, Hans Müller, der am 15. 6. 1945 bestellt wurde.<sup>124</sup>

111Schäffer, Denkschrift S. 28. Vgl. auch Nr. 47.

112Schäffer, Denkschrift S. 25.

113IHK-WA K 1/I 16.

114Mit dem Titel: „Remarks concerning the recommendation of persons to hold temporarily the positions in the Ministeries of the Interior, Finance, Education, and Economics in Bavaria“ (NL Schäffer 14).

115Die Abteilung für Arbeit und Fürsorge war 1943 dem StMWi aus- und dem StMI eingegliedert worden, 4. Gesetz über die Staatsverwaltung vom 19. Juli 1943 (GVBl. S. 135 ).

116Am 13. 6. 1945 erhielt Staatssekretär Roßhaupter im Ministerrat die Ernennungsurkunde als Leiter der Abteilung Arbeit und Fürsorge überreicht (Nr. 2 TOP III).

117Vgl. Nr. 1 TOP III und die Entwürfe der Radioansprache Schäffers, 14. 6. 1945 (NL Schäffer 14) sowie Schäffer, Denkschrift (S. 26): „Es war von Anfang an daran gedacht, diese Abteilung zu einem selbständigen Ministerium auszubauen, zumal ja auch diese Abteilung die Verwaltung der früheren Behörden des Reiches auf diesem Gebiet zu übernehmen hat“.

118Schäffer ernannte Rattenhuber in Übereinstimmung mit RMG mit Urkunde vom 13. 6. 1945 zum Leiter der Abt. Landwirtschaft im StMWi (Kopie im BayHStA NL Rattenhuber). Vgl. abweichend Schäffer, Denkschrift S. 25 (16. 6. 1945).

119Schäffer, Denkschrift S. 25. S. StK 111678, MInn 82282 sowie Niklas an Rattenhuber, 2. 6. 1945 (NL Niklas 6).

120Vgl. dazu im einzelnen Kapitel 4b.

121Vgl. zwei Ernennungsschreiben Schäffers für Rosenhaupt vom 9. und 12. 6. 1945 (Personalakt Rosenhaupt Verkehrsarchiv der DB Nürnberg); vgl. Nr. 1 Anm. 2.

122Dr. Ing. E.h. Hans Schubert (1897–1976), 1933 Postrat, seit 1937 bei der Reichspostdirektion (RPD) Landshut, seit 1943 bei der RPD München, 1945 Vizepräsident der RPD München, Oktober 1945 Präsident der Oberpostdirektion (OPD) Regensburg, Mai 1947 der OPD München, 10.1.-31. 8. 1947 Staatssekretär für das Post- und Fernmeldewesen im StMVerkehr, 1947–1949 Direktor der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen des VWG, 1949–1953 Bundespostminister (CSU), 1953–1957 MdB.

123Schäffer, Denkschrift S. 26. Rosenhaupt und Geiger nehmen noch bis Februar 1946 an den Kabinettsitzungen der Regierung Hoegner teil.

124Vgl. Nr. 18. Seine Ernennung wird erwähnt in Schäffer, Denkschrift S. 27.



Am Ende seines Schreibens betonte Schäffer gegenüber den Amerikanern, daß durch seine Vorschläge jede partei-politisch einseitige Gewichtung vermieden werde. Alle vorgeschlagenen Personen seien Experten, nahezu alle hätten in der NS-Zeit Zurücksetzungen bzw. Nachteile erfahren.

Am 2. Juni besprachen leitende Offiziere des RMG diese Vorschläge mit Schäffer.<sup>125</sup> Im Anschluß beriet Keegan mit ihnen darüber.<sup>126</sup>

Am 4. Juni traf Schäffer mit dem evangelischen Landesbischof Meiser zusammen und teilte ihm mit, welche Personen er für die einzelnen Ressorts vorgesehen hatte. Daraufhin bat Meiser dringlich, bei der Besetzung der leitenden Staatsstellen auf die konfessionelle Parität zu achten.<sup>127</sup> Schäffer versprach, die Argumente zu prüfen.<sup>128</sup>

Kronprinz Rupprecht von Bayern befand sich bei Kriegsende im italienischen Exil. Aus der Korrespondenz mit Freiherrn von Redwitz, Graf von Holnstein und vor allem mit dem ehemaligen Reichswehrminister (1920–1928) Otto Geßler geht hervor, daß sie den Kronprinzen zur Rückkehr drängten, durchaus mit dem Ziel einer monarchistischen Restauration.<sup>129</sup> Was das Kabinett Schäffer betraf, so war man insbesondere zufrieden, daß der monarchistisch orientierte Rattenhuber die gesamte Landwirtschaft und die Staatswäldungen und damit eine Schlüsselstellung innehatte.<sup>130</sup> Redwitz bemerkte jedoch kritisch: „Nach außen hin stehen Angehörige der früheren Bayerischen Volkspartei zu sehr im Vordergrund, was jetzt schon wieder starke Kritik in allen anderen Lagern hervorruft.“<sup>131</sup> Aus verschiedenen Schreiben Holnsteins, der unter anderem auch die Gedanken eines Memorandums Rupprechts vom 6. März 1945<sup>132</sup> pointierter formuliert, ist zu entnehmen, daß in diesen Kreisen die Verselbständigung Bayerns und die Abschiebung der seit 1918 und verstärkt nach 1933 nach Bayern gekommenen Nichtbayern angestrebt wurden.<sup>133</sup> Als Voraussetzung hierfür wurde die Kreierung der Regierung Schäffer durch die Amerikaner als positiv bewertet, da diese nur Bayern eingeräumte Vorzugsstellung eher auf einen eigenständigen Staat als auf eine Einbindung in ein Reich oder einen Bund wies. Dieser Optimismus erhielt allerdings durch die Ergebnisse der Potsdamer Konferenz, nach der Deutschland zumindest wirtschaftlich als eine Einheit zu behandeln sein sollte, einen Dämpfer.<sup>134</sup> Schäffer selbst äußerte Mitte Juni in einem Interview mit der Militärregierung, daß die Frage, ob Bayern in Zukunft eine Monarchie oder eine Republik sein solle, keine Frage ersten Ranges sei. Allerdings gebe es starke Tendenzen, die Monarchie in Bayern wiederherzustellen. Die Frage werde aber erst entschieden, wenn alle nationalsozialistischen und preußischen Einflüsse ausgemerzt seien.<sup>135</sup> Rupprecht kehrte erst am 10. November 1945 nach Bayern zurück.<sup>136</sup>

#### 4. Das Kabinett

Im Unterschied zu allen späteren bayerischen Kabinetten war der Kreis der Teilnehmer an den Ministerratsitzungen des Kabinetts Schäffer nicht genau fixiert. Mit Schäffer als Ministerpräsident und Finanzminister nahmen – stets in unterschiedlicher Zusammensetzung – insgesamt nachweislich 21 Personen an den Sitzungen teil:

125Bromage, Ellis, Young, Philipps.

126Daily Summary RMG, 2. 6. 1945 (OMGBY 13/74–2/3).

127Notiz Meisers, 4. 6. 1945 (LkAN NL Meiser 212). Vgl. Renner S. 44.

128Zur Konfession der Minister und Staatsräte vgl. Schäffer, Denkschrift S. 24–26.

129Vgl. Geßler an Rupprecht, 18. 12. 1945: „Als Abschluß meines Lebens hatte ich mir immer gewünscht, daß auch ich in den Straßen Münchens unter den Tausenden sei, die rufen: Vivat Ruppertus rex!“ (Geheimes Hausarchiv NL Rupprecht 214) und Holnstein an Rupprecht, 11. 8. 1945 (Geheimes Hausarchiv NL Rupprecht 311).

130Holnstein an Rupprecht, 22. 6. 1945 (Geheimes Hausarchiv NL Rupprecht 311).

131Redwitz an Rupprecht, 20. 6. 1945 (Geheimes Hausarchiv NL Rupprecht, Korrespondenz mit Redwitz). Vgl. zum Verständnis die Umstände der Erwägungen im Februar 1933, zur Abwehr der Nationalsozialisten in Bayern Rupprecht zum Generalstaatskommissar auszurufen, insbesondere die Rolle Schäffers und des Ministerpräsidenten Held (BVP); Zorn S. 350ff., Kock S. 152ff. und weitere Literatur bei Färber S. 163 bes. Anm. 3.

132Abdruck bei Sendtner S. 673–675.

133Vgl. Zitat aus einem der Briefe Holnsteins bei Sendtner S. 682 sowie Kock S. 71–76.

134Vgl. Holnstein an Rupprecht 11. 8. 1945 (Geheimes Hausarchiv NL Rupprecht 311).

135Daily Summary RMG, 15. 6. 1945 (OMGBY 13/74–2/3).

136Sendtner S. 677.

die von der Militärregierung Anfang Juni bestätigten Ressortchefs:

der kommissarische Innenminister Karl August *Fischer* (1885–1975), ev., Jurist, Stipendiat der Stiftung Maximilianeum, 1914 Eintritt in den bayer. Verwaltungsdienst, bis 1920 Verwendungen in den Bezirksämtern Starnberg, Wegscheid, Grafenau und Kulmbach, bei der Regierung von Niederbayern, im StMI und im Reichswirtschaftsamt Berlin, 1920–1927 StMUK, 1927 Vorstand des Bezirksamtes Pfaffenhofen, vor 1933 DNVP, von 1933–1939 MD im StMUK, 1940/1941 Kurator der deutschen Hochschulen in Prag, 1942 in den Wartestand versetzt, 6.6.-12. 9. 1945 kommissarischer Leiter des StMI; Wirtschaftsminister Dr. oec. publ. Karl Arthur *Lange* (1881–1947), altkatholisch, Jura- und Nationalökonomiestudium, 1909–1914 Syndicus des Vereins Münchner Brauereien, seit 1920 im Vorstand der Löwenbräu AG, 1935–1947, unterbrochen durch sein Amt als Wirtschaftsminister 6.6. – September 1945, deren Vorstandsvorsitzender, 1946–1947 Aufsichtsratsvorsitzender der Allianz AG;

Kultusminister Dr. jur. Otto *Hipp* (1885–1952), kath., Jurist, 1912 Anwalt in München, 1918 Rechtsrat in Regensburg, 1920 1. Bürgermeister, 1922–1933 Oberbürgermeister von Regensburg (BVP), 1925–1933 Vorsitzender des Bayerischen Städtebundes, 1933 zum Rücktritt gezwungen, seit 1934 Anwalt in München, 1943–1945 in der Widerstandsgruppe „Bayerische Heimatbewegung“ und mit Gebhard Seelos Verfasser eines „Bayerischen Memorandums“,<sup>137</sup> Mai/Juni 1945 2. Bürgermeister von München, 6.6. bis September 1945 Kultusminister;

sowie der am 20. Juni 1945 zum Arbeitsminister ernannte Albert *Roßhaupter* (1878–1949), kath., Lackierer bei der Reichsbahn, seit 1909 Bezirksleiter des Süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonals, seit 1913 Redakteur der Schwäbischen Volkszeitung, 8. 11. 1918–21. 2. 1919 Minister für militärische Angelegenheiten, leitete bis zur Ermordung Eisners am 21. 2. 1919 die Demobilmachung der bayerischen Armee, 1907–1933 MdL (SPD), Mitglied des SPD-Landesausschusses, 1933/34, 1944 KZ Dachau, 20. 6. 1945–28. 9. 1945 Arbeitsminister im Kabinett Schäffer, im Kabinett Hoegner Arbeitsminister und stellv. MPr., im Kabinett Ehard I Arbeitsminister, formal bis 20. 9. 1947, tatsächlich nur bis April 1947, 1948/49 MdPR;

die Staatsräte:

Dr. jur. et rer. pol. Hans *Müller* (1884–1961), kath., seit 1927 Präsident bei der Oberfinanzdirektion Karlsruhe, 1932 Oberfinanzpräsident, ab September 1933 Verwendung in niedrigerer Stellung als Richter am Reichsfinanzhof, da er der NSDAP nicht beitrug, nicht zum Senatspräsidenten befördert, ab Juni 1945 Staatsrat im Staatsministerium der Finanzen, November 1945 verhaftet, 1946–1950 Staatssekretär im StMF, 1951 bis zur Berufung zum Präsidenten des Bundesfinanzhofes in München (1951–1955) kurzzeitig wieder Staatsrat im StMF;

Dr. jur. Hans *Meinzolt* (1887–1967), ev., 1919 Eintritt in den bayer. Verwaltungsdienst, 1920–1930 RR, ORR im StMUK, 1930–1933 Bezirksamtmann Kirchheimbolanden, 1933–1939 Oberkirchenrat und Vizepräsident des Evangelisch-Lutherischen Landeskirchenrats in München, 1939 als Major d. Reserve Teilnahme am Polenfeldzug, 1939–1941 als Vizepräsident des Landeskirchenrats u.k. gestellt, 1941–1943 Frankreich, Rußland, 1944 Oberstleutnant d. Reserve, dann Referent im Wehrbezirkskommando München I, seit 15.6. 1945 Staatsrat im Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 21. 12. 1945–21. 12. 1946 Staatssekretär im StMUK, 21. 12. 1946–1954 Staatsrat im StMUK, 1954–1957 wieder Staatssekretär im StMUK, 1947–1959 Präsident der Landessynode des Landeskirchenrates der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern;

der Direktor des Landesamtes für Ernährung und Landwirtschaft, Staatsrat Ernst *Rattenhuber*, kath., (1887–1951), Diplomlandwirt, für Prinz Franz von Bayern Verwalter von Gut Leutstetten, 1939–1945 landwirtschaftl. Berater des Befehlshabers im Wehrkreis XIII und VII, an der Operation „Walküre“, dem militärischen Umsturzversuch nach dem Attentat vom 20. 7. 1944 beteiligt, 9. 5. 1945 Direktor des

<sup>137</sup>Gedruckt bei *Donohoe* S. 207–218; vgl. *Kock* S. 95.

Bayer. Landesamt für Ernährung und Landwirtschaft, am 13.6. 1945 gleichzeitig Leiter der Abteilung Landwirtschaft im StMWi, am 13. 7. 1945 Staatsrat im StMWi, 28. 9. 1945 Entlassung bzw. Rücktritt, 1945 Initiator bei der Gründung des Bayerischen Bauernverbandes, Mitbegründer der CSU in München, Vors. der dem Deutschen Bauernverband angeschlossenen Arbeitsgemeinschaft der Land- und Forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände, 1949 Mitglied des Wirtschaftsrates (CSU), 16. 11. 1949–16. 11. 1951 Bevollmächtigter Bayerns beim Bund in Bonn;

als dessen Vertreter Dr. jur. Alois *Egger*, geb. 1899, kath., Jurist, Bayerisches Statistisches Landesamt, Anfang der dreißiger Jahre Getreidewirtschaftsverband Bayern, Abteilungsleiter in der 1934 errichteten Landesbauernschaft Bayern (regionale Organisation des Reichsnährstandes), später Leiter der Stelle für Ernährungssicherung, 1945 Landwirtschaftsrat beim Bayerischen Landesamt für Ernährung und Landwirtschaft, seit Oktober 1945 Mitarbeiter des Generalsekretärs des Bayer. Bauernverbandes Alois Schlögl, 1948–1952 Führung der Geschäfte des Bayer. Bauernverbandes für Schlögl, der in Personalunion StMELF war, 1952 stellv. Generalsekretär, 1962–1968 Generalsekretär des Bayer. Bauernverbandes, 1968 Präsidiumsmitglied des Bayer. Bauernverbandes, seit 1951 Geschäftsführer des Bayerischen Landwirtschaftsverlages (heute BLV Verlagsgesellschaft) bzw. als weiterer Vertreter Rattenhubers Ministerialdirektor Prof. Dr. med. vet. Dr. h. c. Wilhelm *Niklas* (1887–1957), kath., Tierarzt, 1915 im StMI, 1916 bayer. Vertreter und Vorstandsmitglied in der Reichsfleischstelle des Kriegsernährungsamtes Berlin, 1917 königl. Tierzuchtinspektor und Bezirkstierarzt, 1919 RR im Reichswirtschaftsministerium, 1920 MinRat im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, 1925 Leiter der Tierzucht- und Milchwirtschaftsabteilung im StMELF, 1935 vorzeitig in den Ruhestand versetzt, Güterverwalter, seit 12.6. 1945 MinRat im Bayer. Landesamt für Ernährung und Landwirtschaft, Vertreter Rattenhubers und Leiter der Abteilung Landwirtschaft, 22. 10. 1945–1946 Staatsrat im neugegründeten StMELF, 1947 Prof. an der tierärztlichen Fakultät der Universität München, 1948 stellv. Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des VWG, 1949–1953 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 1951–1953 MdB (CSU);

für die Justizverwaltung Dr. jur. Hans *Ehard* (1887–1980), kath., Jurist, bis 1933 BVP, seit 1945 CSU, 1928–1933 MinRat StMJu, 1933–1945 Senatspräsident am OLG München, seit Mai 1945 von Schäffer ohne Amt mit dem Wiederaufbau der Justizverwaltung betraut, Oktober 1945 – Dezember 1946 im Kabinett Hoegner Staatssekretär im StMJu im Range eines Staatsrates, 1946–1954 und 1960–1962 Bayerischer Ministerpräsident, 1950 und 1961 Bundesratspräsident, 1954–1960 Landtagspräsident, 1962–1966 Staatsminister der Justiz, 1946 Mitglied des Vorbereitenden Verfassungsausschusses, Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung und in deren Verfassungsausschuß, 1946–1966 MdL, 1949–1955 CSU-Vorsitzender;

und Dr. jur. Wilhelm *Hoegner* (1887–1980), kath., Jurist, 1920–1933 3. Staatsanwalt, dann Amtsgerichtsrat, 1. Staatsanwalt und Landgerichtsrat in München, seit 1919 SPD, 1924–1932 MdL, 1930–1933 MdR, 1933 Flucht nach Österreich, 1934–1945 in der Schweiz im Exil, 6. 6. 1945 Rückkehr nach München, seitdem von Schäffer ohne Amt mit dem Wiederaufbau der Justizverwaltung betraut, am 20. 9. 1945 mit Wirkung vom 15. 6. 1945 zum Senatspräsidenten am OLG München ernannt, 28. 9. 1945–21. 12. 1946 Bayerischer Ministerpräsident und seit 18. 10. 1945 auch Justizminister, 21. 12. 1946–20. 9. 1947 Justizminister und stellv. MPr., 21.9. 1947 Senatspräsident OLG München, 1. 7. 1948 Staatsrat und Generalstaatsanwalt beim Bayer. Obersten Landesgericht, 1950–1954 Innenminister und stellv. MPr., 14. 12. 1954–16. 10. 1957 Bayerischer Ministerpräsident, 1946 Vorsitzender des Vorbereitenden Verfassungsausschusses, Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung und Mitglied von deren Verfassungsausschuß, 1946–1970 MdL,

1961/62 MdB (SPD), 1945/46 Landesvorsitzender der bayer. SPD, 1958–1962 Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag, 1958–1970 stv. Landtagspräsident;

der Landesforstmeister Alfred *Hoepffner* (1880–1970), ev., 1931–1945 in der Ministerial-Forstabteilung des StMF bzw. ab 1935 der direkt dem Ministerpräsidenten unterstellten Zentralstelle der Bayerischen Landesforstverwaltung, seit 1932 im Range eines MinRat, 1941–1945 NSDAP-Mitglied, 1. 6. bzw. 12. 6. 1945 Ernennung zum Landesforstmeister, in dieser Funktion unterstanden ihm auch das Bayerische Landesjagdamt, eine Bayerische Holzwirtschaftsstelle und eine besondere Privatwaldabteilung, 23. 10. 1945 auf Befehl der Militärregierung verhaftet, im April 1946 Weiterbeschäftigung als Landesforstmeister von der Militärregierung genehmigt, Ruhestandsversetzung Ende Juli 1948;

der Präsident der Reichsbahndirektion München, Dr. oec. publ. Karl *Rosenhaupt* (1885–1952), kath., Jura- und Nationalökonomiestudium, seit 1912 bei der bayer. Bahnverwaltung, seit 1924 Finanzdezernent Reichsbahndirektion München (Reichsbahnoberrat), 1935 wegen jüdischer Abstammung entlassen, bei einer Vertretung für schweizer Maschinen als Hilfsarbeiter beschäftigt, 9. 6. 1945 bzw. 12. 6. 1945 kommissarischer Präsident der Reichsbahndirektion München, Ende September 1945 rückwirkend zum 1. 7. ordentlich in die Stelle eingewiesen, seit 1949 Präsident der Bundesbahndirektion München, Ruhestandsversetzung 1. 4. 1951;

der Präsident der Reichspostdirektion München Dr. Ludwig *Geiger* (1884–1946),<sup>138</sup> bis 1933 BVP-Mitglied, Nov. 1933 – Nov. 1935 Stahlhelm, nach dessen Auflösung in die SA überführt, Austritt Frühjahr 1936, 1933 MinRat in der Abteilung München des Reichspostministeriums, Juni 1933 von der Gestapo verhaftet, aus politischen Gründen 1937 in den Ruhestand versetzt, 1943 der Reichspostdirektion München zur Dienstleistung zugewiesen, führte seit Mai 1945 die Geschäfte als Stellvertreter des Präsidenten, von der Militärregierung am 13./14. 7. 1945 zum Präsidenten der Reichspostdirektion München ernannt, 17. 7. 1945 Senior Reichspost Official im Land Bavaria, Bearbeitung der ministeriellen Aufgaben und grundsätzlichen Angelegenheiten aller Direktionen in Bayern, MinRat, 9. 2. 1946 auf Verfügung der Militärregierung entlassen,<sup>139</sup> Einstellung des Spruchkammerverfahrens am 8. 1. 1947: nicht belastet;

Oberbürgermeister Karl Scharnagl für die Stadt München;<sup>140</sup>

an Stelle des am 12. September entlassenen Fischer als kommissarischer Leiter des Innenministeriums der vormalige Regierungspräsident Dr. med. et Dr. med. vet. h.c. Heinrich *Wirsching* (1875–1920), kath., Jurist, 1907–1914 Hilfsreferent StMI, 1914 Bezirksamtmann Amberg, 1918 RR bei der Regierung der Pfalz, 1919–1929 Personal- und Gesundheitsreferent StMI, 1921 MinRat, 1929 RP Niederbayern in Landshut, 1. 4. 1932 RP Niederbayern/Oberpfalz in Regensburg, 1. 8. 1934 Versetzung in den Ruhestand, seit 26. 7. 1945 Wiederverwendung im StMI, mit Schreiben vom 14. 9. 1945 von Schäffer mit der Führung der Geschäfte des StMI betraut, August 1946 Versetzung in den Ruhestand;

als zeitweiliger Leiter der Staatskanzlei Reichsminister a.D. Otto *Geffler* (1875–1955), kath., Jurist, 1903 Eintritt in den bayer. Verwaltungsdienst im StMJu, 1904 Staatsanwalt in Straubing, 1905 Gewerberichter in München, 1910–1913 Bürgermeister von Regensburg, 1913–1918 Oberbürgermeister von Nürnberg, 1918 Mitbegründer der DDP in Franken, 1919 Reichsminister für Wiederaufbau, März 1920–1928 Reichswehrminister, 1931–1933 Vorsitzender des Vereins für das Deutschtum im Ausland, nach dem 20. 7. 1944 sieben Monate im KZ Ravensbrück, in der zweiten Julihälfte und im August 1945 in der Bayerischen Staatskanzlei tätig, danach im französisch besetzten Kreis Lindau mit der Fürsorge für die Kriegsverehrten betraut und Treuhänder der dortigen Heilanstalten, die Übernahme der Leitung des Kreises Lindau hatte er

<sup>138</sup>In nahezu allen einschlägigen Publikationen wird diese Position unzutreffend *Hugo Geiger* (1901–1984) zugeschrieben, der 1947–1950 Staatssekretär im StMWi war.

<sup>139</sup>S. Ministerrat vom 14. 2. 1946.

<sup>140</sup>Unbelegt bleibt die Behauptung *Hoegners* (S. 192), neben Scharnagl sei auch der Münchner Bürgermeister Thomas Wimmer zu den Ministerratssitzungen zugezogen worden. *Hanko* (S. 124) bezieht sich für diese Aussage ebenfalls nur auf *Hoegner*.



abgelehnt, seit 1949 Präsident des Bayerischen Roten Kreuzes, in dieser Funktion Mitglied des Bayerischen Senats, 1950–1952 Präsident des Deutschen Roten Kreuzes;

als Referent der Münchner Stadtrat Karl Sebastian *Preis* (1884–1946), 1920–1933 berufsmäßiger Stadtrat München (SPD), 1926–1933 Leiter des Wohnungs- und Siedlungsreferats, am 15. 5. 1945 mit Zustimmung der Militärregierung erneut berufsmäßiger Stadtrat München (Wohnungs- und Siedlungsreferat), seit ca. Dezember 1945 auch Regierungskommissar für das Wohnungs- und Flüchtlingswesen in Oberbayern;

sowie zuletzt Claus Leusser als Referent und Protokollführer und Oberregierungsrat Karl Weinisch als Protokollführer.

Teilnehmer sämtlicher Sitzungen waren lediglich Ministerpräsident Schäffer, Wirtschaftsminister Lange und Arbeitsminister Roßhaupten.<sup>141</sup>

Das Durchschnittsalter der Kabinettsmitglieder lag bei ca. 60 Jahren.<sup>142</sup> In einem Bericht der Militärregierung wurde dazu kritisch bemerkt: „In general these German officials are advanced in age and consequently lack the vigor and resilience that are to be expected at an earlier age [...]“. Einige machten zusätzlich den Eindruck „to think in terms of the past rather than of future requirements“.<sup>143</sup>

### a. Geschäftsordnung

Für den Verkehr mit der Militärregierung und bezüglich seiner eigenen Stellung gegenüber dem Kabinett war die Formulierung einer Geschäftsordnung für Schäffer von großer Bedeutung. Am 26. Juli 1945 wurde sie im Ministerrat behandelt und verabschiedet (Nr. 6 TOP IV). Diese „Geschäftsordnung für die vorläufige Regierung des Landes Bayern“ liegt in verschiedenen Exemplaren undatiert und unsigned vor.<sup>144</sup>

Abschnitt I (*Die Regierung des Landes Bayern*) besagt, daß sich die Regierung aus dem Ministerpräsidenten und den Staatsministern, von denen jeder einen bestimmten Geschäftsbereich verwaltet, zusammensetzt, denen als ständige Stellvertreter Staatsräte beigegeben werden können.<sup>145</sup> Im Kabinett Schäffer war Meinzolt Staatsrat im StMUK, Müller im StMF.<sup>146</sup> Der Ministerpräsident regelt seine Stellvertretung selbst.<sup>147</sup> Einen Stellvertreter hat Schäffer jedoch nicht bestellt. Ob und wie er sich als Ministerpräsident vertreten ließ, war nicht zu ermitteln.

Abschnitt II (*Alleinige Verantwortung des Ministerpräsidenten*) stellt analog zum Ernennungsschreiben Schäffers fest, daß der Ministerpräsident gegenüber der Militärregierung die volle Verantwortung für die gesamte Staatsverwaltung in allen Stufen habe.<sup>148</sup> Aus dieser Verantwortlichkeit erwächst das Recht, allen Behörden, Stellen und Beamten jederzeit Weisungen zu erteilen und sich Kenntnis von den Vorgängen innerhalb ihrer Geschäftsbereiche zu verschaffen. Weiter setzt diese alleinige Verantwortung eine einheitliche Stellungnahme in allen grundsätzlichen Fragen gegenüber der Militärregierung und der Öffentlichkeit voraus. Dazu erklärte Schäffer später: „Ich betonte von Anfang an und immer wieder, daß wir alle die Aufgabe hätten, das Vertrauen der Besatzungsmacht durch ruhige, aber pflichtbewußte Vertretung unserer Überzeugung von dem Richtigen und Durchführbaren zu erhalten. Der Besatzungsmacht gegenüber dürften wir auf keinen

<sup>141</sup>Vgl. die Anwesenheitslisten der Ministerratsitzungen.

<sup>142</sup>*Niethammer*, Mitläuferfabrik S. 160 Anm. 54.

<sup>143</sup>Vgl. Memorandum Major Harold Zink to Donald R. Heath, 10. 6. 1945, Reporting on an survey of Military Government in Bavaria, 27.5.-3. 6. 1945, *FRUS* S. 948.

<sup>144</sup>Text im NL Hoegner 113, mit hs. Ergänzungen in StK 111610. Vgl. die Gemeinsame Geschäftsordnung für die Staatsministerien von 1932 und die Geschäftsordnung der Bayerischen Staatsregierung vom 1. 8. 1952 (Ex. in MF 69388).

<sup>145</sup>Zuerst hatte es an dieser Stelle (dann hs. gestrichen) Staatssekretäre oder Staatsräte geheißen. Vgl. Nr. 2 TOP IV.

<sup>146</sup>Nach der Bayer. Verfassung von 1919 konnten den Ministern Staatssekretäre als ständige politische Vertreter beigegeben werden (§ 58 II). Gleichzeitig waren Staatsräte vorgesehen. „Die Stellung der Staatsräte war eine starke. Sie konnten ebenso wie die Staatssekretäre mit der Vertretung der Minister im Fall ihrer Verhinderung und mit der Leitung eines Ministeriums im Fall seiner Erledigung beauftragt werden, § 66 Abs. 2 Bayer. Verfassung 1919. In beiden Fällen war ihre Tätigkeit grundsätzlich nicht auf die Rolle als Behördenleiter beschränkt, sondern umfaßte auch die „politische“ Vertretung einschließlich des Stimmrechts im Kabinett, wobei sie allerdings keiner parlamentarischen Verantwortlichkeit unterlagen“; *G. Köhler* S. 4. Im Zusammenhang mit dem von Hoegner initiierten „Gesetz über die vorläufige Staatsgewalt in Bayern“ äußerte Staatsrat Meinzolt in einem Schreiben, 22. 10. 1945, Staatsräte seien Mitglieder der Staatsregierung. Vgl. Hundhammer an die Militärregierung, 26. 2. 1947 (StK 111652); Rundschreiben Hoegners, 17. 9. 1946, über das Vertretungs- und Zeichnungsrecht der dem Staatsminister nachgeordneten Beamten (MF 69388).

<sup>147</sup>§ 58 IV Bayer. Verfassung 1919: „Als Vertreter des Ministerpräsidenten für die ihm vorbehaltenen Geschäfte ist durch das Gesamtministerium ein Minister zu bestellen“. Vgl. Art. 46 Bayer. Verfassung 1946 und § 13 der Geschäftsordnung von 1952 (s. Anm. 144).

<sup>148</sup>Vgl. Ernennungsschreiben vom 28. 5. 1945 Punkt 4 (s. Anm. 101).

Fall Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Kabinetts zu erkennen geben, wenn wir unserem Volk keinen Schaden, sondern Nutzen zufügen wollten“.<sup>149</sup>

Aus diesen Grundsätzen ergeben sich die in Abschnitt III zusammengefaßten *Befugnisse des Ministerpräsidenten*. Dieser führt den Vorsitz der Landesregierung (Leitung der Staatsverwaltung, Vollzug der Gesetze und Verordnungen, Vertretung des Landes Bayern gegenüber der Militärregierung). Weiter regelt der Abschnitt III das Ernennungs- und Entlassungsrecht (u.a. aller Beamten ab Ministerialrat aufwärts im Einvernehmen mit der Militärregierung durch den Ministerrat). Von besonderem Interesse ist Punkt 3: „Der Ministerpräsident hat den Vorsitz im Ministerrat. In Zweifelsfällen und bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet seine Stimme. Er überwacht den Vollzug der Beschlüsse des Ministerrats. Über die Verhandlungen des Ministerrats wird ein Protokoll geführt“. Hier bleibt allerdings unklar, ob nur die Minister und Staatsräte, von denen in der Geschäftsordnung die Rede ist, Stimmrecht im Ministerrat hatten oder alle Teilnehmer. Es fehlt auch eine Präzisierung des Protokollinhalts, eine Bestimmung des Protokollanten sowie eine Authentisierungsbestimmung (Zeichnung durch MPr., Leiter der StK und Protokollanten), der Kreis der Empfänger des Protokolls, die Regelung der Einwendungen gegen seinen Inhalt. All dies wurde erst in der Geschäftsordnung von 1952 festgelegt<sup>150</sup>.

Abschnitt III 4. regelt das „Consultationsrecht“ des Ministerpräsidenten, sich durch Beamte aller Ministerien und durch sonstige Personen beraten lassen zu können, von dem Schäffer ausgiebig Gebrauch machte.<sup>151</sup>

Die Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten behandelt Punkt 5 dieses Abschnitts.<sup>152</sup> „Im Rahmen dieser Richtlinien führen die einzelnen Staatsminister ihre Geschäfte selbständig. Der Ministerpräsident kann die Entscheidung über einzelne dieser Angelegenheiten an sich ziehen, sofern er sie von allgemein politischer Bedeutung erachtet.“<sup>153</sup> Auch von diesem Recht der Einschränkung der Selbständigkeit der Geschäftsführung seiner Kabinettsmitglieder sollte Schäffer mit Nachdruck Gebrauch machen.<sup>154</sup>

Bei Abschnitt IV (*Gewährleistung einer einheitlichen Politik*) handelt es sich im Grunde um die Regelung des Verkehrs mit der Militärregierung.<sup>155</sup> Die Minister hatten den Regierungschef zur Herbeiführung einer einheitlichen Stellungnahme gegenüber der Militärregierung (und gegenüber der Öffentlichkeit) über alle wesentlichen Fragen laufend und rechtzeitig zu unterrichten, in der Regel durch Einzelbesprechungen, bei Sachen von allgemeiner Bedeutung im Ministerrat.<sup>156</sup> Die Staatsminister verkehrten unmittelbar mit dem in ihrer Ernennungsurkunde bezeichneten Verbindungsoffizier der Militärregierung. Wichtige Dinge waren jedoch vorher mit dem Ministerpräsidenten und auf dessen Anordnung im Ministerrat zu besprechen. „Ergeben sich Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Verbindungsoffizier und einem Staatsminister oder glaubt der Verbindungsoffizier eine Order geben zu müssen, die mit den Richtlinien der bayerischen Landesregierung nicht übereinstimmt, so ist der Ministerpräsident zu verständigen, der die Klärung dieser Fragen in einer Aussprache mit dem Gouverneur anzustreben<sup>157</sup> hat“. Hier wird die Ausrichtung der

149Schäffer, Ministerpräsidentenschaft S. 8. Vgl. Nr. 4 TOP II und die Ausführungen zu Abschnitt IV der Geschäftsordnung.

150In § 7 s. Anm. 144.

151Vgl. § 62 III Bayer. Verfassung 1919. Vgl. *Itinerar* (Geßler, Schniewind, Alzheimer, Goetz, Dr. Hans Eisele (1876–1957)).

152Eine solche explizite Regelung enthielt die Verfassung von 1919 nicht. Vgl. aber Art. 47 (2) Bayer. Verfassung 1946 und § 11 der Geschäftsordnung von 1952 (s. Anm. 144).

153Vgl. ohne die Einschränkung des zweiten Satzes Art. 51 (1) Bayer. Verfassung 1946.

154Vgl. Aktennotiz Geßlers, 24. 8. 1945, betr. Kompetenzen des Arbeitsministeriums in Wohnungsbauangelegenheiten: „Ich stellte mich demgegenüber auf den Standpunkt, daß die ganze Frage eine Frage von höchster politischer Bedeutung für die Zukunft des Landes sei und daß deshalb die Führung beim Herrn Ministerpräsidenten persönlich bleiben müsse, wie ja auch in der Geschäftsanweisung für die Ministerien vorgesehen sei, daß sich der Ministerpräsident einzelne Materien vorbehalte“ (StK 112981). Vgl. Nr. 13.

155S. Anm. 144.

156Vgl. die Einladung zum Ministerrat am 6. 7. 1945 (NL Hoegner 354): „Der Herr Ministerpräsident bittet, daß alle Ressorts eine schriftliche Zusammenstellung über die von der Militärregierung bisher getroffenen Anordnungen für diese Sitzung anfertigen. Er bittet ferner, daß jeder der Herren einen kurzen Überblick über Vorgänge von Bedeutung in seinem Ressort gibt“. Vgl. auch die Einladung zum Ministerrat am 19. 9. 1945, die u.a. erkennen läßt, daß es in der Praxis Defizite beim regelmäßigen Kontakt zwischen MPr. und Kabinettsmitgliedern gab (NL Hoegner 354). Vgl. Nr. 9 Anm. 3.

157hs. eingesetzt für: „durchzusetzen“.

Bayerischen Landesverwaltung an der Gliederung der Militärregierung deutlich, die Schäffer bewußt zur reibungslosen Geschäftsführung anstrebte.<sup>158</sup>

Ferner enthielt die Geschäftsordnung die Anweisung, keinerlei Meinungsverschiedenheiten unter den Ministern ohne vorherige Aussprache im Ministerrat an die Verbindungsoffiziere der Militärregierung heranzutragen. Von dieser Einheitlichkeit im Auftreten hing die Handlungsfähigkeit des Kabinetts ab. Daraus ergab sich auch Schäffers Ungehaltenheit über Verstöße Roßhaupters gegen diese Linie<sup>159</sup>. Noch 1955 formulierte er erbost in einem Zeitungsartikel: „Innerhalb des Kabinetts habe ich die Vereinbarung getroffen, daß alle Kabinettsmitglieder verpflichtet seien, ihre Verhandlungen mit dem Verbindungsoffizier der Besatzungsmacht nur im Benehmen mit dem Ministerpräsidenten zu führen [...] Das erste Kabinettsmitglied, das mit der amerikanischen Besatzungsmacht zusammenspielte und sich vom Kabinett unabhängig zu machen suchte, war der Sozialdemokrat Roßhaupter. Dieser ließ sich von der Militärregierung hinter dem Rücken des Kabinetts ein eigenes Militärregierungsgesetz für die Errichtung seiner Verwaltung machen. Dem Kabinett blieb nichts anderes übrig, als sich dem zu beugen. Ich habe es aber damals für meine Pflicht gehalten, dem Herrn Roßhaupter unter vier Augen meine persönliche Auffassung über sein Verhalten zum Ausdruck zu bringen“.<sup>160</sup>

Weiter regelte dieser Unterpunkt die Einschaltung des Ministerpräsidenten in allen Fällen, in denen sich andere Stellen als die Verbindungsoffiziere direkt an Ministerien wandten.

Unter IV 3. regelte die Geschäftsordnung den Verkehr der Ministerien mit der Öffentlichkeit restriktiv. Dieser war grundsätzlich nur im Einverständnis mit oder über den Ministerpräsidenten möglich. Ansprachen, Aufsätze oder Interviews waren dem Ministerpräsidenten spätestens 24 Stunden zuvor zuzuleiten.<sup>161</sup>

Punkt IV 4. enthielt Regelungen für die Erarbeitung von Entwürfen für Gesetze, Rechts- und Verwaltungsverordnungen. Nach der Fertigstellung im jeweiligen Ressort war ein Entwurf vor Behandlung im Ministerrat dem Ministerpräsidenten zu unterbreiten. Dieser konnte vor der Behandlung im Kabinett Äußerungen des Justiz- und des Finanzministeriums einholen.

Der abschließende Abschnitt V (*Schriftverkehr*) traf formale Regelungen für schriftliche Vorlagen an den Ministerpräsidenten.

Die Geschäftsordnung bringt die nachgeordnete Stellung der Staatsregierung gegenüber der Militärregierung deutlich zum Ausdruck. Andererseits trägt sie mit der sehr starken Stellung des Ministerpräsidenten innerhalb des Kabinetts der alleinigen Verantwortlichkeit Schäffers gegenüber der Militärregierung Rechnung. Zutreffend wurde dieser Sachverhalt von dem Kabinettsmitglied Hoegner so gekennzeichnet: „Die Minister waren damals mit dem Ministerpräsidenten nicht gleichberechtigt. Die gesamte Verantwortung für die Staatsverwaltung gegenüber der Besatzungsmacht trug der Ministerpräsident. Fritz Schäffer erließ deshalb eine Geschäftsordnung, nach der bei allen Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Ministerrats der Ministerpräsident den Ausschlag gab und auch Reden von Ministern im Rundfunk dem Ministerpräsidenten vorher zur Prüfung vorgelegt werden mußten“.<sup>162</sup>

### b. Aufgabenverteilung

Trotz drängender Probleme bildeten Fragen der Kompetenzverteilung zwischen den Ministerien einen thematischen Schwerpunkt des Kabinetts Schäffer.

<sup>158</sup>Vgl. Schäffer, Denkschrift (1. 8. 1945) S. 26ff.

<sup>159</sup>Vgl. Nr. 7 TOP IV. bes. Anm. 36 und Nr. 5 Anm. 22.

<sup>160</sup>Schäffer: „Erinnerungen an den bayerischen Dschungel-Krieg 1945“, Regensburger Tages-Anzeiger, 12./13. 3. 1955; sowie Schäffer in der Sitzung des Landesausschusses der CSU, 28./29. 2. 1948, Regensburg, *Die CSU 1945–1948* S. 1579. Vgl. dagegen die harmonisierende Darstellung in Schäffer, Ministerpräsidentenschaft S. 8.

<sup>161</sup>Vgl. Nr. 3 TOP V und Nr. 5 TOP I. S. StK 112912.

<sup>162</sup>Hoegner S. 192. Vgl. „Der Bayerische Ministerpräsident ist nicht mehr wie in der Bamberger Verfassung der „primus inter pares“, sondern wird zum „Spiritus rector“ mit Weisungsrecht und scharfem Überwachungsrecht gegenüber den Ministerien“; Pfeiffer in den „Erwägungen zur Frage Kanzlei des Bayerischen Ministerpräsidenten“, 11. 6. 1945 (NL Pfeiffer 55).

Grundsätzliche Entscheidungen in dieser Problematik wurden schon Anfang Juni getroffen. So hatten Ministerialdirektor Fischer und Major Reilly von RMG bei einer Unterredung am 8. Juni 1945 den Aufbau des Innenministeriums festgelegt. Von vormals elf Abteilungen verblieben vier: Allgemeine Verwaltung, Gesundheitsabteilung, Oberste Baubehörde und Polizei. Aus der Abteilung für Arbeit sollte ein eigenes Ministerium werden. Die Verkehrsabteilung wurde dem Wirtschaftsministerium zugeschlagen, und die Oberste Theaterbehörde sollte zum Kultusministerium zurückkehren.<sup>163</sup>

Am heftigsten wurde zwischen dem neu errichteten Arbeitsministerium und dem Innenministerium, genauer der Obersten Baubehörde im Staatsministerium des Innern, um die Kompetenzen in Bau- bzw. Wohnungsangelegenheiten gerungen. Den Anspruch des Arbeitsministeriums deckte das von der Militärregierung erlassene Gesetz zur Errichtung des Arbeitsministeriums.<sup>164</sup> Schäffer, der am traditionellen Aufbau der bayerischen Staatsverwaltung orientiert war,<sup>165</sup> versuchte, nachdem er schon bei der Schaffung des Arbeitsministeriums mit seinen Vorstellungen an der Militärregierung gescheitert war,<sup>166</sup> zumindest Teile der Kompetenzen für die Oberste Baubehörde zu erhalten. Eine Einigung in diesem Sinne wollte er durch die unter Nr. 13 abgedruckte Aussprache herbeiführen. Dies scheiterte jedoch an der Haltung Roßhaupters,<sup>167</sup> der für seine Position Unterstützung bei der Militärregierung fand.<sup>168</sup> Hinter der sachlichen Auseinandersetzung standen programmatische Divergenzen, die die von Schäffer als parteipolitisch neutral bezeichnete Regierung überlagerten. So sah der SPD-Politiker Roßhaupter in Wohnungsbaufragen eher eine Wohlfahrtsangelegenheit (Sozialer Wohnungsbau) als eine staatliche Bauaufsicht (Baupolizei). Der ungelöste Konflikt zwischen dem Arbeitsminister und der Obersten Baubehörde beschäftigte auch die folgenden Regierungen.<sup>169</sup>

Am 7. Juli 1945 machte Schäffer das Innen-, Finanz- und Kultusministerium mit dem Geschäftsverteilungsplan<sup>170</sup> des neu zu errichtenden Staatsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft bekannt.<sup>171</sup> Demgemäß hatte insbesondere das Kultusministerium größere Teile seiner Zuständigkeiten an das Landwirtschaftsministerium abzugeben.<sup>172</sup> Nach einer Besprechung der Frage am 11. Juli in der Staatskanzlei<sup>173</sup> wandte sich Kultusminister Hipp mit allem Nachdruck gegen das Ausscheiden der Landesanstalt für landwirtschaftliches Maschinenwesen sowie der Süddeutschen Versuchs- und Forschungsanstalt für Milchwirtschaft aus seinem Geschäftsbereich, da beide Institute seit jeher Bestandteile der Technischen Hochschule gewesen seien.<sup>174</sup> Bis zum Ende des Kabinetts Schäffer wurde die Angelegenheit jedoch nicht

163Weekly Report RMG Nr. 4, für die Woche bis zum 11. 6. 1945 (OMGBY 13/74–2/1). Zur Theaterbehörde vgl. Nr. 9 Anm. 38.

164Gesetz der Militär-Regierung von Bayern über die Bildung des Bayerischen Arbeitsministeriums vom 20. Juni 1945 (GVBl. 1946 S. 9).

165Vgl. Lange an Geßler, 27. 8. 1945: „Die Aufspaltung der Bearbeitung von Baufragen in: Wohnhäuser = Arbeitsministerium, öffentliche Bauten = Staatsministerium des Innern, Bauten der Wirtschaft = Wirtschaftsministerium erscheint mir nicht recht glücklich. Umso mehr begrüße ich es, wenn der Herr Ministerpräsident schirmend seine Hand über das Ganze hält“ (StK 112981). Vgl. Franz Fischer an Schäffer, 8. 5. 1953: „Als bayerischer Ministerpräsident haben Sie im Jahre 1945 die Oberste Baubehörde sofort wieder erstehen lassen, wofür alle bayerischen Bauleute ständig dankbar sind“ (NL Schäffer 84).

166Vgl. Nr. 3 Anm. 3 und s. o. S. 41.

167Vgl. auch Roßhaupter an MPr. und Ressorts, 11. 9. 1945, betr. die ausschließliche Weisungsbefugnis seines Hauses gegenüber den Landessiedlungsämtern bei den Regierungspräsidenten (StK 113746).

168Bauer S. 77 Anm. 204.

169Vgl. Volkert S. 297. Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Abgabe der Zuständigkeit für die Fürsorge durch das StMI an das StMArb, Nr. 29 und 30 sowie Volkert S. 33f. Vgl. auch Nr. 70.

170Geschäftsverteilungspläne für ein in Aussicht genommenes StMELF (StK 111678 und Minn 82282).

171Das 1919 geschaffene Landwirtschaftsministerium war zum 1. 4. 1932 aufgelöst worden. Bis 1933 existierte eine Abteilung Landwirtschaft im StMI. Seit 1933 gab es eine Abteilung Landwirtschaft in dem durch die Nationalsozialisten geschaffenen StMWi; Volkert S. 263.

172Aus dem Kultusministerium ausgegliedert werden sollten: die Süddeutsche Versuchs- und Forschungsanstalt für Milchwirtschaft in Weihenstephan, die Versuchs- und Forschungsanstalt für Gartenbau und Höhere Gartenbauschule Weihenstephan, die Landesanstalt für landwirtschaftliches Maschinenwesen in Weihenstephan, die Landfrauenschulen Miesbach und Straßmoos, die Aufsicht über die Ackerbauschulen und die Ausbildung der Landwirtschaftsreferendare und die Durchführung der landwirtschaftlichen Staatsprüfung. Das StMI sollte die Kulturbauämter, das Finanzressort das Staatsweingut Würzburg abgeben.

173Einladung Schäffers an StMI, StMF und StMUK, 7. 7. 1945 (StK 111617 und Minn 82282). Von der Besprechung konnte kein Protokoll ermittelt werden.

174Hipp an Schäffer, 14. 7. 1945 (StK 111617 und Minn 82282). Mit dem übrigen Besprechungsergebnis war er einverstanden. So sollten an das StMELF abgegeben werden: die Landfrauenschulen Miesbach und Straßmoos und die Ausbildung der Landwirtschaftsreferendare nach Verlassen des Staatsinstituts für den landwirtschaftlichen Unterricht und die Durchführung der landwirtschaftlichen Staatsprüfung. Verbleiben sollten hingegen beim StMUK: die Landwirtschaftsschulen im bisherigen Umfang, die von der Abt. Landwirtschaft ebenfalls in die Debatte gezogen worden seien, die Ackerbauschulen, die Versuchs- und Forschungsanstalt für Gartenbau und Höhere Gartenbauschule Weihenstephan und das Staatsinstitut für den landwirtschaftlichen Unterricht einschl. des dort stattfindenden Teils der Ausbildung der Landwirtschaftsreferendare.



entschieden, ob einzig wegen des Widerstandes von Hipp, bleibt offen.<sup>175</sup> Unklar ist, ob es auch Widerstände des Wirtschaftsministeriums gab, da die Zuständigkeit für die Landwirtschaft bislang dort angesiedelt war.

Die Errichtung eines Justizministeriums gelang in der Regierungszeit Schäffers nicht.<sup>176</sup> Mit dem Wiederaufbau der 1934/1935 verreichlichten Bayerischen Justizverwaltung<sup>177</sup> beauftragte Schäffer zuerst den einzigen beim OLG München verbliebenen Senatspräsidenten Hans Ehard, den die Amerikaner bezüglich der Wiedererrichtung der Gerichte gleich nach der Besetzung zur Mitarbeit herangezogen hatten.<sup>178</sup> Seit seiner Rückkehr aus der Schweiz am 6. Juni 1945 arbeitete gemeinsam mit ihm Wilhelm Hoegner an der Wiedererrichtung der Bayerischen Justizverwaltung.<sup>179</sup> Das amerikanische Hauptquartier zögerte jedoch die Erlaubnis, ein Justizministerium und eine Justizverwaltung zu errichten, heraus.<sup>180</sup> Erst am 18. Oktober 1945 wurde Hoegner, mittlerweile Bayerischer Ministerpräsident, auch Minister im inzwischen bewilligten Justizressort.<sup>181</sup>

Mit der Flüchtlingsbetreuung hatte die Regierung Schäffer das Bayerische Rote Kreuz (BRK) beauftragt, dem jedoch keine staatlichen Befugnisse übertragen worden waren. Es unterstand der Weisungsbefugnis des Staatsministeriums des Innern.<sup>182</sup> Die Flüchtlingsfrage war aber noch kein vorrangiges Problem für die Regierung Schäffer und ist in ihrer Dimension lange unterschätzt worden.<sup>183</sup> Eine ausschließlich der Flüchtlingsfürsorge gewidmete Besprechung bei Schäffer am 24. September 1945, in der die verschiedenen Aspekte dieses Problems erörtert wurden, auch die Frage der Organisation, macht deutlich, daß sich diese Einschätzung Ende September wandelte:<sup>184</sup> „Die Frage des Ministerpräsidenten, ob die Bestellung eines Sonderbeauftragten für das Flüchtlingswesen im Rahmen der dem Staatsministerium des Innern als oberster Leitung obliegenden Flüchtlingsfürsorge notwendig ist, bejahte Regierungsdirektor Münsterer und erhielt die Zustimmung des Ministerpräsidenten sowie den Auftrag, gemeinsam mit Regierungspräsident Wirschinger über die Auswahl einer geeigneten Persönlichkeit sich schlüssig zu werden.“<sup>185</sup> Kurz vor Schäffers Entlassung wurde so als „einzige sichtbare personelle und organisatorische Reaktion auf Regierungsebene“<sup>186</sup> auf die Flüchtlingsproblematik Franz von Brentano<sup>187</sup> zum Sonderbeauftragten für das Flüchtlingswesen in das Innenministerium berufen. Seine Berufung ging allerdings nicht auf Münsterer und Wirschinger zurück, sondern auf den im September 1945 faktisch als Leiter der Staatskanzlei agierenden Anton Pfeiffer.<sup>188</sup>

Der geschäftsführende Präsident des BRK, Josef Stürmann, der infolge der Zuständigkeit des BRK in Flüchtlingsfragen regelmäßig Kontakt mit dem Welfare Officer von RMG hatte, berichtete am 17. August 1945 Pfeiffer über den Inhalt einer Unterredung mit Capt. Stainton.<sup>189</sup> Da die Militärregierung grundsätzlich nur mit der bayerischen Regierung verhandele, sei es dringend erforderlich und erwünscht, daß der Ministerpräsident einen Wohlfahrtsminister ernenne, da nur so die Vertretung der Interessen des BRK, sonstiger Wohlfahrtsorganisationen und der Wohlfahrtsämter gegenüber der Militärregierung gewährleistet sei. Diese Maßnahme

175Unzutreffend Zorn S. 551.

176Unzutreffend Zorn S. 551.

177Rumschöttel S. 23f.

178Daily Summary RMG, 23.5. und 30. 5. 1945 (OMGBY 13/74–2/3).

179S. o. S. 35.

180Vgl. im Detail Nr. 9.

181StK 111649. Vgl. Rumschöttel S. 27f.

182Vgl. Nr. 6 TOP I, Nr. 9 TOP IV, Nr. 22, 26, 52, 96 und 100. S. Bauer S. 30ff.

183Vgl. Bauer S. 40f.

184Zu dem Protokoll und den Teilnehmern der Sitzung vgl. Nr. 9 Anm. 18.

185Ebd.

186Bauer S. 41.

187Franz von Brentano (1888–1956), 1919 Referent der Waffenstillstandskommission, 1920 Auswärtiges Amt (Friedensabteilung), bis 1924 bei den Bankhäusern Aufhäuser (München) und Bleichröder (Berlin), ab 1927 Inhaber einer Immobilienfirma, Mitglied von BVP und Bayernwacht, seit 1941 Wehrmacht, zuletzt Abteilungsleiter im Stellv. Generalkommando München, Ende September bis Ende November 1945 Sonderbeauftragter für das Flüchtlingswesen im StMI im Range eines ORR, 1952–1954 Konsul Lille.

188Lt. Vermerk Pfeiffers, 10. 9. 1945, hatte er Brentano am 9. 9. 1945 mitgeteilt, daß er an der Einrichtung eines Sonderbeauftragten für Flüchtlingsfragen arbeite und ihn dafür in Aussicht genommen habe (NL Pfeiffer 106). Vgl. Bauer S. 41 Anm. 81. Zu Brentanos Tätigkeit und Rücktritt s. NL Pfeiffer 358 und Bauer S. 42ff.

189Stürmann an Pfeiffer, 17. 8. 1945 (StK 112984).

sei nach Stainton um so wichtiger, als durch die baldige Auflösung der NS-Heime sowie sonstiger NS-Vermögen Sach- und Geldwerte anfielen, die verwaltet werden müßten.<sup>190</sup> Anders als im Falle der auf amerikanische Initiative zurückgehenden Arbeitsministeriums kam es jedoch nicht zur Errichtung eines Wohlfahrtsministeriums.<sup>191</sup> Murphy kritisierte im September 1945 an der Regierung Schäffer, daß die Anzahl der Ressorts zu gering sei.<sup>192</sup>

Im Juni/Juli 1945 stand die Organisation der staatlichen Aufsicht über die Elektrizitätswirtschaft zur Debatte. Im Auftrag der Militärregierung oder aus eigenem Antrieb hatte das 1890 gegründete, auf dem Gebiete der Energiewirtschaft führende Münchner Ingenieurbüro Oskar von Miller einen Plan vorgelegt, demzufolge eine Oberste Energiebehörde gebildet werden sollte, die dem Wirtschaftsminister direkt zu unterstellen war. Dem widersprach der Leiter der Obersten Baubehörde, Fischer, energisch. Er favorisierte die Unterstellung der Elektrizitätswirtschaft unter die Oberste Baubehörde, wie dies bis 1933 und nun wieder der Fall war. Als Argumente führte er an, daß der Obersten Baubehörde die Aufsicht über die Wasserwirtschaft obliege und Elektrizität in Bayern überwiegend durch Wasserkraft erzeugt werde. Auch die Kontrolle der kommunalen Stromversorgungsunternehmen gehöre jetzt wieder zum Aufgabenbereich der Obersten Baubehörde, nachdem diese Kompetenzen zwischenzeitlich vom Reichsinnenministerium ausgeübt worden waren. Durch die Schaffung einer Obersten Energiebehörde würden Kompetenzen auseinandergerissen.<sup>193</sup> Die Argumentation Fischers machte sich auch Schäffer gegenüber dem RMG zu eigen.<sup>194</sup> Die staatliche Aufsicht über die Elektrizitätswirtschaft verblieb bei der Obersten Baubehörde, der ein Landeslastverteiler in der Person des Vorstandsvorsitzenden der Bayernwerk AG Leonhard Wolf unterstellt wurde, der für die praktische Durchführung der Elektrizitätsversorgung (Produktion und Verteilung) und die Berichterstattung an die Militärregierung zuständig war.<sup>195</sup>

Zur gleichen Zeit besprachen Schäffer und die Militärregierung auch die Frage, welcher Behörde die Landesforstverwaltung unterstehen solle. In Fortgeltung des von den Nationalsozialisten geschaffenen Zustandes unterstand diese im Sommer 1945 dem Ministerpräsidenten direkt. Die Amerikaner strebten eine Eingliederung in den Geschäftsbereich des Wirtschaftsministeriums bzw. eines zu schaffenden Landwirtschaftsministeriums an. Dagegen wurden von bayerischer Seite Bedenken geltend gemacht.<sup>196</sup> Im Juli bat die Militärregierung Schäffer, seine Auffassung zur Landesforstverwaltung schriftlich zu begründen.<sup>197</sup> In einem Memorandum des Landesforstmeisters Hoepffner vom 16. Juli 1945, das der Ministerpräsident an die Militärregierung weiterleitete<sup>198</sup>, wurde die Beibehaltung der direkten Unterstellung unter den Ministerpräsidenten favorisiert, ohne daß eine Entscheidung getroffen wurde. Unter dem Kabinett Hoegner sollte diese Frage ein Streitpunkt bleiben. Dabei ging es nun darum, ob die Forstverwaltung – was der Tradition entsprach – dem Finanzministerium oder aber dem Landwirtschaftsministerium eingegliedert werden sollte.<sup>199</sup>

Die Frage stand in Zusammenhang mit dem Problem, für die in Bayern tätigen Reichsinstitutionen angesichts des Wegfalls einer Reichsexekutive Lösungen zu finden.

<sup>190</sup>Vgl. Nr. 78, 80, 86, 91 und 100.

<sup>191</sup>Am 31. 8. 1945 hatte Schäffer mit Phillips „die Idee eines Landeswohlfahrtsamtes oder dergleichen“ besprochen, s. Nr. 80.

<sup>192</sup>S. u. S. 77.

<sup>193</sup>Vorschlag des Ingenieurbüros Oskar von Miller, 2. 6. 1945; Fischer an RMG, Public Utilities and Public Works, 15. 7. 1945 (OMGBY 13/74-2/4).  
<sup>194</sup>Vgl. Nr. 28.

<sup>195</sup>Public Utilities, Notiz für Monthly Report, 5. 12. 1945 (OMGBY 13/74-2/4). Vgl. auch RMG an Schäffer, 21. 8. 1945 (StK. 114656). Zum Fortgang vgl. Ministerrat vom 24. 10. 1945.

<sup>196</sup>Vgl. Nr. 23 und Nr. 35. Schon am 14. 6. 1945 hieß es über eine Unterredung mit Rattenhuber, er sei als Leiter der Abteilung Landwirtschaft im StMWi „responsible for all agriculture, including forestry within the region“, Daily Summary RMG, 14. 6. 1945 (OMGBY 13/74-2/3).

<sup>197</sup>Nr. 37.

<sup>198</sup>Nr. 51.

<sup>199</sup>StK 111676. Vgl. *Rubner, Volkert* S. 289. S. Ministerrat vom 30. 10. 1945, 30. 1. 1946. Eine weitere Zuständigkeitsfrage, die angesichts der Bedeutung der Brennstoffproblematik nicht zu unterschätzen ist, war die Klärung der Verantwortlichkeit für die Sägeindustrie und den Holzhandel. Hier forderte Wirtschaftsminister Lange, diese Betriebe, die durch die Nationalsozialisten errichteten Reichsforstverwaltung unterstellt worden waren, wieder als gewerbliche Betriebe zu behandeln und damit dem Wirtschaftsministerium zu unterstellen; Lange an Landesforstverwaltung, 3. 8. 1945 (MWi 11674). Vgl. Nr. 7 TOP II. Zum Fortgang s. Ministerrat vom 25. 4. 1946.

### c. Übernahme von Reichsfunktionen

Die treuhänderische Verwaltung der in Bayern tätigen Reichsbehörden<sup>200</sup> durch die bayerische Landesverwaltung tritt besonders markant in Bezug auf die Reichsbahn- und Reichspostdirektionen München in Erscheinung, deren Präsidenten Rosenhaupt und Geiger von Schäffer ernannt worden waren und an den Ministerratssitzungen teilnahmen.

Die – zumindest zeitweilige – Ausübung von Reichskompetenzen spielte auch beim Ressortzuschnitt für das bayerische Arbeitsministerium eine Rolle.<sup>201</sup> Bei der Aufstellung eines Haushaltsplanes wurde – mit Blick auf eine spätere Erstattung der in treuhänderischer Ausübung der Reichsfunktionen entstandenen Kosten – genau zwischen bayerischer Landesverwaltung und Reichsverwaltung getrennt.<sup>202</sup>

Auch die Leiter der in Bayern tätigen Reichsbankhauptstelle (von Hellingrath), des Reichsrechnungshofes (Cammerer)<sup>203</sup> und des Reichsfinanzhofes (Schmittmann)<sup>204</sup> wurden treuhänderisch von Schäffer ernannt.

Daß mit der vorläufigen Übernahme von Reichsfunktionen längerfristig das politische Ziel verknüpft war, durch die Reichsverfassung von 1919 geschaffene und von den Nationalsozialisten verstärkte Zentralisierungen rückgängig zu machen (Reföderalisierung) und damit die Situation des gesamtstaatlichen Vakuums auszunutzen, war für die bayerische Regierung selbstverständlich in Bezug auf die Justizverwaltung sowie hinsichtlich der Verkehrskompetenzen.<sup>205</sup> Schäffer brachte verschiedentlich gegenüber der Militärregierung den Wunsch zum Ausdruck, ein bayerisches Verkehrsministerium zu errichten, das jedoch unter seiner Ägide, weil zu dieser Zeit die Lösung der Frage auf zentraler Ebene auf amerikanischer Seite noch erwogen wurde, nicht realisiert werden konnte.<sup>206</sup> In diesem Zusammenhang wird auch ein weiterer Aspekt der Teilnahme Rosenhauts und Geigers an den Ministeratssitzungen deutlich, da bis zur Schaffung eines Bayerischen Verkehrsministeriums im Januar 1946<sup>207</sup>, das für Eisenbahn, Post und Fernmeldewesen zuständig war, damit der Anspruch auf die Übernahme dieser Kompetenzen in die Landeszuständigkeit sinnfällig erhoben wurde.

Ganz selbstverständlich nahm auch das von Schäffer selbst geleitete bayerische Finanzministerium, an dessen Spitze er schon Anfang der dreißiger Jahre gestanden hatte, die 1919 und 1934 sukzessive auf das Reich übergegangenen Kompetenzen wieder wahr, insbesondere im Bereich der Finanzverwaltung, was in der Praxis die Unterstellung der Oberfinanzpräsidenten in München und Nürnberg unter das Bayerische Finanzministerium bedeutete.<sup>208</sup>

Weitere Themen waren auch die landwirtschaftliche Nutzung von Reichseigentum<sup>209</sup> und – wichtiger noch – die Frage des Reichsvermögens, dessen treuhänderische Verwaltung und Aufteilung auf Bund und Länder ein jahrelanger Zankapfel blieb.<sup>210</sup>

Wirtschaftsminister Lange stellte am 11. August 1945 gegenüber der Militärregierung fest, daß durch den Wegfall der Reichsregierung deren Befugnisse zu wirtschaftlichen Maßnahmen für das Land Bayern auf das

200Schäffer, Denkschrift S. 26. Vgl. Pfeiffer S. 9.

201Vgl. Nr. 13.

202Vgl. Nr. 5 Anm. 19.

203Cammerer wurde von Schäffer am 20. 6. 1945 zum Präsidenten des Rechnungshofes in Bayern ernannt; Cammerer an die Finanzminister Baden-Württembergs und Groß-Hessens, 17. 1. 1946 (Kopie aus dem Archiv Regulative Institutionen des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung Berlin (ZI 6) im Besitz des Bearb.).

204Ernennung durch Schäffer am 25. 7. 1945 zum Präsidenten des Bayerischen Obersten Finanzgerichtshofes; Schmittmann an Schäffer, 9. 5. 1953 (NL Schäffer 84). Vgl. Nr. 25. Vgl. zur Bedeutung seiner Stellung die Tatsache, daß eine Reihe der Rundschreiben Schäffers an die Ressorts auch an Schmittmann gingen (MWi 12323).

205Vgl. auch den Text der Verordnung Nr. 69 über den Geschäftsbereich und die Zuständigkeit des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 18. Juni 1946 (GVBl. S. 216). Er umfaßte die vom ehemaligen Reichsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Reichsnährstand und Reichsforstamt in Bayern ausgeübten Funktionen.

206Vgl. Nr. 20, 22 und 28. Vgl. zur Verwaltung der Reichsautobahnen durch Bayern Nr. 17.

207(GVBl. S. 62).

208Schäffer an RMG, 12. 6. 1945, betr. Neuregelung der Finanzverwaltung in Bayern: „Um Sicherungen zu treffen, daß die Einnahmen des Reichs der Bayerischen Staatskasse künftig zufließen, ist es notwendig, den Behörden der Reichsfinanzverwaltung in Bayern nunmehr in aller Form mitzuteilen, daß sie den Weisungen der Bayerischen Landesregierung unterstehen und daß die Bayerische Landesregierung im Benehmen mit der Militärregierung über die eingehenden Mittel, die früher Einkünfte des Reichs waren, verfügen kann“ (MF 67378). Vgl. Nr. 15 sowie Volkert S. 144, 155.

209Vgl. Nr. 51.

210Vgl. Nr. 43, 60, 64 und 81. Zum Fortgang Ministerrat vom 24. 10. 1945.

bayerische Wirtschaftsministerium übergegangen seien. Er fügte den Entwurf einer Anordnung bei, die diesen Übergang der Kompetenzen ausdrücklich festhalten und damit die Grundlage für die weiteren Maßnahmen des Wirtschaftsministeriums bilden sollte. Am 26. August 1945 wurde ihm die Eingabe von RMG mit der Bemerkung zurückgegeben, sie sei von den Ereignissen überholt worden.<sup>211</sup> Dies bezog sich vermutlich auf die wirtschaftlichen Grundsätze des Potsdamer Abkommens, nach denen Deutschland während der Besatzungszeit als wirtschaftliche Einheit zu betrachten war. Hierfür sollten Zentralverwaltungen geschaffen werden. Dem hätte die ausdrückliche Übertragung von wirtschaftspolitischen Kompetenzen auf eine Landesregierung widersprochen. Die Zentralverwaltungen wurden jedoch nicht realisiert.<sup>212</sup>

Schon vorher hatte Lange formuliert, daß überall da, wo bisher das Reich als maßgebender Leiter tätig war, nun wieder das Land Bayern diese Funktionen übernehme.<sup>213</sup> Ganz deutlich wurde dies bei den Landeswirtschaftsämtern Nürnberg und München, die, bis 1941 unter der Bezeichnung Bezirkswirtschaftsämter, dem Reichswirtschaftsminister unterstellt gewesen waren und die zentralistisch organisierte Kriegswirtschaft in Bayern geleitet hatten. Die Lenkung der Wirtschaft in Bayern übernahm 1945 das in München geschaffene Landeswirtschaftsamt, das nun dem bayerischen Wirtschaftsministerium unterstand.<sup>214</sup>

Auch in den Fällen, in denen nur treuhänderisch Funktionen übernommen wurden und eine föderalistische Motivation nicht *expressis verbis* erkennbar war,<sup>215</sup> ist bei Ministerpräsident Schäffer, der in der Weimarer Republik als Leiter des Finanzressorts und Vorsitzender der BVP die Auseinandersetzungen mit dem Reich in vorderster Front mitbestritten hatte,<sup>216</sup> anzunehmen, daß er die mit der Ausübung einer Fülle ehemaliger Reichskompetenzen verbundene Stärkung der Ausgangsposition Bayerns bei der Gründung eines neuen Gesamtstaates (Reich, Bund) beabsichtigte. Im Ministerrat wurde allerdings dieses Motiv unter Schäffer im Unterschied zu dem nachfolgenden Kabinett Hoegner – vor allem in Bezug auf die Schaffung eines Verkehrsministeriums – nicht ausdrücklich artikuliert. Ein Anfang Juli 1945 im Finanzministerium entstandener Verordnungsentwurf, der in § 1 grundsätzlich die Aufgaben, die im Gebiet des rechtsrheinischen Bayern von Reichsbehörden, Landesbehörden oder Behörden sonstiger öffentlich rechtlicher Körperschaften als Reichsaufgaben wahrgenommen wurden, dem Land Bayern übertrug, wurde nicht umgesetzt.<sup>217</sup>

Zu dieser vorsichtigen aber bestimmten Politik Schäffers gehört, daß er zu einer Zeit, als unterschiedlichste Phantasien über Bayerns Zukunft ins Kraut schossen, den Amerikanern gegenüber nachdrücklich erklärte: „Bayern hat in den Tagen des deutschen Glücks dem Deutschen Reich angehört, und Bayern will in dieser Stunde die Treue zu Deutschland nicht verweigern“.<sup>218</sup> Für diese Auffassung Schäffers waren auch finanz- und wirtschaftspolitische Einsichten maßgeblich.<sup>219</sup>

In einigen Fällen nahm die amerikanische Militärregierung Einfluß auf die Bildung bzw. Unterstellung von Behörden. So ging auf sie die Gründung des Arbeitsministeriums zurück ebenso wie die Verhinderung eines Justizministeriums bzw. Verkehrsministeriums. Ferner forderte sie die Ausgliederung

211Lange an RMG, 11. 8. 1945 (MWi 14658).

212S. Kraus bes. S. 38.

213Vgl. Nr. 12 TOP XII.

214Vgl. Volkert S. 239. Die seit 1901 beim Reichsaufsichtsamt für das Versicherungswesen liegende Versicherungsaufsicht wurde ebenfalls 1945 vorläufig im bayerischen Wirtschaftsministerium angesiedelt. Vgl. Nr. 34 und Volkert S. 169. Vgl. auch die Übernahme der Kompetenzen der Reichsstelle für Milcherzeugnisse (Nr. 17).

215Zum Teil wurde eine Verwaltungsstruktur in Landesregie ventiliert, so bei der Frage nach dem Ausbau der Reichsbankhauptstelle München zu einer Zentralstelle für Bayern, was in die Richtung der 1946 geschaffenen Landeszentralbank wies. S. Nr. 18.

216Vgl. Schäffer, Die Aushöhlungs- und Aushungerungspolitik sowie Becker, Fritz Schäffer und Altendorfer, Fritz Schäffer als Politiker der Bayerischen Volkspartei.

2172 Fassungen des Entwurfs sowie Müller an Schäffer, 4. 7. 1945 in MF 69300.

218Schäffer, Regierungschef S. 24; Schäffer, Ministerpräsidentenschaft S. 8; s. die Bewertung bei Becker, Stationen S. 167. Vgl. mit demselben Tenor Ministerpräsident Ehard am 6. 5. 1949; Bayerische Politik S. 47. Vgl. auch Schäffer im Interview mit RMG; Daily Summary RMG, 15. 6. 1945 (OMGBY 13/74–2/3).

219Vgl. den Entwurf zu Schäffers finanzpolitischer Rede vom 25. 8. 1945: Bayern habe seine Finanzen in Ordnung gebracht und hoffe dies auch von anderen Ländern, „dann kann gemeinsam an die großen Aufgaben der Sanierung unserer Finanzwirtschaft gegangen werden, die nur in Zusammenarbeit aller Teile der deutschen Wirtschaftseinheit durchgeführt werden können“ (NL Schäffer 14) und Schäffer in Nr. 12.



der Landesforstverwaltung aus dem Kompetenzbereich des Ministerpräsidenten. Hieraus kann jedoch keine programmatische Position der Militärregierung – etwa Vorbehalte zugunsten einer späteren Reichsgründung – entnommen werden. Hier spielten vielmehr Vorbilder in der Verwaltung der USA eine Rolle sowie etwa die Tatsache, daß die Kompetenz für das Justizwesen nicht bei RMG lag – von hier war die Regierung Schäffer vielmehr ausdrücklich mit Vorarbeiten für den Wiederaufbau eines bayerischen Justizwesens betraut und die baldige Bildung eines Ministeriums gefördert worden<sup>220</sup> –, sondern bei USFET in Frankfurt. Im Zusammenhang mit einem Eingriff in die bayerische Verwaltungsstruktur aus Hessen<sup>221</sup> teilte RMG den bayerischen Standpunkt, daß eine Unterstellung bayerischer Wasserstraßenämter unter die Wasserstraßendirektion Wiesbaden eine durch nichts gerechtfertigte Zentralisation darstelle.

Die Militärregierung für Bayern hatte allerdings mit der wohl ohne Rücksprache mit vorgesetzten Stellen vollzogenen Ernennung Schäffers zum Ministerpräsidenten ebenso wie Eisenhower mit der Proklamation Nr. 2, durch die die Staaten Groß-Hessen, Württemberg-Baden und Bayern geschaffen wurden, grundsätzlich die Weichen in Richtung eines föderalistischen Staatsaufbaues gestellt.<sup>222</sup>

#### d. Weitere Berufungen

Eine der Hauptaufgaben Schäffers während der gesamten Amtszeit blieb die Suche nach unbelasteten und verwaltungserfahrenen Mitarbeitern, die er der Militärregierung präsentieren und mit denen er, neben den Ministerien, die wichtigsten Behörden der bayerischen Verwaltung besetzen konnte.<sup>223</sup>

An erster Stelle sind Otto Geßler als Leiter der Staatskanzlei und Hans Schwink als Leiter des Landeswirtschaftsamtes zu nennen. Ihre Berufungen durch Schäffer wurden später als Gründe für seine Entlassung genannt und in seinem Spruchkammerverfahren näher erörtert.<sup>224</sup>

Am 27. Juni 1945 bat Schäffer den ehemaligen Regensburger (1910–1913) und Nürnberger Oberbürgermeister (1913–1918), Reichsminister für den Wiederaufbau (1919) und Reichswehrminister (1920–1928) Otto Geßler, der in Lindenberg im Allgäu im französisch besetzten Kreis Lindau wohnte, sobald wie möglich nach München zu kommen.<sup>225</sup> Schäffer, der Geßler aus der Weimarer Zeit kannte und ihn schätzte,<sup>226</sup> wollte diesen für die Leitung der Staatskanzlei gewinnen, da Geßler als ehemaliger Bürgermeister von Regensburg und Nürnberg sowie als langjähriges Mitglied des Reichskabinetts über eine umfassende Verwaltungserfahrung verfügte.<sup>227</sup> Geßler folgte der Bitte und war in der zweiten Hälfte des Juli und im August 1945 als Leiter der Staatskanzlei mit dem Titel Staatsrat tätig.<sup>228</sup> In dieser Eigenschaft nahm er am 26. Juli und 22. August 1945 auch an Ministerratssitzungen teil. Schäffer strebte seine Bestätigung durch die Militärregierung und seine Bestellung zum Leiter der Staatskanzlei an.<sup>229</sup> Da jedoch behauptet wurde,<sup>230</sup> daß Geßler die Schwarze Reichswehr aufgebaut habe, durfte er laut Entscheidung vom 27. August keine Amtsräume mehr betreten; bei Zuwiderhandlung drohte ihm Verhaftung. Geßler ging daraufhin nach

220Vgl. Daily Summary RMG, 23., 25., 30. und 31. 5. 1945 (OMGBY 13/74–2/3), OMGBY 17/182–1/4.

221S. Nr. 51.

222Vgl. *Becker*, Stationen S. 165.

223Vgl. das Verzeichnis der Ernennungen leitender Persönlichkeiten in Bayern (NL Schäffer 14).

224Vgl. Anm. 364.

225NL Geßler 19; vgl. *Geßler* S. 91.

226*Schäffer*, Regierungschef S. 26.

227Verfügung des Generalklägers im Spruchkammerverfahren Schäffers vom 18. 11. 1947 (OMGBY 15/102–2/13).

228Vgl. zu den von ihm in dieser Funktion erarbeiteten grundsätzlichen Denkschriften S. 28 Anm. 104; zu seinen Verhandlungen im Auftrage Schäffers mit dem französischen Gouverneur in Lindau (StK 110916).

229Am 8. 8. 1945 hatte Schäffer bei dem RMG einen Fragebogen Geßlers vorgelegt; Verfügung des Generalklägers im Spruchkammerverfahren Schäffers vom 18. 11. 1947 (OMGBY 15/102–2/13). Vgl. *Schäffer*, Bemerkungen zu den Presseinformationen über meinen Ausschluß aus dem politischen Leben, 17. 3. 1947, Auszug abgedruckt in *Dokumente III/9* S. 35–37, hier 36; vollständig StK 113444 sowie auch *Schäffer*, Regierungschef S. 26. Geßler war daraufhin, wie Schäffer und Pfeiffer (NL Pfeiffer 360) es bezeichneten, „informativ“ tätig. Vgl. auch Eidesstattliche Versicherung Geßlers vom 2. 10. 1947 im Zusammenhang mit Schäffers Spruchkammerverfahren (OMGBY 15/102–2/13).

230S. u. S. 70. Vgl. Müller an Clay, 28. 3. 1946 (NL Müller MA 1427/1). Vgl. auch Bernstein in *Post Meridian*, 31. 8. 1945. Vgl. auch den Hinweis in *Geßler* (S. 92), daß Geßler von einem deutschen Hochschulprofessor denunziert worden sei. Damit könnte Eckardt gemeint sein. S. u. S. 65f.

Lindenberg zurück. Entlassen wurde er nicht, da er nie regulär angestellt worden war.<sup>231</sup> Die Angelegenheit hatte zur Folge, daß Schäffer während seiner ganzen Regierungszeit keinen regulären Leiter der Staatskanzlei besaß.

Ende Juli ernannte Schäffer Hans Schwink nach Genehmigung durch die Militärregierung zum Bevollmächtigten für den Nahverkehr Münchens.<sup>232</sup> Schon seit Beginn der Besetzung war Schwink, damals von Oberbürgermeister Scharnagl eingesetzt, Direktor des Landeswirtschaftsamtes in München.<sup>233</sup> In dem Bericht, der zu Schäffers politischem Betätigungsverbot 1946 führte, hieß es, einige von Schäffers Ernennungen hätten rückgängig gemacht werden müssen, wegen ihrer „militaristic affiliations“; damit war insbesondere Schwink gemeint. Der Vorwurf bezog sich auf die Tatsache, daß er im Ersten Weltkrieg Generalstabsoffizier gewesen war.<sup>234</sup> Während des Zweiten Weltkrieges war er als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im Landeswirtschaftsamt München tätig, dann zur Einrichtung der Treibstoffversorgung vom Reichswirtschaftsministerium im Juni 1940 nach Frankreich, 1942 in gleicher Eigenschaft in das Generalgouvernement und nach Polen abgestellt, zuletzt 1944 in Italien. Er war nicht NSDAP-Mitglied. Die Anstellung Schwinks wurde Schäffer auch in einem Artikel im amerikanischen *Post Meridian* zur Last gelegt.<sup>235</sup> Unerwähnt blieb beide Male, daß Schwinks Frau, sein Kind und seine Schwiegermutter als Jüdinnen im Frühjahr 1945 von der SS ermordet worden waren und Schwink, als wehrunwürdig bezeichnet, bereits vorher nicht mehr als Offizier verwendet worden war.<sup>236</sup> Ende August wurde Schwink von der Militärregierung entlassen.<sup>237</sup>

Eminent wichtige Positionen unterhalb der Ministerialebene<sup>238</sup> hatten die Präsidenten der Oberfinanzpräsidien in Nürnberg und München inne. In München folgte auf den Übergangspräsidenten Rauch Mitte Juni Alexander Prugger<sup>239</sup>. Seine Bekanntschaft mit Schäffer – über den Würzburger Klerus – reichte in das Jahr 1939 zurück. Ihr Kontakt war während seiner Ministerpräsidentenschaft eng, was seinen Ausdruck in der Anweisung Schäffers an Staatsrat Müller fand, Prugger über die Behandlung von Finanzfragen im Ministerrat zu unterrichten.<sup>240</sup> Die Leitung des Oberfinanzpräsidiums Nürnberg konnte in Schäffers Amtszeit nicht endgültig besetzt werden. Schäffer betraute am 18. Juli 1945 den Oberregierungsrat Rudolf Nunn mit der Führung der Geschäfte.<sup>241</sup> Erst am 18. Oktober 1945 wurde dann Rolf Grabower regulär zum Oberfinanzpräsidenten ernannt.<sup>242</sup>

Am 20. Juni 1945 ernannte Schäffer Rudolf Köhler in Übereinstimmung mit dem RMG zum zeitweiligen Bevollmächtigten für den Nahverkehr mit Sitz in Fürth.<sup>243</sup>

In den abgedruckten Protokollen unerwähnt bleiben die Ernennungen von Georg Lill<sup>244</sup> zum Direktor des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, von Rudolf Esterer<sup>245</sup> zum Präsidenten der staatlichen

231 Von der StK hatte Geßler weder Bezüge angewiesen noch ausbezahlt bekommen (NL Pfeiffer 360). Vgl. zur Beendigung der Tätigkeit Geßlers auch den Auszug des sich darauf beziehenden Schreibens Schäffers an das RMG, in dem der MPr. ausdrücklich feststellte, daß Geßler erklärt habe, nichts mit der Schwarzen Reichswehr zu tun gehabt zu haben. Auszug (undatiert) im Material des Schreibens Müller an Clay, 28. 3. 1946 (MA 1427/1).

232 Vgl. Nr. 51 und 23.

233 S. o. S. 20; Volkert S. 283. Vgl. Nr. 7 TOP II.

234 Vgl. Schwink an Konrad Adenauer, 15. 1. 1936, *Adenauer im Dritten Reich* S. 279.

235 *Post Meridian*, 31. 8. 1945.

236 Eidesstattliche Erklärung Schwinks im Zusammenhang mit Schäffers Spruchkammerverfahren 1947 (NL Schäffer 6). *Zorn* (S. 562) bezieht die Vorwürfe, die gegenüber Schwink erhoben wurden, unzutreffenderweise auf Lange.

237 Weekly Report RMG Nr. 15, 16.-23. 8. 1945: „The head of the Landeswirtschaftsamt, Dr. Otto [!] Schwink, was ordered removed after investigation, because he was a ‚Kriegsverwaltungsrat‘ in Poland, France and Italy for the Nazi Government, a job similar to that held by Mr. Harold Ickes as coordinator of Gas and Oil in the U.S.“ (OMGBY 13/74-2/2). Zur Nachfolge von Schwink s. MWi 12323.

238 Zu den wichtigsten Referenten in den Ministerien vgl. *Schäffer*, Denkschrift S. 27-28. Zu den Referenten des StMarb s. OMGBY 13/106-3/5.

239 Vgl. Nr. 16 und 21.

240 Schäffer an Müller, 6. 7. 1945 (StK 111676).

241 Chronik der Stadt Nürnberg (Stadtarchiv Nürnberg). Vgl. Nr. 16 sowie Nr. 26.

242 Vgl. Nr. 43.

243 Vgl. Nr. 17.

244 Prof. Dr. phil. Georg Lill (1883-1951), Kunsthistoriker, 1908 Eintritt in das Generalkonservatorium der Kunstdenkmäler und Altertümer Bayerns (seit 1917 Bayer. Landesamt für Denkmalpflege), 1920 Hauptkonservator im Bayer. Nationalmuseum, 1924 Prof., 1929-1950 Direktor des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege.

245 Vgl. Nr. 13.

Verwaltung der Schlösser, Gärten und Seen und von Eberhard Hanfstaengl<sup>246</sup> zum Generaldirektor der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen Anfang Juli 1945.<sup>247</sup>

Für die Haushaltssanierung und das Wiederanlaufen der Wirtschaft in Bayern war der Ministerpräsident auf den Rat und die Mitwirkung führender Männer aus der Wirtschaft angewiesen. Es entsteht der Eindruck, als habe Schäffer dieses Reservoir auch deshalb ausgeschöpft, da in der Wirtschaft eher als in der Verwaltung unbelastete Fachleute auszumachen waren, die auch in der staatlichen Verwaltung Verwendung finden konnten. Hierbei kam Schäffer zu Hilfe, daß sich bei Kriegsende infolge der Evakuierung schwer bombardierter Regionen in Bayern überdurchschnittlich viele führende Männer großer Unternehmen aufhielten, an die Schäffer herantrat. Darüber gibt eine Liste von Personen aus dem Wirtschaftsleben Auskunft<sup>248</sup>, die in verschiedene Rubriken aufgeteilt ist. An erster Stelle rangieren Personen, denen eine Kompetenz für allgemeine Wirtschaftspolitik attestiert wird: Otto Graf, Ludwig Erhard, Otto Schniewind.<sup>249</sup> Graf sollte im Juni Staatssekretär im Wirtschaftsministerium werden.<sup>250</sup> Ende August schlug Schäffer der Militärregierung Erhard als möglichen Vertreter der Reichsbankdirektion München in Frankfurt vor und damit als bayerischen Vertreter beim Aufbau eines neuen Zentralbanksystems.<sup>251</sup> Als Finanzsachverständige wurden aufgeführt Carl Goetz,<sup>252</sup> Alois Alzheimer,<sup>253</sup> Wilhelm Eichhorn,<sup>254</sup> Direktor der Landwirtschaftsbank München, Hans von Hellingrath, Präsident der Bayerischen Staatsbank, Karl Butzengeiger,<sup>255</sup> Direktor der Bayerischen Vereinsbank, Helmuth Wolf,<sup>256</sup> Direktor der Süddeutschen Bodenkreditbank, Hermann Josef Abs,<sup>257</sup> Direktor der Deutschen Bank z. Zt. angeblich in Neuburg. Zahlreicher sind die Namen bei den Rubriken Industrie und öffentliche Versorgungsunternehmen. Zuletzt werden die Personen aufgeführt, die für administrative Aufgaben in Betracht kamen, darunter wieder Graf, Erhard, Schniewind, Alzheimer, Reusch,<sup>258</sup> Klopfer (Präsident der IHK München-Oberbayern) und Goetz. Zu einigen von ihnen hatte Schäffer über die Volkswirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft für Bayern<sup>259</sup> Kontakt, mit anderen, wie Schniewind<sup>260</sup> oder Goetz<sup>261</sup>, führte er vertrauliche Gespräche bzw. korrespondierte er.<sup>262</sup> Graf, Erhard und wieder Goetz<sup>263</sup> schlug er zur Übernahme von Ämtern vor.

### 5. Die Entlassung Schäffers

246Dr. phil. Eberhard *Hanfstaengl* (1886–1973), Kunsthistoriker, 1920 Konservator, später Hauptkonservator bei der Generaldirektion der Bayer. Staatsgemäldesammlungen, 1933 Direktor der Nationalgalerie und des Kronprinzenpalais in Berlin, 1937 entlassen, 1945–1953 Generaldirektor der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen.

247Vgl. Weekly Report RMG Nr. 9, 5.-12. 7. 1945 (OMGBY 13/74–2/1).

248Ungezeichnet und undatiert (NL Schäffer 19).

249Dr. jur. Otto *Schniewind*. (1887–1970), 1925–1928 preußisches Handelsministerium, 1927 MinRat, 1928 Finanz- und Wirtschaftsberater der persischen Regierung, 1931 Wiederaufnahme der Tätigkeit im preußischen Handelsministerium, 1933 Staats- und Reichskommissar an der Berliner Börse, 1935 MD und Abteilungsleiter der Abt. I im Reichswirtschaftsministerium (Geld, Banken, Börsen, Versicherungen), 1937/1938 Mitglied Reichsbankdirektorium, 1938–1945 Privatbankier beim Bankhaus Seiler & Co. vormals Aufhäuser in München, nach dem 20. 7. 1944 verhaftet, zeitweise KZ Ravensbrück, August 1947 Direktor der Hauptverwaltung für Finanzen des VWG, April 1948 Leiter des Büros für die Koordinierung der Angelegenheiten des Marshall-Planes, 1948–1958 Vors. des Verwaltungsrats der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Vgl. zu den Kontakten Schäffer – Schiewind in der Zeit des Nationalsozialismus *Altendorfer*, Fritz Schäffer als Politiker der Bayerischen Volkspartei S. 846 bes. Anm. 1545.

250Vgl. Nr. 1 TOP II.

251Schäffer an Regional Military Government, 24. 8. 1945 (StK 114204). Vgl. Nr. 62. Am 2.6. hatte Erhard sich an RMG gewandt: „He was told to communicate with the new Bavarian Government which probably will have interest in him“, Daily Summary RMG, 2. 6. 1945 (OMGBY 13/74–2/3).

252Vgl. Nr. 62.

253Vgl. Nr. 33.

254Wilhelm *Eichhorn* (1879–1957), Bankdirektor, Mitglied des Landesausschusses der CSU, 1946/47 Präsident der Landessynode der Ev.-Luth. Landeskirche in Bayern.

255Karl *Butzengeiger* (1882–1962), 1921–1956 im Vorstand der Bayerischen Vereinsbank.

256Helmuth *Wolf* (1901–1988), Vorstandsmitglied der Süddeutschen Bodenkreditbank.

257Hermann Josef *Abs* (1901–1994), 1935 Teilhaber des Bankhauses Delbrück, Schickler & Co., 1938 Vorstandsmitglied und Direktor der Auslandsabteilung der Deutschen Bank, 1951–1953 Leiter der deutschen Delegation bei der Londoner Schuldenkonferenz, 1957 Vorstandssprecher, 1967 Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank.

258Mit dem Zusatz: „Aus Oberhausen (schon alt)“.

259*Gelberg*, Volkswirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft.

260Laut Pultmerkbuch Schäffers am 21. 6. und 4. 7. 1945 (NL Schäffer 14). Laut Daily Summary RMG, 12. 6. 1945, hatte Schäffer Schniewind gebeten, als Berater dem Wirtschafts- und Finanzminister zur Verfügung zu stehen (OMGBY 13/74–2/3).

261Laut Pultmerkbuch am 17. 8.; ein weiterer Termin für den 3. 10. 1945 war vorgemerkt.

262U.a. mit Alzheimer, s. Nr. 33.

263Zu Erhard und Goetz vgl. Nr. 62.

Bei der Entlassung Schäffers am 28. September 1945 verknüpften sich verschiedene Entwicklungslinien zu einem kaum entwirrbaren Geflecht. Grob zu unterscheiden sind folgende Momente:

- Konflikte innerhalb verschiedener Abteilungen der amerikanischen Militärregierung über den einzuschlagenden Kurs, insbesondere bezüglich der Entnazifizierung, kulminierend in der Kritik an der Person des für Bayern zuständigen Militärgouverneurs Patton.<sup>264</sup>

- Kritik verschiedener amerikanischer Militärdienststellen an Schäffer wegen der Zusammensetzung seiner Regierung, der Durchführung der Entnazifizierung und der Wiedererrichtung der Bekenntnisschule; ferner weitere angebliche Verhaltensweisen Schäffers als Ministerpräsident und in den Jahren 1932/33 gegenüber der NSDAP, die in einem Dossier zusammengefaßt wurden. Politische Affinitäten einzelner Militärregierungsbeamter spielten hier eine Rolle.

- Kritik in der amerikanischen Öffentlichkeit, wohl basierend auf gezielten Informationen untergeordneter Militärregierungsmitarbeiter, die bei ihren Vorgesetzten kein Gehör fanden, an der einseitig katholisch-konservativen Ausrichtung des Kabinetts Schäffer und mangelhafter Entnazifizierung.

- Ambitionen führender SPD- und KPD-Funktionäre und ehemaliger BVP- (Müller, Muhler) und Zentrumsleute (Stegerwald), die sich verknüpften mit Kritik an der zu schmalen politischen Basis von Schäffers Regierung und seiner Absicht, die Bildung von Parteien auf längere Sicht zurückzustellen.

Schäffer selbst<sup>265</sup> sah vor allem drei Gründe als ausschlaggebend für sein Scheitern an.

An erster Stelle erwähnte er, daß seit der Konferenz von Potsdam (17. Juli bis 2. August 1945) die Entnazifizierung rigoroseren Grundsätzen unterworfen worden sei,<sup>266</sup> was seiner Aufgabe, eine geordnete Staatsverwaltung aufzubauen, entgegengestanden und dazu geführt habe, daß nun auch Bedenken gegen Mitglieder seines Kabinetts lanciert worden seien.<sup>267</sup>

Tatsächlich drängte das RMG, einsetzend im August und verstärkt im September 1945, Schäffer dazu, Kabinettsmitglieder (Hipp, Lange, Fischer) bzw. leitende Personen der Staatsverwaltung (Geßler, Schwink) zu entlassen.<sup>268</sup> Ferner wurde er aufgefordert, sein Kabinett durch Umbesetzungen und Berufungen von Personen zu ergänzen, die früher sowohl der BVP als auch anderen Parteien angehört hatten.<sup>269</sup> Außerdem wurde Schäffers Wunsch, Hans Ritter von Lex zum Innenminister zu ernennen, Ende August endgültig abschlägig beschieden.<sup>270</sup>

Schäffer resignierte an diesem Punkt nicht. Zunächst deutete er am 3. September gegenüber Capt. Schweizer vom RMG an,<sup>271</sup> an die Stelle des mit der Führung der Geschäfte des Staatsministers des Innern betrauten Fischer könne ein nordbayerischer Regierungspräsident treten. Damit war Regierungspräsident Reichard<sup>272</sup> gemeint. Fischer sollte dann dessen Regierungspräsidentenposten übernehmen. Für das Kultusministerium brachte Schäffer den in der Staatskanzlei tätigen Anton Pfeiffer in Vorschlag, der sich bereits im Rahmen

<sup>264</sup>George S. Patton jr. (1885–1945), Berufssoldat, 1909 Militärakademie West Point, im 2. Weltkrieg führte der General 1942–1943 das II. Corps in Nordafrika, bei der Landung auf Sizilien die 7. Armee und bildete mit der 3. Armee bei der Invasion der Bretagne und beim Rheinübergang die Spitze der amerikanischen Verbände, seit 10. 6. 1945 als Kommandeur der 3. Armee Befehlshaber des östlichen Militärbezirks der US-Zone und Militärgouverneur Bayerns, 5. 10. 1945 von General Truscott als Chef der 3. US-Armee abgelöst, Chef der 15. Armee (Bad Nauheim), 21. 12. 1945 Tod durch Autounfall in Deutschland.

<sup>265</sup>Er führte im übrigen nach seiner Entlassung nicht den Titel eines Ministerpräsidenten a.D., sondern den eines Staatsrates a.D., der auf seine Tätigkeit an der Spitze des bayerischen Finanzministeriums in den dreißiger Jahren zurückging.

<sup>266</sup>Benz, Besatzungsherrschaft S. 29.

<sup>267</sup>Schäffer, Ministerpräsidentenschaft S. 15. Vgl. Nr. 74.

<sup>268</sup>Vgl. Nr. 66, 74, 84, 87, 90, 93.

<sup>269</sup>Weekly Report RMG Nr. 17, 30.8.–6. 9. 1945 (OMGBY 13/74–2/2).

<sup>270</sup>Vgl. Nr. 74 und Victor Bernstein in PM, 31. 8. 1945.

<sup>271</sup>Schäffer an Schweizer, 3. 9. 1945 (NL Schäffer 14 und NL Pfeiffer 55).

<sup>272</sup>Ernst Reichard (1876–1956), ev., Jurist, 1910 Eintritt in die Verwaltung Elsaß-Lothringens, 1919 Vortragender Rat und Geheimer Regierungsrat Reichsfinanzministerium, 1929 wirtschaftl. und finanzieller Berater der Freien Stadt Danzig, 1931 MD Reichsernährungsministerium, 1931–1933 stellv. Reichskommissar für die Osthilfe, 21. 10. 1933 Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, 1933–1939 Präsident des Werberates der deutschen Wirtschaft, 1939 Niederlassung in Ansbach, 1941 Versetzung in den endgültigen Ruhestand, im Herbst 1944 durch die Gestapo inhaftiert, 4. 5. 1945 Übernahme der Geschäfte des RP für Ober- und Mittelfranken, 7. 5. 1945 schriftlich bestätigt, vor dem 12. 10. 1945 durch die Militärregierung entlassen (Augsburger Anzeiger 12. 10. 1945). Lt. Woller (S. 106) sei er im Zuge der Entlassung Schäffers ebenfalls wegen Blockierung der Entnazifizierung suspendiert worden. Vgl. Nr. 86. Vgl. Woller S. 76 Anm. 7.



der Regierungsbildung Hoffnungen auf dieses Amt gemacht hatte.<sup>273</sup> In zweiter Linie dachte Schäffer an den Universitätsprofessor Reinhard Demoll.<sup>274</sup> Die Vorwürfe gegenüber Lange bezeichnete er dagegen als haltlos und bat darum, ihn in seinem Amt zu belassen. Lange blieb bis zum 28. September Wirtschaftsminister. Am Ende seines Schreibens bot Schäffer seinen Rücktritt an, falls man bei der Militärregierung in Frankfurt kein Vertrauen mehr in ihn selber setzen sollte.<sup>275</sup>

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß am 15. September im Radio gemeldet wurde, Schäffer habe seinen Rücktritt eingereicht. Will man die Ursachen der zwei Wochen später erfolgenden Entlassung Schäffers ergründen, so ist die Reaktion General Clays auf diese Falschmeldung von Interesse: „While it will probably be beneficial to replace Dr. Schaeffer now, I think he performed a useful service in organizing the Bavarian authorities. All the reports indicate that he did a good job in getting things started. Now that this has been done, however, I think we will do better to find an official of more liberal leanings to head up the Bavarian authorities“.<sup>276</sup>

Nach der Entlassung von Geßler<sup>277</sup> und Fischer<sup>278</sup> unterbreitete Schäffer am 11. September Major Jackson vom Department Administration and Local Government Personalvorschläge<sup>279</sup> für die verwaisten Positionen, aber auch für das noch von Hipp geleitete Kultusministerium, den ebenfalls abzulösen Schäffer mehrmals aufgefordert worden war.<sup>280</sup>

Für das Kultusministerium schlage er anstelle Professor Demolls, der abgesagt habe,<sup>281</sup> nunmehr den Regierungspräsidenten von Oberbayern Ludwig Osthelder vor, als Leiter der Abteilung für Erziehung Dr. Aloys Wenzl, Studienrat in Ingolstadt. Osthelder, bereits von der Militärregierung kommissarisch bestellt und politisch nie hervorgetreten, sei früher lange Jahre Referent für Volksschulwesen im bayerischen Kultusministerium gewesen. Wenzl sei früher SPD-Mitglied und „meines Wissens Professor der Philosophie gewesen und wurde im Jahre 1933/34 wegen seiner antinationalsozialistischen Gesinnung entlassen“.<sup>282</sup> Schäffer bat um Stellungnahme zu beiden Personen und betonte, daß er sie noch nicht habe sprechen können.

Für das Innenministerium schlug Schäffer den Ansbacher Regierungspräsidenten Reichard vor. „Er ist von der Militärregierung kommissarisch eingesetzt, dürfte also keinen politischen Bedenken begegnen“. Ferner sei er Protestant, politisch nie hervorgetreten und ein erfahrener Verwaltungsbeamter. „Es könnte dann an zweiter Stelle im Ministerium des Innern vielleicht ein Mann genommen werden, der der Sozialdemokratie nahe steht, ich denke an einen Herrn Dr. Georg Betz,<sup>283</sup> früher Bürgermeister in Schwabach“. Er solle derzeit Rechtsanwalt in Fürth sein und sei Schwiegersohn des Nürnberger Oberbürgermeisters Treu.

Für die vakante Stelle eines Staatsrats und Leiters der Staatskanzlei schlug Schäffer, der den gegenwärtigen Zustand als untragbar bezeichnete, da es seine Arbeitskraft übersteige, auch noch diese Tätigkeiten zu

273S. o. S. 21.

274Prof. Dr. rer. nat. Reinhard Demoll (1882–1960), seit 1912 Prof. für Biologie an der Universität München, Oktober 1945 Gründungsmitglied der Bayer. Heimat- und Königspartei, unter Hoegner Leiter der Hochschulabteilung im StMUK.

275Wörtlich hieß es: „Without enjoying also the confidence of these authorities I think it impossible to keep my positions of Minister-President and Minister of Finance any longer. If I do not possess this confidence or cannot gain it, I ask you to release me from my Offices“, Schäffer an Schweizer, 3. 9. 1945 (NL Schäffer 14 und NL Pfeiffer 55).

276Clay an McCloy, 16. 9. 1945, Smith S. 81f. Vgl. Kramer S. 469 Anm. 17. FRUS S. 972 Anm. 6. Vgl. die Einschätzung Pollocks nach seinem Gespräch mit Schäffer, 21. 8. 1945: „He is a quiet and yet confident man, experienced in government, not at all progressive, but reliable and with good luck capable of rebuilding Bavarian government along democratic lines“, Pollock S. 73.

277Ende August, vgl. Nr. 74.

278Entlassen am 12. 9. 1945; Begründung der Verfügung des Generalklägers beim Kassationshof im StMSo im Verfahren gegen Fritz Schäffer, 18. 11. 1947 (OMGBY 15/102–2/13). Vgl. zur Besprechung über seine Ablösung Nr. 84, 87 (10.9. Pensionsfrage), 90, 91 und 101. Vgl. FRUS S. 982f.

279StK 111651; dazu am 11. 9. 1945 auch mündl. Besprechung Schäffers mit Schweizer (Nr. 88).

280Bei der Besprechung bei der Militärregierung am 14. 8. 1945 (Nr. 65) hatte diese Schäffer wegen des StMUK eine Frist von 30 Tagen gesetzt, offenbar, um bis dahin einen neuen Ressortchef in Vorschlag zu bringen. In der Besprechung vom 15.8. (Nr. 66) war davon die Rede, daß die Frage Hipp innerhalb von 5 Tagen zu klären sei; Meinzolt geschäftsführender Minister (ob ab sofort oder dann, das geht nicht eindeutig aus dem Text hervor). In der Besprechung bei der Militärregierung am 17. 9. 1945 (Nr. 93) drängte Major Jackson auf Erledigung der Angelegenheit Hipp.

281Vgl. engl. Übersetzung Demoll an Schäffer, 10. 9. 1945 (StK 111651).

282Prof. Dr. phil. Aloys Wenzl (1887–1967), 1926 Priv.-Doz., 1933–1938 a.o. Prof., 1946 Lehrstuhl für Philosophie Univ. München, 1947 Mitglied der Bayer. Akademie der Wissenschaften, 1947/1948 Rektor der Univ. München, 1947–1957 Mitglied des Bayer. Senats.

283Dr. jur. Georg Betz (1884–1966), Jurist, 1920–1934 rechtskundiger 1. Bürgermeister von Schwabach, vor 1933 parteilos, unterstützt von DDP, Christlich sozialer Volksdienst (CSV) und BVP, April 1933 NSDAP-Mitglied.

übernehmen, wie bereits am 3. September Otto Hipp vor, „gegen den ja politische Bedenken persönlicher Art nicht bestehen, und der aus dem Amt als Kultusminister nur deshalb ausscheiden soll, weil nach Überzeugung der Militärregierung er nicht die Persönlichkeit für diese leitende wichtige Stelle gewesen sei. Ich bin überzeugt, daß er die rein beamtenmäßigen Geschäfte des Staatsrats in meinem Hause gut lösen wird“.

Eine Antwort der Militärregierung auf diesen Vorschlag war nicht zu ermitteln. Ebenfalls bleibt unklar, ob Schäffer von den von ihm benannten Herren überhaupt Zusagen zur Übernahme eines Amtes erhielt.<sup>284</sup> Aus der Tatsache, daß Schäffer am 13. September dann dem Nürnberger Oberbürgermeister Treu (SPD) das Amt des Innenministers anbot, ist zu schließen, daß Reichard abgelehnt hatte. Treu lehnte mit dem Hinweis auf die schwere Bürde seines jetzigen Amtes und sein Alter (74 Jahre) ebenfalls ab.<sup>285</sup>

Bemerkenswert an Schäffers Schreiben sind zwei Tatsachen: Zum einen schlug er mit Osthelder und Reichard zwei verwaltungserfahrene Beamte für die Leitung des Kultus- und des Innenressorts vor, deren wichtigste Voraussetzung jedoch darin bestand, daß ihre Tätigkeit bereits von der Militärregierung genehmigt war.<sup>286</sup> Eine umständliche Überprüfung ihres Verhaltens in der NS-Zeit wurde damit überflüssig. Dies unterstreicht, wie wichtig Schäffer die rasche Besetzung dieser Positionen auch mit Blick auf seine eigene Stellung war. Vielleicht noch wesentlicher ist, daß er durch den Vorschlag von Wenzl und Betz, die der SPD nahestehen sollten, was zumindest für Betz anzuzweifeln ist, sowie durch die Anfrage bei Treu der Anregung des RMG entsprach, die politische Ausrichtung seines Kabinetts auf eine breitere Grundlage zu stellen. Eventuell war der Rückgriff auf den ausdrücklich als Protestanten bezeichneten Reichard auf Kritik der Ev.-Luth. Landeskirche zurückzuführen.<sup>287</sup>

Auch für Ende September 1945 sind noch Versuche Schäffers nachweisbar, die vakanten Ministerstühle in seinem Kabinett zu besetzen. Bei Besprechungen am 21., 22. und 25. September 1945 ging es um die Berufung von Hans Martini zum Innenminister.<sup>288</sup> Am 26. September bot Schäffer Hans Ehard das Innenministerium an, zu dessen Übernahme dieser sich bereit erklärte.<sup>289</sup> Ebenso berichtet auch Hoegner, daß ihm Schäffer im September das Innenministerium angeboten,<sup>290</sup> er aber abgelehnt habe, da er lieber Justizminister werden wollte.<sup>291</sup> Erneut ist zu beobachten, daß Schäffer mit Ehard und Hoegner an Männer herantrat, die bereits von der Militärregierung überprüft worden waren. Mit Hoegner sollte, noch bevor ein Justizministerium geschaffen worden war, ein zweiter führender SPD-Vertreter in das Kabinett gelangen.

Die Kritik an der zu schmalen politischen Basis des Kabinetts Schäffer wurde gleichermaßen von amerikanischer und deutscher Seite geäußert. Zwar hatte Schäffer seine Vorschlagsliste zur Besetzung leitender Staatsstellen am 1. Juni 1945 gegenüber der Militärregierung mit der Bemerkung geschlossen, daß so die Stellen in einer Weise besetzt würden „to avoid a one-sided party-political weight“.<sup>292</sup> Jedoch hatte er von

284In einem Wochenbericht der Militärregierung wurden daran Zweifel geäußert: „This condition is exaggerated by the hesitancy of desirable personnel to accept positions under our removal procedure, particularly our removal of officials who have been screened, accepted, and maintained in office for some time“, Weekly Report RMG Nr. 17, 30.8.-6. 9. 1945 (OMGBY 13/74-2/2).

285Vgl. Treu an Geßler, 13. 9. 1945 (NL Geßler 19).

286In den Augen von Walter L. Dorn, den seine im Auftrag von OSS unternommenen Inspektionsreisen im Juli 1945 auch nach Ansbach führten, war Reichard ‚der fähigste Regierungspräsident Bayerns‘, an dessen demokratischer Gesinnung kein Zweifel erlaubt sei“; *Woller* S. 76.

287Vgl. Hipp an Schäffer, 27. 7. 1945: Wie er gehört habe, solle in evangelischen Kreisen Verstimmung darüber herrschen, daß der Staatsrat im Kultusministerium, Meinzolt, nicht zu den Sitzungen des Ministerrats beigezogen werde. „Es soll ihm bzw. dem evangelischen Landeskirchenrat dies seinerzeit zugesagt worden sein, [...]“. Hipp hatte keine Einwände dagegen. Schäffer bat am 31.7. um gelegentliche Rücksprache (StK-MinRProt 1). Meinzolt nahm im Kabinett Schäffer nur am 19. 9. 1945 (Nr. 9), nach Hipps Rücktritt, als Vertreter des StMUK am Ministerrat teil.

288Nr. 97, 98 und 100. Field Intelligence Study OSS Nr. 24, 27. 9. 1945, *Borsdorf/Niethammer* S. 193.

289Vgl. Nr. 101 und 102.

290Der Zeitpunkt läßt sich nicht eindeutig ermitteln, lt. *Hoegner* (S. 194) wenige Tage nach dem 1. September. In anderem Zusammenhang spricht Hoegner von kurz vor Schäffers Sturz. Damit wäre Ende September gemeint. (NL Hoegner 330).

291*Hoegner* S. 194.

292S. o. S. 31; dies hatte Keegan in seiner Ansprache am 28. 5. 1945 von Schäffer ausdrücklich gefordert; s. o. S. 28 Anm. 102. Vgl. ferner Schäffer, Regierungschef (S. 23): „Das erste Kabinett setzte ich zusammen ungefähr nach den Kräfteverhältnissen der bayerischen Politik im Jahre 1933, bevor Hitler an die Macht kam. Das Maßgebende war die alte Bayerische Volkspartei, die spätere CSU. Da habe ich mich dazugerechnet. Kultusminister wurde Hipp, Oberbürgermeister von Regensburg ist er damals gewesen [bis 1933]. Einen, der uns nahestand, hatten bereits die Amerikaner gewählt zur Regelung der Landwirtschafts- und Ernährungsverhältnisse – das war der Rattenhuber. Und dann habe ich noch von den alten Parteien einen Liberalen, einen gewissen Lange genommen [parteilos]. Dazu kam die SPD, und da waren zwei zur Verfügung: der eine, Roßhaupter, der war

der Vorschlagliste der SPD nur Albert Roßhaupter in den Kreis seiner Regierung aufgenommen, etwas später stieß Wilhelm Hoegner dazu, der jedoch kein offizielles Regierungsamt innehatte. Vor dem Hintergrund der Kritik an der einseitigen parteipolitischen Ausrichtung des Kabinetts Schäffer gewinnt somit auch der im Zuge der Veröffentlichung von Hoegners Erinnerungen 1959 und Schäffers Vortrag 1964 vor dem Neuen Münchner Presseclub<sup>293</sup> entbrannte Streit zwischen Schäffer und Hoegner um die Tatsache einer formalen Kabinettsmitgliedschaft Hoegners eine andere Qualität.<sup>294</sup> In einem Briefwechsel 1964 hielt Schäffer bis zuletzt an der Darstellung fest, Hoegner sei als Leiter der bayerischen Justizverwaltung Mitglied der bayerischen Staatsregierung gewesen, mit den gleichen Rechten wie jedes andere Kabinettsmitglied auch.<sup>295</sup> Dem widerspricht die Darstellung Hoegners, der von Zuziehung zu den Kabinettsitzungen sprach.<sup>296</sup> Hoegner konnte sich dabei vor allem auf ein Schreiben Ehards von Mitte September 1945 an den Ministerpräsidenten stützen.<sup>297</sup> Darin hieß es, Hoegner sei von der Militärregierung seit Monaten mit dem Wiederaufbau der Justiz betraut. Er habe jedoch bis heute keine dienstliche Stellung und beziehe folglich auch kein Gehalt. Dieser Zustand sei nicht länger haltbar. Ehard unterbreitete daher den Vorschlag, Hoegner sofort zum Senatspräsidenten am Oberlandesgericht München zu ernennen. Damit erklärte sich Schäffer einverstanden, gab aber zu bedenken, Hoegner habe ihm gesagt, daß dieser Tage mit seiner Ernennung zum Justizminister zu rechnen sei.<sup>298</sup> Hoegner wurde dann mit Urkunde vom 20. September rückwirkend zum 15. Juni 1945 zum Senatspräsidenten am Oberlandesgericht München ernannt. Justizminister wurde er erst in dem von ihm geführten Kabinett am 18. Oktober 1945.<sup>299</sup>

In seinem Schreiben vom 3. September 1945 an Capt. Schweizer vom RMG nahm Schäffer auch Stellung zur Kritik von amerikanischer Seite an der einseitigen parteipolitischen Ausrichtung seines Kabinetts.<sup>300</sup> Anfang Juni 1945 hätten die Kommunisten keinen regierungsfähigen Kandidaten präsentieren können, im übrigen seien sie vor 1933 zahlenmäßig in Bayern unbedeutend gewesen. Die SPD habe einige Namen nennen können: Hoegner, Menzel, Schiefer und Wimmer.<sup>301</sup> Er habe dann Roßhaupter zum Leiter der Abteilung Arbeit und Fürsorge, später als Arbeitsminister vorgeschlagen, Hoegner als Leiter der Justizverwaltung, Menzel sei Leiter des Landesarbeitsamtes Südbayern, Schiefer Vorsitzender der Ortskrankenkasse, Wimmer 3. Bürgermeister von München. Die ehemaligen bürgerlichen Mittelparteien hätten keine Vorschläge unterbreitet. Er habe die Männer nach seiner Kenntnis und den damals beschnittenen Kommunikationsmöglichkeiten aussuchen müssen. Schäffer kam zu dem Ergebnis, daß sich die Regierung entsprechend den politischen Gruppierungen, die sich in Berlin und der sowjetischen Zone gebildet hätten, zusammensetze aus je zwei Vertretern der Christian-Democratic-Union (Schäffer, Hipp), der Liberal-Democratic-Union (Lange, Fischer) und der SPD (Roßhaupter, Hoegner). Rattenhuber und Hoepffner, die beide in politischer Hinsicht Schäffer und Hipp zuzuordnen seien, seien bereits vor seiner Ernennung von RMG bestellt worden.

Schäffers Berufungsvorschläge vom 11. September, seine späteren Bemühungen um Ehard und besonders um Hoegner zeigen, daß er die Kritik an der politischen Basis seiner Regierung doch ernster nahm, als er in dem Schreiben vom 3. September zu erkennen gab. Jedoch gelang es Schäffer bis zu seiner Entlassung nicht, das Innenministerium, das Kultusministerium und die Leitung der Staatskanzlei nochmals regulär zu

mit mir zuletzt im KZ, und dann der Hoegner, der stärkste Mann der SPD“. Karl August Fischer gehörte der DNVP an. Vgl. auch *Schäffer*, Ministerpräsidentenschaft S. 7.

<sup>293</sup>Auf dessen Basis entstand *Schäffer*, Ministerpräsidentenschaft.

<sup>294</sup>Vgl. *Hoegner* S. 192. *Schäffer*, Ministerpräsidentenschaft S. 7f.

<sup>295</sup>Schäffer an Hoegner, 4. 1. 1964 (NL Hoegner 63). Ebd. Hoegner an Schäffer, 3. 1. 1964.

<sup>296</sup>*Hoegner* S. 192.

<sup>297</sup>Ehard an Schäffer, 12. 9. 1945 (StK 111649).

<sup>298</sup>Schäffer an Ehard, 17. 9. 1945 (StK 111649).

<sup>299</sup>S. StK 111649.

<sup>300</sup>Vgl. Bericht Pollocks an Civil Administration Division USGCC/Berlin, 6. 9. 1945: Inspection Trip through the American Zone, 12.8.-1. 9. 1945, betr. Governmental Structure: „The political composition of the present Bavarian cabinet is not broad enough to be thoroughly representative“, *Dorn* S. 55–60, hier 58. Field Intelligence Studies OSS Nr. 20 und 24, 7. und 27. 9. 1945, *Borsdorf/Niethammer* S. 183ff.

<sup>301</sup>Dies ist unzutreffend. S. die umfangreichere Liste o. S. 22.

besetzen. Nach der Entlassung des kommissarischen Leiters des Innenministeriums, Fischer, am 12. September 1945 beauftragte er am 14. September Regierungspräsident Wirschinger, die Führung der Geschäfte des Innenministeriums vorerst zu übernehmen, bis ein regulärer Nachfolger für Fischer gefunden sei.<sup>302</sup>

Am 17. September wurde Schäffer aufgefordert, Kultusminister Hipp nun endgültig zu entlassen.<sup>303</sup> Am 18. September wurde die Entlassung vollzogen.<sup>304</sup> Später sprach Hipp davon, im Einvernehmen mit Schäffer seinen Rücktritt erklärt zu haben.<sup>305</sup> Entschieden verwahrte sich Hipp gegen die Meldung von Radio Luxemburg und der Stimme Amerikas, seine Abberufung sei wegen ungenügender Hilfsbereitschaft bei der Wiedereröffnung der Volksschulen bzw. Vernachlässigung seiner Aufgaben geschehen.<sup>306</sup> Ausschlaggebend war für seine und auch Schäffers spätere Entlassung vielmehr ein anderer Grund, nämlich Differenzen mit den Amerikanern wegen der Bekenntnisschule, die Hipp durch Runderlaß vom 23. Juli 1945 wieder als Regelschule eingeführt hatte.<sup>307</sup> Damit wurde der durch das bayerische Konkordat von 1924<sup>308</sup> geschaffene Zustand wieder hergestellt. Auch Schäffer äußerte später, daß die Konfessionsschule eine Rolle bei seiner eigenen Entlassung gespielt habe.<sup>309</sup> Gegenüber Hipp hatte in dieser Frage die Abteilung Education and Religion vom RMG erklärt, daß für die rasche Reorganisation des Grundschulwesens eine vorläufige Lösung gefunden werden solle, die jedoch ein späteres endgültiges System nicht einseitig präjudizieren dürfe.<sup>310</sup> Daran hatte er sich mit dem Erlaß von Ende Juli nicht gehalten.<sup>311</sup>

Im Zusammenhang mit der Entlassung Hipps – aber auch derjenigen Geßlers – und damit dem Scheitern des Kabinetts Schäffer spielen ferner die Umstände der Berufung und Tätigkeit des Professors Hans von Eckardt<sup>312</sup> im Kultusministerium eine Rolle. Die Abteilung Education and Religion der Militärregierung betrieb seit Anfang August 1945 die Aufgliederung des Kultusministeriums in drei Abteilungen: katholisch, protestantisch, Erziehungswesen, und schlug als Leiter des Erziehungswesens Eckardt vor.<sup>313</sup> In einem von Pfeiffer für Ministerpräsident Schäffer daraufhin angefertigten Vermerk wurde Eckardt unter anderem als „linksstehender Demokrat“ bezeichnet.<sup>314</sup> In einer weiteren Aktennotiz fiel das Urteil noch eindeutiger aus.<sup>315</sup> Bei einer Unterredung am 22. August 1945 beim Ministerpräsidenten<sup>316</sup> strebte Eckardt eine Sonderstellung im

302Schäffer an Wirschinger, 14. 9. 1945 (MInn 85417). Vgl. Nr. 90 und 93. Daß das StMI vertretungsweise von MD Koch geleitet worden sei (Niethammer, Besatzungsmacht S. 196 Anm. 154 und Cumulative Historical Report. Military Government for the Land Bavaria vom 30. 6. 1946, S. 52 (OMGBY 13/141–2/12)) ist unzutreffend.

303Vgl. Nr. 93.

304Weekly Report RMG Nr. 19, 13.–20. 9. 1945 (OMGBY 13/74–2/2).

305Eidesstattliche Versicherung Hipps, 13. 10. 1947 im Zusammenhang mit Schäffers Spruchkammerverfahren (NL Schäffer 6).

306Hipp an Schäffer, 25. 9. 1945 (NL Schäffer 19). In Abschrift auch als Anlage zu Hipp an Faulhaber, 25. 9. 1945 (NL Faulhaber 7450). Vgl. die obige Begründung auch von Colonel Dalferes, New York Times, 24. 9. 1945 (S. 7).

307StMUK an die RPs, 23. 7. 1945: Vollzug der Verordnung vom 26. 8. 1883 über die Errichtung der Volksschulen (NL Faulhaber 7450). Vgl. ebd. Hipp an Faulhaber, 23. 7. 1945: Er habe den Hoffmannschen Schulerlaß beseitigt. Er bitte die Bischofskonferenz, eventuell auch den Heiligen Stuhl zu verständigen. Etwaigen Wünschen der Bischofskonferenz werde er selbstverständlich im Rahmen des Möglichen Rechnung tragen. S. *Sonnenberger*.

308S. GVBl. 1925 S. 53.

309Regensburger Tages-Anzeiger 19./20. 2. 1955.

310Ferner hieß es in der Besprechung am 2. 7. 1945: „Dr. Hipp was told time and again that he is to exercise the greatest care in dealing fairly and doing justice to all groups or confessions and that not any of them should enjoy any special privilege which might be detrimental to the future developments of the democratic and progressive school system“ (OMGUS 5/308–2/30). Eine Aufzeichnung über eine Besprechung mit Capt. Landeen, 12. 8. 1945 (NL Faulhaber 7450), zeigt, daß das Verhältnis zwischen einem der entscheidenden Offiziere der Abt. Education and Religion, Major D'Arms und Hipp nachhaltig gestört war und man auch über andere Fragen, z.B. das Recht des RMG, Professoren zu entlassen, nicht zu einvernehmlichen Lösungen gelangte. Vgl. zur Bedeutung dieser Frage für die Entlassung von Hipp auch den Bericht von Ivo Zeiger über seine Deutschland-Reise im September 1945; *Volk*, Akten deutscher Bischöfe S. 768.

311Vgl. dazu auch Stegerwald an Faulhaber, 5. 9. 1945 (NL Faulhaber 7611).

312Dr. Hans von Eckardt (1890–1957), Soziologe, Publizist, geb. in Riga, Studium Moskau, Berlin, 1920–1926 Referent für Osteuropa am Weltwirtschaftsinstitut Hamburg, 1926 Berufung als a.o. Prof. der Staatswissenschaften und Leiter des Instituts für Zeitungswissenschaft an die Universität Heidelberg, 1933 entlassen, 1934–1942 bei verschiedenen Firmen tätig, ab 1942 erwerbslos, September 1945 – 15. 5. 1946 dem MPr. direkt unterstellt; Titel: Delegierter des MPr. im StMUK, seit 15. 5. 1946 wieder Prof. Univ. Heidelberg.

313Nr. 56. Der starke Einsatz für ihn erklärt sich vielleicht daher, daß seine erste jüdische Frau 1934/1935 und sein Sohn Wolfgang von Eckardt 1936 in die USA emigriert waren. Vgl. zu ihm *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933*: „Father, an active anti-Nazi, remained in Germany“. An anderer Stelle werden seine Verwandtschaft mit der Familie Thomas Manns und die daraus resultierenden Beziehungen zu den Amerikanern, auch auf höherer Ebene, erwähnt; *Heinemann* S. 114.

314Vermerk Pfeiffers, 4. 8. 1945 (StK 112996).

315Aktennotiz von Dangel über von Eckardt für MPr. Schäffer, 14. 9. 1945 (NL Schäffer 19).

316Vgl. Nr. 66 und 69.



Kultusministerium an, Schäffer wollte dagegen eine klare Unterordnung Eckardts unter den Kultusminister.<sup>317</sup> Eine Einigung wurde nicht erzielt. Am 28. August fand eine Besprechung zur Klärung der bestehenden Differenzen zwischen Schäffer und Eckardt in Anwesenheit Capt. Schweizers statt.<sup>318</sup> Am 1. September wurde der Ministerpräsident von Capt. Schweizer angewiesen, die Ernennung von Eckardts jetzt vorzunehmen. Weiter hieß es, daß Eckardt freien Zutritt zu allen Stellen der Militärregierung haben solle.<sup>319</sup> Mit Urkunde vom 1. September wurde Eckardt von Schäffer zum Delegierten des Ministerpräsidenten im Staatsministerium für Unterricht und Kultus berufen. Sein Aufgabengebiet bestand in der „Einrichtung der Aufklärung für die Lehrpersonen aller Schularten“.<sup>320</sup> Laut einer Denkschrift über seine Tätigkeit im Kultusministerium hatte sich Eckardt seine Stellung so vorgestellt, daß er gegenüber der Education and Religion Section in allen Fragen der „Re-Education und Entnazifizierung“ [!] zuständig sei. Dies schließe die Erneuerung des Unterrichtswesens, die Mitwirkung an Aufklärungskursen für Volksschullehrer, Höhere Schullehrer und Besprechungen mit den designierten Rektoren und Leitern der Hochschulen ein.<sup>321</sup> Diese unabhängige Stellung und Machtfülle hätte ihn zum Herrn über die Entnazifizierung von den Volksschulen bis zu den Universitäten gemacht, was in den Verhandlungen mit Schäffer insbesondere hinsichtlich der Entnazifizierungskompetenzen eingeschränkt wurde.<sup>322</sup> In dem Eckardts Ernennungsurkunde begleitenden Schreiben hatte Schäffer ausdrücklich auf sein Schreiben an ihn vom 25. August<sup>323</sup> Bezug genommen und unterstrichen, die Ernennung werde unter den darin enthaltenen und von Eckardt am 28. August ausdrücklich gebilligten Voraussetzungen ausgesprochen.<sup>324</sup>

Aus den geschilderten Tatsachen ergibt sich, daß Eckardt, der kein Bayer und ohne Verwaltungserfahrung war und für Schäffer und Kultusminister Hipp höchst kritisch zu betrachtende weltanschauliche und politische Positionen repräsentierte, auf ausdrücklichen Wunsch der Militärregierung mit weitreichenden Kompetenzen für das ganze Bildungswesen an leitender Stelle im Kultusministerium plazierte wurde. Noch schwererwiegend war, daß er tatsächlich eine außerhalb der ordentlichen Staatsverwaltung stehende Sonderstellung mit Immediatzugang zur Militärregierung erhielt. Damit wurde Hipps Stellung im Kultusministerium untergraben, und die Regierung Schäffer erlitt insgesamt eine Einbuße an Autorität. Dies erklärt Schäffers ablehnende Haltung und das Herausögern der Bestellung Eckardts, die, so geht aus Schäffers Formulierung hervor, am Ende der Verhandlungen wenigstens nicht vollständig zu dessen Bedingungen zustande kam, was dann im Zusammenhang mit Schäffers Entlassung negativ hervorgehoben wurde.<sup>325</sup> Hinzu kam, daß Eckardt in der Besprechung am 22. August ein Junktim zwischen seiner Tätigkeit im Kultusministerium und der Tätigkeit Geblers als Staatsrat hergestellt hatte,<sup>326</sup> was wohl zur plötzlichen massiven Ablehnung Geblers durch die Militärregierung Ende August 1945 beitrug.<sup>327</sup>

317Aufzeichnungen über die Verhandlung am 22. 8. 1945, u.a. vom 25.8.: Stellungnahme des Ministerpräsidenten (StK 112996). Vgl. ebd. Durchschlag einer undatierten Denkschrift von Eckardts über seine Tätigkeit, in der es u.a. hieß: „Völlige politische Freiheit im politischen Leben. Nicht verpflichtet, die Politik des Ministerpräsidenten, gegen den ich natürlich nicht opponieren würde, zu vertreten“.

318Nr. 75. Schäffer an Eckardt, 1. 9. 1945 (StK 111650). Vgl. auch Nr. 76.

319Nr. 81. Vgl. Denkschrift Eckardts (s. Anm. 317), in der er ein Vortragsrecht für sich beim MPr. und der Education and Religion Section forderte.

320Abdruck der Ernennungsurkunde, 1. 9. 1945 (StK 111650).

321Denkschrift Eckardts (s. Anm. 317).

322Vgl. die Synopse der Positionen Eckardts und Schäffers, 25. 8. 1945 (StK 112996). Laut einer Vormerkung Hoegners, 3. 11. 1945, legte die Militärregierung auch nach dem Wechsel an der Regierungsspitze weiter großen Wert auf die Verwendung des Herrn von Eckardt. Er war dann bis 15. 5. 1946 als Sonderbeauftragter des MPr. tätig (StK 111650). Zu seiner tatsächlichen Tätigkeit führte Eckardt später aus, sie habe in einer Vortragstätigkeit vor Lehrern aller Schularten bestanden. Thema war Aufklärung im Sinne der Demokratisierung und Entmilitarisierung. Bis Dezember hatte er 31 Vorträge vor 3.600 Lehrern gehalten. Undatierte Aufzeichnung (MF 69372). S. dazu Ministerrat vom 30. 10. 1945.

323Nicht ermittelt. Vgl. Anm. 317.

324Schäffer an Eckardt, 1. 9. 1945 (StK 111650).

325Vgl. Muller an Clay, 28. 3. 1946: „When opposing appointments of non-Nazis proposed by Military Government he would stall 4 or 5 times by finding various excuses or trumped up charges against the candidates. In one case, the appointment of Dr. Eckhardt [Eckardt], he sent an emissary to a former University professor stating that Eckhardt was scheduled for his chair at the university, thus obtaining a statement against Eckhardt which he then changed for the worse in order to prevent Eckhardt's appointment“ (NL Muller MA 1427/1).

326Bei einem Verbleib Geblers „... sehe ich mich nicht in der Lage, diesen Vorschlägen näherzutreten“ (StK 112996).

327Gebler S. 91f. Vgl. Nr. 74. S. o. S. 52.

In seinem Spruchkammerverfahren 1947 erklärte Schäffer, daß die erfolgreiche Reduzierung der Kompetenzen Eckardts zur Entlassung Hipps (und Geßlers) beigetragen habe.<sup>328</sup> Der energische Protest Schäffers dagegen, Eckardt weitreichende Kompetenzen einzuräumen, mag zusätzlich durch ein Schreiben Faulhabers befördert worden sein, das auf Professorenentlassungen an der Universität Würzburg verwies<sup>329</sup>, von denen auch Professor Laforet betroffen war.<sup>330</sup> Ob Eckardt daran direkt beteiligt war, ist nicht ersichtlich. In jedem Fall setzte sich Faulhaber – letztlich vergeblich – in seinem Brief vehement für Hipp und dessen Recht ein: Da ihm die Ernennung der Professoren zustehe, gehöre es auch zu seinen Kompetenzen, diese zu entlassen. Dies wäre bei einer Tätigkeit Eckardts ohne Einschränkungen wohl nicht mehr möglich gewesen.<sup>331</sup>

Ende September war Schäffer auch an den Philosophieprofessor Alois Dempf mit der Bitte herangetreten, das Kultusministerium zu übernehmen, was dieser jedoch abgelehnt hatte.<sup>332</sup> Nach Hipps Rücktritt führte Staatsrat Meinzolt kommissarisch das Ministerium.<sup>333</sup>

Einen zweiten Grund für seine Entlassung sah Schäffer in den Aktivitäten – aus seiner Sicht Intrigen und persönlichen Ambitionen – des damaligen Würzburger Regierungspräsidenten Adam Stegerwald<sup>334</sup> und denen des CSU-Gründers Josef Müller.<sup>335</sup> In der Tat war das Verhältnis Schäffer – Stegerwald belastet. Im Juli waren sie über die Frage einer Unterstellung von Wasserstraßenämtern in Unterfranken unter die außerhalb Bayerns liegende Wasserstraßendirektion Wiesbaden<sup>336</sup>, die unter anderem in Abstimmung mit dem Regierungspräsidenten Unterfrankens angeordnet worden war, aneinandergeraten. Dabei hatte Schäffer mit einem vom RMG genehmigten Runderlaß Stegerwalds<sup>337</sup> Kompetenz eng definiert.<sup>338</sup>

Seit dem 30. August 1945<sup>339</sup> hatte sich Stegerwald einige Tage zu Sondierungsgesprächen in München aufgehalten. Dabei teilte er unter anderem Hoegner am 1. September mit, daß Schäffer gestürzt werden solle und bot Hoegner das Innenministerium in einem von Stegerwald geführten Kabinett an.<sup>340</sup> Daß Stegerwald damals die Ministerpräsidentenschaft ansteuerte,<sup>341</sup> beweist auch ein ausführlicher Brief an Kardinal

<sup>328</sup>Stellungnahme Schäffers in OMGBY 15/102–2/13.

<sup>329</sup>Vgl. Schott S. 123.

<sup>330</sup>Vgl. Nr. 82.

<sup>331</sup>Faulhaber an Schäffer, 16. 8. 1945: „Es geht nicht um die Person des Herrn Staatsministers allein. Es geht um die Frage: Soll die harmonische Zusammenarbeit der Militärregierung und der Zivilverwaltungsbehörden mit den gleichen Anfangserfolgen fortgesetzt werden oder soll diese Zusammenarbeit von den Kommunisten im Bunde mit den noch im Land versteckten Nazi gestört und von einem neuen Chaos abgelöst werden? Es geht um die Frage: Sollte durch die Berufung katholischer Männer in die Verwaltung von Stadt und Staat nur zum Anfang das Vertrauen des bayerischen Volkes gewonnen werden, wie bei den Nationalsozialisten durch das Konkordat, sollten also hochangesehene Männer wie Staatsminister Dr. Hipp, Staatsmänner von anerkannter beruflicher Tüchtigkeit, mutige Bekenner der christlichen Weltanschauung, Martyrer der nat. soz. Diktatur, nach wenigen Monaten in die Wüste geschickt werden, um den Männern eines neuen Kurses Platz zu machen?“ (NL Pfeiffer 360, ungezeichnet auch NL Faulhaber 7450). Dies beweist erneut, daß von einer „Distanz zur Tagespolitik“ (*Hürten*, Katholische Kirche S. 168) bei Faulhaber nicht die Rede sein kann.

<sup>332</sup>Vgl. Nr. 102. Dempf an Schäffer, 25. 9. 1945 (NL Schäffer 14). Alois Dempf (1891–1982), Philosoph, 1937 Prof. Wien, 1938 Lehrverbot, 1949 Prof. München, 1950 Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. S. Hagen-Dempff S. 18.

<sup>333</sup>Vgl. Nr. 66. Er vertrat das StMUK im Ministerrat vom 19. 9. 1945.

<sup>334</sup>Vgl. Schäffer in der Sitzung des Landesausschusses der CSU, 28./29. 2. 1948, in Regensburg, *Die CSU 1945–1948* S. 1577. – Adam Stegerwald (1874–1945), kath., 1902 Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, 1919 Vors. des Gesamtverbandes christl. Gewerkschaften, zugleich Vors. des Deutschen Gewerkschaftsbundes (bis 1929), 1919 preußischer Minister für Volkswohlfahrt, April bis November 1921 preußischer Ministerpräsident, April 1929 bis März 1930 Reichsverkehrsminister, 1930 bis Juni 1932 Reichsarbeitsminister im Kabinett Brüning, MdR 1920–1933 (Zentrum), 11. 5.–3. 12. 1945 Regierungspräsident Würzburg (er hatte, vermutlich auf Empfehlung Brünings, auf der „weißen Liste“ der Amerikaner gestanden; Herde S. 282). S. Schott S. 27f.

<sup>335</sup>Vgl. Schäffer an Müller, 5. 11. 1947 (NL Schäffer 6) und Schäffer an Rinke, 5. 3. 1946 (NL Schäffer 17). Schäffer, Ministerpräsidentenschaft S. 16. Schäffer auf der Tagung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses der CSU, 30./31. 3. 1946, in Bamberg, *Die CSU 1945–1948* S. 110 sowie in der Sitzung des Landesausschusses der CSU, 28./29. 2. 1948, in Regensburg ebd. S. 1577. – Dr. oec. publ. Josef Müller (1898–1979), kath., Jurist, seit 1920 BVP-Mitglied, seit 1927 Rechtsanwalt München, Kontakte zum Widerstand, seit 1943 Gestapohaft, zuletzt KZ Dachau, 1945 Mitbegründer der CSU, 8. 1. 1946–28. 5. 1949 Vorsitzender der CSU, 1946 Mitglied der Bayer. Verfassungsgebenden Landesversammlung, seit März 1947 Mitglied des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands, 21. 9. 1947–18. 12. 1950 stellv. Ministerpräsident und Justizminister im Kabinett Ehard II, bis Mai 1952 Justizminister im Kabinett Ehard III, 1946–1962 MdL (CSU), 1952–1960 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbandes München.

<sup>336</sup>Vgl. Nr. 51.

<sup>337</sup>Zu Stegerwald s. Herde und Schott.

<sup>338</sup>Vgl. Nr. 73. Zu Stegerwalds autonomer Amtsführung s. auch die kritischen Ausführungen Hoegners im Ministerrat vom 24. 10. 1945. Vgl. jedoch auch das sachliche Schreiben Stegerwalds an Schäffer, 23. 6. 1945 (NL Schäffer 19). Vgl. ferner die Darstellung von Schäffers Besuch Mitte Juli 1945 in Würzburg, Schäffer, Ministerpräsidentenschaft S. 13, dazu s. Nr. 12.

<sup>339</sup>Lt. Laforet an Schäffer, 21. 9. 1945, war Stegerwald vom 30. 8.–3. 9. 1945 in München gewesen (StK 113908). Vgl. Borsdorf/Niethammer S. 192.

<sup>340</sup>Hoegner S. 194.

<sup>341</sup>Vgl. Herde S. 277 bes. Anm. 107. Niethammer, Besatzungsmacht S. 198f.

Faulhaber, der im übrigen dessen politische Rolle unterstreicht. Darin berichtete Stegerwald über seine eine Regierungsbildung vorbereitenden Gespräche in München: „Zu meiner Überraschung sagten dann die Sozialdemokraten, daß sowohl sie wie auch die Kommunisten dafür seien, daß Herr Stadtpfarrer Mulert [Muhler]<sup>342</sup> Kultusminister werde, er sei ihnen als ein sozial gesinnter Priester bekannt, zu dem sie, wenn die materielle Seite zwischen Staat und Kirche gelockert würde, größtes Vertrauen hätten“.<sup>343</sup> Über die politische Seite habe er mit Schäffer, Scharnagl und Stadelmayer ausführlich geredet. „Ich setzte den Herren auseinander, daß ich in Südbayern eine total falsche politische Einstellung vorgefunden habe [...] In solcher Lage sei es verfehlt zu glauben, daß man in der Hauptsache auf die politische Situation vor 1933 zurückgreifen könne, nur mit dem Unterschied, daß man da und dort etwas sozialdemokratischen Anhang zur Mitarbeit heranziehe. In Wirklichkeit sei nicht daran vorbeizukommen, daß sowohl Kommunisten wie Sozialdemokraten auch in Bayern stärker zur Mitarbeit herangezogen werden müßten“.<sup>344</sup> Stegerwald schloß, daß seine politischen Verhandlungen in München noch nicht beendet seien und in der nächsten Woche die rechte Hand von Oberst Keegan<sup>345</sup> in politischen und Personalfragen zu ihm nach Würzburg komme, um die „politischen Schlußverhandlungen“ zu führen. Daß es schließlich doch zu keiner Regierungsbildung Stegerwalds kam, kann unter anderem damit zusammenhängen, daß diese Fäden von Keegan oder in seinem Auftrag gesponnen worden waren,<sup>346</sup> dieser aber Anfang September in die USA zurückkehrte.

Neben Stegerwald spielte der Rechtsanwalt Josef Müller, ehemals BVP-Mitglied, seit 1943 in Gestapohaft, zuletzt im KZ Dachau, der sich gerade anschickte die CSU zu gründen, eine Rolle. Müllers Einfluß war zumindest so groß, daß ihn das RMG im September zu einer Konferenz einlud und ihn befragte, mit wem die vakanten Posten im Kabinett Schäffer besetzt werden könnten. Dabei forderte Müller die Einbeziehung von mehr Sozialdemokraten und Kommunisten in die derzeitige Übergangsregierung und schlug auch einige Namen vor. Ferner unterstrich er, daß dem Ministerpräsidenten die Zustimmung der Militärregierung deutlich ausgesprochen werden müsse, oder aber er sei zu ersetzen.<sup>347</sup>

Müller war dann auch die treibende Kraft der im September 1945 aufgenommenen Gespräche zwischen CSU, SPD und KPD.<sup>348</sup> SPD und KPD übten ebenfalls Kritik an der Regierung Schäffer.<sup>349</sup> Allen Parteipolitikern gemein war insbesondere, daß sie im Gegensatz zu Schäffer die rasche Wiedergründung der Parteien anstrebten. Als Schäffer, der noch am 22. August im Ministerrat die Zulassung von Parteien zum jetzigen Zeitpunkt als gefährlich bezeichnet hatte, erkannte, daß diese Entwicklung nicht mehr aufzuhalten war, schaltete er sich über Anton Pfeiffer in die Bildung der CSU ein.<sup>350</sup> Seit dem 27. August 1945 waren dann Parteien bis zur Kreisebene in der US-Zone wieder zugelassen.<sup>351</sup>

342Dr. jur. Emil Muhler (1892–1963), kath., 1919 Priesterweihe, 1924 Stadtpfarrer St. Andreas München, 1930–1933 Stadtrat München (BVP), 1933/1934, 1940 in Haft, 1944/1945 KZ Dachau, 1945 Mitbegründer der CSU, 1946–1963 Mitglied des Landesvorstandes der CSU, 1947–1963 Mitglied des Bayer. Senats. Vgl. zu der Erwägung, ihn zum Kultusminister zu machen, den Bericht Ivo Zeigers über seine Reise im September 1945; Volk, Akten deutscher Bischöfe S. 774.

343Vgl. Niethammer, Besatzungsmacht S. 200 Anm. 174.

344Stegerwald an Faulhaber, 5.9. 1945 (NL Faulhaber 7611). Vgl. Laforet an Schäffer, 21.9. 1945, der u.a. auch das obige Schreiben Stegerwalds erwähnte: „Ich darf annehmen, daß Seine Eminenz Sie inzwischen verständigt hat“ (StK 113908). Vgl. auch Stegerwald an den Würzburger Bischof Matthias Ehrenfried, 11.9. 1945; Volk, Akten deutscher Bischöfe S. 744–746, hier bes. 745.

345Nicht ermittelt.

346Vgl. Pollocks Urteil über Stegerwald: „is so eminent a national figure that he could profitably be utilized at the national level“, Bericht Pollocks an Civil Administration Division USGCC/Berlin, 6. 9. 1945; Inspection Trip through the American Zone, 12.8.-1. 9. 1945; *Dorn* S. 57.

347Weekly Report RMG Nr. 18, 6.-13. 9. 1945 (OMGBY 13/74–2/2); vgl. die davon abweichende Schilderung des Interviews durch Müller auf der Tagung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses der CSU, 30./31. 3. 1946, in Bamberg, *Die CSU 1945–1948* S. 138. Vgl. ferner Müller am 20. 9. 1945, Niethammer, Besatzungsmacht S. 200. Vgl. auch Hettler S. 230 Anm. 148 sowie *Die CSU 1945–1948* S. XXVIII. u.a. mit der Erörterung der Frage, ob Müller damals die Ministerpräsidentenschaft anstrebte und die Abberufung Schäffers aktiv betrieben habe. S. auch Schlemmer S. 55f.

348Niethammer, Besatzungsmacht S. 200, 202. Sitzungen vom 7., 20. und 28. 9. 1945. Dabei trug Müller am 7. 9. 1945 den Entwurf eines gemeinsamen Regierungsprogramms vor (Lt. Hoegner S. 199 am 28. 9. 1945). Ein von Pfeiffer mit dem handschr. Vermerk: Reg. Erkl. Dr. Josef Müller Sept. 1945 gezeichneter Durchschlag (7 S.) liegt im NL Pfeiffer 49. Sein Inhalt spricht für die Datierung bei Hoegner. S. Anm. 415.

349Niethammer, Besatzungsmacht S. 190f.

350Vgl. die Darstellungen über die von Karl Scharnagl auf den 14. 8. 1945 ins Münchner Rathaus einberufene Sitzung, Müller S. 310; Hettler S. 211; Reuter S. 121; K. Köhler S. 77; Schlemmer S. 48f. *Die CSU 1945–1948* S. VIII–XXII. Protokoll NL Pfeiffer 41. Vgl. ferner das Interview mit Schäffer beim RMG, 15. 6. 1945, bei dem er äußerte, daß die BVP, wenn die Militärregierung politische Aktivitäten zulasse, rasch wieder arbeitsfähig sei. Schäffer plädierte ferner darin für ein Zweiparteiensystem; Daily Summary RMG, 15. 6. 1945 (OMGBY 13/74–2/3).

351Latour/Vogelsang S. 107.

Den Auseinandersetzungen innerhalb der amerikanischen Administration maß Schäffer geringere Bedeutung für seine Entlassung bei;<sup>352</sup> dies war eine klare Fehleinschätzung.<sup>353</sup>

Tatsache ist, daß die Offiziere des RMG, also Schweizer, Bolds, Phillipps etc., unterhalb der von Patton und Keegan gebildeten Ebene eine pragmatische Politik zusammen mit der Regierung Schäffer verfolgten, deren überwiegend konservative Zusammensetzung sie wegen ihrer Effektivität und Verwaltungserfahrung akzeptiert hatten. Zu der erwähnten pragmatischen Politik gehörte, daß die Entlassung benötigter, NS-belasteter Beamter einvernehmlich aufgeschoben wurde.<sup>354</sup> Diese Politik wurde von Patton und Keegan toleriert bzw. unterstützt.<sup>355</sup> Keegans Tätigkeit fand zunächst auf übergeordneter Ebene auch eine positive Würdigung;<sup>356</sup> Patton befaßte sich zu dieser Zeit kaum mit der konkreten Militärregierungspolitik und hielt sich vom 6. Juni bis 6. Juli in den USA auf.

Jedoch erschien bereits am 18. Juni 1945 in der liberalen amerikanischen Wochenzeitung *New Republic* (New York) ein Artikel Phillip Loewenfelds mit dem Titel „Bavarian Scandal“, der Keegan attackierte, zu sehr die katholisch-konservativen Kräfte aus der früheren BVP in Bayern zu fördern.<sup>357</sup> Dieser Artikel ging auf Informationen des seit Juni 1945 bei Special Branch RMG tätigen Lt. Ernst Anspach, einen Emigranten und vormaliges SPD-Mitglied, zurück.<sup>358</sup> Als Anspach seine Tätigkeit bei Special Branch aufnahm, erschienen ihm die Durchführung der Entnazifizierung in Bayern den amerikanischen Direktiven nicht zu entsprechen<sup>359</sup> und die parteipolitische Zusammensetzung der Regierung zu einseitig.<sup>360</sup> KPD und SPD waren von einflußreichen staatlichen Positionen weitgehend ausgeschlossen, was sie weder klaglos noch passiv hinnahmen.<sup>361</sup> Inwieweit es allerdings Kontakte zwischen Anspach und Vertretern der KPD und SPD gab, war nicht zu ermitteln. Analog zu den politischen Gesprächen Hoegners mit einem anderen Militärregierungsbeamten, dem Emigranten und ehemaligen Sozialdemokraten Joseph Dunner, im Rahmen seiner Regierungsbildung im Oktober 1945 sind solche Kanäle zumindest nicht auszuschließen.<sup>362</sup> Anspach trug systematisch Material gegen Schäffer und sein Kabinett zusammen. Viele Vorwürfe waren unbegründet,<sup>363</sup> was ihre Wirkung jedoch nicht schmälerte.<sup>364</sup> Die im August/September erhobenen Vorwürfe gegen Schäffer und seine Kabinettsmitglieder basierten auf diesem Material. Im Juni drang Anspach bei seinen Vorgesetzten innerhalb des RMG damit jedoch nicht durch. Auch eine Reise nach Frankfurt, bei der er mit General Clarence D. Adcock, Chef von USFET G-5, zusammentraf,

352Schäffer, Regierungschef S. 26.

353Bisher am ausführlichsten haben die Ablösung Schäffers als Ministerpräsident und hierbei die verschiedenen Vorgänge auf amerikanischer Seite *Niethammer*, *Gruner* und *Heydenreuter* behandelt. Dabei differieren ihre Darstellungen. Jedoch läßt sich aus den vorliegenden Quellen und ihren Arbeiten eine Chronologie der Ereignisse erstellen.

354Dafür beispielhaft ist Phillipps an Keegan, 18. 6. 1945 (OMGBY 10/162–1/1). S. auch Nr. 21.

355Vgl. *Niethammer*, Besatzungsmacht S. 185 Anm. 114. S. Anm. 385. *Griffith* S. 78.

356Clay an Hilldring, Juli 1945: „Consensus of opinion here is that Keegan is doing exceptionally fine job in reorganizing the German administrative machinery. Rather than being strutting type, he is highly regarded by religious leaders in Bavaria ... He is tough on those deserving to be treated toughly“; *Peterson* S. 217.

357Ziemke S. 383. *Heydenreuther* S. 157. Vgl. *Kramer* S. 469. *Niethammer*, Besatzungsmacht (S. 197) nennt als weitere Überschriften: „We talk tough, but we act soft“, „Playing the Vatican's Game in Bavaria“. Vgl. auch *Griffith* S. 81.

358*Niethammer*, Besatzungsmacht S. 197.

359Vgl. Anm. 354.

360*Niethammer*, Besatzungsmacht S. 195.

361Vgl. dazu im Detail *Niethammer*, Besatzungsmacht S. 191–194 sowie *Kronawitter*.

362NL Hoegner 114.

363*Niethammer*, Besatzungsmacht S. 195. Vgl. *FRUSS*. 983f.

364Zusammenfassend finden sich diese, zu einem erheblichen Teil sachlich unzutreffende Behauptungen enthaltenden Vorwürfe in: Muller an Clay, 28. 3. 1946 (OMGBY 15/102–2/13 und NL Muller MA 1427/1). Laut *Niethammer*, Besatzungsmacht (S. 196 Anm. 153) stammte der Entwurf des Schreibens von Anspach. Vgl. auch *Ziemke* S. 385 Anm. 30. Auf Grund dieses Dossiers wurde am 24. 4. 1946 ein politisches Betätigungsverbot über Schäffer verhängt (*Dokumente III/9* S. 34), um zu verhindern, daß Schäffer über Landtagswahlen erneut Ministerpräsident wurde; vgl. *Niethammer*, Besatzungsmacht S. 196 Anm. 153. S. dazu die Stellungnahme Schäffers in seinem gegen sich selbst am 17. 3. 1947 angestrebten Spruchkammerverfahren und die abschließende Verfügung des Generalklägers vom 18. 11. 1947. Auf der Basis dieser Begründung wurde Fritz Schäffer als vom Gesetz nicht betroffen erklärt und das Spruchkammerverfahren gegen ihn eingestellt (OMGBY 15/102–2/13). Am 20. 11. 1947 wandte Schäffer sich an MPr. Ehard und teilte ihm den Ausgang des Verfahrens mit. Am 22. 11. 1947 bat Schäffer Militärgouverneur Van Wagoner, ihn in seine Rechte wieder einzusetzen (NL Schäffer 7). Am 11. 12. 1947 regte Ehard Van Wagoner gegenüber die Aufhebung des Betätigungsverbots an, um Schäffer auch öffentlich zu rehabilitieren (NL Hoegner 330). Mit Schreiben vom 26. 1. 1948 hob Van Wagoner Schäffers politisches Betätigungsverbot auf (NL Schäffer 7), nicht jedoch das Verbot, ein Amt mit „exekutive Charakter“ auszuüben, sprich ein Regierungsamt, vgl. *Gelberg*, Ehard S. 184f. Schäffers Spruchkammerverfahren wird dokumentiert in NL Schäffer 6 und 7.



der ihn wiederum an seine eigenen Vorgesetzten verwies, brachte nicht den gewünschten Erfolg; „aber sicher hat dieser Vorfall das Mißtrauen in Frankfurt gegenüber den Zuständen in Bayern nicht vermindert“.<sup>365</sup>

Am 5. Juli reisten dann zwei Investigatoren der PWD nach München, Arthur D. Kahn und Egon Fleck.<sup>366</sup> Kahns spätere Schilderung dieser Reise wird beherrscht von der Darstellung eines politisch dominierenden Kardinal Faulhaber, dessen politischer Erfüllungsgehilfe Schäffer gewesen sei, einer aus alten und ultrakonservativen Männern zusammengesetzten Regierung und einer überzogenen Tolerierung ehemaliger Nationalsozialisten in staatlichen Ämtern.<sup>367</sup> Gemäß ihrer eigenen politischen Einstellung hatten Kahn und Fleck überwiegend linksstehende Informanten befragt (Kroth (KPD), Wimmer, Schiefer (SPD)).

Offensichtlich parallel zu dieser Untersuchung wurden infolge der Zeitungsmeldungen in den USA im Auftrag General Clays Brigadier General Luther Stevens Smith USGCC und Col. Storey von G-5 SHAEF zur Untersuchung der Verhältnisse nach Bayern geschickt.<sup>368</sup> Ihren Bericht schlossen sie am 12. Juli 1945 ab. Danach räumten fast alle befragten Offiziere des RMG ein, daß in den Ministerien noch bis zu 90% ehemalige Mitglieder der NSDAP säßen, auf deren Mitarbeit derzeit nicht verzichtet werden könne. Die Auswahl der Spitzenpositionen habe man beim RMG dem Ministerpräsidenten und seinen Ministern überlassen. Die verschiedenen politischen Gruppierungen, insbesondere weiter links anzusiedelnde, seien in der bayerischen Verwaltung nicht ausreichend vertreten. Die Verwaltung sei überwiegend katholisch geprägt; das gelte vor allem für den Bereich unterhalb der Spitzenpositionen.<sup>369</sup> Am Ende wurde die schlechte „public relations“ Keegans kritisiert „thus leaving him and his administration open to criticism, often based on ignorance of the enormity of Military Government problems“.<sup>370</sup> Smith und Storey arbeiteten in München mit Brewster Morris zusammen, der dort im Auftrag von Robert D. Murphy<sup>371</sup> die Wiedereröffnung eines amerikanischen Generalkonsulats vorbereitete, gleichzeitig RMG und die Vorgänge in Bayern beobachtete und Murphy berichtete.<sup>372</sup>

Nach Abschluß der Untersuchung von Mitte Juli sandte Murphy am 21. Juli ein Schreiben an Außenminister Byrnes, dem er ein Memorandum von Morris, datiert 16. Juli 1945, beigab, das über den Besuch von Morris und Richey in München berichtete. Darin kam zum Ausdruck, daß mit Ausnahme der Kommunisten alle anderen Gesprächspartner das momentane Verbot politischer Parteien befürworteten und zwar noch für einen längeren Zeitraum. Weiter wurde der von Smith und Storey an Clay übergebene Bericht über die Tätigkeit des RMG erwähnt. Das Begleitschreiben Murphys verwies vor allem auf im Anhang seines Berichts enthaltene grundsätzliche Aussagen führender Sozialdemokraten in München.<sup>373</sup>

Anspach, der mit seinen Ansichten bei seinen Vorgesetzten immer noch nicht durchgedrungen war, fuhr auch im August und September fort, amerikanischen Pressevertretern sein belastendes Material in die Hände zu

<sup>365</sup>Niethammer, Besatzungsmacht S. 196.

<sup>366</sup>Ebd. 196f.

<sup>367</sup>Kahn S. 80–94, bes. S. 85. Vgl. Niethammer, Besatzungsmacht S. 197.

<sup>368</sup>Niethammer, Besatzungsmacht (S. 197 Anm. 156) ist der Auffassung, es sei nicht eindeutig festzustellen, ob es sich bei der Mission von Kahn und Fleck um dieselbe Untersuchung („SHAEF Investigation Board“) handele. Der wesentlich höhere Dienstgrad von Smith und Storey sowie die erheblich sachlichere Diktion ihres Berichts sprechen gegen eine gemeinsame Mission.

<sup>369</sup>Heydenreuter S. 158.

<sup>370</sup>FRUSS. 952 Anm. 62. Vgl. Ziemke S. 383.

<sup>371</sup>Robert D. Murphy (1894–1978), Diplomat, 1917/1919 amerikanische Gesandtschaft Bern, 1919/1920 Finanzministerium, 1921 Vize-Konsul Zürich, 1921–1925 München, 1925 Konsul Sevilla, 1926–1930 Außenministerium, 1930–1936 Konsul Paris, 1940 Berater der Botschaft, Juli/August 1940 amerikanischer Beauftragter in Vichy, November 1940 mit der Untersuchung der Zustände im französischen Nordafrika betraut, führend an der diplomatischen Vorbereitung der alliierten Landung in Nordafrika (1942) und am Waffenstillstand in Italien (1943) beteiligt, Sept. 1944 – März 1949 U.S. Political Adviser for Germany, dann Leiter der Deutschland- und Österreich-Abteilung im Außenministerium, 1949–1952 Botschafter Brüssel, 1952–1953 Tokio, 1953–1959 stv. Unterstaatssekretär im Außenministerium.

<sup>372</sup>Vgl. zur Wiedereröffnung des Generalkonsulats Kramer. – Brewster Morris, Foreign Service Officer, 1944–1948 im Stab des Political Adviser Murphy; zusammen mit ihm war Capt. Homer G. Richey in München tätig. Vgl. Murphy an Morris, 6. 7. 1945: „As you know there has been a fair volume of criticism in the American press regarding the weighting of our appointments in Bavaria in favor of the Catholic Party. I believe that General Clay feels on the basis of his present knowledge that Colonel Keegan has done an excellent organizational job but that he does not have sufficient knowledge of the details and background of the Bavarian position“ (POLAD 730/29). Vgl. Anm. 357.

<sup>373</sup>Diese sind in FRUS nicht abgedruckt. Weiter heißt es dort: „This material throws some further light on potentialities for political action and the balance of forces in Bavaria, though naturally no accurate appraisal of popular support for the tendencies discussed can be made at this time“, FRUSS. 950f. Vgl. Statement Roßhaupters Anm. 413.

spielen, insbesondere Victor H. Bernstein vom Post Meridian (New York),<sup>374</sup> der unter anderem am 31. August und 3. September zwei sehr kritische Artikel veröffentlichte und forderte, Schäffer abzulösen.<sup>375</sup> Am 31. August schloß Bernsteins Artikel: „But Schaeffer, never having been a party member, can stay on his job as long as Col. Charles E. Keegan is willing to keep him on“. Die Schuld an der Regierung Schäffer trug demnach Keegan.<sup>376</sup>

Der schon im Juli-Bericht von Smith kritisierte Keegan<sup>377</sup> wurde dann Anfang September von General Adcock, dem Chef von USFET G-5, entlassen und verließ am 4. September Bayern.<sup>378</sup> Keegan, der schon seit längerem nach New York zurückkehren wollte, sah durch die negative Berichterstattung der Presse nun offensichtlich seine politische Karriere gefährdet, da er sich dort erneut um einen Stadtratssitz bemühte.<sup>379</sup> Die von Anspach schon im Juni gesammelten Materialien führten zu diesem Zeitpunkt, wohl aufgrund des Drucks der amerikanischen Öffentlichkeit, zu den oben genannten Entlassungen in Schäffers Kabinett und dessen Rücktrittserwägung, falls die Militärregierung kein Vertrauen mehr zu ihm habe, sowie zu seiner Suche nach Ersatz für das entlassene Regierungspersonal.

Keegans Ablösung lenkte das Interesse auf Patton, der nun für die Fehler bei der Entnazifizierung verantwortlich gemacht wurde.<sup>380</sup> Durch die Presseberichte aufgeschreckt, hatten Eisenhower und Clay Patton im Verlaufe einer Konferenz am 27. August 1945 in Frankfurt auf eine härtere Entnazifizierungslinie verpflichtet.<sup>381</sup> Patton, „einer der beliebtesten amerikanischen Kriegshelden aus alter militärischer Südstaaten-Familie“<sup>382</sup>, residierte in der Villa des ehemaligen Reichsleiters Amann am Tegernsee; das Hauptquartier der 3. Armee befand sich in einer Kaserne in Bad Tölz.<sup>383</sup> Der General, der im Mai den Vorstoß der amerikanischen Truppen gerne bis nach Prag weitergeführt hätte,<sup>384</sup> war ein ausgeprägter Antikommunist und stand von daher der konzessionsbereiten amerikanischen Politik gegenüber der Sowjetunion mit starken Vorbehalten gegenüber. Auf Pattons Antikommunismus ging auch seine Unterstützung der vom RMG betriebenen pragmatischen Politik zurück, die der Wiederherstellung der Verwaltung in Bayern Vorrang vor rigoroser Entnazifizierung einräumte.<sup>385</sup> Um die konkrete Militärregierungspolitik in Bayern hatte er sich, wie schon gesagt, bis August/September jedoch nicht gekümmert.

In die Kritik war Patton im Juli 1945 im Zusammenhang mit der Behandlung jüdischer Displaced Persons durch die Armee geraten, die auf seinen Befehl in ihre Herkunftsländer repatriert werden sollten, in denen sie zum Teil von Verfolgung bedroht waren.<sup>386</sup> Diese Vorgänge brachten Patton eine schlechte Presse und waren „angesichts der ohnehin gespannten Stimmung unter den Juden der Vereinigten Staaten kaum dazu geeignet, Sympathien für den Befehlshaber der 3. Armee zu wecken“.<sup>387</sup> Dieser Sachverhalt ist im Zusammenhang mit der Entbindung Pattons von seinem Kommando und der unter anderem damit zusammenhängenden Entlassung

374Niethammer, Besatzungsmacht S. 197.

375Artikel in POLAD 730/28.

376Auch am 3. 9. 1945 richtete sich Bernsteins Artikel gegen Keegan.

377Vgl. *Farago*, Last days S. 78.

378Heydenreuter S. 158; *Dokumente* III/9 S. 32. Daß Keegan im Juli wegen Entnazifizierungsmängeln entlassen worden sei, so Niethammer, Mitläuferfabrik S. 196 Anm. 196, ist unzutreffend. Er sprach zuletzt nachweislich am 27. 8. 1945 mit Schäffer, vgl. Nr. 74 und Nr. 75. Die These von der Entlassung Keegans wegen Versagens auch bei *Farago*, Last days S. 145. Die Glaubwürdigkeit dieser Darstellung leidet unter der eindeutigen Absicht des Autors, Patton zu exkulpieren.

379Heydenreuter S. 158. Vgl. *Peterson* S. 262 Anm. 3.

380*Farago*, Last days S. 146.

381Niethammer, Besatzungsmacht S. 198. *Farago*, Last days S. 146.

382Niethammer, Besatzungsmacht S. 184. Vgl. die Charakterisierung bei *Schwarz* S. 24.

383Zorn S. 551.

384Zorn S. 538. Niethammer, Besatzungsmacht S. 184.

385*Patton Papers* S. 784. Am 11. 8. 1945 hatte Patton Eisenhower gebeten, die für die Zivilverwaltung Verantwortlichen anzuweisen, bei der Entnazifizierung einen Gang zurückzuschalten, da zu viele qualifizierte Leute entlassen und durch ungeeignetes Personal ersetzt würden. „As far as nazism was concerned, he [Patton] said, ‚It is no more possible for a man to be a civil servant in Germany and not have paid lip service to nazism than it is for a man to be a postmaster in America and not have paid lip service to the Democratic Party or Republican Party when it is in power‘“; *Ziemke* S. 384.

386Vgl. *Dunner* S. 126–131; detailliert *Wetzel* S. 341 ff. sowie *Schwarz* S. 25ff.

387*Dunner* S. 130. U.a. behandelte die New York Times, 30. 9. 1945, das Thema auf Seite eins.

Schäffers bislang nicht ausreichend gewürdigt worden. Eine Folge war, daß Eisenhower Patton einen „political adviser“ in der Person des zum Stabe Murphys zählenden Parker W. Buhrman an die Seite gab.<sup>388</sup>

Am 22. September fand in Pattons Hauptquartier in Bad Tölz eine Pressekonferenz statt, an der u.a. auch Victor Bernstein teilnahm.<sup>389</sup> Dabei äußerte sich Patton in Form eines Vergleichs zwischen nur nominellen NSDAP-Mitgliedern und Amerikanern, die der Demokratischen oder der Republikanischen Partei beitreten,<sup>390</sup> in einer Weise, die die strenge Entnazifizierungspolitik als übertrieben hinstellte und abwertete.<sup>391</sup> Der Post Meridian (New York) titelte daraufhin: „Patton should be fired“. Die New York Times schrieb in einem Kommentar, wenn Patton das Hauptziel des Krieges, die Entnazifizierung, verächtlich mache, so dürfe dies nicht ohne Widerspruch seiner Vorgesetzten bleiben.<sup>392</sup> In Kommentaren wurde ferner nicht nur das Verständnis Pattons hinsichtlich der Zielsetzung des Krieges kritisiert, sondern auch generell die Fähigkeit der Armee zur Verwaltung Deutschlands in Zweifel gezogen. Mit der Pressekampagne „schlugen Parteikämpfe in der amerikanischen Politik sichtbar auf die Schicksale Bayerns durch“.<sup>393</sup> Besatzungsoffiziere wie Anspach hielten als „Rooseveltanhänger“ und teilweise auch als politisch linksstehende Emigranten die Politik Pattons und Schäffers für zu wenig demokratisch und antinationalsozialistisch.

Einem Bericht der New York Times vom 24. September 1945<sup>394</sup> ist zu entnehmen, daß infolge der Pressekritik Col. Dalferes nun ebenfalls überprüfte, ob Schäffer weiterhin der geeignete Mann sei; hierzu sei momentan „his whole record under study“.

Am 24. September ließ Eisenhower Patton auffordern, in einer zweiten Pressekonferenz seine Äußerungen vom 22. September zu korrigieren.<sup>395</sup> Patton wurde ferner instruiert, vor den Korrespondenten amerikanischer Zeitungen eine Passage aus einem Brief Eisenhowers an Patton vom 11. September zu verlesen, in der die offizielle amerikanische Politik der Behandlung von Nationalsozialisten formuliert war.<sup>396</sup> Am 25. September 1945 verlas Patton diese Passagen vor der Presse. Er unterstrich, diese Direktiven immer loyal ausgeführt zu haben, und bedauerte seinen unglücklichen Parteienvergleich. Über die lediglich nominellen NSDAP-Mitglieder äußerte er jedoch gleichzeitig, daß sich im Falle ihres vollständigen Hinauswurfs der Wiederaufbau Bayerns verzögere.<sup>397</sup> Patton stellte zwar seine früheren Äußerungen richtig, hielt aber gleichzeitig an einer differenzierten Entnazifizierungspraxis fest.<sup>398</sup>

Die Wirkung der Äußerungen Pattons war in den USA so enorm, daß man nun sowohl bei USFET/Frankfurt als auch bei USGCC/Berlin aktiv wurde. Vom G-5 USFET, General Adcock, wurde der Geschichtswissenschaftler an der Ohio State University, Walter Dorn,<sup>399</sup> seit Anfang September 1945 persönlicher Berater Adcocks, zu

388Farago, *The last days* S. 170. Parker W. Buhrman, geb. 1885, seit 1918 im dipl. Dienst der USA, 1928 für kurze Zeit Konsul in Berlin, 1934/35 in Köln, seit Oktober 1944 im Stabe Murphys, seit Juli/August 1945 political adviser Pattons, bis Frühjahr 1946 Vorbereitung der Wiedereröffnung des amerikanischen Generalkonsulats in München, dann kurze Zeit Generalkonsul in München, 20. 3. 1946 Ernennung zum Generalkonsul in Bratislava.

389Niethammer, *Besatzungsmacht* S. 200. Farago, *The last days* S. 182.

390Fast dieselbe Formulierung hatte Patton am 11. 8. 1945 in einem Schreiben an Eisenhower benutzt. Vgl. Anm. 385.

391Vgl. „Patton belittles Denazification; holds rebuilding for more important“, Raymond Daniell, *New York Times* 23. 9. 1945 (S. 26).

392New York Times 24. 9. 1945 (S. 18); Niethammer, *Besatzungsmacht* S. 201.

393Zorn S. 559.

394(S. 7).

395Farago, *The last days* S. 183.

396Sie lautete: „I know certain field commanders have felt modifications to this policy (denazification) could be made. That question had long since been decided. We will not compromise with Nazism in any way. I wish you would make sure that all your subordinate commanders realize that the discussional stage of this question is long past and any expressed opposition to the faithful execution of the order cannot be regarded leniently by me. I expect just as loyal service in execution of this and other policies applying to the German occupation as I received during the war“; Auszug mit Quellenangabe bei Ziemke S. 385.

397Auszug der Pressekonferenz in *Patton Papers* S. 770f.

398Am Abend des 25. 9. 1945 forderte Eisenhower Patton telegrafisch zu einer persönlichen Aussprache auf. Auszug des Telegramms in *Patton Papers* S. 773. Für den September 1945 liegen im übrigen zwei OSS Field Intelligence Studies vom 7. und 27. vor, die sich mit der Zusammensetzung der Regierung, den politischen Gruppierungen, dem Einfluß der katholischen Kirche sowie der Stellung Schäffers kritisch auseinandersetzten. Der Wert dieser Quelle wird dadurch gemindert, daß Auftraggeber und Empfänger unbekannt sind. Auszüge gedr. bei Borsdorf/Niet hammer S. 183–193.

399Walter L. Dorn (1894–1961), Studium europäischer Geschichte Universität Chicago, seit 1923 Dozent für preußische Geschichte des 18. Jahrhunderts, 1925 Ph.D. mit einer Arbeit über Friedrich den Großen, 1927–1929 Forschungsaufenthalt London/Berlin, seit 1931 Prof. an der Ohio State University in Columbus, nach Gründung von OSS Leiter der Mitteleuropaabteilung des OSS Research and Analysis Branch, Mitarbeiter u.a. Hajo Holborn, Franz L. Neumann, Herbert Marcuse, 1944 abgelöst, dann in London bei OSS Research and Analysis Branch, Anfang September

einer Untersuchung der Mängel der Entnazifizierungspolitik nach München geschickt.<sup>400</sup> Dort informierte er am 23. September Col. Dalferes, erhielt das von Anspach zusammengetragene Material der Special Branch, informierte sich bei Wimmer und Goldhammer und hatte eine Unterredung mit Schäffer.<sup>401</sup> Parallel dazu wurde auch USGCC aktiv; Clay sandte Robert Murphy nach München. Murphy blieb drei Tage in München.<sup>402</sup> Ihm lag ein Memorandum vor, in dem er die Kritikpunkte an der bayerischen Regierung, wie sie in der Presse und verschiedenen Berichten geäußert worden waren, aufgelistet fand.<sup>403</sup> Allen Quellen ist zu entnehmen, daß Murphy den Auftrag hatte, die Bildung einer neuen Regierung auf breiterer politischer Basis zu sondieren und Vorschläge dafür zu machen,<sup>404</sup> um den Vorwürfen gegen Patton, die auf der Basis der unter ihm agierenden Regierung Schäffer erhoben wurden, die Grundlage zu entziehen.<sup>405</sup> Aus Murphys Bericht an Byrnes<sup>406</sup> geht hervor, daß er mit Patton<sup>407</sup>, Offizieren des RMG, mit Schäffer im Beisein Pfeiffers<sup>408</sup>, mit Lange, Roßhaupter, Goldhammer (KPD),<sup>409</sup> Josef Müller und Hoegner konferierte.<sup>410</sup> Er berichtete, daß er die Abberufung Schäffers, die Erhöhung der Zahl der Ministerien von fünf auf acht, möglicherweise neun, und die Berufung Roßhaupters zum Ministerpräsidenten<sup>411</sup> vorgeschlagen habe.<sup>412</sup>

Murphy bemängelte nicht nur die einseitige politische Ausrichtung des Kabinetts, sondern hielt auch die geringe Zahl der Ressorts für unzureichend zur Lösung der Probleme. Mit Roßhaupter hatte Murphy über die Übernahme der Ministerpräsidentenschaft gesprochen, und dieser hatte sein Einverständnis erklärt. Obwohl die Zusammensetzung des Kabinetts im einzelnen Roßhaupter überlassen bleiben sollte, teilte Murphy Patton bereits die ungefähre Zusammensetzung der Regierung Roßhaupter mit, die nun SPD-, KPD- und CSU-Vertreter einschloß.<sup>413</sup> Dem neuen Kabinett sollte Schäffer als Finanzminister weiterhin angehören. Murphys Begründung, Roßhaupter als Ministerpräsidenten vorzuschlagen, war, daß er bei einer Einbeziehung der Kommunisten geeigneter sei. Hoegner hingegen sei der Auffassung, daß die Kommunisten nicht vorbereitet seien, Verantwortung zu übernehmen.<sup>414</sup>

1945 persönlicher Berater Adcocks, Sonderauftrag zur Untersuchung der Verhältnisse in den Militärregierungen und in den im Aufbau befindlichen deutschen Verwaltungen (s. *Dorn*), Frühsommer 1946 bis Sommer 1947 persönlicher Berater Clays in Entnazifizierungsfragen.

400Niethammer, Besatzungsmacht S. 204.

401Ebd. und Dorn an Hoegner, 5. 2. 1960. Das Schreiben ist die Reaktion auf das Erscheinen von *Hoegner*, abgedruckt in *Dokumente* III/9 S. 31–34, hier 32. Vgl. dazu auch den Hinweis bei *Niethammer*, Besatzungsmacht S. 206 Anm. 197.

402FRUS S. 971. Laut *FRUS* (S. 982) vom 25.9. an, also vom 25.–27. 9. 1945. In einem anderen Schreiben ist hingegen nur von zwei Tagen die Rede (POLAD 730/29).

403Von Donald R. Heath, 25. 9. 1945 (POLAD 730/28).

404Hoegner S. 198f. *Schäffer*, Ministerpräsidentenschaft S. 15.

405Diese Möglichkeit deutete auch Murphys Schreiben vom Juli 1945 an Byrnes an, vgl. Anm. 373.

406Vom 3. 10. 1945, *FRUS* S. 971–973.

407Vgl. *Farago*, *The last days* S. 197f.

408Vgl. *Murphy* S. 296.

409Vgl. dessen positive Würdigung durch Murphy im Bericht Murphys an Byrnes, 13. 10. 1945 (POLAD 730/29).

410Biographisches Material zu ihnen und weiteren ministrablen Personen lag Murphy vor (POLAD 458/73).

411Vgl. die besonders positive Schilderung Roßhaupters bei Bernstein, *Post Meridian* 3. 9. 1945.

412Vgl. dazu das offenbar nicht abgesandte Schreiben Murphys an Patton (Munich, 29. 9. 1945), das diese Punkte enthielt und sich offenbar auf die Verabredung stützte, daß Murphy Patton nach seiner Untersuchung seine Empfehlungen zur Umsetzung mitteilen sollte (POLAD 730/29). Vgl. auch *Patton Papers* S. 781.

413Murphy an Patton (Munich, 29. 9. 1945) vgl. Anm. 412, danach waren vorgesehen: Ministerpräsident Roßhaupter (SPD),

Unterstaatssekretär für die Beziehungen zum RMG von Prittwitz,

Staatssekretär Goldhammer (KPD),

Innenminister Josef Müller (CSU),

Kultusminister -,

Wirtschaftsminister Kroth (KPD),

Unterstaatssekretär Hundhammer (CSU),

Wiederaufbauminister, von Roßhaupter vorgeschlagen,

Landwirtschaftsminister Baumgartner (CSU),

Finanzminister Fritz Schäffer (CSU),

Justizminister Hoegner (SPD),

Arbeitsminister, von Roßhaupter auszusuchen.

Vgl. Interview-Statement Roßhaupters, *Weekly Report RMG* Nr. 17, 30.8.–6. 9. 1945: „A close co-operation between communists, social-democrats and the left wing of Bavarian People's Party, will, in all probability, be established [...] The re-birth of political parties should be authorized soon, because the elimination of the existing Nazi underground activity, and a thorough De-nazification will be much more effective when accomplished by German democratic parties“ (OMGBY 13/74–2/2).

414Murphy an Byrnes, 3. 10. 1945, *FRUS* S. 972.



Aufgrund der Aktivitäten Murphys berief Josef Müller zum 28. September 1945 eine Versammlung ins Münchner Rathaus, um zwischen den Vertretern von KPD, SPD und CSU eine Übereinkunft über eine neue Regierung herzustellen.<sup>415</sup>

In München trafen Dorn, der von Adcock/USFET geschickt worden war, und Murphy, der Emissär Clays, zusammen. Dabei, so Dorn später,<sup>416</sup> hatte er, als Murphy in München ankam, seinen Untersuchungsbericht bereits abgeschlossen. Aus den Berichten Dorns<sup>417</sup> und Murphys<sup>418</sup> ist zu entnehmen, daß die Vorschläge Murphys Eisenhowers Entscheidung am 28. September 1945, Schäffer durch Hoegner zu ersetzen, nicht beeinflußt haben.

Auf diesen Tag hatte Eisenhower Patton nach Frankfurt bestellt. Er gestand dabei zu, daß Patton das Kommando weitere 10 Tage bis zwei Wochen beibehalten solle, dann aber versetzt werde, weil Patton die offizielle politische Linie nicht vertrete.<sup>419</sup> Daraus geht hervor, daß Eisenhower, der zu einem früheren Zeitpunkt vielleicht noch Pattons Kopf zu retten gedachte, dessen Ablösung nun für unausweichlich hielt. Lediglich sollte, um den Zusammenhang mit der Absetzung Schäffers nicht so deutlich hervortreten zu lassen, ein späterer Zeitpunkt gewählt werden.<sup>420</sup> Am 5. Oktober übernahm General Lucian K. Truscott das Kommando der 3. Armee. Walter J. Muller, bislang Chef der G-4 Nachschubabteilung der 3. Armee, wurde am 10. Oktober Direktor des neu geschaffenen Office of Military Government for Bavaria (OMGB).<sup>421</sup>

Im Verlauf der Unterredung am 28. September 1945 in Frankfurt wurde in Anwesenheit Adcocks und Dorns<sup>422</sup> auch das Untersuchungsergebnis Dorns mit allen Vorwürfen gegenüber Schäffers Regierung, insbesondere der unzureichenden Entnazifizierung der Beamten in einigen Ressorts, behandelt.<sup>423</sup> Auf die Frage, durch wen er Schäffer ersetzen solle, wurde Patton von Eisenhower an Dorn verwiesen, der daraufhin Hoegner empfahl. Daraufhin ordnete Patton telefonisch die sofortige Entlassung Schäffers, Langes und Rattenhubers an.<sup>424</sup> Um 20 Uhr<sup>425</sup> wurden diese drei in der Holbeinstraße von Oberst Dalferes mit Entlassungsschreiben abgesetzt.<sup>426</sup> Schäffer schildert, daß man ihn aufgefordert hatte, mit seinem ganzen Kabinett bei Dalferes zu erscheinen<sup>427</sup>; dann seien alle nicht der SPD angehörenden Minister abgesetzt worden. Daraus ergibt sich, daß, neben dem gleichzeitig zum neuen Ministerpräsidenten ernannten Wilhelm Hoegner, auch Arbeitsminister Roßhaupter bei diesem Vorgang zugegen war und im Amt verblieb.<sup>428</sup>

Offenbar auf den Einfluß des bei der Nachfolgeregelung für Schäffer düperten Murphy – gewissermaßen als Beweis des Einflusses von USGCC gegenüber USFET – ging es zurück, daß die Entlassungen Schäffers, Langes und Rattenhubers in freiwillige Rücktritte umgewandelt wurden.<sup>429</sup> Diese Version wurde dann auch offiziell verbreitet.<sup>430</sup>

415Protokoll der Besprechung im NL Hoegner 113. Vgl. *Niethammer*, Besatzungsmacht S. 202. *Hoegner* S. 199. Laut Aktennotiz Müllers vom 14. 9. 1945 fungierte in ihrer Ministerliste ebenfalls Schäffer als Finanzminister; *Niethammer*, Besatzungsmacht S. 200 Anm. 174.

416„Der liebenswürdige Bob [Robert Murphy] wußte damals nicht recht, was auf dem Spiel stand“, *Dokumente* III/9 S. 33, vgl. Anm. 401.

417*Dokumente* III/9 S. 31–34, vgl. Anm. 401.

418*FRUS* 982ff. bzw. POLAD 730/29.

419*Patton Papers* S. 783.

420Bei *Zorn* (S. 562) und *Eschenburg* (S. 80) ist unzutreffenderweise von der Entlassung Pattons am 28. 9. 1945 die Rede.

421In München hatte Faulhaber mit der Berufung Murphys an die Spitze der für Bayern verantwortlichen Militärregierung gerechnet; Faulhaber an Schäffer, 16. 8. 1945 (NL Pfeiffer 360). Vgl. auch Holnstein an Rupprecht, 22. 6. 1945 (NL Rupprecht 311).

422*Patton Papers* S. 784. *Farago*, *The last days* S. 210–218. So auch die Schilderung in der *New York Times*, 29. 9. 1945 (S. 1).

423StMF und Landesamt für Ernährung und Landwirtschaft. Vgl. *Weekly Report RMG* Nr. 19, 13.–20. 9. 1945 (OMGBY 13/74–2/2).

424*Patton Papers* S. 785.

425*Hoegner* S. 199.

426Ebd. 200.

427*Schäffer*, Ministerpräsidentschaft S. 16.

428*Hoegner* (S. 200) erwähnt noch Schäffers Dolmetscher, demnach Kinkeldey.

429*Niethammer*, Besatzungsmacht S. 206 Anm. 198. Vgl. *Schäffer*, Ministerpräsidentschaft S. 16. Schäffer an RMG, 28. 9. 1945: „In Anbetracht der kürzlich in der Presse entstandenen Streitigkeiten, mich und meine Regierung betreffend, halte ich es für das beste im Interesse der Militärregierung und des bayerischen Volkes, meinen Rücktritt als zeitweiliger Ministerpräsident und Finanzminister von Bayern zu erklären, ebenso den Rücktritt aller von mir ernannten Minister, einschließlich Herrn Dr. Lange, Wirtschaftsminister und Herrn Staatsrat Rattenhuber, Minister für Ernährung und Landwirtschaft“ (ungezeichnet, ohne Nr. MPr., Kopie BHSa NL Rattenhuber und engl. Version OMGBY 15/102–2/13, ebd. Annahmeschreiben von Dalferes, 28. 9. 1945: „Your resignation as Temporary Minister President of Bavaria and Minister of Finance, and the resignations made by you for your appointees Dr. Lange, Minister of Economics, and Staatsrat Rattenhuber, Minister of Food and Agriculture, are accepted“). Vgl. *Ziemke* S. 385; *Dokumente* III/9 S. 34.

Schäffers Entlassung am 28. September fiel zusammen mit der Bekanntgabe der Proklamation Nr. 2 Eisenhowers vom 19. September 1945,<sup>431</sup> deren Artikel I formuliert: „Innerhalb der Amerikanischen Besatzungszone werden hiermit Verwaltungsgebiete gebildet, die von jetzt ab als Staaten bezeichnet werden; jeder Staat wird eine Staatsregierung haben. Die folgenden Staaten werden gebildet: [...] Bayern umfaßt ganz Bayern, wie es 1933 bestand, ausschließlich des Kreises Lindau.“ Damit verbunden war, unter Vorbehalt der übergeordneten Machtbefugnis der Militärregierung, die Übertragung der vollen gesetzgebenden, richterlichen und vollziehenden Gewalt. Die Gesetzgebung lag bis zur Bildung eines Parlaments in den Händen des Ministerpräsidenten. Präzisiert wurde die Proklamation Nr. 2 durch ein Schreiben des OMGB vom 26. Dezember 1945 an Ministerpräsident Hoegner mit dem Titel: Action to Strengthen German Civil Administration in the US-Zone.<sup>432</sup> Damit besaß der Nachfolger Schäffers, der im Gegensatz zu diesem auch nicht mehr mit der Einschränkung „temporary“ zum Ministerpräsidenten ernannt worden war,<sup>433</sup> eine genau umschriebene, rechtliche Grundlage für seine Regierung, die ihm eine deutlich selbständigere Stellung verschaffte.<sup>434</sup> Diese Maßnahme war auch eine Folge der Reduzierung des Personalbestandes der Militärregierungen auf allen Ebenen um 30 Prozent.<sup>435</sup>

In einem Bericht vom 13. Oktober 1945 an Außenminister Byrnes korrigierte Murphy das negative Bild Schäffers in den verschiedenen bisherigen Berichten amerikanischer Dienststellen. Er unterstrich, daß Schäffer im schlechtesten Falle als ein „old time conservative“ beschrieben werden könne, dessen Prototyp man in Amerika ebenfalls in vielen öffentlichen Ämtern finde. Er betonte noch einmal ausdrücklich den Erfolg der Amtsführung Schäffers, der sich jedoch durch die öffentliche Kritik erschöpft habe.<sup>436</sup> Diese Feststellungen Murphys bestätigen zusammen mit Clays Äußerung vom 16. September 1945<sup>437</sup>, daß man die administrative Effektivität Schäffers auf amerikanischer Seite durchaus anerkannte, daß jedoch infolge der Kritik in der amerikanischen Öffentlichkeit, durch die selbst der Kriegsheld Eisenhower in die Schußlinie geraten war, ein Wechsel notwendig wurde.

### III. Das Regional Military Government

#### 1. Rekrutierung und Ausbildung des Militärregierungspersonals

Die Vorbereitung der Besetzung und Verwaltung Deutschlands war zweitrangig gegenüber dem primären Ziel der Amerikaner, Deutschland militärisch niederzuringen.<sup>438</sup> Als hemmendes Element trat hinzu, daß es unterschiedliche und miteinander konkurrierende Konzepte für „postwar Germany“ gab.<sup>439</sup> Die Folge davon war, daß sich gleichzeitig das Außen- und das Kriegsministerium mit der Nachkriegsverwaltung Deutschlands, insbesondere der Ausbildung des dazu nötigen Personals beschäftigten, mit dem Ziel, nach der Besetzung Deutschlands diese Aufgabe vom Präsidenten übertragen zu bekommen.<sup>440</sup> Im November 1943 entschied

430SZ 6. 10. 1945; New York Times 30. 9. 1945 (S. 1).

431Dokumente zum Aufbau S. 32f. Ursachen und Folgen Bd. 24 S. 46f.

432Dokumente zum Aufbau S. 34–44. Auszüge Ursachen und Folgen Bd. 24 S. 85–90.

433Weekly Report RMG, Nr. 21 27.9.–4. 10. 1945 (OMGBY 13/74–2/2).

434Murphy hatte in seinem Bericht an den Secretary of State Mitte Oktober 1945 beklagt, daß die Militärregierung zu viele Dinge selber mache, anstatt sich zu bemühen „to place responsibility on the German administration“; FRUS S. 983. Vgl. die in der Staatskanzlei unter Schäffer entstandenen Denkschriften, die die Tatsache der vollständigen Abhängigkeit der Staatsregierung von der Militärregierung monierten, Anm. 104. Daß Schäffer die nachgeordnete Stellung der Staatsregierung gegenüber der Militärregierung zur Sprache gebracht hatte, belegt Nr. 39. Die Angabe im *Handbuch politischer Institutionen* (S. 48), die Rechtsgrundlage der Regierungen Schäffer und Hoegner sei identisch gewesen, ist unzutreffend. S. Heydenreuter S. 186.

435Schott S. 15.

436FRUS S. 983f.

437Anm. 276.

438Die Vorbereitung der Amerikaner auf die Besetzung und Verwaltung Deutschlands und die Rekrutierung und Ausbildung des dafür notwendigen Personals finden sich dargestellt in den auf Miterleben basierenden Arbeiten von Zink und mit konkretem Bezug auf Bayern bei Bromage. Neuerdings wird das Problem auf breiter Grundlage bei Boehling behandelt; für die detaillierte Analyse der Ausbildung ist ferner auf Bungenstab zu verweisen. Vgl. auch Gimbel, Marburg S. 59ff. sowie Niethammer, Besatzungsmacht S. 156ff.

439Vgl. Boehling S. 22.

440Abweichend Bungenstab (S. 197f.), der die Rolle des Innenministeriums stärker betont.

Roosevelt, daß der Aufbau und die Ausbildung der Militärregierungseinheiten im Kompetenzbereich der Armee, also des Kriegsministeriums, liegen solle.<sup>441</sup>

Innerhalb des Kriegsministeriums befaßten sich schon vor diesem Datum zwei Abteilungen mit entsprechenden Planungen, bereits seit Juli 1942 die „Military Government Section of the Office of Provost Marshal General“ (Kommandeur der Militärpolizei) sowie seit März 1943 die „Civil Affairs Division“ (CAD).<sup>442</sup> Eine Konkurrenzsituation und daraus folgende Reibungsverluste blieben also auch innerhalb des Kriegsministeriums bestehen.

Die Hauptaufgabe beider Abteilungen bestand zunächst in der Rekrutierung geeigneten Personals. Zum Teil kamen die späteren Angehörigen der verschiedenen Military Detachments aus der Armee. Der andere Teil wurde durch ein bis September 1943 andauerndes ziviles Rekrutierungsprogramm gewonnen. Naturgemäß gaben die taktischen Einheiten nicht ihre besten Leute ab. Das Urteil über die aus Zivilberufen kommenden Military Government Officers fällt unterschiedlich aus.<sup>443</sup> Es wurde eine große Anzahl von Spezialisten für Finanzfragen, Gesundheitswesen etc. gewonnen. Dieser Personenkreis, das zeigt auch das Beispiel Bayerns, war aber immer nur dann effektiv, wenn er auch diesen Qualifikationen entsprechend eingesetzt wurde; dies stellte jedoch nicht die Regel dar.<sup>444</sup> Die beiden Gruppen durchliefen ein mehrmonatiges Ausbildungsprogramm, das unten genauer geschildert wird. Neben ihnen gehörten den späteren Militärregierungseinheiten aber auch Offiziere an, die nach ihrer Ankunft in Europa und nur kurzer Vorbereitung Detachments zugeteilt wurden, die Personal benötigten.<sup>445</sup> Die Suche nach geeigneten Personen, die für führende Positionen in der Militärregierung in Frage kamen, unterlag in erheblichem Maße auch politischer und persönlicher Einflußnahme,<sup>446</sup> wobei manchmal eher „big names“ zum Zuge kamen als wirklich kompetente Fachleute.

Die Ausbildung der beiden erstgenannten Gruppen späterer Militärregierungsbeamteter fand in unterschiedlichen Einrichtungen statt. Genannt seien die in Charlottesville im Mai 1942 errichtete „School of Military Government“ und für die niedrigeren Dienstränge das Provost Marshal General's Center in Fort Custer, Michigan.<sup>447</sup>

Ohne näher auf die in diesen Schulungseinrichtungen vermittelten Inhalte einzugehen,<sup>448</sup> ist in weiten Teilen der Literatur ein vernichtendes Gesamturteil über die Qualität der Ausbildung zu konstatieren. Nur die wenigsten Offiziere hätten nach den Kursen genauere Kenntnisse der deutschen Institutionen, der Geographie oder der politischen Parteien vor 1933 gehabt.<sup>449</sup> Hauptmanko der Ausbildung sei gewesen, daß nicht mehr als fünf Prozent der Militärregierungsbeamteter über ausreichende Deutschkenntnisse verfügten, um ohne Dolmetscher mit Deutschen verhandeln zu können.<sup>450</sup> In Charlottesville sei die Sprachausbildung deutlicher vernachlässigt worden als in den anderen Ausbildungsstätten; dies habe zur Folge gehabt, daß ausgerechnet die an der Spitze der Militärregierungseinheiten stehenden Offiziere am wenigsten zu direktem Kontakt mit deutschen Stellen in der Lage gewesen seien.<sup>451</sup>

Arthur W. Bromage, von Mai bis Juli 1945 in leitender Funktion innerhalb des für Bayern zuständigen Regional Military Government Detachments (RMG) tätig, gelangte jedoch zu einem deutlich besseren Urteil

441Boehling S. 28f.

442Zink S. 6. Boehling S. 60.

443Vgl. die kritische Darstellung beider Gruppen bei Kahn S. 13; Boehling S. 68f. spricht hier von „bankers, lawyers, public safety and health officials, engineers and journalists“; vgl. ferner Bromage S. 15 und Zink S. 8f.

444Niethammer, Besatzungsmacht S. 160. Vgl. die Schilderung der verschiedenen Verwendungen Costrells bei Heinemann S. 91f.

445Kahn S. 13. Boehling S. 68.

446Zink S. 9. Vgl. die Schilderung der Berufung Keegans unter dem Einfluß von Bischof Spellman (New York), *Farago*, *The last days* S. 74ff. Er bezieht sich dabei auf den Artikel Philipp Loewenfelds, *New Republic* (New York), 18. 6. 1945.

447S. *Bungenstab*, bes. S. 201; Zink.

448Vgl. dazu mit Verweisen Boehling S. 54–67 und *Bungenstab* S. 202ff.

449Vgl. die Urteile Harold Deutschs und Paul Gulgowskis, Boehling S. 58f., 61. Vgl. auch Gimbel, Marburg S. 59.

450Zink S. 13.

451Boehling S. 62. „The American personnel in charge of the occupation of Germany remained little islands apart while they operated in Germany...“, Zink S. 13. Vgl. Costrell S. 25, 27.

über die Qualität der Schulung der Militärregierungs-offiziere und der „Schüler“.<sup>452</sup> Er hatte die „School of Military Government“ in Charlottesville besucht und in Fort Custer dem Ausbildungsstab angehört.

Die genaue Untersuchung der leitenden Offiziere des RMG bestätigt sein Urteil und wird zeigen, daß das allgemein vorherrschende negative Pauschalurteil für diese Einheit nicht zutrifft.

Parallel zu diesen verschiedenen speziellen Ausbildungsgängen für Militärregierungs-personal gab es an amerikanischen Universitäten für Studenten, die sich freiwillig zur Armee meldeten, das Army Specialized Training Program (ASTP). Die dort ausgebildeten jungen Männer wurden dann zum Teil ebenfalls in der Militärregierung verwendet. Da der Schwerpunkt ihrer Ausbildung bei Landeskunde und Sprache lag, wird ihre Qualifikation deutlich höher bewertet. Sie sei so gut gewesen, daß die meisten sofort von regulären Verbänden angefordert wurden.<sup>453</sup> Diejenigen, die tatsächlich in Abteilungen der Militärregierung, jedoch nur in untergeordnete Ränge (enlisted men), gelangten, waren auf Grund ihrer besseren Ausbildung den vorgesetzten Offizieren teilweise überlegen; dies führte zu Konflikten.<sup>454</sup>

Eine besondere, nicht zu große Gruppe innerhalb des Militärregierungs-personals stellten die deutschen und österreichischen Emigranten zum Teil jüdischer Herkunft sowie die erste und zweite Generation Deutsch-Amerikaner und die akademischen Deutschland-Spezialisten dar, die über die verschiedenen, oben genannten Wege in die Militärregierungen gelangten. Die meisten von ihnen wurden später in den Abteilungen political intelligence (politische Information), public safety (Entnazifizierung) und information control (Zensur, Lizenzierung) verwendet.<sup>455</sup> Da nur wenige von ihnen Berufsoffiziere waren, erreichte fast keiner von ihnen höhere Dienstränge in der Militärregierung, die den weniger qualifizierten Berufssoldaten oder regulären Armee-Angehörigen vorbehalten blieben. Über die von ihnen dominierten Abteilungen hinaus entfalteten sie auf Grund ihrer Kenntnisse und Verbindungen große Wirksamkeit; auch dies hatte gelegentliche interne Kompetenzkonflikte zur Folge.<sup>456</sup>

Ende 1943 wurde die Masse der in den USA ausgebildeten Offiziere, mehr als 2000<sup>457</sup>, nach England verlegt, nach Shrivenham, später nach Manchester. Hier wurde ihre Ausbildung fortgesetzt, deren Qualität unterschiedlich bewertet wird. Einziger Lichtblick waren laut bitterem persönlich eingefärbten Bericht Zinks die Veranstaltungen des Professors der Politikwissenschaften Arthur W. Bromage. Das wichtigste Ereignis in Shrivenham war die Bildung von Military Government Units. Jetzt wurden ca. 200 Teams gebildet, die für die konkrete Verwaltung eines Landes, Regierungsbezirks, einer Stadt oder eines Landkreises vorgesehen waren.<sup>458</sup> Auch das von Colonel Keegan geführte Detachment E1F3, das als komplette Einheit Mitte Mai 1945 seine Tätigkeit in Bayern aufnahm, wurde so im Sommer 1944 in England aufgestellt.<sup>459</sup> Den Winter verbrachte die Einheit zwischen Chartres und Romilly-sur-Seine östlich von Paris. „Here the advance plans for taking over Bavaria were written“.<sup>460</sup>

Nachdem die Kriegshandlungen beendet und die Besatzungszonen eingenommen waren, dauerte es noch Monate, bis mehr als die Hälfte der Militärregierungs-offiziere ihre vorgesehenen Einsatzorte erreichten.<sup>461</sup> Dort hatten sich die Verhältnisse, auf die sie sich etwa ein Jahr zuvor vorbereitet hatten, durch Kriegsschäden und Flüchtlingsströme inzwischen oft erheblich verändert.<sup>462</sup> Noch gravierender aber war, daß auch die Offiziere der

452Bromage S. 15f.

453Zink S. 14f. Vgl. Kahn S. 13f.

454Zink S. 15.

455Vgl. Schwab S. 62.

456Niethammer, Besatzungsmacht S. 160. Boehling S. 72. Vgl den Konflikt betr. die Behandlung von DP's zwischen Patton und Dunner, Dunner S. 126ff.

457Latour/Vogelsang S. 29.

458Zink S. 16. Boehling S. 64. Zur personellen Besetzung und Qualität der für unterschiedliche Verwaltungsebenen vorgesehenen Detachments vgl. Zink S. 36 ff. und Latour/Vogelsang S. 38f.

459Dorn S. 26. Laut Schwab (S. 62) habe u. a. auch Dorn dem Team Vorlesungen gehalten.

460Bromage S. 18.

461Bevor die Military Government Detachments in Bayern zum Einsatz kamen, hatten die meisten schon einen Einsatz an Rhein und Ruhr hinter sich, Niethammer, Besatzungsmacht S. 178.

462Boehling S. 64.



Militärregierung aus persönlichen und privaten Gründen am Ende des Krieges zurück in die Heimat drängen.<sup>463</sup> Gleichfalls wurden in der Militärregierung tätige Spezialisten nach kurzem Wirken gezielt zum Aufbau einer „peacetime economy“ in die USA zurückbeordert.<sup>464</sup>

Dies alles zeigt eines der schwerwiegendsten Probleme der Militärregierungseinheiten auf, das in der extrem hohen Personalfluktuaton bestand; erschwerend trat hinzu, daß an qualitativ gleichwertigen Ersatz nicht zu denken war.<sup>465</sup> Die Einheiten litten an einem Mangel an personeller Kontinuität, was zur Folge hatte, daß in einigen Fällen Männer, die eigentlich in untergeordneten Stellungen tätig waren, auf Grund ihrer längeren Verweildauer zu Entscheidungsträgern avancierten.

Schließlich ist festzuhalten, daß die Existenz unterschiedlicher Konzepte für die Behandlung Nachkriegsdeutschlands ihren Niederschlag auch in den unklaren Formulierungen der politischen Ziele der Militärregierungspolitik in den Handbüchern fand, die die Military Government Detachments im Sommer 1945 im Tornister hatten.<sup>466</sup> Das wiederum hatte in der täglichen Praxis dieser Einheiten zur Folge, daß bis zur Byrnes-Rede in Stuttgart im September 1946, mit der sich die politische Linie des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und der Reintegration Deutschlands in die internationale Staatenwelt durchsetzte, Pragmatismus vorherrschte, so auch beim Regional Military Government Detachment, das für Bayern zuständig war.<sup>467</sup>

Für die Phase vor dem vollständigen Eintreffen des Regional Military Government Detachment am 15. Mai 1945<sup>468</sup> kam dem „Munich MG detachment“ F1F3, das unter Colonel Walter H. Kurtz<sup>469</sup> und seinem Stellvertreter Major Eugene Keller am 1. Mai 1945 die Verwaltung der Stadt übernommen hatte, eine überörtliche Bedeutung zu. Diese Einheit war im Mai 1944 in England gebildet worden und hatte sich intensiv auf die Übernahme Münchens vorbereitet. Einige ihrer 24 Offiziere, rekrutiert als Zivilisten, hatten in den USA eine der Ausbildungen für das Militärregierungspersonal durchlaufen, andere wie Kurtz und Keller offensichtlich nicht.<sup>470</sup> Boehling stellt fest, daß die Aufzeichnungen Kellers über Zusammenstellung und Vorbereitung dieser Einheit den kritischen Bemerkungen Niethammers über die Qualität der Militärregierungs-offiziere, die dieser auf der Basis Zinks in den sechziger Jahren formuliert hatte, widerspreche.<sup>471</sup> Als Gründe dafür werden die relativ späte Besetzung Münchens – so konnte man von Fehlern anderer Detachments lernen und in Deutschland vor der Besetzung weitere Informationen sammeln – und die Bedeutung der Stadt als größter der US-Zone und ehemaliger „Hauptstadt der Bewegung“ hervorgehoben. Dem begegnete man mit entsprechend detaillierter Vorbereitung und dem qualifiziertesten Personal.<sup>472</sup> Schon auf dieser Ebene war demnach das Personal qualifizierter als in Detachments, deren Aufgabengebiet Kleinstädte oder der ländliche Raum waren.

Im Münchner Detachment dominierten der deutsch sprechende stellvertretende Kommandant Keller, ein Ingenieur elsässischer Abstammung, und der Chef des für die Entnazifizierung zuständigen Special Branch, der deutsch-jüdische Emigrant Kurt Baer.<sup>473</sup>

## 2. Kompetenzbereich und Personal der Militärregierung

Das Regional Military Government Detachment E1F3, das am 15. Mai in München seine Tätigkeit aufnahm, war, vergrößert gesprochen, der Vorläufer des am 1. Oktober 1945 gebildeten Office of Military Government

463Ebd. S. 66. S. Pollock S. 116.

464Zink S. 10.

465Boehling S. 65ff.

466Ebd. S. 22ff.

467Ebd. S. 23. Direktiven, wie der berühmte-berüchtigten JCS 1067, kam in der Praxis keine große Bedeutung zu, vgl. Schott S. 9. Heydenreuter S. 154.

468Niethammer, Besatzungsmacht S. 178.

469Er stand vier Monate an der Spitze dieser Einheit bis zu seinem Tod am 27. 9. und wurde dann von Keller (1895–1971) abgelöst, Boehling S. 192.

470Boehling S. 192f.

471Ebd. S. 193.

472Ebd. S. 194.

473Vgl. im Detail Boehling S. 194–201 und Gries S. 170f. Vgl. auch SZ 3. 5. 1946.

for Bavaria (OMGB), der Militärregierung für Bayern, die bis zum September 1949 existierte und dann vom Office of the Land Commissioner for Bavaria – auf der Grundlage des Besatzungsstatuts – abgelöst wurde. Gemäß Deutschlandvertrag vom 26. Mai 1952 endete am 30. Juni 1952 auch die „kontrollausübende Vertretung der Besatzungsmacht bei der Staatsregierung“;<sup>474</sup> infolgedessen wurde das Amt des Landeskommisars aufgelöst.

Ziemlich genau sieben Jahre standen somit alle Aktivitäten bayerischer Staatsregierungen unter einer zwar immer mehr abnehmenden, aber dennoch spürbaren Kontrolle amerikanischer Dienststellen. Auch wenn in der dazu bislang nur spärlich vorhandenen Literatur kein bleibender Einfluß der amerikanischen Reformvorstellungen (Schulpolitik, Gewerbefreiheit etc.)<sup>475</sup> gesehen wird,<sup>476</sup> so dürfte damit zur Frage des Einflusses der Militärregierung auf die Gestaltung der Nachkriegszeit in Bayern noch nicht das letzte Wort gesprochen sein.

Die Kompetenz des Detachment E1F3 bezog sich anfänglich nur auf den Teil Bayerns, der von der 7. US-Armee besetzt war. Mit dem Kommandeur der 3. Armee, die ebenfalls in Teilen Bayerns operierte, General Patton, kam der Chef von E1F3, Keegan, erst nach zehn Tagen, am 25. Mai 1945, zum ersten Mal zu einer Besprechung zusammen.<sup>477</sup> Am 14. Juni wurde Bayern nach einer Umstrukturierung auf amerikanischer Seite endgültig allein der 3. US-Armee unter Patton als Besatzungsgebiet zugewiesen, der nun Befehlshaber des östlichen Militärbezirks der amerikanischen Besatzungszone, der mit Bayern (ohne Lindau und die rechtsrheinische Pfalz) identisch war und Militärgouverneur Bayerns war.<sup>478</sup>

Die G-5 Stabsabteilung dieser Armee verlegte am 18. Juni ihr Hauptquartier von Erlangen nach München (Tegernseer Landstraße). Ab 20. Juni unterstand somit das Regional Military Government Detachment (RMG) E1F3 (ab 15. 8. 1945 E-201) – mit Sitz in der Holbeinstraße 11 – unter dem Regional Military Government Officer Keegan offiziell der G-5 Abteilung der 3. Armee.<sup>479</sup> Dem RMG wiederum waren alle Regierungsbezirks-Detachments und darunter die Stadt- und Landkreis-Detachments unterstellt. Die Korps und Divisionen der 3. Armee, also die aktiven Truppenteile, wurden am 19. Juni mit Ausnahme von Sicherheitsfragen und Fragen der Displaced Persons von allen Militärregierungs-Aufgaben entbunden.

In der Folgezeit wurde eine Personalunion zwischen dem Regional Military Government Detachment und der G-5 Stabsabteilung angestrebt.<sup>480</sup> Sie kam de facto zustande, nachdem Keegan Bayern am 4. September verlassen hatte<sup>481</sup> und nun Colonel Dalferes, der Leiter der G-5 Stabsabteilung der 3. Armee, auch Leiter von RMG geworden war.<sup>482</sup> Die Geschäfte des Military Government Officers führte jedoch der Deputy Military Government Officer Robert A. Reese.<sup>483</sup> Erst am 15. Oktober wurden im Zuge der Bildung des Office of Military Government for Bavaria die G-5 Stabsabteilung der 3. Armee und das Regional Military Government

474Zorn S. 639, Heydenreuter S. 193.

475Vgl. die demnächst erscheinende Habilitationsschrift von Winfried Müller, Schulpolitik in Bayern im Spannungsfeld von Besatzungsmacht und Kultusbürokratie 1945–1949; zur Gewerbefreiheit Boyer, zur Entstehung der bayerischen Verfassung *Fait*, allg. Heydenreuter S. 185–191.

476Benz, Reform des öffentlichen Dienstes?; *Ders.*, Lernziel Demokratie. Reformversuche im Bildungswesen; *Ders.*, Erzwingenes Ideal oder zweitbeste Lösung?; Goschler, Reformversuche.

477Heydenreuter S. 153.

478Vgl. Latour/Vogelsang S. 72.

479Vgl. Nr. 1 TOP VIII. Vgl. beispielhaft für den Kontakt die Korrespondenz des Regional Fiscal Officers Phillips mit dem Chef der Finanzabteilung G-5 der 3. Armee (OMGBY 10/162–1/1). Vgl. ferner Nr. 17 und 21.

480Heydenreuter S. 157. In einer Direktive vom 13. Mai war festgelegt worden, „daß Kommandeure der ‚übergeordneten Detachments‘ [RMG] nach Möglichkeit zum Assistant Chief of Staff, Abteilung G-5 des jeweiligen Militärbezirks zu ernennen seien“; Latour/Vogelsang S. 75.

481Heydenreuter S. 158. Nachweislich sprach Keegan zuletzt am 27.8. 1945 mit Schäffer. Vgl. Nr. 74 und 75.

482Vgl. Nr. 89, 12. 9. 1945. Dalferes war Berufsoffizier; Ziemke S. 385.

483„Als Kommandeur der 3. Armee war General Patton Bayerns Militärgouverneur. Oberst Keegans Stelle (als Leiter der Landesmilitärregierung) war nach dessen Abreise nicht wieder besetzt worden. Deswegen war der G-5 der 3. Armee Oberst Dalferes zugleich Leiter der Militärregierung in Bayern. Zweifellos war Dalferes stark von Pattons Haltung gegenüber dem besiegten Deutschland im allgemeinen und der Entnazifizierung im besonderen beeinflusst. Die eigentliche Militärregierungseinheit für das Land Bayern war praktisch ohne Chef. Ihr Chef vom Dienst Oberst (Robert R.[A.]) Reese leitete sie in Wirklichkeit und übte unter der Kontrolle von Oberst Dalferes die meisten Funktionen des Militärgouverneurs aus. Die Leute in dieser Einheit waren sich nicht im klaren, ob nun Reese oder Dalferes ihr Chef sei“; Dorn S. 50 Anm. 22.

Detachment miteinander verschmolzen. Am 21. November 1945 verlegte OMGB seinen endgültigen Sitz von der Holbeinstraße in die Tegernseer Landstraße (Gebäude der ehemaligen Reichszeugmeisterei).<sup>484</sup>

Um die Position des Regional Military Government bestimmen zu können, ist ferner von Bedeutung, daß während der Regierungszeit des Kabinetts Schäffer an der Spitze der amerikanischen Militärregierung in Deutschland unklare Kompetenzstrukturen bestanden und verschiedene organisatorische Veränderungen stattfanden.<sup>485</sup> Ursprung der Krise war die zeitweilige Aufteilung der Militärregierungs Kompetenzen: Auf der einen Seite agierte United States Group, Control Council (USGCC) (am 10.7. von Frankfurt-Höchst nach Berlin verlegt), mit dem Deputy Military Governor General Clay<sup>486</sup> an der Spitze. An dessen Seite befand sich Botschafter Robert D. Murphy, der dem amerikanischen Außenministerium, das sich auf diese Weise wieder in die Militärregierungs politik einschaltete, unterstehende Political Adviser for Germany.<sup>487</sup>

Auf der anderen Seite stand G-5/United States Forces, European Theater (USFET) in Frankfurt, personifiziert in den Generalen Bedell Smith und Adcock. Diese Konstruktion zog Rivalitäten nach sich und kam vor allem im September 1945 im Zusammenhang mit den Äußerungen General Pattons auch mit Bezug auf das Kabinett Schäffer zum Ausbruch. Clay setzte sich mit seiner Konzeption einer von der Armee getrennten einheitlichen Militärregierung durch. Am 1. Oktober wurde G-5/USFET nach Berlin verlegt und mit USGCC zum „Office of Military Government of the United States for Germany“ (OMGUS) verschmolzen.<sup>488</sup> In diesem Geflecht besaß Murphy, der 1921–1925 amerikanischer Vizekonsul in München gewesen war und sich 1945–1949 als Emissär des State Department in Deutschland aufhielt, für Bayern einen spürbaren Einfluß.<sup>489</sup>

Ferner ist wichtig, daß der Militärgouverneur Bayerns, General Patton, sich vom 6. Juni bis 6. Juli 1945 in den USA befand, wo man den Kriegshelden feierte.<sup>490</sup> An Hand der Auswertung der Besprechungen Schäffers mit der Militärregierung ergibt sich weiter, daß auch Oberst Keegan,<sup>491</sup> der eigentliche Chef der Militärregierung in Bayern, nur ein seltener Gesprächspartner der bayerischen Regierung war. Er wurde zudem, wie bereits erwähnt, Anfang September abgelöst.<sup>492</sup> Aufgrund von 89 Protokollen über Besprechungen Schäffers mit Offizieren der Militärregierung lassen sich weiterhin folgende Aussagen treffen:

- Die übergeordneten amerikanischen Militärbehörden in Frankfurt und Berlin nahmen in den ersten dreieinhalb Monaten der Besetzung Bayerns keinen nennenswerten Einfluß auf die Handlungen des Regional Military Government Detachment in Bayern.<sup>493</sup> Dies änderte sich erst in der zweiten Septemberhälfte.

484Heydenreuter S. 161.

485Latour/Vogelsang S. 80–85. Vgl. W. Krieger S. 68ff.

486Lucius D. Clay (1897–1978), 1915–1918 Militärakademie West Point, 1918, 1926, 1934 Europareisen, 1934 u.a. in Deutschland, 1924–1928 Lehrtätigkeit West Point, anschließend Dienst in der Panama-Kanalzone und auf den Philippinen, im Rahmen des New Deal Leitung von Damm- und Flughafenbauprojekten in den USA, im 2. Weltkrieg Organisation der amerikanischen Kriegsproduktion, 1945 Stellv. Eisenhowers und verantwortlich für die Militärregierung, 1947–1949 Military Governor der US-Zone in Deutschland.

487Vgl. W. Kriegers. 70f. Gimbel, Administrative Konflikte S. 112f.

488W. Krieger S. 60.

489Murphy S. 295f. Vgl. Murphys Berichte an den Secretary of State; FRUS S. 950ff., 971–973, 982–985 und POLAD 730/29. Hans von Herwarth äußerte im September 1991 gegenüber dem Bearb., wenn es Probleme mit der Militärregierung gegeben habe, habe man sich immer an Murphy gewandt: „Murphy war so der Schutzheilige von Bayern“. Nicht unwichtig war ferner James K. Pollock (1898–1968), Prof. für polit. Wissenschaften, 1945/46 special adviser General Clays, 1. 11. 1945 – August 1946 Direktor des Regional Government Coordination Office, dem Verbindungsstab zum Länderrat in Stuttgart. Vgl. Pollock sowie seinen Bericht über eine Informationsreise durch die US-Zone, 12.8.-1. 9. 1945 betr. Governmental structure; Dorn S. 55–60.

490Fargo, The last days S. 79.

491Charles E. Keegan (1893–1966), irischer Abstammung, geb. im New Yorker Stadtteil Yorkville, Besuch einer katholischen Schule, Kriminalreporter für die New York Evening World in der Bronx, seit 1926 Tätigkeit für die New Yorker Stadtverwaltung als Examiner, als enger Mitarbeiter von Joseph V. McKee (Aldermanic President) dessen Pressesprecher, als dieser 1932 das Amt des Bürgermeisters ausübte, 1933 im Zuge parteipolitischer Auseinandersetzungen aus dem Dienst der Stadt entlassen, Vizepräsident und Geschäftsführer der Hillside Housing Corporation, einer Wohnungsbaugesellschaft in der Bronx, 1935–1937 gewähltes Mitglied der Stadtverwaltung (member of the board of aldermen), nach einer Änderung der Stadtverfassung 1937–1953 Mitglied des Stadtrates (councilman), Vorsitzender des Finanzausschusses und Chef der Mehrheitsfraktion der Demokraten, im Privatberuf Grundstücks- und Versicherungsmakler, zeitweilig Vertrauter des Demokratenführers Edward J. Flynn, 1940 Eintritt in die Armee, Kampfeinsätze im Pazifik, in Frankreich und Belgien, seit Sommer 1944 an der Spitze des Detachment E1F3, 15.5.-4. 9. 1945 Chief RMG, 1953 gescheitert in der demokratischen Vorwahl zum Amt des Leiters des Finanzwesens von New York (City Controller).

492Vgl. Anm. 481. FRUS S. 952 Anm. 62.

493Dem entspricht die Darstellung W. Kriegers, der auf Bayern nicht eingeht.

- Patton und auch Keegan, offiziell die leitenden Repräsentanten der Amerikaner in Bayern, spielten bei der Bildung der Regierung Schäffer und danach bei der Behandlung der täglichen Sachfragen keine signifikante Rolle.

- Ansprechpartner der Regierung Schäffer und Entscheidungsträger des RMG waren die dort tätigen Military Government Officers, in der Mehrzahl akademisch gebildete Spezialisten, teilweise mit Deutschlandenerfahrung.<sup>494</sup> Bis zu dem Zeitpunkt, als die Äußerungen Pattons im September in der amerikanischen Presse hohe Wellen schlugen, konnten sie, allein an pragmatischen Zielsetzungen orientiert, mit großem Wohlwollen gegenüber Bayern und relativ unabhängig von Weisungen selbständig agieren.

Aus der Beschreibung von Arthur W. Bromage geht hervor, daß sich das für die Verwaltung Münchens zuständige Detachment F1F3 zumindest seit der Verlegung von England nach Frankreich in unmittelbarer Nähe des Regional Military Government Detachment E1F3 aufhielt.

Nachdem F1F3 am 1. Mai seine Aufgaben in der Stadt München übernommen hatte, forderte das Detachment Verstärkung an. Daraufhin wurde eine Vorauseinheit von E1F3 auf den Weg nach München geschickt, um den Zustand der Verwaltung Bayerns zu erkunden. Ihr gehörte auch Bromage an. Er hielt sich mit Teilen des RMG demnach mit Sicherheit bereits am Tage der Kapitulation, dem 8. Mai, wahrscheinlich aber schon einige Tage früher, an seinem Einsatzort auf, eine Woche bevor das Gros der Einheit am 15. Mai nachrückte.<sup>495</sup> Das Detachment E1F3 umfaßte anfangs 32 Offiziere und 23 Soldaten (enlisted men). Das Hauptquartier wurde im Gebäude der Landesversicherungsanstalt für Oberbayern, Holbeinstraße 11, eingerichtet.<sup>496</sup>

In dieser ersten Phase bis Ende Juli, als er das RMG verließ, muß Arthur W. Bromage als der entscheidende Mann innerhalb des RMG bezeichnet werden. Er führte in seinem zuerst im Münchner Rathaus bezogenen Büro noch vor Eintreffen des gesamten Detachments und danach die entscheidenden Gespräche mit deutschen Vertretern, die dann zur Berufung Schäffers zum Ministerpräsidenten führten.<sup>497</sup> Hierüber berichtet Bromage in seinen Aufzeichnungen: „It took some time till we would find a Minister President among the Germans we interviewed for this position. He was to be my ‚opposite number‘. Among those interviewed in the Rathaus I talked with was Herr Fritz Schaeffer who had been in Stadelheim Prison in 1933 and in Dachau in 1944, having declined to join the Nazi Partei. Herr Schaeffer received the appointment on the basis of intelligence reports I had received. He had been a member of the Bayerische Partei [BVP], a politician, and now became the principal German representative for the state, playing an indirect role“.<sup>498</sup> Interessant ist an diesem Bericht von Bromage, daß es offensichtlich weitere mögliche Kandidaten neben Schäffer gegeben hat<sup>499</sup> sowie die Beschreibung der Stellung Schäffers.<sup>500</sup> Im Juni und Juli 1945 war Bromage der entscheidende Ansprechpartner Schäffers. Mitte Juli begleitete er den Ministerpräsidenten auch bei dessen Rundreise durch die Regierungsbezirke.<sup>501</sup> Eindringlich schildert Bromage das gemeinsame Erlebnis der total zerstörten Stadt Würzburg: „He and I climbed to the top of a hill, overlooking the devastation. He saw that the Bridge of the Apostles and the facade of the Baroque Cathedral were still standing, but he stood a while weeping“.<sup>502</sup> Die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Schäffer und Bromage<sup>503</sup> war ein zentrales Element dieser ersten Monate.

494Vgl. den Bericht von Jacob D. Beam an Murphy über RMG in München, 1. 10. 1945: „One evident failing is the fact that most of the Military Government work is being carried out by relatively junior officers while the more senior officers, who in many cases belong to the Regular Army, hold themselves aloof from daily contact with the German administration. There has arisen a certain distinction between the Military Government Corps with its civilian-trained background and the professional officers in the tactical commands“ (POLAD 730/29).

495Bromage S. 19f.

496Weekly Report RMG Nr. 1 für die Woche bis zum 21. 5. 1945 (OMGBY 13/74–2/1). Die Zahl des Militärregierungspersonals beim RMG stieg laut Niethammer, Besatzungsmacht (S. 178) dann rasch auf über 200. Schwab (S. 62) spricht davon, daß das RMG den Personalstand bis September/Oktober 1945 von 52 auf 150 verdreifachte. Bereits im ersten Vierteljahr 1946 sank die Zahl wieder rapide.

497Vgl. Niethammer, Besatzungsmacht S. 178–180. Schäffer, Ministerpräsidentschaft S. 4.

498Manuskript Bromage (NL Bromage, Bentley Historical Library, Ann Arbor).

499Vgl. Latour/Vogelsang S. 88.

500S. o. S. 28.

501Vgl. Nr. 11, 12, 38 und 40.

502Manuskript Bromage (NL Bromage, Bentley Historical Library, Ann Arbor).

503Schäffer, Ministerpräsidentschaft S. 15.



Bromage<sup>504</sup>, der 1937 in Deutschland gewesen und als Professor für politische Wissenschaften mit Schwerpunkt kommunale und regionale Verwaltung ein ausgewiesener Verwaltungsexperte war, besaß durch seine Vorbildung wichtige Eigenschaften für die Leitung der Abteilung Administration and Local Government<sup>505</sup> des RMG. Dieser Schlüsselabteilung oblagen 1945 der Kontakt mit der Staatsregierung in Grundsatzfragen, speziell mit der Staatskanzlei und dem Innenministerium, Fragen des Verwaltungsaufbaues sowie alle Beamtenangelegenheiten.<sup>506</sup> Sie wurde am 5. und 6. Juni durch Major Gordon C. Reilly<sup>507</sup> und Capt. Cone verstärkt. Am 25. Juli 1945 übernahm Reilly die Leitung, da Bromage infolge Erkrankung zur Rückkehr in die USA gezwungen war.<sup>508</sup> Nachdem auch Reilly in die USA zurückgekehrt war, wurde am 20. August Capt. Albert C. Schweizer, bis dahin Administration Officer für den Regierungsbezirk Schwaben, Chef der Abteilung. Am 5. September wurde die Administration and Local Government Section dem Leiter der Legal Section, Major Richard J. Jackson,<sup>509</sup> in seiner Funktion als Chef der neugebildeten Governmental Affairs Division unterstellt. Mit dieser strukturellen Änderung war wohl auch ein Kompetenzverlust der Abteilung an die Legal Officers verbunden.

Im Februar 1946 erhielt die Administration and Local Government Section unter dem Namen Civil Administration Branch mit ihrem Leiter Major Schweizer ihre früheren Funktionen und ihre selbständige Stellung zurück. Schweizer muß nach dem Zwischenspiel Reillys als eigentlicher Nachfolger von Bromage und einer der wichtigsten Ansprechpartner Schäffers in der zweiten Hälfte seiner Regierungszeit angesprochen werden. Von Ende August bis Ende September traf er über zwanzig Mal mit Schäffer zusammen.

Schweizer<sup>510</sup> dürfte im gesamten Zeitraum der Existenz der amerikanischen Militärregierung in Bayern einer der beiden einflußreichsten Offiziere gewesen sein, der als Leiter der 1946 geschaffenen Civil Administration Division (CAD) bis zu deren Auflösung am 21. September 1949 auch gegenüber den nachfolgenden

504Arthur W. Bromage (1904–1979), Politikwissenschaftler, 1925–1926 MA., 1926–1928 Ph.D., 1928–1929 Lehrkraft in Harvard, 1931–1933 Berater einer Untersuchungskommission betr. Kreis-, Stadt- und Schulbezirksverwaltung in Michigan, 1936 Leiter des Runden Tisches über Kommunalverwaltung (Local Government) Virginia Institute of Public Affairs, 1938–1939 Sekretär der Kommission: Reform und Modernisierung der Regierung und Verwaltung in Michigan, seit 1929, zunächst als Acting Assistant Professor of Political Science, an der Universität von Michigan in Ann Arbor, 1938 Professor für politische Wissenschaften, 1936–1937 Europareise, 1939 Aufenthalt in Dublin, 1952–1953 England- und Europaaufenthalt, Hauptwerke: American County Government 1933; State Government and Administration in the U.S. 1936; Introduction to Municipal Government and Administration 1950; Januar 1943 Eintritt als Major in die Armee, Military Government School in Charlottesville, Mai 1943 bis Januar 1944 Ausbilder in Fort Custer, dann in Shrivenham, August 1944 Lt. Col., September 1944 in Frankreich dem Regional Military Government Detachment EIF3 als Administration and Local Government Officer zugeteilt, von Anfang Mai bis Juli in dieser Funktion in Bayern, im September 1945 Rückkehr in die USA, Wiederaufnahme der Tätigkeit an der Universität von Michigan.

505In den amerikanischen Akten werden in diesem Zeitraum die Bezeichnungen Section und Branch zum Teil undifferenziert verwendet. Von unten nach oben gab es Sections, Branches und Divisions. Nach der Bildung von OMGB gab es nur noch zwei Kategorien: Divisions (Hauptabteilungen), denen als Abteilungen verschiedene Branches zugeordnet wurden. S. Heydenreuter S. 169.

506Vgl. Liste der Aufgaben der Administration and Local Government Division in Bavaria: Anlage 1 zu Weekly Report RMG Nr. 4, für die Woche bis 11. 6. 1945 (OMGBY 13/74–2/1). Ihr Nachfolger, die Civil Administration Division (CAD), gliederte sich 1946 in folgende Aufgabenbereiche: Land Government Section – Aufsicht über die bayerische Regierung, speziell die Staatskanzlei und das Innenministerium, Local Government Section – Aufsicht über die Regierungen in den Landkreisen, Städten und Regierungsbezirken, Civil Service Organization Section – Aufsicht über die Entstehung eines neuen Beamtengesetzes, alle Beamtenangelegenheiten inclusive Entnazifizierung der Beamten, Administration Court Section – Aufsicht über die Verwaltungsgerichtsbarkeit, Field Operation Section und Political Activities Section – Aufsicht über politische Aktivitäten, die nicht der political intelligence unterliegen; Cumulative Historical Report. Military Government for the Land Bavaria vom 30. 6. 1946, S. 66 (OMGBY 13/141–2/12).

507Gordon C. Reilly (1905–1987), US-Army 1941–1959.

508Cumulative Historical Report. Military Government for the Land Bavaria vom 30. 6. 1946, S. 65 (OMGBY 13/141–2/12).

509Richard J. Jackson, geb. 1900, in den dreißiger Jahren Mitglied der gesetzgebenden Körperschaft von Wyoming sowie Gehilfe oder Stellv. des Oberstaatsanwalts von Wyoming, in dieser Funktion auch Berater des Gouverneurs in juristischen Angelegenheiten, 1943–1947 US-Army, 28.7.–25. 9. 1943 Charlottesville, 29.9.–29. 11. 1943 Civil Affairs Training School Yale University, 3.6.–9. 7. 1945 Legal Officer G-5 Section 3rd Army, Sept. 1945 Lt. Col., 10. 7. 1945 – Ende 1946 Director Governmental Affairs Division bzw. Legal Division OMGB, 1947 – September 1949 Director Legal Division Württemberg-Baden.

510Albert C. Schweizer (1900–1949), Stadtplaner, 1920 Bachelor of Science, 1923 B.S. in Architektur Massachusetts Institute for Technology, 1924 Master in Architektur, weiterführende Studien an der Columbia Universität New York, 1926 Europareise zum Studium von Häuserbau und Städteplanung, 1923–1925 Lehrkraft für Architektur am Mass. Inst. for Technology, 1923–1929 auch als Architekt (architectural designer) in New York und Boston tätig, 1929–1943 Lehrkraft, Prof. und Direktor der Schule für Architektur und verwandte Künste in New York, 1942–1943 auch als Stadtplaner Mitglied des National Resources Planning Board, 1943–1945 als Captain bei der Military Government European Civil Affairs Division, als Civil Administration Officer zuerst in Frankreich und Belgien eingesetzt, 1945 Verwaltungsoffizier bei der MG für Schwaben, August 1945 Chief Administration and Local Government Section RMG, 1946 – 21.9. 1949 Director Civil Administration Division OMGB, September/Okttober 1949 Director Political Affairs Division des Land Commissioner for Bavaria, 8. Oktober 1949 Opfer eines Autounfalls in Bayern.

Regierungschefs zentraler Ansprechpartner blieb und dem mit zunehmender Dauer der Besatzung gerade infolge seiner kontinuierlichen Tätigkeit im RMG und OMGB eine überaus machtvolle Stellung zuwuchs.<sup>511</sup>

Die Offiziere der Administration and Local Government Section waren neben ihrer Zuständigkeit für den gesamten Bereich der Staatsverwaltung und damit für den Ministerpräsidenten gleichzeitig auch die Verbindungsoffiziere zum Staatsministerium des Innern, zu Ministerialdirektor Fischer, später auch zu Regierungspräsident Wirsching, den kommissarischen Leitern dieses Ressorts.<sup>512</sup>

Neben der Administration and Local Government Section ist auf die Bedeutung von Lt. Col. Robert A. Reese zu verweisen, den Deputy Military Government Officer<sup>513</sup> und damit Stellvertreter Keegans, der schon vor Keegans frühzeitiger Rückkehr in die USA Grundsatzfragen mit der Bayerischen Staatsregierung besprach. Sein Einfluß nahm nach dem Weggang Keegans noch zu.<sup>514</sup> Er traf sehr häufig mit Schäffer zusammen. Persönlich kümmerte er sich insbesondere um die Entnazifizierung<sup>515</sup> und um die Brennstoffversorgung.<sup>516</sup>

Neben der Administration and Local Government Section kam der Abteilung Finance die größte Bedeutung zu. Ihr Chef, Major Miner B. Phillipps, mit Bromage seit dem sechsmonatigen Aufenthalt in Frankreich befreundet, war in den USA Finanzdirektor der Stadt Pasadena (Kalifornien) gewesen und somit ein kommunaler Finanzexperte.<sup>517</sup> Er kam von Mai bis September 1945 nachweislich über fünfzig Mal mit Schäffer zusammen.<sup>518</sup> Sein Stellvertreter war Major Russel E. Shearer,<sup>519</sup> der Phillipps besonders während zwei längerer Phasen, als dieser dienstlich abwesend war, vertrat. Phillipps und Shearer waren die Verbindungsoffiziere zu Schäffer in seiner Eigenschaft als Finanzminister und zu seinem Stellvertreter Staatsrat Müller. In der Abteilung war ferner Capt. Otto B. Reinemund<sup>520</sup> tätig, der für die Entnazifizierung in den der Aufsicht der Abteilung Finance unterstehenden bayerischen Finanzbehörden zuständig war.<sup>521</sup> Weitere Mitarbeiter waren 1st Lt. Edward Sacks<sup>522</sup> und 1st. Lt. Kurt Fredericks,<sup>523</sup> von Mai 1945 bis März 1946, zuletzt als Capt., Assistant RMG Fiscal Officer. Seit März 1946 war Fredericks der Financial Institutions Section Chief der Finance Division (an anderer Stelle als Fiscal Branch bezeichnet). Im Oktober 1946 avancierte er dann zum Chief Fiscal Branch der Finance Division.<sup>524</sup> In den Jahren 1948/1949 war er Finance Adviser des Direktors des OMGB.

Im Juni 1945 wurde die Property Control Branch gebildet. An ihrer Spitze stand Major Jacob M. Silvey. Grundlage seiner Tätigkeit war das Militärregierungsgesetz Nr. 52 vom 14. Juli 1945, das die Beschlagnahme und Kontrolle von Staatsvermögen, Vermögen der NSDAP etc. vorsah. Der Aufgabenbereich der Property

511Vgl den Direktor des OMGB Van Wagoner am 4. 8. 1948 über Schweizer vor Militärregierungsoffizieren: „And now I would like to introduce your chairman for the rest of this morning's session, a man who has a hand in the democratization program from the first turbulent days when that hand, on short notice could turn into a mailed fist [...] And much of the patient, judicious guidance of the Bavarian ministry into channels where those aims could be realized can be attributed to the efforts of Mr. Albert C. Schweizer, Director of Civil Administration Division...“, (OMGBY 13/143–3/15). Vgl. auch *Hoegner* S. 217: „Ein Gesetz über die bayerische Staatsangehörigkeit vom 30. Oktober 1945, das später von der Verfassunggebenden Landesversammlung beschlossen wurde, scheiterte an dem Widerspruch des amerikanischen Majors Schweizer, der stark unter dem Einfluß bayerischer Zentralisten stand“.

512Vgl. Besprechung zwischen Major Reilly und MD Fischer, 8. 6. 1945, Weekly Report RMG Nr. 4, für die Woche bis 11. 6. 1945 (OMGBY 13/74–2/1).

513Weekly Report RMG Nr. 1, für die Woche bis 21. 5. 1945 (OMGBY 13/74–2/1). Reese war an der Civil Affairs Training School an der University of Michigan u.a. von Pollock für seine Tätigkeit in der Militärregierung ausgebildet worden; *Pollock* S. 75.

514S. Anm. 483.

515Vgl. bes. Nr. 7, 61 und 92.

516Vgl. Nr. 10, 59, 61, 65, 71, 72, 75, 76, 78, 90 und 92. Reese stand dann von Februar 1946 bis Februar 1947 an der Spitze der Internal Affairs and Communications Division OMGB.

517Miner B. *Phillipps* (1892–1963), 1943–1946 US-Army, nach dem Krieg offenbar Mitarbeiter der Municipal Finance Officers Association of the US and Canada (Chicago).

518Vgl. Nr. 14–102.

519Russel E. *Shearer* (1901–1954), Jurist, 1920–1933 Banktätigkeit, dann bei der Federal Deposit Insurance Corporation, Washington D.C., seit 1943 Army, 1945 Fiscal Branch RMG, Spezialgebiet Banken, beantragte am 10. 11. 1945 seine Entlassung, da im Zivilberuf seine Tätigkeit wichtiger für die Nation sei, 15. 3. 1946 entlassen.

520Otto B. *Reinemund*, geb. 1915.

521Vgl. Nr. 53 und 54.

522geb. 1911.

523geb. 1908.

524Zu ihr gehörten ferner die Property Control Branch und die Investigation and Enforcement Branch.

Control wurde durch das Militärregierungsgesetzes Nr. 8 von Ende September 1945 erheblich erweitert.<sup>525</sup> Entsprechend stieg die Bedeutung der Abteilung nach dem Ende der Regierung Schäffer. Auf bayerischer Seite koordinierte die Zusammenarbeit mit Property Control der Münchner Oberfinanzpräsident Alexander Prugger.<sup>526</sup>

In der Education and Religious Affairs Section waren Major Edward F. D'Arms, Capt. Alfred G. Pundt und Capt. William M. Landeen tätig.<sup>527</sup> Die Stellung Landeens ragte besonders in der Anfangsphase der Militärregierung über den Bereich Schule und Religionsgemeinschaften hinaus, in der er, auch durch seine Stellung als Dolmetscher Keegans herausgehoben, mit Bromage zusammen auf das Zustandekommen der Regierung Schäffer Einfluß nahm.<sup>528</sup> Die Dauer ihrer Beschäftigung in der Abteilung war nicht genau zu ermitteln. D'Arms, von Haus aus Altphilologe und leitender Angestellter amerikanischer Stiftungen,<sup>529</sup> war von Juni bis August 1945 tätig. Pundt, der, obwohl sich kein Deutschlandaufenthalt nachweisen ließ, offenbar in Folge seiner Forschungen zur deutschen Geschichte deutsch sprach,<sup>530</sup> wurde wohl im September D'Arms Nachfolger.<sup>531</sup> Beide hielten den Kontakt zu Kultusminister Hipp und Staatsrat Meinzolt.<sup>532</sup>

Die Legal Section, die später zu der mit umfangreichen Aufgaben ausgestatteten Legal Division erweitert wurde<sup>533</sup>, bestand in dem hier betrachteten Zeitraum aus einem halben Dutzend Legal Officers. Im August 1945 wurde sie als erste Abteilung des RMG mit der G-5 Abteilung der 3. Armee verbunden. An der Spitze der Legal Section stand seitdem der bereits in seiner späteren Funktion als Leiter der Governmental Affairs Division erwähnte Chief Legal Officer Major Richard J. Jackson, der vorher in der G-5 Abteilung der 3. Armee tätig gewesen war.<sup>534</sup> Im September 1945 wurde er ein wichtiger Ansprechpartner des Bayerischen Ministerpräsidenten Schäffer.<sup>535</sup> Zuvor hatten an der Spitze der Rechtsabteilung des RMG Col. Colberg<sup>536</sup> und danach Lt. Col. Sam H. Long<sup>537</sup> gestanden<sup>538</sup>. Von Bedeutung in dieser Abteilung war ferner der 1st Lt., später Capt. John S. Cooper,<sup>539</sup> der beauftragt war, ein neues Gerichtsverfassungsgesetz (revised German Court

525Heydenreuter S. 270f. Die Behandlung des Reichsvermögens stellte einen Schwerpunkt der Tätigkeit Silveys dar. Zu ihm s. auch Ministerrat vom 24. 10. 1945. Zweiter Mann der Property Control war Major Stewart W. Chaffee. S. zum Personal abweichend Heydenreuter S. 272.

526Cumulative Historical Report. Military Government for the Land Bavaria vom 30. 6. 1946, S. 448 ff. (OMGBY 13/141–2/12). Weekly Report RMG Nr. 14, 9.-16. 8. 1945, Nr. 15, 16.-23. 8. 1945 (OMGBY 13/74–2/2).

527Heydenreuter (S. 154) erwähnt für die Education and Religious Affairs Section 1st Lt. Earl E. Chisamore. Vom Dienstgrad kommt er jedoch lediglich für eine nachgeordnete Funktion in der Abteilung in Frage. Den Verkehr mit Schäffer bestritten ausschließlich Männer im Range eines Capt., Major oder Lt. Col. In der Abteilung arbeitete auch ein Capt. Yelton (OMGUS 5/308–2/30), erwähnt wird ferner ein Capt. Cannon, Weekly Report RMG Nr. 18, 6.-13. 9. 1945 (OMGBY 13/74–2/2).

528Niethammer, Besatzungsmacht S. 178–180. Vgl. NL Pfeiffer 540. – William M. Landeen, geb. 1891 in Schweden, ev., 1915 USA, 1923 amerikanischer Staatsbürger, 1921 Bachelor of Arts Walla Walla College, 1939 Ph.D. Univ. Michigan, 1921–1924 Lehrkraft, 1931–1938 Professor, 1933–1938 Präsident des Walla Walla College; 1929–1930 Lehrkraft Univ. Pennsylvania, 1930–1931 Univ. Michigan, zunächst Education and Religious Officer des Detachment F1F3 (München), bis Dezember 1945 in der Education and Religious Affairs Section (Education and Religious Affairs Branch) RMG/OMGB, 1946 University Officer Erlangen, 1939–1956 am Washington State College, zuletzt als Professor für Geschichte, 1958–1960 Professor für Geschichte am La Sierra College (Kalifornien).

529Edward F. D'Arms, geb. 1904, 1925 Bachelor of Arts, 1936 Ph.D. Princeton, 1928 B.A. Oxford (England), 1931 M.A. (Rhodes Scholar), 1928–1930 Lehrkraft für klassische Sprachen Princeton, 1932–1935 Prof. für Latein Vassar College, 1935–1937 asst. Prof. für Griechisch Univ. Minnesota, 1937–1947 Altphilologieprof. Univ. Colorado, 1943 Dekan, seit 1943 in der US-Armee, 1945 Education and Religious Affairs Section RMG, 1946–1947 Chief Education and Religious Policy Civil Affairs Division im Kriegsministerium, 1947–1960 Direktor bei der Rockefeller und Ford Foundation.

530Apetl S. 274.

531Alfred G. Pundt, geb. 1904, 1929 M.A., 1935 Ph.D. Columbia Univ., seit 1931 Lehrtätigkeit am Pennsylvania State College, Autor von: Arndt and the Nationalist Awakening in Germany, New York 1935, seit 1949 am Pennsylvania State College Prof. für Europäische Geschichte, 1945 – Juni 1946 Leiter der Education and Religious Affairs Section (Education and Religious Affairs Branch) RMG/OMGB.

532Vgl. Aufzeichnungen über Unterredungen zwischen Hipp und Militärregierungsoffizieren (OMGUS 5/308–2/30). In den Weekly Reports und den Daily Summaries des RMG werden häufig „conferences“ zwischen Ministern und ihren Verbindungsoffizieren erwähnt (OMGBY 13/74–2/1, 13/74–2/2, 13/74–2/3). Weitere Serien konnten nicht ermittelt werden.

533Sie umfaßte: Courts Branch, German Courts Branch, Legislation and Legal Advice Branch und Prisons Branch; Cumulative Historical Report. Military Government for the Land Bavaria vom 30. 6. 1946, S. 159 (OMGBY 13/141–2/12).

534Er blieb bis Ende 1946 Chief Legal Division.

535Vgl. Nr. 82.

536Wilson P. Colberg (1900–1982), US-Armee 1942–1946.

537Sam H. Long (1894–1984), US-Armee 1917–10. 1. 1919, 1940–1946.

538Vgl. Hoegner 191f. 198 und Nr. 37 und 53.

539John S. Cooper, geb. 1901, Jurist, 1923 Abschluß Yale College, 1923–1925 Studium Harvard, 1928 Anwalt in Kentucky, 1928–1930 Mitglied des Parlaments von Kentucky, 1930–1938 Richter, 1942–1946 in der Armee, zuletzt als Captain, 1945/1946 Legal Section RMG, wie Jackson war er zuvor bei G-5 3. Armee, am Aufbau der bayerischen Justiz beteiligt, 1946–1949, 1952–1955, 1956–1973 Senator Kentucky, 1955–1956 Botschafter der USA in Indien und Nepal, 1974–1976 Botschafter in der Deutschen Demokratischen Republik.

system) zu erarbeiten.<sup>540</sup> Vor der Errichtung eines Staatsministeriums der Justiz verhandelten sie speziell mit Hoegner und Ehard über den Wiederaufbau der bayerischen Justiz. Im Bereich der Legal Section ist der stärkste Einfluß übergeordneter Militärregierungsdienststellen nachweisbar, die u.a. verhinderten, daß während der Amtszeit Schäffers ein Staatsministerium der Justiz errichtet wurde. Ehard und Hoegner führten, um dieses Ziel zu erreichen, wiederholt Gespräche über den Aufbau einer bayerischen Justizverwaltung mit Prof. Max Rheinstein, Prof. Karl Loewenstein und weiteren Herren, die damals im Hauptquartier in Frankfurt tätig waren. Rheinstein und Loewenstein berieten später die Legal Division des OMGUS.<sup>541</sup>

Die Labor Section leitete Capt. Clarence M. Bolds.<sup>542</sup> Er war der Verbindungsoffizier zu dem am 20. Juni gebildeten Arbeitsministerium und seinem Leiter Albert Roßhaupter. Bolds war neben Schweizer der markanteste Offizier der Militärregierung, und zwar wegen der Dauer der Tätigkeit, infolge seines Aufstiegs zum stellvertretenden Direktor der Militärregierung<sup>543</sup>, weil er wie Schweizer den Deutschen mit eigenen konzeptionellen Vorstellungen entgegentrat und auch in späteren Jahren, als die Rolle der Militärregierung generell deutlich zurückhaltender definiert wurde, zum Teil heftige Kritik an der Bayerischen Staatsregierung übte. Dies zeigt sich auch während der Regierungszeit Schäffers. So war Bolds, in Zusammenarbeit mit Roßhaupter und ohne Schäffer einzubeziehen, der Schöpfer des Arbeitsministeriums,<sup>544</sup> seines auch Wohnungsbaufragen<sup>545</sup> einschließenden Zuschnitts und der Anwalt der Interessen und Kompetenzforderungen dieses Ressorts. Gleichfalls war er maßgeblich an der Entstehung der Gewerkschaften in Bayern beteiligt.<sup>546</sup> Wichtigster Mitarbeiter Bolds' war seit Juli 1945 Frantz G. Loriaux,<sup>547</sup> der an der Spitze der für die Gewerkschaften zuständigen Unterabteilung Labor Relations Branch stand und ab 1947 Chef der Manpower Division des OMGB wurde. Beide waren in der Ausbildungs- und Planungsphase in die Militärregierung eingetreten und in den USA aktive Gewerkschaftsfunktionäre gewesen.<sup>548</sup>

Die Intelligence Abteilung, die bis Mitte 1946 zu einer selbständigen Abteilung mit zwanzig Mitarbeitern heranwuchs, bestand seit der Besetzung im Mai 1945 zuerst nur aus dem Historical Information and Political Intelligence Officer Major Peter Vacca.<sup>549</sup> Neben Artikeln zur historischen Entwicklung einzelner Verwaltungszweige Bayerns berichtete er in „Weekly Intelligence Reports“ vor allem über Stimmung und

540Vgl. *Hoegner* S. 198. Ferner gehörten der Rechtsabteilung an: Major Samuel S. Gray (Field Inspection and Investigator), Capt. Walter Lunden (Gefängnisoffizier), 1st Lt. Charles H. Storey (Militärgerichte), Cumulative Historical Report. Military Government for the Land Bavaria vom 30. 6. 1946, S. 159 (OMGBY 13/141–2/12). An anderer Stelle wird ferner ein Capt. Briggs genannt, Weekly Report RMG Nr. 1, für die Woche bis 21. 5. 1945 (OMGBY 13/74–2/1).

541Vgl. Nr. 7 TOP V. Weekly Report RMG Nr. 14, 9.–16. 8. 1945 (OMGBY 13/74–2/2). NL Ehard 1186, 1315, 2311. NL Hoegner 119. *Rumschöttel* S. 27; *Loewenstein*.

542Clarence M. Bolds (1903–1958), Bauingenieur, 1942/1943 beim War Production Board, zuerst als Senior Labor Relations Adviser, dann in Detroit als Head Regional Labor Representative, Bekannter des amerikanischen Gewerkschaftsführers Walter Reuther, Sept./Okt. 1943 Provost Marshal General's School Fort Custer (Michigan), Okt./Dez. 1943 Civil Affairs Training School, Boston University, Mai 1945 Labor Officer des Detachment FIF3 (München), dann Leiter der Abteilung für Arbeitsfragen beim RMG, seit Oktober 1945 Branch Chief, Juni 1946 Chief Manpower Division OMGB, 14. 12. 1947–15. 10. 1949 stellv. Direktor der Militärregierung für Bayern, 16. 10. 1949–14. 4. 1950 geschäftsführender Landeskommissar für Bayern, 16. 4. 1950–15. 7. 1950 Landeskommissar für Bayern, 16.7.–25. 9. 1950 Sonderberater des High Commissioner for Germany, dann Rückkehr in die USA. Im Weekly Report RMG Nr. 1, für die Woche bis 21. 5. 1945 (OMGBY 13/74–2/1) und im Juni 1945 (Daily Summary RMG, 18. 6. 1945 (OMGBY 13/74–2/3)) ist von einem Capt. Dammers als Labor Officer die Rede.

543Zur Abhängigkeit des Direktors der Militärregierung Murray D. Van Wagoner von ihm vgl. *Tent* S. 138.

544Vgl. Bolds an Keegan, 16. 6. 1945 (OMGBY 13/106–2/1) und Nr. 3 Anm. 3. Vgl. ferner Victor H. Bernstein, der am 3. 9. 1945 in PM zur Bestellung von Roßhaupter schrieb: „He owes his job not to appointment by Schaeffer, but to Capt. Clarence Bolds, head of the Labor Section of the Military Government and to Col. Keegan, who created the Labor Ministry in the current Bavarian Government“; Nr. 7 und 13; *Hoegner* S. 265.

545Housing Officer war ein Capt. John S. Sausser. Mit ihm verkehrte der Leiter der Abteilung für Wohnungsfragen des Arbeitsministeriums, MD Moritz Wolf, Weekly Report RMG Nr. 16, 23.–30. 8. 1945 (OMGBY 13/74–2/2). S. OMGBY 13/106–2/2. Lt. Ministerrat vom 23. 1. 1946 wurde Sausser im Januar abberufen.

546Vgl. *Lanig-Heese* S. 62 und *Schröder*.

547Frantz G. Loriaux, geb. 1915, 1940 Abschluß des Jurastudiums, 1941–1942 Gewerkschaftssekretär der Oil Workers Union (CIO), ab 1942 Militärdienst, 1943–1945 Ausbildung als Militärregierungssofizier, 1945–1947 Chief Labor Relations Branch RMG/OMGB, 1947–1949 Chief Manpower Division OMGB, 1949–1953 Chef der Informationsabteilung von HICOG, 1953–1958 Rechtsanwalt, 1958–1974 Gewerkschaftssekretär der International Federation of Petroleum and Chemical Workers.

548Mitglieder der CIO; vgl. *Fichter* S. 123, 127. *Schröder* S. 25–31. Weitere Mitarbeiter in der Manpower Branch 1945 waren Capt. Augustus B. Hill und Capt. Edward J. Jones jr. (OMGBY 13/106–2/2).

549Peter Vacca (1900–1982), geboren in Palermo (Italien), 1942–1946 US-Army, Post Intelligence Officer beim Seneca Ordnance Depot im Staate New York, Mai 1945 – 4. 4. 1947 Chief Intelligence Branch RMG und OMGB, April 1947 – Mai 1948 Direktor Intelligence Division, Mai 1948 – September 1949 Direktor der Intelligence Branch in Württemberg-Baden. S. *Heydenreuter* S. 253 Anm. 236.



politische Entwicklung in Bayern. Spätestens seit der Gründung der Parteien gewann der letztgenannte Bereich der Berichterstattung ein Übergewicht. Vacca blieb bis April 1947 Branch Chief von Intelligence. Die Abteilung war u.a. für die Vergabe der Lizenzen an die politischen Parteien und die Durchführung der Gemeindewahlen verantwortlich.<sup>550</sup>

Am 17. Juni 1945 wurde das Public Relations Office, unter anderem zuständig für die Ansprachen Schäffers und seiner Minister über Radio und die Betreuung von Politiker- und Journalistenbesuchen aus den USA, von der Intelligence Branch abgetrennt. An seiner Spitze stand bis Anfang September 1945 Capt. Francis J. Connaughton, ein erfahrener Zeitungsmann.<sup>551</sup> Anfang September wurde er im Zuge des Übergangs der Leitung des RMG an Col. Dalferes von Capt. George D. Ritchie abgelöst, der bis dahin dem Public Relations Staff der 3. US-Armee angehört hatte. Auf ihn folgte im Winter 1945 Capt. William S. Conklin, zuvor Military Government Officer in Sonthofen.<sup>552</sup>

Die Economics, Trade and Industry Branch wurde zuerst von Lt. Col. Edmund K. Ellis<sup>553</sup> geleitet. Er war der Verbindungsoffizier zu Wirtschaftsminister Lange.<sup>554</sup> Ab September zeichnete Lt. Col. George L. Erion als Chief der Economics Branch.<sup>555</sup>

An der Spitze der Food and Agriculture Section stand Lt. Col. Willis P. Duruz.<sup>556</sup> Er arbeitete mit dem Direktor des Bayerischen Landesamtes für Ernährung und Landwirtschaft, Rattenhuber, zusammen. Zwischen beiden herrschte ein enges Vertrauensverhältnis.<sup>557</sup>

An der Spitze der Forestry Section stand Capt. Carlyle W. Corson. Sein Gegenüber in der bayerischen Landesverwaltung war Landesforstmeister Hoepffner.<sup>558</sup>

In der Public Welfare Section war Capt. W. Stainton zum Chief Welfare Officer for Bavaria ernannt worden, der diese Funktion bis Oktober 1945 ausübte.<sup>559</sup> Hauptaufgabe in dieser Zeit war die Lösung materieller Fragen im Zusammenhang mit dem Evakuierten- und Flüchtlingsproblem. Stainton war auch der Kontaktmann der Staatsregierung bei der Zulassung und Aufgabenbestimmung für das Bayerische Rote Kreuz (BRK).<sup>560</sup> In Fragen der Flüchtlingsbetreuung verhandelte Stainton mit dem geschäftsführenden Präsidenten des BRK Stürmann, da diese Aufgabe in Ermangelung einer dafür zuständigen staatlichen Verwaltung dem BRK übertragen worden war.<sup>561</sup> Ferner war Stainton beteiligt an der Festlegung des Zuschnitts der Referate im Innenministerium.<sup>562</sup>

550Heydenreuter S. 251. Cumulative Historical Report. Military Government for the Land Bavaria vom 30. 6. 1946, S. 256f. (OMGBY 13/141–2/12).

551Francis J. Connaughton (1897–1966), geb. New York, St. Joseph's College Pocantico Hills New York, im 1. Weltkrieg Mitglied der amerikanischen Invasionsarmee und der „Army of occupation“, leitende Stellung in der Annoncenabteilung der New York Times, 1936 Mitherausgeber des „The Boston American“, seit 1939 Newspaper Representative New York, im 2. Weltkrieg Major, 1945 Leiter Public Relations Office RMG, 1947 Berater in Korea, 1950 der Alliierten Kommission in Österreich zugeteilt, Herausgabe der Tageszeitung „Vienna Courier“, 1951–1954 stellv. Bevollmächtigter und Direktor des Handelsreferats der Stadtverwaltung von New York. Von ihm heißt es: „who had joined civil affairs shortly after his activation in the United States and had been a member of the Bavarian regional team throughout its training“; Cumulative Historical Report. Military Government for the Land Bavaria vom 30. 6. 1946, S. 253f. (OMGBY 13/141–2/12). S. Heydenreuter S. 200. Vgl. Nr. 28 und 29.

552Cumulative Historical Report. Military Government for the Land Bavaria vom 30. 6. 1946, S. 253f. (OMGBY 13/141–2/12).

553Edmund K. Ellis, US-Army 1941 bis 23. 11. 1945.

554Daneben entstand dann die Trade and Commerce Branch mit den Sections: Import/Export, Internal Trade and Distribution, Price Control and Rationing; Cumulative Historical Report. Military Government for the Land Bavaria vom 30. 6. 1946, S. 359ff. (OMGBY 13/141–2/12). Vgl. ferner zum Aufbau der Economics Division 1945 (OMGBY 13/75–2/5).

555George L. Erion, Juni 1946 – September 1949 Direktor der Economics Division Württemberg-Baden. Vgl. zu ihm Ministerrat vom 30. 10. 1945.

556Willis P. Duruz, geb. 1896, 1929–1955 Prof. an der Fakultät für Gartenbau, Oregon State University (Spezialgebiet: Obstbäume, Zitrusfrüchte), 1940–1945 US-Army. Vgl. Liste der in der Food and Agriculture Section ferner beschäftigten Offiziere und ihrer Aufgabengebiete (OMGBY 10/186–2/20).

557Niethammer, Besatzungsmacht S. 178. Vgl. zur Arbeit der Abteilung im Detail Cumulative Historical Report. Military Government for the Land Bavaria vom 30. 6. 1946, S. 273–299 (OMGBY 13/141–2/12). S. Heydenreuter S. 263f.

558Vgl. Ernennungsschreiben Hoepffners von Schäffer, 12. 6. 1945 (ML 8230). An anderer Stelle taucht Ende Juli 1945 der Regional Forestry Officer Capt. V. Waloga auf (StK 111676).

559Cumulative Historical Report. Military Government for the Land Bavaria vom 30. 6. 1946, S. 119 (OMGBY 13/141–2/12).

560Vgl. Nr. 52 und 96. In dieser Abteilung war daneben Lt. Hermann Auerbach tätig, der Stainton im Oktober 1945 als Chef von Public Welfare nachfolgte. Von November 1945 bis Februar 1946 leitete Capt. Bertheion, davor Welfare Officer des für München zuständigen Detachments, die Abteilung; Cumulative Historical Report. Military Government for the Land Bavaria vom 30.6. 1946, S. 119 (OMGBY 13/141–2/12). Vgl. Bauer S. 34 Anm. 54, S. 56 Anm. 129.

561S. o. S. 45 sowie StK 112984.

562Vgl. Nr. 30 und 49.

Speziell für die Flüchtlinge, insbesondere die Displaced Persons, war Capt. McDonald, der Displaced Persons Officer, zuständig.<sup>563</sup>

Die Supply Branch, an deren Spitze seit 16. Mai Lt. Col. L. De Cew als Supply Officer stand<sup>564</sup>, hatte den Auftrag, die Versorgung der Displaced Persons und der Zivilinternierten unter amerikanischer Kontrolle zu organisieren. Dies waren im Winter 1945 zusammen 335.000 Personen. Außerdem war die Abteilung für die Verteilung von Lebensmitteln aus Armeebeständen in Bayern verantwortlich. Im August 1945 fand die Verschmelzung mit Supply G-5 der 3. Armee statt.<sup>565</sup>

Die Abteilung Public Safety übernahm vorläufig die Polizeiaufgaben in Bayern und war, wie alle anderen Abteilungen in ihren Bereichen auch, für den Aufbau einer von ehemaligen Nationalsozialisten freien bayerischen Polizei verantwortlich.<sup>566</sup> An der Spitze von Public Safety stand bis Mitte August 1945 Major/Lt. Col. Ion Quirk. Sein Ansprechpartner war Josef Heppner, seit Juli 1945 Polizeireferent im Innenministerium und Leiter der Bayerischen Grenzpolizei.<sup>567</sup>

Am 19. Mai wurde die Abteilung Special Branch of Public Safety gebildet, die sich ausschließlich mit der Entnazifizierung befaßte. An ihrer Spitze stand im September 1945 Major Howard E. Ordway.<sup>568</sup> Ihr gehörte seit Juni Lt. Ernst Anspach<sup>569</sup> an, der eine Rolle im Zusammenhang mit der „Patton-Affäre“ im September 1945 spielte.<sup>570</sup> Im Mai 1946 wurde Special Branch eine von Public Safety unabhängige Abteilung.

Im Eastern Military District der US-Zone und damit in Bayern operierte ferner das im Februar eingerichtete 6870 District Information Service Control Command (DISCC). Diese Einheit traf am 7. Mai in München ein. Sie blieb zunächst mit 6871 DISCC für den Western Military District direkt General Robert McClure als Chef USFET/DISCC in Bad Homburg unterstellt, der zuvor die Psychological Warfare Division (PWD) geleitet hatte, aus der DISCC bei Kriegsende hervorging.<sup>571</sup>

Chef von 6870 DISCC war zunächst Lt. Col. William H. Kinard. Ende Mai wurde er von Col. Bernhard B. McMahon abgelöst. Ende Juli 1945 wurde 6870 DISCC der 3. Armee zugeordnet. Im Dezember 1945 wurde die Einheit, jetzt unter der Bezeichnung ICD (Information Control Division), dem OMGB eingegliedert. Im November 1948 wurde die Bezeichnung „entsprechend dem veränderten Anspruch, im wesentlichen beratend tätig zu sein, in Information Services Division (ISD) geändert“.<sup>572</sup>

DISCC besaß vier Branches: Press; Publication; Radio; Film, Theater and Music und war vor allem für den Wiederaufbau von Presse und Radio in Bayern verantwortlich. In DISCC und ICD waren die meisten Emigranten tätig.

Der Chef der Abteilung, Colonel Bernhard B. McMahon,<sup>573</sup> Berufssoldat und West Point Absolvent, hatte als Frontsoldat die letzten Jahre des Ersten Weltkrieges mitgemacht. Er war danach mehrere Jahre in der Nähe

563Vgl. Nr. 22 und Weekly Report RMG Nr. 1, für die Woche bis 21. 5. 1945 (OMGBY 13/74–2/1).

564S. OMGBY 10/162–1/1.

565Cumulative Historical Report. Military Government for the Land Bavaria vom 30. 6. 1946, S. 66 (OMGBY 13/141–2/12). Food Officer war Major Daniel, Weekly Report RMG Nr. 1, für die Woche bis zum 21. 5. 1945 (OMGBY 13/74–2/1).

566Vgl. Nr. 36. Daneben war sie auch für die Feuerwehr zuständig.

567Vgl. Nr. 45.

568Chief Special Branch and Public Safety (StK 113901).

569Dr. jur. Ernst Anspach, geb. 1913, ev., Jurist, Bankier, Jurastudium in Freiburg, Berlin, München und Breslau, 1934 Referendar, 1935 Promotion, SPD-Mitglied, 1936 Emigration in die USA, 1936–1943 Finanzberater einer Investmentfirma, 1943–1946 US-Armee, u.a. 1945 Stabsoffizier der Rechtsabteilung der 6. Armeegruppe Heidelberg, seit Juni 1945 Special Branch RMG, März 1946 – Februar 1947 Chief German Courts Branch, Legal Division OMGB, 1948–1949 Legal Division Hessen, beteiligt an der Reform des bayer. und hess. Verwaltungsgerichtswesens, 1949–1952 politischer Berater des Direktors der Militärregierung für Hessen, 1948–1952 zugleich Dozent in München, Marburg und Frankfurt, 1952 Teilhaber einer Investmentfirma in den USA, lebte 1974 in New York.

570Vgl. Niethammer, Besatzungsmacht S. 195f; Peterson S. 218f.

571Dummer (S. 34, 119) attestierte McClure eine mangelhafte Qualifikation für diese Tätigkeit. Robert A. McClure (1897–1957), bis 1940 Ausbilder an mehreren Offiziersschulen.

572Frei S. 23ff.

573Bernhard B. McMahon, geb. ca. 1895 im Staate Ohio, seit 1917 Berufsoffizier, Studium an der De-Pauw-Univ. Indiana, 1919–1923 den amerikanischen Besatzungstruppen im Rheinland zugeteilt.

von Rüdeshcim stationiert gewesen und sprach geläufig Deutsch. Im Zweiten Weltkrieg hatte er für die US-Armeezeitung *Stars and Stripes* gearbeitet.<sup>574</sup>

An der Spitze der Pressekontrolle (Press Control Branch) für Bayern stand der deutschstämmige Arthur Gerecke, vor dem Kriege bei der Zeitung *St. Louis Post Dispatch* tätig. Der Pressekontrolle für München und Oberbayern, die u.a. die Aufgabe hatte, die erste Zeitungslizenz in München zu vergeben, stand Joseph Dunner,<sup>575</sup> jüdischer Emigrant und früheres SPD-Mitglied, vor.<sup>576</sup> Mit ihm zusammen arbeiteten die ebenfalls in den dreißiger und vierziger Jahren emigrierten Ernst Langendorf<sup>577</sup> und Leonhard Felsenthal<sup>578</sup> im Gebäude der Münchner Informationskontrolle in der Renatastraße 48. Ende 1945 wurde Langendorf Leiter der Presseabteilung der Information Control Division OMGB. Felsenthal gelangte an die Spitze der für München und Oberbayern zuständigen Presseabteilung.

Die wichtigsten Military Government Officers der Radio Control Branch, die für den Wiederaufbau von Radio München, später des Bayerischen Rundfunks, verantwortlich waren, waren 1945–1947 Field Horine<sup>579</sup> und ab 1947 der Wiener jüdische Emigrant Edmund Schlechter.<sup>580</sup>

In der Militärregierung verantwortlich für den Bereich Transportation war Lt. Col. Don A. Sheppard.<sup>581</sup> Er war der Verbindungsoffizier zum Leiter der Abteilung Verkehr im Wirtschaftsministerium, Heinrich Brunner, und gleichzeitig für die Reichsbahndirektion unter Präsident Rosenhaupt.<sup>582</sup>

Erster Communications Branch Chief, der für Post und Telefon verantwortliche Verbindungsoffizier zum kommissarischen Leiter der Post in Bayern, dem Reichspostpräsidenten Geiger, war Major Gilbert B. Baird. Sein Stellvertreter war 1st. Lt. Felix J. Bonilla. Am 15. Juni 1945 wurde Baird als Leiter der Abteilung von Lt. Col. William M. Duckwitz abgelöst, dieser am 21. August durch Major Edwin H. Cooker, der bis dahin für diesen Bereich bei der 3. Armee verantwortlich gewesen war.<sup>583</sup>

<sup>574</sup>Frei S. 24 bes. Anm. 8. Dunner S. 82, 106.

<sup>575</sup>Joseph Dunner (1908–1978), geb. in Fürth, seit 1927 in der SPD aktiv, vor 1933 Reichstagskandidat, 1932 Dipl.-Volkswirt, Autor von: *Was ist die NSDAP?* (1929), 1933 aus rassistischen Gründen Flucht in die Schweiz, 1934 Dr. phil. Basel, 1934/1935 organisierte er u.a. die Emigration jüdischer Kinder über das Saarland nach Palästina, 1935 Emigration in die USA, 1942–1943 Forschungsstipendiat New York University, 1943–1944 Dozent School of overseas administration Harvard, 1944–1945 Chief Intelligence Section, Office of War Information, London, 1945 Chief Press Control Section München und Oberbayern, Ende Dezember 1945 Abberufung zu ICD für die US-Zone, Bad Homburg, daraufhin nahm er seinen Abschied, 1946–1974 Prof. Grinnell College (Iowa), Direktor des Instituts für internationale Angelegenheiten, zahlreiche Gastprofessuren u.a. in Deutschland und Israel. Vgl. seinen Aufsatz über die Infomation Control Division.

<sup>576</sup>Seine ausführlichen Erinnerungen sind bislang wenig rezipiert worden. Vgl. zu seiner erbitterten, auch von politischen Überlegungen geprägten Auseinandersetzung mit Gerecke um die Lizenz der Süddeutschen Zeitung die Beschreibung in Dunner S. 91ff.

<sup>577</sup>Ernst Langendorf (1907–1989), geb. in Weilrod (Taunus), 1931/1932 Redakteur in Frankfurt/a.M. und Hamburg, 1933 Emigration, 1937 in Paris Mitarbeit an den von der Exil-SPD herausgegebenen Deutschland-Berichten (Sopade), 1939 ausgebürgert und nach Kriegsausbruch in Frankreich interniert, 1941 Ausreise in die USA, 1942 US-Army, 1943 amerikanischer Staatsbürger, 1945 beim RMG und OMGB Press Officer, 1945–1948 Chef der Press Control Branch OMGB, zuständig für die Lizenzierung von 21 Zeitungen, 1949–1951 Tätigkeit beim US Land Commissioner for Bavaria, 1951–1952 beim US High Commissioner for Germany (Bonn), seit 1953 Pressechef bei Radio Free Europe in München.

<sup>578</sup>Leonard Felsenthal, geb. 1913, 1932/33 Studium Berlin/München, ltd. Stellung in Orts- und Bezirksgruppen des Verbandes der jüdischen Jugendvereine Deutschlands, Ende 1933 Emigration Niederlande, 1934 USA, 1934–1938 Chemiestudium Berkeley (Kalif.), 1938 B.Sc., 1940 M.A. Volkswirtschaft Chicago, Wirtschaftsfachmann im Finanzministerium, 1943–1945 US-Army, 1945–1947 Presseoffizier in Bayern, 1948/1949 volkswirtsch. Mitarbeiter des State Department, 1949–1956 Referent für außenpol. Angelegenheiten und internat. Wirtschaftsfragen, 1956–1960 an der Botschaft in Tokio, 1965–1972 1. Botschaftsrat Genf, 1974–1976 Wirtschaftsberater im UN-Sekretariat.

<sup>579</sup>E. Field Horine, geb. 1915 in Kentucky, 1932–1937 Studium der Psychologie sowie englischer und deutscher Literatur, Davidson College, North Carolina, 1935/1936 zwei Semester Universität Heidelberg, 1937 ein Semester Universität Bonn, seit 1937 bei der National Broadcasting Company, New York, Abteilung deutschsprachige Kurzwellensendungen, Herbst 1937 – April 1945 CBS, Abteilungsleiter für deutschsprachige Nachrichtensendungen, Kurzwellen mit Richtstrahl Europa, daneben Simultandolmetscher der in den USA ausgestrahlten Reden Hitlers, Goebbels' und Görings, 1945–1. 3. 1947 Chief Radio Control Branch RMG und OMGB, später Psychologe in Deutschland.

<sup>580</sup>Vgl. im Detail Bolz und Mettler. – Dr. jur. Edmund Schechter, geb. 1908, Jurist und Journalist, 1932–1938 Gerichts- und Privatpraxis, Angestellter der Phönix- und Generali-Versicherungsanstalten Wien, 1938 Emigration nach Frankreich, 1940 Marokko, 1941 USA, 1946 naturalisiert, 1941–1943 freier Journalist USA, 1944–1946 Chefredakteur der American Broadcasting Stationen in Europa, London, von Radio Luxemburg und bei SHAEF, 1946 Gründer RIAS Berlin, 1947–1951 Leiter der Radio Branch des OMGB bzw. des Landskommissariats, 1952/1953 Leiter der Rundfunkabteilung HICOG Bonn, anschließend diplomatischer Dienst der USA.

<sup>581</sup>Don A. Sheppard (1903–1986), US-Army 1941–1946.

<sup>582</sup>Vgl. Nr. 14, 17, 20, 23, 24 und 51.

<sup>583</sup>Weitere Mitarbeiter sowie der personelle Aufbau der entsprechenden MG-Abteilungen in den Postdirektionsbezirken Augsburg, Nürnberg und Regensburg verzeichnet der Cumulative Historical Report. Military Government for the Land Bavaria vom 30. 6. 1946, S. 144–147 (OMGBY 13/141–2/12).

Der Public Health Section stand Lt. Col. Charles F. Shields vor.<sup>584</sup> Ihm stand auf bayerischer Seite der Leiter der Gesundheitsabteilung im Staatsministerium des Innern, Ministerialrat Seiffert, gegenüber.

Die Abteilung Public Utilities/Public Works<sup>585</sup>, an ihrer Spitze stand Lt. Col. Frank E. Young, arbeitete mit der im Geschäftsbereich des Innenministeriums ressortierenden Obersten Baubehörde zusammen, an deren Spitze Regierungsbaurat Franz Fischer stand. Einen Schwerpunkt der Tätigkeit von Public Utilities stellte die Elektrizitätsversorgung dar. In diesen Angelegenheiten fanden häufig Konferenzen mit der Spitze der Bayernwerk AG statt, mit Leonhard Wolf, Adolf Schmolz und Fritz Freudling.<sup>586</sup>

Verbindungsmann in der Militärregierung zum Bayerischen Statistischen Landesamt war Anatol Tooms. Sein Ansprechpartner an der Spitze des Statistischen Landesamtes war Friedrich Burgdörfer.<sup>587</sup>

Mit der Aufgabe, die verlagerten deutschen Akten ausfindig und benutzbar zu machen sowie anschließend auszuwerten, war der Chef der Documents Section, Documents Officer Major Arthur S. Alter, am 28. Mai 1945 beauftragt worden.<sup>588</sup> Am 10. Juli 1945 wurde er durch Capt. Arthur W. Scharfeld abgelöst. Am 30. August wurde die Documents Section Teil der Intelligence Branch.

Alle weiteren Abteilungen des RMG<sup>589</sup> sind, gemessen an den nachweisbaren Gesprächskontakten ihrer Repräsentanten mit Schäffer und seiner Regierung, für die vorliegende Edition nicht von Bedeutung.

Chef des OMGB und damit Land Director wurde am 10. Oktober 1945 mit Walter J. Muller<sup>590</sup> zwar erneut ein Berufssoldat; die wichtigen und großen Abteilungen der Militärregierung für Bayern lagen inzwischen aber in den Händen von Spezialisten, die aus dem Zivilberuf in die Militärregierung gelangt waren und die seit den Anfängen im Mai 1945 RMG angehört hatten. Alle anderen Offiziere waren in der Zwischenzeit versetzt worden oder in die USA zurückgekehrt.<sup>591</sup> Einige, wie Kurt Fredericks (Finance), rückten aus untergeordneten Positionen in leitende Stellungen auf.

#### IV. Die Bayerische Staatskanzlei

Die in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg im bayerischen Landtag mehrfach erörterte Frage, das Staatsministerium des Äußeren zur Einsparung von Verwaltungskosten aufzulösen und für den Ministerpräsidenten, der das Außenministerium bisher leitete, eine Staatskanzlei zu errichten, wurde nicht realisiert. Erst am 12. April 1933 wurde unter Auflösung des Außenministeriums eine „Staatskanzlei des Freistaates Bayern“ durch die neue nationalsozialistische Staatsregierung Bayerns geschaffen. Zunächst übernahm die Staatskanzlei diejenigen Kompetenzen des Außenministeriums, die nicht an andere Ministerien übergangen. Schon im Mai 1933 wurden diese Aufgaben angesichts des fortschreitenden Reichszentralismus reduziert.<sup>592</sup> Ab 1935 setzte sich als offizielle Behördenbezeichnung „Bayerische Staatskanzlei“ durch. Ihr Chef war 1933/1934 Hermann Esser,<sup>593</sup> der das Amt in Personalunion mit dem des bayerischen Wirtschaftsministers versah.<sup>594</sup> Die Bedeutung der Staatskanzlei im nationalsozialistischen Staat war jedoch gering und ging über

584Shields hatte zunächst dem Detachment F1F3 für München angehört. Vgl. Nr. 29 und 30. Mitarbeiter waren Major Emory D. Burgess (Desinfektion) und Capt. Robert J. Schulze (medical supply), Weekly Report RMG, Nr. 1 für die Woche bis 21. 5. 1945 (OMGBY 13/74–2/1). Im Detail zu den Aufgaben dieser großen Abteilung s. Cumulative Historical Report. Military Government for the Land Bavaria vom 30. 6. 1946, S. 83ff. (OMGBY 13/141–2/12).

585Vgl. zu ihrer Besetzung Weekly Reports RMG (OMGBY 13/74–2/1, 13/74–2/2).

586Vgl. zur Tätigkeit von Public Utilities: Daily Reports, 23.5.-16. 9. 1945 (OMGBY 13/74–3/1).

587Vgl. Nr. 18.

588Cumulative Historical Report. Military Government for the Land Bavaria vom 30. 6. 1946, S. 261 (OMGBY 13/141–2/12).

589Vgl. z.B. die Position des *Regional Historian*, Cumulative Historical Report. Military Government for the Land Bavaria vom 30. 6. 1946, S. 269f. (OMGBY 13/141–2/12).

590Er übte dieses Amt bis 27. 11. 1947 aus.

591Vgl. zur strafweisen Versetzung von Reese, Jackson, McMahon und Vacca nach der Regierungsbildung im Dezember 1946, da sie sich zum Ärger Clays eingesetzt haben sollen, einen MPr. Josef Müller zu verhindern, *Niethammer*, Mitläuferfabrik S. 434; *Frei* S. 24 Anm. 8.

592GVBl. S. 113. *Volkert* S. 19f. Sitz: Ritter-von-Epp-Platz 2 bzw. 22 (Promenadeplatz) im Gebäude des vormaligen Staatsministeriums des Äußeren.

593Hermann Esser (1900–1981).

594Laut Münchener Jahrbuch 1934 und 1935 existierte neben der Stelle des Leiters der Staatskanzlei damals zusätzlich noch die eines Staatsrats, die Josef Bleyer (1878–1935), seit 1924 Staatsrat im Bayerischen Staatsministerium des Äußeren, innehatte. Sie entfiel nach dessen Tod. *Volk*, Bayern im NS-Staat S. 527 spricht unzutreffenderweise vom Erlöschen der StK 1934/1935.



die Jahre stetig zurück. Sie stand in Konkurrenz zur Behörde des Reichsstatthalters in Bayern Franz Ritter von Epp.<sup>595</sup> Jedoch erreichte der Reichsstatthalter sein Ziel, die Staatskanzlei ganz auszuschalten, infolge des Widerstands des Ministerpräsidenten Ludwig Siebert,<sup>596</sup> der seit 1934 auch als Chef der Staatskanzlei firmierte, nicht.<sup>597</sup> Einige Monate nach dem Tod Sieberts (1. 11. 1942) forderte das Reichsinnenministerium aus Kostengründen eine Zusammenlegung derjenigen bayerischen Ministerien, die in Personalunion einem einzigen Behördenleiter unterstanden.<sup>598</sup> Der alle Ministerfunktionen und das Amt des Ministerpräsidenten auf sich vereinigende Gauleiter von München-Oberbayern Paul Giesler (formell erst am 19. April 1944 zum Ministerpräsidenten ernannt)<sup>599</sup> reagierte am 8. März 1943 mit dem Entwurf eines Gesetzes über das Bayerische Staatsministerium. Danach sollten das Innen-, Kultus-, Wirtschafts- und Finanzministerium sowie die Zentralstelle der Bayerischen Landesforstverwaltung und die Bayerische Staatskanzlei zu einem Bayerischen Staatsministerium (Zentralministerium) zusammengefaßt, die Staatskanzlei aber aufgelöst werden.<sup>600</sup> Jedoch untersagte Hitler die Realisierung dieses Gesetzentwurfs am 26. März.<sup>601</sup> Aus dieser Vorgeschichte erklärt sich die zwei Tage später am 28. März 1943 folgende Errichtung einer Zentralstelle (Ministeramt) in der Bayerischen Staatskanzlei durch Runderlaß Gieslers.<sup>602</sup> Auf diese Weise wurde dem Willen Hitlers Rechnung getragen, aber dennoch eine Zusammenfassung erreicht. Das Ministeramt hatte die Aufgabe, die in den staatlichen Funktionen Gieslers anfallenden Aufgaben zu koordinieren.<sup>603</sup> Giesler führte die Geschäfte jedoch überwiegend aus seiner Parteifunktion als Gauleiter. Dies hatte zur Folge, daß die Staatskanzlei noch mehr als die übrigen Ministerien zu einer reinen Schreibstube des nominellen Ministerpräsidenten herabsank.<sup>604</sup> Das geht auch daraus hervor, daß zum Schluß nur noch ein Referent, Ministerialrat Rudolf von Bezold, in der Staatskanzlei tätig war; er wurde nebenbei auch noch im Finanzministerium verwendet.<sup>605</sup>

Mit der Ernennung zum Ministerpräsidenten am 28. Mai 1945 übernahm Schäffer diese Behörde, die nun infolge des Wegfalls der im nationalsozialistischen Staat existierenden Konkurrenzinstitutionen Reichsstatthalter bzw. Gauleiter eine zentrale Rolle in der bayerischen Staatsverwaltung einnahm. Anfänglich wurde noch die seit 1943 gebräuchliche Bezeichnung „Ministeramt (Bayerische Staatskanzlei)“ verwendet und auch auf neue Briefbögen gedruckt, die zum Teil noch 1946 im Schriftverkehr Gebrauch fanden, ehe sich dann die Bezeichnung „Bayerische Staatskanzlei“ durchsetzte.<sup>606</sup> In der Verfassung des Freistaates Bayern vom 2. Dezember 1946 (Art. 52) wurde die Aufgabe der Staatskanzlei auch rechtlich fixiert: „Zur Unterstützung des Ministerpräsidenten und der Staatsregierung in ihren verfassungsmäßigen Aufgaben besteht eine Staatskanzlei.“<sup>607</sup>

Für die kollegiale Staatsregierung wird die Staatskanzlei vor allem bei der Vor- und Nachbereitung der Ministerratssitzungen tätig. Einladungen, Protokollführung, Erstellung und Versendung der Niederschriften, Mitteilungen über die Beschlüsse des Ministerrats an die jeweiligen Ressorts, Behörden, Staatsorgane und Formulierung der Communiqués, die die für die Öffentlichkeit bestimmten Beschlüsse und

<sup>595</sup>Franz Ritter von Epp (1868–1946).

<sup>596</sup>Ludwig Siebert (1874–1942).

<sup>597</sup>Volk, Bayern im NS-Staat S. 526.

<sup>598</sup>Reichsministerium des Innern an den Bayer. Ministerpräsidenten, 20. 2. 1943 (MA 105541).

<sup>599</sup>Abschrift der Ernennungsurkunde in MA 105447.

<sup>600</sup>MA 105541.

<sup>601</sup>Reichsministerium des Innern an den Bayer. Ministerpräsidenten, 26. 3. 1943 (MA 105541).

<sup>602</sup>Runderlaß vom 28. 3. 1943 (MA 105541).

<sup>603</sup>Leiter des Ministeramtes wurde der Regierungsvizepräsident der Regierung in München, Ludwig Dittmar, der zugleich Leiter der Behördengeschäfte des Bayerischen Ministerpräsidenten und der Bayerischen Staatskanzlei war. StMI an StMF, 28. 6. 1943 (MF 69372) sowie MA 105541. Im April 1944 wurde als Leiter des Ministeramtes (Bayerische Staatskanzlei) Staatssekretär Ernst Boepple geführt; Rumschöttel, Widerstand S. XIIIf.

<sup>604</sup>Vgl. dazu die Bemerkung Pfeiffers o. S. 17.

<sup>605</sup>Staatssekretär Kraus, Leiter der StK, an StMF Terhalle, 15. 7. 1946 (MF 69372).

<sup>606</sup>Vgl. Pfeiffer an StMF, 12. 1. 1946 (MF 69372) bzw. Schäffer an Fischer, 5. 6. 1945 (NL Schäffer 14); Nr. 5 TOP I.

<sup>607</sup>Eine explizite Auflistung der Aufgaben der Staatskanzlei erfolgte erst in § 1 der Verordnung über die Geschäftsverteilung der Bayerischen Staatsregierung vom 19. Dezember 1956 (GVBl. S. 434).

Beratungsgegenstände der Ministerratsitzungen enthalten,<sup>608</sup> fallen in ihren Aufgabenbereich. Ebenso gehört es zu ihren Aufgaben, den Vollzug der Kabinettsbeschlüsse zu überwachen und den Verzug gegebenenfalls anzumahnen.<sup>609</sup>

In weit stärkerem Maße ist die Staatskanzlei jedoch „geschäftsführende Behörde des Regierungschefs“.<sup>610</sup> Traditionellerweise zum Aufgabengebiet der Nachfolgebehörde des bayerischen Staatsministeriums des Äußeren gehören bis heute alle Angelegenheiten, die die Außenbeziehungen Bayerns betreffen. Im Jahre 1945 bezog sich diese Aufgabenstellung nahezu ausschließlich auf das Verhältnis zur amerikanischen Militärregierung.<sup>611</sup> Während Schäffer diese Funktion zusammen mit seinem Chefdolmetscher Paul Kinkeldey selbst wahrnahm, lag während der Kabinette Hoegner und Ehard I und II diese Aufgabe bis 1949 bei dem durch seine langjährige Tätigkeit im Auswärtigen Amt vorgebildeten Hans von Herwarth.<sup>612</sup>

Daneben bestand und besteht eine weitere wichtige Aufgabe der Staatskanzlei in der Koordinierung der Tätigkeit der Ministerien. Dies kommt zum Ausdruck unter anderem im Vorsitz einzelner Referenten dieser Behörde in verschiedenen interministeriellen Ausschüssen. In der Praxis des Jahres 1945 und mit Bezug auf die Ministerratsprotokolle auch in den folgenden Jahren bis heute wird diese Aufgabe der Staatskanzlei besonders an der Tätigkeit des Gesetzgebungsreferenten der Staatskanzlei deutlich. Er bereitet für den Ministerpräsidenten Vorlagen vor (im Dienstbetrieb als Vormerkungen bezeichnet), die eine juristische (staats- und verfassungsrechtliche), politische und formelle Stellungnahme zu allen Tagesordnungspunkten der Ministerratsitzungen, insbesondere zu allen Gesetz- und Verordnungsentwürfen, enthalten, die in der ganz überwiegenden Mehrzahl von den Ressorts stammen.<sup>613</sup> In der Regel schließt die Vormerkung mit einem begründeten Entscheidungsvorschlag für den Regierungschef.<sup>614</sup> Darin kommt im übrigen zum Ausdruck, daß sich die Staatskanzlei in hohem Maße mit Einzelfragen befaßt.<sup>615</sup> Dieser Aspekt dominiert in der Regierungspraxis gegenüber der Beteiligung der Staatskanzlei an der langfristigen Konzeption der Politik des Ministerpräsidenten und damit der Umsetzung seiner Richtlinienkompetenz.<sup>616</sup>

Selbstverständlich wickelten die – im Unterschied zu heute – wenigen Referenten der Staatskanzlei des Kabinetts Schäffer auch den gesamten Schriftverkehr des Ministerpräsidenten ab. Dieser bestand in der unmittelbar auf das Kriegsende folgenden Phase keineswegs überwiegend in Behördenschriftverkehr, sondern auch darin, eine Fülle von Einzelanfragen aus der Bevölkerung zu beantworten, die häufig im Ministerpräsidenten die einzige Instanz zur Lösung aller privaten Probleme betrachteten.<sup>617</sup> Viele Personen bemühten sich auch darum, direkt beim Ministerpräsidenten vorgelassen zu werden. Entsprechend lag die Besuchsregelung bei den Beamten der Behörde des Ministerpräsidenten. Mit einer großen Zahl der Besucher, die der Ministerpräsident nicht selbst empfangen konnte, führten sie Besprechungen und legten gegebenenfalls dem Regierungschef eine kurze Aufzeichnung darüber vor.<sup>618</sup> Ein Presseamt war von Anfang an in der Staatskanzlei angesiedelt.

608Sie werden seit 1946 (Nr. 2, 8. 6. 1946) im Bayerischen Staatsanzeiger bzw. der Bayerischen Staatszeitung (ab 1. 7. 1950) veröffentlicht. Für den davor liegenden Zeitraum finden sich ab Oktober 1945 kurze Meldungen in der SZ.

609Vgl. *Knöpfle* S. 53f.

610Die *Kabinettsprotokolle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen* S. 45.

611Später kamen der Länderrat in Stuttgart, der Wirtschaftsrat in Frankfurt und 1949 der Bund hinzu sowie dann auch die Europäische Gemeinschaft. Der Staatskanzlei obliegt ferner seit 1946/1947 der Verkehr mit den Staatsorganen Landtag und Senat in grundsätzlichen Fragen; *Volkert* S. 21, zur Fortentwicklung der Stellung der StK bes. ebd. Anm. 62.

612Der zweite Band der Erinnerungen *Herwarths* (S. 13–74) enthält die einzige breitere Schilderung der Tätigkeit und des Personals der bayer. StK für den Zeitraum von November 1945 bis 1949. Herwarth trat zum 20. 11. 1945 in die StK ein.

613Vgl. *Knöpfle* S. 48f.

614Dieses Verfahren wird auch angewandt für die Vorbereitung von Entscheidungen des Ministerpräsidenten und der Staatsregierung in Personalangelegenheiten.

615*Knöpfle* S. 47–49.

616Nach Art. 47 (2) der Bayer. Verfassung von 1946. Vgl. *Knöpfle* S. 44 und Verordnung über die Geschäftsverteilung der Bayerischen Staatsregierung vom 19. Dezember 1956 § 15.

617Vgl. die vielfältigen Themen in den Schreiben an den Ministerpräsidenten (NL Pfeiffer 52). Vgl. fragmentarisch Verzeichnisse einlaufender Schreiben in der StK Mai/Juni 1945 (StK 113372). Persönliche Schreiben an Schäffer, Juli 1945 (StK 113373). S. auch StK 112885. Die auslaufenden Schreiben des Ministerpräsidenten tragen in den Akten fortlaufende Nummern. Ihre Zahl belief sich in der Zeit vom 28.5.-28. 9. 1945 auf über 6000.

618Vgl. Itinerar: Liste zum 7. 6. 1945; ferner Lang-Brumann an Schäffer, 1. 8. 1945 (StK 112885) und Schäffer an Apelt, 22. 2. 1949 (NL Schäffer 63).

Infolge der Bedeutung der Staatskanzlei für die Politik des Ministerpräsidenten und für die Entstehung der Ministerratsprotokolle und angesichts der Tatsache, daß einige der Referenten über Jahre hinweg und unter wechselnden Regierungen die Schlüsselfunktionen in der Staatskanzlei innehatten und damit einen Faktor der Kontinuität bildeten, ist die personelle Besetzung dieser Behörde näher zu betrachten.

In der Zeit der Regierung Schäffer konnte die Position eines Leiters der Staatskanzlei nicht regulär besetzt werden. Bis Mitte Juli war die Stelle überhaupt unbesetzt. In der zweiten Hälfte des Juli und im August 1945 amtierte der ehemalige Reichsminister Otto Geßler mit dem Titel eines Staatsrates. Im September trug Schäffer RMG die Bitte vor, der Bestellung des als Kultusminister entlassenen Otto Hipp zum Staatsrat und Leiter der Staatskanzlei zuzustimmen. Dies wurde nicht realisiert. Tatsächlich übte nach dem Intermezzo Geßlers der erst am 10. Juli 1945 offiziell als Leiter der Presseabteilung<sup>619</sup> in die Staatskanzlei eingetretene Anton Pfeiffer, ehemals langjähriger Generalsekretär der Bayerischen Volkspartei,<sup>620</sup> die Leitungsfunktionen in der Staatskanzlei aus.<sup>621</sup>

Schon im Juni hatte sich Pfeiffer Gedanken über den Aufgabenkreis und die Organisation einer neu aufzubauenden Staatskanzlei gemacht: „Die von Schäffer in den ersten Unterhaltungen geäußerten Vorstellungen von einem ‚Privatsekretariat des Ministerpräsidenten‘<sup>622</sup> beschäftigten meine Gedanken nach der rein technischen Seite immer stärker, je mehr ich von Einzelheiten in der Entwicklung der Regierungsarbeit durch Zufälligkeiten Kenntnis bekam.“<sup>623</sup> Pfeiffer gelangte zu der Erkenntnis, daß die Staatskanzlei, um die anfallenden Arbeiten zu bewältigen, erheblich umfangreicher werden müsse, als dies der von Schäffer geäußerten Vorstellung von einem Privatsekretariat, das sich offenbar am vormaligen Ministeramt orientierte, entsprach. Am 11. Juni brachte Pfeiffer seine Überlegungen unter dem Titel „Erwägungen zur Frage Kanzlei des Bayerischen Ministerpräsidenten“<sup>624</sup> zu Papier. Er besprach sie dann mit Hans Ehard, Karl Schwend und Josef Oesterle. Schwend als Leiter der BVP-Correspondenz (1920–1933) und Oesterle als stellvertretender Generalsekretär der BVP waren enge Mitarbeiter Pfeiffers aus der Zeit der Weimarer Republik. Nachdem sie Pfeiffer bestärkt hatten, die Denkschrift Schäffer vorzulegen, geschah dies durch Schwend am 13. Juni 1945.<sup>625</sup> Wie sich aus weiteren Ausführungen Pfeiffers ergibt, teilte Schäffer anfänglich nicht die in der Denkschrift niedergelegten Auffassungen. Insbesondere sah er das Schwergewicht der Tätigkeit der Staatskanzlei eher auf juristischem Gebiet, Pfeiffer hingegen in Anknüpfung an die Rolle des Staatsministeriums des Äußeren auf diplomatisch-politischem Felde. Mitte Juli spricht Pfeiffer davon, daß sich die divergierenden Standpunkte durch die inzwischen gesammelten praktischen Erfahrungen angenähert hätten. Er betonte jedoch weiterhin die Notwendigkeit, die politische Abteilung der Staatskanzlei rasch aufzubauen. Sie müsse dem Ministerpräsidenten als politisches Instrument zur Verfügung stehen, da bereits eine bedeutende Erweiterung der Zuständigkeiten in Aussicht gestellt und der Wiederaufbau einer Reichsverwaltung erwogen werde.<sup>626</sup> Pfeiffer wurde dann im Kabinett Hoegner am 18. Oktober 1945 auch offiziell Leiter der Staatskanzlei im Range eines Staatsrates, ab 22. Oktober als Staatssekretär und blieb dies auch unter Ministerpräsident

619Lt. Umlaufliste der Staatskanzlei, 24. 7. 1945 (StK 113893).

620Vgl. zu seinen Hoffnungen, bei der Regierungsbildung Schäffers Kultusminister zu werden o. S. 21.

621Dies zeigt sich vor allem an der Zeichnung i.V. des MPr. Vgl. auch Pfeiffer an die langjährige Reichstagsabgeordnete der BVP (1920–1933) Thusnelda Lang-Brumann (1880–1953), 16. 8. 1945: „Seit einem guten Monat bin ich hier in der Staatskanzlei tätig mit der Aufgabe, einen Apparat aufzubauen, der dem Ministerpräsidenten das Rüstzeug für eine solche Führung der Geschäfte gibt, daß er sich nicht um allzu viele Dinge selber kümmern muß und daß die Belastung an Nerven und Gesundheit nicht allzu drückend wird. Es bereitet mir eine innere Genugtuung, daß ich die Erfahrungen, die ich in mehr als zwanzig Jahren gesammelt habe, nunmehr gerade in den Dienst eines persönlichen, so hochgeschätzten Freundes stellen darf“ (StK 112885).

622Am 20. Mai 1945 hatte Schäffer Pfeiffer gegenüber geäußert, er habe als Privatsekretär Stürmann in Aussicht genommen; s. Anm 623.

623Aufzeichnung: „Vorgeschichte der Berufung Dr. Anton Pfeiffers in die Staatskanzlei“ (NL Pfeiffer 540). Vgl. *Reuter* S. 89.

624„Erwägungen zur Frage Kanzlei des Bayerischen Ministerpräsidenten“, 11. 6. 1945 (NL Pfeiffer 55).

625S. Anm. 623.

626Pfeiffer an Schwend, 16. 7. 1945 (NL Pfeiffer 369). Pfeiffer sprach explizit von zwei Abteilungen und strebte für sich als Leiter der politischen Abteilung die Dienstbezeichnung Staatsrat an. Schäffer wollte ihn als MinRat einstufen, da der Leiter der juristischen Abteilung der StK, Geßler, der gegebene Staatsrat sei, dem eine Unterstellung unter Pfeiffer nicht zugemutet werden könne, er andererseits auch nicht zwei Staatsräte ernennen wollte; *Reuter* S. 90f. und S. 260 Anm. 31.

Ehard<sup>627</sup>, ab dem 10. Januar 1947 als Staatsminister bis zum August 1950.<sup>628</sup> Seinen Neigungen entsprechend lag der Schwerpunkt der Tätigkeit Pfeiffers an der Spitze der Staatskanzlei in der Folgezeit auf der Vertretung bayerischer Interessen im Länderrat der US-Zone, im Rahmen der Entstehung des Grundgesetzes im Ellwanger Kreis, im Parlamentarischen Rat und nach der Gründung der Bundesrepublik bei der Vertretung der Interessen Bayerns im Bundesrat. Insgesamt trägt der Ausbau der Staatskanzlei zu einer Behörde, die den Ministerpräsidenten in seinen Funktionen unterstützt, über etwa ein Dutzend qualifizierter Referenten verfügt und den Status eines kleinen Sekretariats bei weitem übersteigt, Pfeiffers Handschrift.<sup>629</sup> Ebenso ging die personelle Besetzung unter Ministerpräsident Schäffer zu einem erheblichen Anteil auf ihn zurück.

Auch in der Staatskanzlei hatte sich die Personalpolitik zunächst an den Entnazifizierungsbestimmungen zu orientieren. Beim Regierungsantritt Schäffers wurde der Militärregierung mitgeteilt, daß die leitenden, belasteten Beamten der Staatskanzlei, die bis Kriegsende dort tätig gewesen waren, suspendiert worden seien.<sup>630</sup>

Auch in der Zeit der Regierung Schäffer mußten auf Grund der amerikanischen Entnazifizierungsbestimmungen weitere höhere Beamte und Angestellte, die zeitweilig als Referenten in der Staatskanzlei tätig waren, entlassen werden, darunter der im Juni und Juli 1945 die Ministerratssitzungen vorbereitende und protokollierende Oberregierungsrat Weinisch.<sup>631</sup> Am 23. Juni 1945 hatte Schäffer Philipp Freiherr von Brand<sup>632</sup> als persönlichen Referenten in die Staatskanzlei berufen, der dann auch zwei Wochen dort wirkte,<sup>633</sup> aber schon am 4. Juli 1945 wieder auf Anordnung des RMG entlassen wurde.<sup>634</sup> Brand trat dann erst am 16. Juni 1948 wieder in die Staatskanzlei ein und wurde deren langjähriger Protokollchef.<sup>635</sup> Im Juni 1945 wurde der Versuch unternommen, Karl Schwend in der Staatskanzlei zu beschäftigen; dies scheiterte jedoch infolge seiner NSDAP-Anwartschaft aus dem Jahre 1940.<sup>636</sup> Schwend war in der Folgezeit für die Staatskanzlei

627Mit einer Unterbrechung: Vom 3. 7. bis 21. 12. 1946 amtierte Pfeiffer als Sonderminister für die politische Befreiung. Kommissarischer Leiter der Staatskanzlei in diesem Zeitraum war der am 5. 11. 1945 in die StK eingetretene, spätere bayerische Finanzminister (21. 12. 1946–8. 2. 1950) Staatssekretär Hans Kraus.

628Laut Art. 52 der Bayer. Verfassung kann die Leitung der Staatskanzlei einem Staatssekretär übertragen werden. *Nawiasky/Leusser* (S. 135) kommentiert dazu: „Ein derart großer und sachlich sehr bedeutungsvoller Apparat fordert einen erfahrenen, umsichtigen und mit einer entsprechenden äußeren Stellung ausgestatteten Leiter, der zweckmäßigerweise an den Kabinettsitzungen teilnimmt, um den nötigen Einblick zu gewinnen. Deswegen empfiehlt sich dafür ein Staatssekretär, der selbst Sitz und Stimme in der Regierung besitzt“. Nach der Übernahme des Vorsitzes der CDU/CSU-Fraktion des Parlamentarischen Rates in Bonn am 1. 9. 1948 regelte Pfeiffer seine Stellvertretung in der StK in der Weise, daß MinRat Fritz Baer als ältester und ranghöchster Berufsbeamter den Leiter der StK während dessen Abwesenheit vertrat. In politischen Angelegenheiten sollte er im Einvernehmen mit RegDir Karl Schwend handeln (NL Ehard 679). Seit 29. 9. 1950 leitete die Staatskanzlei kommissarisch Karl Schwend, der am 21. 12. 1950 zum Leiter der Staatskanzlei bestellt wurde, zuerst im Range eines MinDirig, von 1951 bis Dezember 1954 als MD. Er nahm qua Amt, aber ohne Stimmrecht regelmäßig an den Ministerratssitzungen teil. Unter der Viererkoalition (1954–1957) stand Staatssekretär Albrecht Haas (FDP) an der Spitze der StK. Unter MPr. Hanns Seidel (1957–1960) wurde die StK mit MD Baer wieder von einem Beamten geleitet. Sein Nachfolger Ehard (1960–1962) berief dann den Leiter der CSU-Landtagsfraktion, Franz Heubl, als Staatssekretär an die Spitze der StK. Zur Frage der Besetzung der hierarchischen Spitze der StK mit einem Beamten oder einem Politiker vgl. *Knöpfle* S. 60ff.

629Nachdem die StK voll ausgebaut war, umfaßte sie laut Geschäftsverteilungsplan im Februar 1947 folgende Referate: Persönlicher Referent; Büro des Ministerpräsidenten; Referat I: Innenpolitische Fragen, Richtlinien für die Arbeit der Landeszentralbehörden; Referat II: Bizonale Angelegenheiten, Verfassungsfragen; Referat III: Landesdienststelle des Länderrats der US-Zone, Behandlung sämtlicher Länderratsfragen und der Beziehungen zu anderen Zonen; Referat IV: Verkehr mit der Militärregierung für Bayern, Beziehungen zu konsularischen Vertretungen, Kriegsgefangenenwesen, Protokoll, Auslandspresse, Dolmetscherbüro; Referat V: Informations- und Presseangelegenheiten, Amtsblätter, Verkehr mit der Presse und dem Rundfunk, Herausgabe des Bayer. Gesetz- und Verordnungsblattes und des Bayerischen Staatsanzeigers; Referat VI: Kulturelle Angelegenheiten, Theater- und Rundfunkwesen; Referat VII: Ausarbeitung von Gesetz- und Verordnungsentwürfen, Prüfung von Gesetzesvorlagen anderer Stellen, Angelegenheiten des Ministerrats, Erstattung von Rechtsgutachten; Referat VIII: Bearbeitung sämtlicher Personal-, Verwaltungs- und Haushaltsfragen, Beamtenernennungen, Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung (MSo 104). Vgl. *Bayerisches Jahrbuch* 1949 S. 58.

630Staatssekretär Ernst Boepple, MD Ludwig Dittmar und andere (StK 113904).

631Vgl. die Zusammenstellung der in der StK dienstentlassenen sog. Härtefälle, zu deren Gunsten Schäffer beim RMG vorstellig werden wollte (StK 113904).

632Philipp Frh. von Brand (1898–1973), Jurist, 1927 Eintritt in den bayer. Verwaltungsdienst, 1928 RR bei der Regierung von Oberbayern, 1. 5. 1928 Attaché AA, 1933–1939 Botschaft Paris, seit 16. 1. 1934 als Legationssekretär, 1939–1940 Legationssekretär Botschaft Brüssel, 1940–1942 Leiter der Dienststelle des AA Brüssel, auf Grund von § 44 (die Mutter väterlicherseits war jüd. Abstammung) des deutschen Beamtengesetzes 15. 5. 1942 in den Wartestand versetzt, seit 1934 12 Jahre nicht befördert, 16. 6. 1948 StK, 1950 RegDir, 1952 MinRat, 1959 MinDirig, 1966 Ruhestand. Vgl. *Herwarth* S. 35. Vgl. zu Arenberg Nr. 23.

633Vgl. Lang-Brumann an Schäffer, 1. 8. 1945 (StK 112885).

634Schäffer an Brand, 23. 6. 1945; Brand an StK, 16. 7. 1947 (StK 113382).

635StK 113374.

636Vgl. Nr. 14 und Nr. 23 sowie s. u. S. 112.



tätig, ohne ihr anzugehören. Seine Beschäftigung hatte Pfeiffer organisiert,<sup>637</sup> zu dem Schwend unmittelbar nach Kriegsende wieder Kontakt hatte.<sup>638</sup> Schwend trat dann erst am 20. Mai 1947 in die Staatskanzlei ein.<sup>639</sup>

Den genannten, sofort entlassenen, kurzzeitig oder nicht offiziell beschäftigten Referenten der Staatskanzlei stehen andererseits eine Reihe langfristiger Anstellungen gegenüber.

Seit 27. Juni 1945 arbeitete Levin Freiherr von Gumpenberg<sup>640</sup> als Referent in der Staatskanzlei. Er diente den Ministerpräsidenten Hoegner, Ehard, dann wieder Hoegner sowie Seidel von 1945 bis 1958 als persönlicher Referent in der Staatskanzlei. In zumindest ähnlicher Funktion wird er auch unter Schäffer tätig gewesen sein. Nachweisen läßt sich dies insbesondere daran, daß er für den Ministerpräsidenten Kontakte zu vielen Personen im Lande hielt, die die Staatskanzlei mit Berichten und Informationen über die Zustände in Städten und Landkreisen auf dem laufenden hielten.<sup>641</sup> Ferner bearbeitete er Eingaben und Gesuche an die Staatskanzlei, was auch zu den Aufgaben des persönlichen Referenten gehört.<sup>642</sup>

Den Zufälligkeiten der Nachkriegswochen entsprach die Anstellung des Staatsanwaltes Claus Leusser Mitte Juni 1945 in der Staatskanzlei. Er hatte sich am 5. Juni bei Schäffer vorgestellt, der ihn dem Leiter des Innenministeriums Fischer zur Verwendung in dessen Ministerium empfahl, falls er ihn nicht selber bei sich in der Staatskanzlei verwenden würde, was Schäffer dann tat.<sup>643</sup> Leusser, der bis 1951 sechs Jahre lang in der Staatskanzlei tätig war, prägte Stil und Niveau der Stellungnahmen der Staatskanzlei zu Gesetz- und Verordnungsentwürfen, also der juristischen Komponente der Aufgaben der Staatskanzlei (zu Landesgesetzen, später auch zu bizonalen und Bundesgesetzen).<sup>644</sup> Ebenso wirkte seine langjährige Tätigkeit als Sekretär bzw. Generalsekretär des Ministerrats<sup>645</sup> auf die Form und Qualität der Aufzeichnungen stilbildend.

Zu den Referenten der Staatskanzlei ist in weiterem Sinne auch der Schäffer unter anderem in Bank- und Finanzfragen beratende Leiter des Dolmetscherbüros, Paul Kinkeldey, zu rechnen, der am 15. Juni 1945 eingetreten war.<sup>646</sup>

Typisch für die Berufung von Mitarbeitern der Staatskanzlei im Sommer 1945 ist auch die des Pressereferenten Hanns Dangl. Schäffer, auf der Suche nach kompetenten, unbelasteten Mitarbeitern, wurde auf ihn durch Richard Pflaum aufmerksam gemacht.<sup>647</sup> Ab 9. Juli wurde Dangl<sup>648</sup> Leiter des Presseamtes der Staatskanzlei. In seinen Aufgabenbereich fiel die Vorbereitung der Rundfunkdurchsagen der Staatsregierung, die zur Koordinierung des Presseamtes der Staatskanzlei zu durchlaufen hatten.<sup>649</sup> Er beobachtete die

637Vgl. Nr. 14; Bestätigung Pfeiffers für Schwend, 17. 6. 1945; Pfeiffer, 1. 9. 1945, Schwend sei vom Amt des Ministerpräsidenten mit der Bearbeitung besonderer Aufgaben laufend betraut (NL Pfeiffer 368).

638Vgl. Aufzeichnung: „Vorgeschichte der Berufung Dr. Anton Pfeiffers in die Staatskanzlei“ (NL Pfeiffer 540).

639StK 113374. Karl Schwend (1890–1968), Humanistisches Gymnasium Bayreuth, Offizierslaufbahn, im 1. Weltkrieg Kompanie- und Bataillonsführer, danach juristische, staatsrechtliche und historische Studien Universität München, 1918 BVP-Gründungsmitglied, 1920–1933 Hauptschriftleiter der BVP-Correspondenz, zusammen mit Pfeiffer Schriftleiter der „Politischen Zeitfragen“ der BVP, nach 1933 zeitweilig stellungslos, ab 1937 mit dem Aufbau des Werkschutzes in den Dornier-Werken betraut, 1940 in dieser Funktion NSDAP-Anwartschaft, ab Mai 1945 i. A. der Staatskanzlei tätig, ab 20. 5. 1947 als Angestellter in der StK, 1. 6. 1948 Leiter der Gruppe Politik, Presse und Rundfunk, 1949 Leiter der Gruppe Innenpolitik der StK, seit 21. 12. 1950 als MinDirig, seit 1951 als MD Leiter der StK bis Ende 1954, 1958 Generalsekretär der Akademie der bildenden Künste in München.

640Levin Freiherr von Gumpenberg (1907–1989), Jurist, für den Staatsdienst abgelehnt, weil er keiner NS-Gliederung beigetreten war, 1934 Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank, 27. 6. 1945 Eintritt in die Staatskanzlei, persönlicher Referent der Ministerpräsidenten bis 1958, seit 1945 führte er in Vertretung von Leusser auch häufig das Protokoll des Ministerrats, seit Ende 1951 Generalsekretär des Ministerrats, 1958–1972 Präsident der Bayerischen Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen.

641NL Pfeiffer 52.

642S. Anm. 629.

643Schäffer an Fischer, 5. 6. 1945: „Er hat vorzüglichen Staatskonkurs, macht ausgezeichneten Eindruck und möchte in die bayerische Verwaltung übertreten. Merken Sie sich den Mann vor“ (NL Schäffer 14).

644Zu seinem Anteil an dem Einfluß Bayerns auf die Entstehung des Grundgesetzes s. Gelberg, Hans Ehard S. 128, 173, 193ff.

645Ab der Sitzung vom 22. 8. 1945. S. o. S. 13.

646S. o. S. 14.

647Schäffer an Dangl, 4. 7. 1945 (StK 112925).

648Dr. phil. Hanns Dangl, geb. 1914, 1933–1937 Universität München (Journalismus, Geschichte, Volkswirtschaft), 1938/1939 Münchner Neueste Nachrichten, 1939 Reichspresseschule Berlin, nach drei Monaten entlassen, weil er nicht Mitglied der NSDAP wurde, 1939–1944 Wehrmacht, 1945 Mitglied der Redaktion der von den Amerikanern herausgegebenen Bayerischen Landeszeitung, dann Pflaum-Verlag, 9.7.-31. 12. 1945 Leiter des Presseamtes der StK.

649Vgl. Nr. 3 TOP V und Nr. 5 TOP I. S. StK 112912.

Berichterstattung in den Medien<sup>650</sup> und war seit 15. September für die Herausgabe des Bayerischen Gesetz- und Verordnungsblattes verantwortlich.<sup>651</sup> Als Sachbearbeiter im Presseamt tätig<sup>652</sup> waren die am 1. Januar 1945 in die Staatskanzlei gekommene Silvia Gräfin Brockdorff<sup>653</sup> sowie Richard Elchinger.<sup>654</sup> Am 1. Juli 1945 trat die Studienrätin Maria Esser<sup>655</sup> als Referentin in die Staatskanzlei ein.

Am 12. 7. 1945 wurde Ludwig Tiefenbacher<sup>656</sup> als Rechnungsrat zur Bearbeitung der Gehalts-, Personal-, Kassen- und Rechnungsangelegenheiten der Staatskanzlei angestellt. Er hatte sich wegen der Wiederanstellung im Staatsdienst an den Leiter des Landesamtes für Ernährung und Landwirtschaft, Rattenhuber, gewandt, der dieses Gesuch an den Ministerpräsidenten weiterleitete.<sup>657</sup> Die umgehende Einstellung Tiefenbachers ist so zu deuten, daß Schäffer wohl schon länger nach einem Mann gesucht hatte, der diese Aufgaben in seiner Behörde übernehmen konnte.

Ebenso wie Tiefenbacher kam Josef Kollinger<sup>658</sup> aus der Laufbahn des gehobenen Dienstes. Beide gelangten später als langjährige Stützen der Verwaltung der Staatskanzlei als Regierungsräte bzw. Oberregierungsräte in den höheren Dienst. Kollinger, seit dem 1. 7. 1920 im Staatsministerium des Äußeren und dann in der Staatskanzlei, organisierte bis 1954 das Vorzimmer der Ministerpräsidenten – seine einflußreiche Stellung ist teilweise mit der des heutigen Büroleiters des Ministerpräsidenten zu vergleichen – und war insbesondere für deren Termine verantwortlich.<sup>659</sup>

Erst Mitte August 1945 kamen der Assessor Johann Ringelmann und Dr. Kurt Pfister in die Staatskanzlei. Ringelmann<sup>660</sup>, Sohn des Pfeiffer in seiner Tätigkeit für die BVP unterstützenden, leitenden Finanzbeamten Richard Ringelmann,<sup>661</sup> war über Pfeiffer in die Staatskanzlei gelangt. 1946 begleitete er den Leiter der Staatskanzlei als persönlicher Referent, als dieser zeitweilig das Sonderministerium übernahm. Kurt Pfister<sup>662</sup>, mit Pfeiffer befreundet, wurde Mitte August 1945 als Kulturreferent des Ministerpräsidenten in der Staatskanzlei angestellt. Er spielte dann insbesondere eine führende Rolle in den Verhandlungen mit der Militärregierung über das Bayerische Rundfunkgesetz 1948.<sup>663</sup>

Eine Folge der unklaren Nachkriegszustände und möglicherweise auch der Personalpolitik des Philologen Pfeiffer war die Tatsache, daß die Staatskanzlei nicht zu einer reinen Domäne der Juristen und Berufsbeamten wurde. Andererseits verstärkte dieser Umstand die Position der Juristen in der Staatskanzlei, insbesondere diejenige Leussers. Als ehemaliger Generalsekretär der Bayerischen Volkspartei berief Pfeiffer zum Teil ehemalige Mitarbeiter oder ihm aus dieser Funktion bekannte Männer. Aber auch andere Bekanntschaften

650Vgl. Nr. 100.

651StK 112912.

652StK 113385.

653Dr. phil. Silvia von Brockdorff geb. 1908, 1946 aus der StK ausgeschieden.

654Dr. phil. Richard Elchinger, geb. 1889, 14. 7. 1945–31. 3. 1946 im Angestelltenverhältnis als Sachbearbeiter im Presseamt der StK beschäftigt.

655Maria Esser, geb. 1911.

656Ludwig Tiefenbacher (1891–1971), 1906 Eintritt in den bayer. Staatsdienst, 1912 Prüfung für den mittleren Staats- und Gemeindeverwaltungsdienst, BVP-Mitglied, 1919–1943 StMELF bzw. Abt. Landwirtschaft des StMWi, zuletzt seit 1928 als Rechnungsrat, 1929–1943 nebenamtlich Stellv. des Staatskommissars und Treuhänders bei der Bayer. Landwirtschaftsbank, 1943 auf Grund des sog. Heimtückegesetzes zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, wegen der Verurteilung aus politischen Gründen aus dem Amt geschieden und zur Wehrmacht eingezogen, 12. 7. 1945 Vertragsangestellter StK, 1. 10. 1945 Regierungsamtmann mit der Amtsbezeichnung Rechnungsrat, 1946 RR, 1951 ORR, 1959 Ruhestand.

657Rattenhuber an Schäffer, 11. 7. 1945; s. auch Tiefenbacher an Schäffer, 9. 6. 1945 (StK 113461).

658Josef Kollinger, geb. 1889, 1900–1906 Gymnasium Amberg, zwei Semester Handelshochschule Berlin, 1912 Eintritt in den bayer. Staatsdienst, 1920 Ministerialregistrator Staatsministerium des Äußeren, 1930–1934 Verwaltungsamtmann Gesandtschaft Berlin, 1934 Eintritt StK, 1946 RR, 1951 ORR, 1954 Ruhestand.

659Vgl. das Pultmerkbuch Schäffers (NL Schäffer 14) und die Pultmerkbücher, sprich Terminkalender, Hoegners und Ehards für die Jahre 1945, 1946, 1948, 1949, 1950, 1952 und 1953 mit Einträgen von verschiedenen Händen, darunter Kollingers (alle NL Ehard 2034).

660Vgl. Nr. 7 Anm. 74.

661Vgl. Nr. 7 Anm. 72.

662Dr. jur. et rer. pol. Kurt Pfister (1895–1951), seit 1919 Schriftsteller und Privatgelehrter in München, zahlreiche Veröffentlichungen, u.a. Lebensbilder Maria Theresias, Dantons, Rossinis, Richard Strauß', Kurfürst Maximilians von Bayern, 1925–1933 auch für den Bayerischen Rundfunk und für Berliner Sender tätig, vor 1933 BVP-Mitglied, 15. 8. 1945–1951 StK, besonders engagiert in der Frage der Vereinigung Bayerns mit der Pfalz. Vgl. laut Itinerar die Besprechung Schäffers mit Scharnagl und Pfister am 19. und 24. 7. 1945.

663Vgl. die ungenauen Angaben zur Besetzung der StK bei Niethammer, Mitläuferfabrik S. 190 Anm. 178.

Pfeiffers spielten, wie angesichts der Umbruchsituation natürlich, eine entscheidende Rolle bei der Besetzung der Schlüsselstellungen in der Staatskanzlei.<sup>664</sup>

Die Staatskanzlei war weitgehend eine Domäne geborener Bayern; anders als in den Ministerien, waren in ihr auch keine ehemaligen Reichsbeamten tätig. Eine Ausnahme bildeten die erst nach dem Kabinett Schäffer in der Staatskanzlei tätigen Herwarth, Brand und Gebhard Seelos, die vorher dem Auswärtigen Amt angehörten. Sie brachten, wie übrigens auch Pfeiffer, insbesondere englische Sprachkenntnisse als Voraussetzung für die Kontakte zur amerikanischen Militärregierung mit, über welche die Ministerpräsidenten nicht oder nicht in dem Maße verfügten, daß sie in der Lage gewesen wären, ohne Dolmetscher mit der Militärregierung zu konferieren. Mit Pfeiffer, dem Ministerialrat Fritz Baer und Pfister war in der Folge das pfälzische Element in der Staatskanzlei stark vertreten.

Von einem festen Beamtenstamm der Staatskanzlei für die Zeit von Ende Mai bis Ende September 1945 kann kaum die Rede sein.<sup>665</sup> Neben kurzzeitigen Beschäftigungen sollten sich eher zufällige Besetzungen auf Jahre als feste Größen erweisen, darunter Pfeiffer als langjähriger Leiter der Staatskanzlei, Gumpfenberg als persönlicher Referent der Ministerpräsidenten, Leusser als „Kronjurist“ der Staatsregierung, auch Kollinger und Tiefenbacher als Stützen der Staatskanzleiverwaltung. Aber auch die damals noch nicht oder nicht offiziell für die Staatskanzlei tätigen Brand und Schwend sollten in den kommenden Jahren zum festen Stamm des Staatskanzleipersonals gehören.

## V. Schwerpunkte der Regierungstätigkeit

Schwerpunkte der Regierungstätigkeit des Kabinetts Schäffer waren gleichermaßen das Verhältnis zur Militärregierung, die Entnazifizierung im Spannungsverhältnis zum Wiederaufbau der Verwaltung und die Haushaltssanierung.

Der Handlungsspielraum der weisungsgebundenen Regierung Schäffer hing wesentlich davon ab, wie sich die Zusammenarbeit mit der Militärregierung gestaltete. Die enorme Bedeutung dieses Verhältnisses kommt sinnfällig in dem großen zeitlichen Umfang zum Ausdruck, den Besprechungen Schäffers, seiner Minister und

<sup>664</sup>Vgl. Herwarths Schilderung seiner Berufung, *Herwarth* S. 15. Vgl. *Reuter* S. 261 Anm. 35 so wie zur Berufung Johannes von Elmenaus, der im November 1945 in die StK eintrat, Elmenau an Pfeiffer, 25. 8. 1945; Elmenau an die StK, 25.8. 1945 (NL Pfeiffer 106). Vgl. auch Pfeiffer an Frau Lang-Brumann, 16. 8. 1945 (StK 112885) und Pfeiffers Einfluß auf die Berufung Franz von Brentanos zum Sonderbeauftragten für das Flüchtlingswesen; s. o. S. 45.

<sup>665</sup>Vgl. Umlaufliste der StK, 24. 7. 1945: MPr. Schäffer, Staatsrat Geßler, Leiter der Presseabteilung Dr. Pfeiffer, ORR Dr. Weinisch, Frh. von Gumpfenberg, Staatsanwalt Leusser, Pressereferent Dr. Dangel (StK 113893). S. weitere Umlaufliste, 23. 8. 1945 in StK 114289. Liste der leitenden Beamten und Angestellten der StK, 1. 10. 1945, mit Datum des Diensteintritts (StK 113904):

Beamte		
Pfeiffer	Abteilungsleiter	11. 7. 1945
Leusser	Referent	15. 6. 1945
Frh. von Gumpfenberg	Referent	27. 6. 1945
Maria Esser	Referentin	1. 7. 1945
Johann Ringelmann		15. 8. 1945
Tiefenbacher	Leiter des Rechnungsamtes	12. 7. 1945
Kollinger	Leiter des Anmelde- und Beglaubigungsbüros	1. 7. 1920
Angestellte		
Gräfin Brockdorff	Pressedienst	1. 1. 1945
Dangel	Presseabteilung	9. 7. 1945
Elchinger	Presseabteilung	14. 7. 1945
Kinkeldey	Leiter Dolmetscherbüro	15. 6. 1945
Pfister	Kulturreferent	15. 8. 1945.

Spitzenbeamten mit den Vertretern des RMG in der Holbeinstraße in München im Verhältnis zu ihren anderen Dienstgeschäften einnahmen.

Mit der Beziehung der bayerischen Regierung zur Militärregierung aufs engste verknüpft war die Regelung des hierarchischen Verhältnisses zwischen Regierungschef und Ministern, konkret über die Geschäftsordnung. Schäffers dominierende Stellung im Kabinett definierte sich primär aus seinem alleinigen Zugangsrecht zur Militärregierung in allen Zweifelsfragen.

Zu diesem Themenkomplex gehört auch die Frage, auf welchem Wege die bayerische Regierung untergeordneten Stellen (Regierungspräsidenten, Landräten, Finanzbehörden etc.) Weisungen zukommen lassen konnte. Hierbei waren zumindest zu Beginn stets amerikanische Kanäle zu benutzen, um die vorherige oder gleichzeitige Information der zuständigen Militärregierungsstellen sicherzustellen.<sup>666</sup>

Die Entnazifizierung stand im Spannungsverhältnis zu dem ebenfalls in Schäffers Ernennungsschreiben formulierten Auftrag, die Arbeitsfähigkeit der bayerischen Verwaltung wiederherzustellen. Schäffer legte seine Entnazifizierungsvorstellungen gegenüber der Militärregierung in mehreren Denkschriften dar.<sup>667</sup> Eine Denkschrift vom 1. August 1945<sup>668</sup> war das Ergebnis der Reise Schäffers mit Wirtschaftsminister Lange, dem kommissarischen Innenminister Fischer und Lt. Col. Bromage durch die Regierungsbezirke.<sup>669</sup> Ihr Kern: Die bayerischen Beamten, die nun entlassen würden, seien zu zwei Dritteln keine wirklichen, gesinnungsmäßigen Nazis, sondern Mitläufer gewesen. Mit ihnen müsse, hier knüpfte Schäffer an seine Vorschläge vom Juni 1945 an,<sup>670</sup> um der Gerechtigkeit willen anders verfahren werden als mit Aktivisten. Ferner breche bei der derzeitigen Praxis die Verwaltung in bestimmten Bereichen (Eisenbahn) ganz zusammen. Dies verknüpfte sich mit der landesweit erkennbaren Tatsache, daß an die Stelle der entlassenen Bayern nun Evakuierte und Flüchtlinge traten,<sup>671</sup> deren Angaben nicht zu überprüfen waren. Diese in wichtige Verwaltungspositionen berufenen Landfremden bedrohten in den Augen Schäffers, seines Kabinetts<sup>672</sup> und der einheimischen Bevölkerung<sup>673</sup> in mehrfacher Hinsicht, ohne Kenntnis der lokalen Verhältnisse, der bayerischen Verwaltungstradition, aber auch mit föderalen Vorstellungen zuwiderlaufenden Denkmustern ausgestattet, die bayerische Identität. Ein weiterer Bericht Schäffers vom 1. September 1945 über die Auswirkung der Entnazifizierung auf die bayerischen Behörden war im Zusammenwirken mit Lt. Col. Reese vom RMG und letztlich auf dessen Auftrag hin entstanden. Dies macht deutlich, daß leitende Offiziere des RMG analog zur Staatsregierung in ihrem Bereich der Wiederherstellung der Verwaltung vor einer allzu harten Entnazifizierungspraxis den Vorzug gaben.<sup>674</sup> Schäffer äußerte im Ministerrat am 22. August 1945, daß er gegenüber der Militärregierung die Entnazifizierungsbemühungen zwar unterstreichen, aber auch darauf hinweisen werde, daß die Landesverwaltung bei dieser Praxis in kürzester Zeit arbeitsunfähig werde. In der Septemberdenkschrift schlug er unter anderem bereits vor, Spruchgerichte einzurichten.<sup>675</sup> Laut Schäffer gelangte diese Denkschrift bis zu Patton, der sie positiv bewertet habe.<sup>676</sup> Nach einer weiteren Besprechung mit Reese am 15. September<sup>677</sup> präzierte Schäffer am 17. September seine Vorstellungen, wie die Entnazifizierung praktisch durchgeführt werden könne: „Grundsatz soll sein, daß Personen, die unter die Kategorie der

<sup>666</sup>Vgl. Nr. 3 TOP VI, Nr. 4 TOP II, Nr. 24, Nr. 85 und Nr. 98.

<sup>667</sup>Zuerst am 22. 6. 1945, Schäffer an RMG: Removal of active Nazis and ardent sympathizers from public offices (OMGBY 15/102–2/13 und dt. und engl. StK 113901).

<sup>668</sup>Schäffer an RMG, 2. 8. 1945: Removal of Nazis (OMGBY 15/102–2/13); deutscher Entwurf Schäffers vom 1. 8. 1945, hs. (NL Pfeiffer 55).

<sup>669</sup>Niethammer, Mitläuferfabrik S. 164, 176.

<sup>670</sup>Darin hatte er vorgeschlagen, nominelle Parteigenossen nicht zu entlassen; sie sollten jedoch ihre Beamtenrechte vorerst verlieren und nur widerruflich beschäftigt werden. „Ich betone, daß der Verlust der Unwiderruflichkeit und der vollen Beamtenrechte bei den deutschen Beamten nach den besonderen Verhältnissen des Beamtentums, wie es sich in Jahrhunderten entwickelt hat, als sehr schwere Einbuße gilt“ (s. Anm. 667).

<sup>671</sup>Vgl. den Bericht des OLG-Präsidenten Bamberg, 18. 8. 1945 (StK 113901).

<sup>672</sup>Vgl. Nr. 7 TOP VII.

<sup>673</sup>Vgl. NL Pfeiffer 52.

<sup>674</sup>Vgl. Nr. 7 Anm 64, Nr. 61.

<sup>675</sup>Vgl. Nr. 82. Vgl. Niethammer, Mitläuferfabrik S. 176 und allg. S. 174–198. Die Bewertung der Entnazifizierungsvorstellungen Schäffers bei Niethammer ist einseitig.

<sup>676</sup>Schäffer, Regierungschef S. 25.

<sup>677</sup>Vgl. Nr. 92.



Mandatory Removals<sup>678</sup> fallen, unter der Voraussetzung, daß sie a) in Wirklichkeit nur nominelle Nazi gewesen sind, b) auf einer wichtigen verwaltungsmäßigen oder technischen Stelle gewesen sind und ein Nachfolger von einwandfreiem politischen Charakter nicht gefunden wird, wieder eingestellt werden können, wenn auf grund einer Prüfung des Materials durch einen deutschen Ausschuß die USFET die Erlaubnis der Wiederverwendung gibt“.<sup>679</sup> Schäffer erörterte dann weiter Ort, Zahl und Besetzung dieser Ausschüsse, die den späteren Spruchkammern schon sehr ähnlich waren.<sup>680</sup> Zu einer Umsetzung seiner zusammen mit RMG entwickelten Vorstellungen kam es infolge seiner Entlassung allerdings nicht. Das Modell wirkte jedoch fort.

Daß Entnazifizierung und Verwaltungsaufbau untrennbar miteinander zusammenhängen, wird ebenfalls erkennbar an den vielen Gegenvorstellungen zu bereits verfügten Entlassungen der Militärregierung, die Schäffer beim RMG vorlegte. Als sich die Lage bei den Ämtern im Verlaufe des August infolge der nun rigoroseren Entlassungspraxis<sup>681</sup> verschärfte, ging der Ministerpräsident von Einzeleingaben – die von der Militärregierung ganz unterschiedlich beantwortet wurden – zu einer Sammelaktion über. Vor Vertretern der Finanzverwaltung erklärte er: „Es liegt im Bereiche der Möglichkeit, daß ich nach Ablauf der ersten Woge, die mit dem Monat August enden wird, einmal zum Wort komme. Dafür brauche ich Unterlagen. Ich muß nachweisen, daß die Entlassungen über die Grenzen der entbehrlichen Kräfte bereits hinausgegangen sind und daß mit dem verbleibenden Rest die Erfüllung der Aufgaben, die die Militärregierung selbst will, nicht möglich ist“.<sup>682</sup> Das Ergebnis einer Rundfrage bei den Ressorts leitete Schäffer dann – um seinen parallel vorgelegten Entnazifizierungsvorstellungen Nachdruck zu verleihen – im September der Militärregierung zu.<sup>683</sup> Anfänglich unklar war im Zusammenhang mit der Entnazifizierung auch die Frage, ob und an wen Pensionen ausbezahlt werden konnten. Auf Anordnung der Militärregierung wurden Pensionen erst nach der Überprüfung eines verkürzten Fragebogens ausgezahlt.<sup>684</sup> Die Bewertung der Wehrmachtsoffiziere durch die Militärregierung im Rahmen der Entnazifizierung stieß bei der Regierung Schäffer auf heftige Kritik. Versuche, solche Maßnahmen abzumildern, die insbesondere die Beschäftigungsmöglichkeiten ehemaliger Offiziere stark einschränkten, blieben erfolglos.<sup>685</sup>

Um bis zu einer Lösung der Entnazifizierungsfrage die fehlenden Beamten auch durch jüngeren, unbelasteten Nachwuchs zu ersetzen, wurde die Wiedereröffnung der Bayerischen Verwaltungsschule, auf die Ende September 1945 auch die Militärregierung mit Nachdruck drängte<sup>686</sup>, betrieben. Zu nennen ist ferner eine Initiative Schäffers, den Mangel an Beamten in der Finanz-, Steuer- und Zollverwaltung zu beheben; er wandte sich über einen Radioanruf an die Angehörigen kriegsgefangener Beamter mit dem Ziel, deren Aufenthalt in Kriegsgefangenenlagern zu ermitteln und über die Militärregierung ihre vorzeitige Entlassung zu erwirken.<sup>687</sup>

Eine andere Schwierigkeit im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau der Staatsverwaltung war der Mangel an Räumlichkeiten, der auch die Staatskanzlei und die Ministerien betraf. Nachdem der Verbleib von im Kriege aus München ausgelagerten Ministerialakten ermittelt worden war, konnten sie mit Hilfe amerikanischer Transportkapazitäten nach München zurückgeholt werden.<sup>688</sup>

Ein dritter Schwerpunkt war für Schäffer die Haushaltsfinanzierung. In einer Radiorede am 25. August sagte er dazu: „Diese Bilanz zu ziehen war für mich als Ministerpräsident wie als Minister der Finanzen eine

678Vgl. Nr. 68.

679Schäffer an RMG, Special Branch, 17. 9. 1945 (MSO 104).

680Niethammer, Mitläuferfabrik S. 197.

681In Ausführung der Direktive vom 7. Juli 1945; *Vollnhals*, Entnazifizierung S. 10.

682Schäffer in einer Besprechung über die Lage der Finanzverwaltung, 21. 8. 1945 (NL Hoegner 121).

683Vgl. Nr. 7 Anm. 64; s. Nr. 90.

684Vgl. Nr. 6 TOP XI.

685Vgl. Nr. 7 TOP IV.

686Vgl. Nr. 88, 93, 94 und 100. Vgl. auch Oberfinanzpräsident Prugger in der Besprechung über die Lage der Finanzverwaltung, u.a. in Anwesenheit Schäffers, 21. 8. 1945 (NL Hoegner 121).

687Vgl. Nr. 62 und Nr. 97.

688Vgl. Nr. 1 TOP XII, Nr. 2 TOP II, Nr. 3 TOP I. Typisch für die damaligen materiellen Schwierigkeiten ist ein Schreiben der StK, 1. 8. 1945, mit dem darum gebeten wurde, dem in der Staatskanzlei tätigen Staatsanwalt Leusser, der für dienstliche Zwecke dringend ein Fahrrad benötigte, zur Wiederherstellung seines Rades eine doppelte Bereifung, eine Kette und einen Sattel zuzuweisen (StK 112879).

der ersten Aufgaben. Ich glaube sagen zu dürfen, daß kaum je unter gleichen Umständen die Bilanz eines Landes gezogen worden ist. Nicht nur, daß das Land Bayern gleichzeitig die Reichsverwaltung in seinem Gebiet treuhänderisch übernehmen und die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Reichsaufgaben und die Aufbringung der Reichseinnahmen übernehmen mußte, also plötzlich vor neuen Aufgaben stand, die das Mehrfache dessen waren, was die alte Landesverwaltung zu leisten hatte; es mußte inmitten eines chaotischen Zustandes, inmitten noch der ersten Auswirkungen des militärischen und politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs ein Bild über die tatsächlich gegebene Lage und ein Bild über die Zukunftsmöglichkeiten gewonnen werden“.<sup>689</sup> In den Besprechungen mit der Militärregierung nahmen Finanzangelegenheiten quantitativ den größten Platz ein.<sup>690</sup> Dahinter stand das Motiv, daß erst die Konsolidierung der Finanzen den politischen Spielraum der Regierung erweitern würde.<sup>691</sup> So ließ Schäffer schon Anfang Juni 1945 über Rundfunk die Steuerzahler in Bayern auffordern, ihre gesamten Reichs- und Landessteuern wieder pünktlich zu bezahlen.<sup>692</sup> Um die Mittel für die Sanierung des Haushalts aufzubringen, erhob die Regierung Schäffer am 10. August eine Notabgabe in Höhe von 25 Prozent des Einkommens.<sup>693</sup>

Welcher Quadratur des Kreises die Regierung Schäffer in finanzpolitischer Hinsicht gegenüberstand, verdeutlicht ein weiterer Auszug aus Schäffers Radiorede vom 25. August 1945: „Unsere Finanzpolitik muß daher darauf abzielen, Ordnung in diese von den Nazi übernommene ungeheure Mißwirtschaft zu bringen, unser Kreditsystem wieder gesund zu machen, den Wiederaufbau der deutschen Städte und der deutschen Werkstätten auf gesunder finanzieller Grundlage zu ermöglichen, die Frage der Kriegssachschäden damit zu lösen und dem deutschen Volk und dem deutschen Sparer letztlich doch seine Existenzgrundlage zu erhalten“.<sup>694</sup>

Im Zusammenhang mit den Finanzen war es für Schäffer elementar, die Frage der Besatzungskosten und Requisitionen durch die amerikanischen Truppen auf allen Ebenen einheitlich zu regeln und eindeutig zu klären, wer die dabei entstehenden Kosten zu tragen hatte. Am 10. September wurde bekanntgegeben, daß die Requisitionskosten den betroffenen Zivilpersonen vom bayerischen Staat als Treuhänder des Reiches ersetzt würden. Damit erhielt man sich den Anspruch auf spätere Erstattung der Kosten, falls die Ausgaben Bayerns in diesem Bereich die Einnahmen aus den dem Reich zustehenden Steuern übersteigen würden.<sup>695</sup>

Die Frage des Wirtschaftssystems wurde von der Militärregierung entschieden.<sup>696</sup> Wirtschaftsminister Lange und Vertreter der Industrie- und Handelskammer München-Oberbayern kritisierten heftig, daß durch die Wirtschaftskontrollstellen das nationalsozialistische Bewirtschaftungssystem aufrechterhalten wurde.<sup>697</sup>

Ein weiteres zentrales Thema des Kabinetts Schäffer stellte im Sommer und Herbst die Vorbereitung der Brennstoffversorgung für den Winter 1945/1946 dar (Holzeinschlag, Öfenherstellung). Im Zusammenwirken von Staatsregierung und Militärregierung wurde die Öffentlichkeit Anfang Juli 1945 frühzeitig darauf hingewiesen, daß für die privaten Haushalte im Winter 1945/1946 keine Kohle zur Verfügung stehen werde. Jede Kommune hatte in Eigenleistung für den nötigen Brennstoffvorrat, überwiegend durch Holzeinschlag – zum geringeren Teil durch Torf -, zu sorgen.<sup>698</sup> Im August und September wandte sich Schäffer zu diesem Thema in Rundfunkansprachen an die bayerische Bevölkerung, in denen er die Lage eindringlich schilderte, die negativen Folgen des grassierenden Holzdiebstahls und Holzfrevels anprangerte und darauf hinwies, daß auch

689Entwurf zu Schäffers Radiorede am 25. 8. 1945 (NL Schäffer 14). Vgl. Nr. 6 Anm. 15.

690Die Bedeutung Staatsrat Müllers, der die Verwaltungsgeschäfte des Finanzministeriums führte, darf nicht unterschätzt werden. Zur engen Zusammenarbeit Schäffer-Müller vgl. Müller an Schäffer, 30. 9. 1949 (NL Schäffer 81).

691Vgl. Bauer S. 30 Anm. 39. Entwurf zu Schäffers Radiorede am 25. 8. 1945: „Nur das Land, das aus eigener Kraft auch in solcher Zeit sein Haus in Ordnung zu halten versteht, kann auch den Kredit und das Vertrauen finden, um für die kommenden größeren Aufgaben den Weg zu weisen“ (NL Schäffer 14). Vgl. auch Nr. 7 TOP I.

692Schäffer an RMG, 12. 6. 1945 (MF 67378).

693Vgl. Nr. 7 und Schäffers Begründung in seiner Radioansprache am 25. 8. 1945 (NL Schäffer 14).

694NL Schäffer 14.

695Rundschreiben Schäffers an die Regierungspräsidenten, 10.9. 1945 (StK 113797). Vgl. Nr. 27, 31, 32, 33, 36, 37, 39, 40, 45, 76, 80, 82, 87, 88, 92, 97 und 98.

696Vgl. Nr. 7 Anm. 17 und 18.

697Vgl. Nr. 7 TOP II und Nr. 9 TOP I.

698Vgl. bes. Nr. 10 und Nr. 9 TOP II.

nach Aufhebung der Reisebeschränkungen durch die Militärregierung wegen des besonders großen Mangels an Heizmaterialien in den Großstädten die Zuzugsverbote für diese bestehen bleiben müßten.<sup>699</sup>

Ebenfalls von großer Bedeutung für Schäffer war es, rasch Kontakt zu den nicht von ihm, sondern von den lokalen Militärregierungen ernannten Regierungspräsidenten bzw. Landräten aufzunehmen. Da über Post und Telefon nur schwer eine Verbindung herzustellen war,<sup>700</sup> entschloß sich Schäffer, die Regierungshauptstädte selbst aufzusuchen, um mit den Vertretern der Mittelbehörden, den Landräten und den Spitzen der großen Kommunen Gespräche zu führen.<sup>701</sup> Drei Motive waren mit diesen Reisen verknüpft: Schäffer konnte sich persönlich mit den im ganzen Lande herrschenden Problemen vertraut machen und die nicht von ihm eingesetzten Verwaltungsleiter, für die er aber laut Ernennungsschreiben die Verantwortung trug, kennenlernen. Durch den repräsentativen Charakter der Reisen dokumentierte er die bayerische Staatseinheit in den Regierungsbezirken. Schließlich, und das mag der wichtigste Punkt gewesen sein, mußte sich Schäffer, wenn er von der Militärregierung akzeptiert werden wollte, in kürzester Zeit als landesweit anerkannter Ministerpräsident etablieren. Grundlage dafür war die Durchsetzung seiner Weisungsbefugnis gegenüber den Behörden auf allen Ebenen, was nicht ohne Reibungen abging. Konflikte gab es hier vor allem mit dem Regierungspräsidenten von Unterfranken, Stegerwald.<sup>702</sup> Schäffer ließ sich bei diesen Reisen regelmäßig von Ministern und Behördenleitern begleiten. Zum Teil nahm auch Lt. Col. Bromage an den Reisen teil,<sup>703</sup> der in den Regierungshauptstädten mit den leitenden Militärregierungsbeamten der jeweiligen Detachments zusammentraf.<sup>704</sup> Das RMG hatte hier ein gleichgelagertes Interesse wie der Ministerpräsident, da die örtlichen Detachments in ihren Bereichen häufig ebenfalls sehr unabhängig vom RMG schalteten und walteten.<sup>705</sup>

Auf der Ebene der Landräte gab es vor allem zwei Problemkreise: Zum einen deren eigenmächtiges Amtsgebaren, das in einigen Fällen dazu geführt hatte, daß Landräte sich Finanzämter unterstellt hatten. Schäffer setzte sich hier umgehend für die Wiederherstellung der Weisungsbefugnis des Finanzministeriums ein, wobei er insbesondere von Major Phillipps vom RMG unterstützt wurde.<sup>706</sup> Zur Durchsetzung seiner Weisungsbefugnis erließ Schäffer mit Genehmigung des RMG am 20. August 1945 eine Anordnung über den Dienstbetrieb der Behörden.<sup>707</sup>

Das zweite Problem war die Besetzung der zahlreichen Landratsposten: Hier spielte die Kritik einheimischer Kreise an der „Überfremdung“, sprich der Besetzung von Landratsstellen mit Nichtbayern, eine wichtige Rolle. Deshalb wurde regelmäßig der Vorwurf erhoben, daß man anders als bei den abgelehnten bayerischen Bewerbern deren NS-Vergangenheit nicht überprüfen könne. Dieser Bewertung schlossen sich Ministerpräsident und Kabinett an.<sup>708</sup> Problematisch war besonders, daß die Besetzung der Posten häufig durch die örtlichen US-Detachments erfolgt war.<sup>709</sup>

699Rundfunkansprache Schäffers betr. Energieversorgung (Kohle, Strom, Holz), laut Inhalt einige Wochen vor der Rede vom 10. 9. 1945 (dt. und engl. Fassung NL Schäffer 14 und StK 114644); Rundfunkansprache Schäffers, 10. 9. 1945 (NL Schäffer 14 und StK 112538, engl. Fassung StK 112885); Auszug in: *Angesichts des Trümmerfeldes* S. 137–139. Vgl. auch die Rundfunkansprachen Langes, 13. 8. 1945, zu Kohle und Bergbau (MWi 14900) und Roßhaupters, 1. 9. 1945, zu Holzeinschlag für Heizmaterial im Winter (OMGBY 13/106–3/6).

700Schäffers Absicht, Ende August 1945 einen Kurierdienst zu den Regierungspräsidenten zweimal wöchentlich aufzunehmen, scheiterte; vgl. Nr. 73 und 75 sowie Schäffer an Stegerwald, 27. 8. 1945 (StK 114604) u.a. auch mit dem Hinweis darauf, daß inzwischen wieder eine Telefonverbindung bestehe. „Es ist also nun die technische Möglichkeit, die Verbindung mit München aufrechtzuerhalten, vollkommen gegeben“.

701Nachweislich reiste Schäffer am 14. 7. 1945 nach Augsburg (vgl. Nr. 11), am 16./17. 7. 1945 nach Ansbach (zur Ansprache Schäffers dort vgl. Regensburger Post 20. 7. 1945) und Würzburg (vgl. Nr. 12) und am 16. 8. 1945 nach Regensburg (vgl. Nr. 65).

702Zu Stegerwalds autonomer Amtsführung vgl. auch die kritischen Ausführungen Hoegners im Ministerrat vom 24. 10. 1945 sowie die Darstellung von Schäffers Besuch Mitte Juli 1945 in Würzburg, *Schäffer*, Ministerpräsidentenschaft S. 13; dazu s. Nr. 12. S. o. S. 67.

703Vgl. Nr. 38.

704Vgl. die Ansprache Schäffers in Ansbach am 16. 7. 1945 vor Oberst Edward N. Height, Bromage, Lange, Fischer, Rattenhuber sowie 14 weiteren Offizieren der Militärregierung des Bezirks; Regensburger Post 20. 7. 1945.

705Vgl. Nr. 1 TOP X.

706Vgl. Nr. 19, 34, 67 sowie 71; allg. Nr. 1 TOP X.

707GVBl. Nr. 3 S. 1.

708Vgl. Nr. 7 TOP VII.

709In der Denkschrift „Schwierigkeiten in der Zeitlage“, 13. 9. 1945 (NL Pfeiffer 57) wurde kritisiert: Der Regierungsvizepräsident in Unterfranken sei ein Herr aus Düsseldorf, der Oberbürgermeister von Passau ein Balte, der 2. Bürgermeister von Passau ein Rechtsanwalt aus Hamburg, der Bürgermeister von Kissingen ein Herr von Meinow aus Berlin, der Landrat von Kissingen ein preußischer Offizier von Wussow (s. auch StK 113712), der Landrat von Lichtenfels ein Herr von Bismarck, der Oberbürgermeister von Regensburg der frühere Polizeipräsident von Königsberg.

Ein von Schäffer und seinen Kollegen nicht in seiner ganzen Dimension erfaßter Bereich war das Flüchtlingsproblem.<sup>710</sup> Konkret in Angriff genommen wurden jedoch die damit verknüpften Themenbereiche Wohnraumbewirtschaftung<sup>711</sup> und Heimsendung der Evakuierten<sup>712</sup>. Hier strebte die Regierung eine zügige, geordnete Rückbeförderung an, verbot gleichzeitig aber sogenannte wilde, sprich auf die Initiative einzelner Bürgermeister zurückgehende Aktionen.

Auf das Flüchtlingsproblem, das damals in der Regierung auch unter dem Schlagwort Überfremdung diskutiert wurde, bezog sich unter anderem auch die Gesetzesinitiative eines Treuedankgesetzes, durch das ein spezielles bayerisches Landesbürgerrecht geschaffen werden sollte, das aber nicht realisiert wurde.<sup>713</sup>

Im Verhältnis Bayerns zu Österreich dominierte die Frage der Ausweisung von Bayern, auch Beamten, aus Österreich, ohne daß diese ihren beweglichen Besitz mitnehmen konnten.<sup>714</sup> Die bayerische Reaktion hierauf betraf insbesondere die Behandlung der in Bayern befindlichen und teilweise ebenfalls hier in der Staatsverwaltung tätigen Österreicher, die seit 1938 Reichsdeutsche waren.<sup>715</sup> Strittig war auch die Behandlung des Eigentums von Bayern in Österreich.<sup>716</sup> Die Staatsregierung konnte über diese Fragen, nach längerer Klärung durch die Militärregierung, direkt mit dem Landeshauptmann von Tirol verhandeln. Auf Regierungsebene ging es in diesem Zeitraum noch nicht um territoriale Forderungen Österreichs<sup>717</sup> sowie um die Klärung strittiger Fragen im Zusammenhang mit der Stromerzeugung durch Wasserkraft in den Alpen.

Um die von der Regierung Schäffer getroffenen Anordnungen sowie die erlassenen Gesetze und Verordnungen zur allgemeinen Kenntnis zu bringen und um die Abänderung bzw. Aufhebung nationalsozialistischen Rechts bekanntzugeben,<sup>718</sup> war das Wiedererscheinen des Bayerischen Gesetz- und Verordnungsblattes mit der ersten Ausgabe am 15. September 1945 von großer Bedeutung. Diese Maßnahme war auch eine wichtige Voraussetzung für die landesweite Durchsetzung der Autorität der Staatsregierung.<sup>719</sup>

Von großer Bedeutung für die Regierung Schäffer war weiterhin das Verhältnis zu den beiden großen christlichen Kirchen, auch wegen deren intakter Organisationsstruktur. Bei seinem Antrittsbesuch bei dem evangelischen Landesbischof Meiser bat Schäffer um verständnisvolle Zusammenarbeit der beiden Kirchen und ließ durchblicken, daß er, obwohl ehemals BVP-Vorsitzender, mit den „Methoden“ der früheren Bayerischen Volkspartei nicht immer ganz einverstanden gewesen sei.<sup>720</sup> Schäffers Vorstellung einer auf christlichem Fundament ruhenden Staatsführung fand die grundsätzliche Zustimmung Meisers.<sup>721</sup> Schäffer war demnach um ein entspanntes Verhältnis bemüht und kam noch zweimal mit Meiser zusammen.<sup>722</sup> Naturgemäß

Vgl. Schäffer an Stegerwald, 23. 7. 1945 (StK 113711) mit Bezug auf seinen Besuch in Würzburg (vgl. Nr. 12), bei dem er gefordert hatte, bei der Besetzung von Posten mit landfremden Elementen vorsichtig zu sein; Stegerwald an Schäffer, 28. 7. 1945 betr. Besetzung der Landräte in Mellrichstadt, Ebern, Bad Kissingen und Obernburg, u.a.: „Mit den ehemaligen Angehörigen der Bayerischen Volkspartei habe ich hinsichtlich ihrer Heranziehung zu hauptamtlichen Mitarbeitern bisher keine guten Erfahrungen gemacht. Verwaltungsjuristen für Landräte kann ich bisher nicht bekommen, weil diese fast ausnahmslos Parteimitglieder waren. An Schlüsselstellungen, wozu insbesondere die Landräte gezählt werden, werden Parteimitglieder von der hiesigen Militärregierung nicht mehr geduldet. Bei fähigen Rechtsanwälten bekomme ich eine Absage nach der anderen; gestern auch von Herrn Dr. Seidel, Aschaffenburg, der Landrat von Aschaffenburg-Land werden sollte“ (NL Pfeiffer 52); vgl. zu Seidel *Groß* S. 39. Am 3. 8. 1945 antwortete Schäffer Stegerwald, er habe von der hiesigen Militärregierung die Zusage erhalten, „daß wir ungeeignete Landräte, die in der ‚Hast der ersten Wochen‘ von den örtlichen Kommandeuren ernannt worden sind, durch andere geeignete Personen ersetzen können“ (StK 113711), S. Ministerrat vom 30. 11. 1945. Vgl. auch Regierung von Niederbayern und der Oberpfalz, Besetzung der Landratsämter nach dem Stande vom 14. 7. 1945, u.a. mit Angabe des Geburtsortes und hs. Bemerkungen Schäffers (NL Schäffer 14).

710S. o. S. 45.

711Vgl. Nr. 7 und Nr. 8.

712Vgl. bes. Nr. 7 Anm 82, Nr. 24, 28, 41, 44 und 54.

713Vgl. Nr. 7 Anm. 69. Vgl. auch das unter der Regierung Hoegner vorgelegte Gesetz über die bayerische Staatsangehörigkeit vom 30. Oktober 1945, das die Militärregierung ablehnte. S. Nr. 90.

714Vgl. Nr. 7 TOP VI und Nr. 4 TOP III.

715Vgl. bes. Nr. 7 TOP VI, 24, 76, 80, 82, 84 und 93. Vgl. auch Staatsrat Müller in der Besprechung über die Lage der Finanzverwaltung, 21.8. 1945, u.a. in Anwesenheit Schäffers (NL Hoegner 121).

716Vgl. Präsidialsitzung der IHK, 31. 8. 1945 (IHK-WA K 31/I 16) sowie Nr. 72.

717Kock S. 130 Anm. 148.

718Vgl. Nr. 5 Anm. 21.

719Vgl. Nr. 73, 84, 85, 86, 88 und 90.

720Schäffer lehnte weiter den „politisierenden Geistlichen“ ab und sagte „daß auch der Kardinal nicht wünsche, daß sich die Geistlichen mit Politik befassen“. Notiz Meisers über Schäffers Antrittsbesuch am 4. 6. 1945 (NL Meiser 212).

721S. zu Meisers Vorstellungen über eine paritätisch zusammengesetzte Regierung, Einleitung o. S. 32.

722Vgl. Itinerar.



enger war das Verhältnis Schäffers und Kultusminister Hippi zur katholischen Kirche und ihrem ersten Repräsentanten in Bayern, Kardinal Faulhaber.<sup>723</sup> Vor der ersten Tagung der bayerischen Bischofskonferenz in Eichstätt am 26./27. Juni 1945 brachten Schäffer und Hippi am 22. Juni gegenüber den Bischöfen zum Ausdruck, daß sie die Bestimmungen des Konkordats in vollem Umfange als verbindlich betrachteten, soweit bei den gegebenen Verhältnissen überhaupt möglich und vorbehaltlich der erforderlichen Zustimmung und Genehmigung der Militärregierung.<sup>724</sup> Das Festhalten am Konkordat sowie am Staatsvertrag mit der evangelischen Landeskirche hatte der Ministerrat am 21. Juni 1945 beraten und Hippi den Auftrag erteilt, eine offizielle Formulierung – in welcher juristischen Form ist nicht faßbar – über die Fortgeltung beider Verträge aus dem Jahre 1924 zu erstellen.<sup>725</sup> Am 10. Juli 1945 begrüßte Faulhaber für die Bischöfe diese Haltung der Staatsregierung; er unterstrich, daß damit die Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat einen festen Rechtsboden habe.<sup>726</sup> Gegen eine solche eindeutige Festlegung bestanden jedoch bei der Militärregierung erhebliche Vorbehalte, zum einen was die Kompetenz der Staatsregierung zu einem solchen Akt betraf, zum anderen wegen des Problems einer eventuellen Bindungswirkung auch für das Handeln der Militärregierung.<sup>727</sup>

Wenn hier die Zusammenarbeit der ersten bayerischen Nachkriegsregierung mit den beiden christlichen Kirchen skizziert wird, so ist zu unterstreichen, daß die in der Nachkriegszeit weit verbreitete Überzeugung von der Notwendigkeit einer auf dem Fundament des Christentums ruhenden Neuorientierung auch in den Äußerungen Hippi und Schäffers in markanter Weise enthalten war.<sup>728</sup> Die Militärregierung kam der Kirche entgegen, indem sie die Feiertagsregelung der Jahre vor 1933 wieder zuließ.<sup>729</sup> Auch der Bitte Faulhabers, die Fronleichnamsprozession in Form des traditionellen Umzuges durch die Straßen der Münchner Innenstadt am 31. Mai 1945 stattfinden zu lassen, wurde entsprochen.<sup>730</sup> Durch die Teilnahme Schäffers und aller katholischen Regierungsmitglieder wurde für die Bevölkerung sichtbar an die Tradition des guten Verhältnisses von Regierung und katholischer Kirche aus der Zeit vor 1933 angeknüpft. Im Bereich des Kultusministeriums war die Wiedereröffnung der Schulen, zuerst der Volksschulen,<sup>731</sup> ein vorrangiges, auch von der Militärregierung forciertes Ziel. Diese Fragen spielen jedoch in den Ministerratsprotokollen und den Aufzeichnungen über die Unterredungen Schäffers mit der Militärregierung so gut wie keine Rolle; sie wurden von Kultusminister Hippi selbständig mit der Militärregierung verhandelt.<sup>732</sup> Äußerst kritisch reagierte die Militärregierung auf die Wiedereinführung der Bekenntnisschule als Regelschule durch Hippi; sie war auch eine der Ursachen für dessen Entlassung.<sup>733</sup>

Im August 1945 wurde die Frage der Wiederzulassung von Parteien ein Thema für Schäffer und die Regierung. Zunächst stemmte sich der Ministerpräsident dagegen;<sup>734</sup> als aber die Entwicklung nicht mehr aufzuhalten war, schaltete er sich in den Gründungsprozeß der CSU ein.<sup>735</sup>

723Konkrete Nachweise dafür finden sich jedoch kaum in den Quellen, indirekte Hinweise sind zahlreich. Vgl. S. 24 Anm. 85.

724Schäffer und Hippi an die Bischofskonferenz, z. Hd. Faulhaber, 22. 6. 1945; *Volk*, Faulhaber S. 1074 Anm. 3. Vgl. Hippi an Faulhaber, 22. 6. 1945 (NL Faulhaber 7450).

725Vgl. Nr. 3 TOP XI. Vgl. Faulhaber an Schäffer und Hippi, 7. 7. 1945 (NL Pfeiffer 64).

726Faulhaber an Schäffer, 10. 7. 1945; *Volk*, Faulhaber S. 1074 Anm. 5.

727Vgl. Major D'Arms gegenüber Domkapitular Zinkl, 5. 9. 1945: „Ich habe von Frankfurt die Weisung, daß beim Aufbau des Schulwesens die Bestimmungen des Bayerischen Konkordats zu beachten sind. Eine grundsätzliche Erklärung zur Frage der Rechtsgültigkeit des Konkordates soll damit nicht gegeben sein“ (NL Faulhaber 7486). S. *Nawiasky-Leusser* S. 221.

728Vgl. Schäffers Radioansprache vom 14. Juni 1945, *Dokumente* III/9 S. 21–24, (Entwürfe in NL Schäffer 14). Vgl. auch Schäffers Rede vom 21. 7. 1945, zum Nachweis s. Nr. 25. Vgl. Hippi an Faulhaber, 22. 6. 1945, der u.a. versichert, gemeinsam daranzugehen, das Volk wieder zu christlichem Denken und Leben zurückzuführen (NL Faulhaber 7450).

729Vgl. Nr. 6 TOP VI bes. Anm. 19.

730Faulhaber an RMG, 18. 5. 1945 und 5. 6. 1945 (NL Faulhaber 7501). Sie fand dann am 3. Juni 1945 statt.

731Vgl. Nr. 9 TOP VIII.

732OMGUS 5/308–2/30.

733S. o. S. 63. Hippi an die Regierungspräsidenten, 23. 7. 1945 und Hippi an Faulhaber, 23. 7. 1945 (NL Faulhaber 7450). S. *Hürten*, Handbuch S. 403.

734Vgl. Nr. 7 TOP IX.

735S. o. S. 69.

Für viel Unruhe sorgte die Unsicherheit auf dem Lande, die vor allem von marodierenden ehemaligen Zwangsarbeitern ausging und gegen die sich dörflicher Selbstschutz organisierte.<sup>736</sup> Eine bayerische Polizei mußte erst neu aufgebaut werden.

Eine positive Klärung erreichte Schäffer hinsichtlich der durch das Gesetz Nr. 52 gesperrten Vermögen der NS-Wohlfahrtsorganisationen in Bayern, die der Fürsorgeabteilung des Innenministeriums zur Verfügung gestellt werden konnten.<sup>737</sup>

Die allgemeine Beseitigung von NS-Bezeichnungen in der Öffentlichkeit hatte Col. Keegan bereits im Juni 1945 angeordnet.<sup>738</sup> Schäffer wandte sich in dieser Angelegenheit am 21. Juli über Radio an die Bevölkerung und erläuterte die Bedeutung dieser Maßnahme: Sie sei ein Bekenntnis, daß der Nationalsozialismus tot, eine Mahnung, daß der Glaube an einen politischen Messias falsch sei, Kraft und Zuversicht des Volkes aber in seiner sittlichen Tüchtigkeit und im Vertrauen auf Gott liegen. Mit dem Verschwinden der nationalsozialistischen Zeichen, an deren Stelle wieder die Namen der bayerischen Heimatgeschichte träten, verknüpfe sich die Hoffnung auf eine bessere Zukunft, die sich wieder an der Tradition der Heimat orientiere.<sup>739</sup>

Weitere wichtige Themen des Kabinetts Schäffer waren die Regelung der Kriegssachschäden, des Wohnungsbaus (Städteplanung, Verteilung der Baustoffe),<sup>740</sup> die Wiederherstellung der Kommunikationsmöglichkeiten (Telefon, Post, Verkehr) und die Frage, ob die Preisausgleichszahlungen für die Landwirtschaft aufrechterhalten würden.

Der Frage der Zugehörigkeit des französisch besetzten Stadt- und Landkreises Lindau zu Bayern widmete die Regierung Schäffer große Aufmerksamkeit.<sup>741</sup> Dabei wurden sowohl der Kontakt mit dem Bürgermeister und kommissarischen Landrat Eberth und der französischen Militärregierung hergestellt, als auch das Problem bei der amerikanischen Militärregierung angesprochen. Durch die Bemühungen der Regierung Schäffer und die von ihr erhobenen Ansprüche, welche die amerikanische Militärregierung wohlwollend zur Kenntnis nahm, wurden die Voraussetzungen für die spätere Entwicklung mit der endgültigen Eingliederung Lindaus 1955 gelegt.<sup>742</sup>

Die Zugehörigkeit der Rheinpfalz zu Bayern sah die Regierung Schäffer nicht als problematisch an. Offensichtlich ging man zu dieser Zeit ganz selbstverständlich von einer späteren Eingliederung aus,<sup>743</sup> obwohl Schäffer am 28. Juli einen Bericht gelesen hatte, daß die Franzosen, die seit 10. Juli 1945 die Amerikaner in der Pfalz abgelöst hatten, wieder an die alten Pläne einer Annexion dieses Gebietes anknüpften.<sup>744</sup> In der Bevölkerung treffe der Annexionsplan auf wenig Gegenliebe. Die Weiterentwicklung der Frage hänge in hohem Maße von Bayern ab.<sup>745</sup> Daß der Anspruch Bayerns auf die Pfalz aufrechterhalten wurde, geht aus der Titulatur verschiedener Verordnungen und Berichte hervor.<sup>746</sup> In den Unterlagen des Pfälzers Pfeiffer finden sich weitere Berichte und der Hinweis, daß eine Kommission vom 5. bis 7. September 1945 die Pfalz besuchte.<sup>747</sup>

736Vgl. Berichte NL Pfeiffer 52 und Daily Summary RMG, 14. 6. 1945 (OMGBY 13/74–2/3) sowie Nr. 10 TOP I, 12 TOP III und 83. S. Ministerrat vom 5. und 30. 11. 1945 sowie *Hausenstein* S. 362, 365.

737Nr. 64, 71, 72, 78, 80, 86, 91 und 100.

738Nr. 3 TOP III.

739Zum Nachweis der Rede s. Nr. 25.

740S. Nr. 13.

741Vgl. Nr. 17, 38, 73, 76, 84 und insbesondere StK 110916.

742Zum Fortgang NL Pfeiffer 52 und *Hoegner* S. 273f.

743Vgl. „Erwägungen zur Frage Kanzlei des Bayerischen Ministerpräsidenten“, 11.6. 1945 (NL Pfeiffer 55). Auch noch später, vgl. Ministerrat vom 20. 10. 1945.

744Vgl. zum Separatismus in den zwanziger Jahren *Albert Pfeiffer* sowie *Gräber/Spindler*, zur Entwicklung in der Pfalz 1945 *Quellen zum Neubeginn der Verwaltung im rheinland-pfälzischen Raum* und *Quellen zur Geschichte von Rheinland-Pfalz*, zum Separatismus *Wünschel*. Hipp an Faulhaber, 22. 6. 1945, der u.a. versichert, gemeinsam daranzugehen, das Volk wieder zu christlichem Denken und Leben zurückzuführen (NL Faulhaber 7450).

745Stürmann an Schäffer, Bericht des Kaplans Mentz, 20. 7. 1945 (NL Pfeiffer 52).

746Vgl. zur amerikanischen Haltung den Bericht Pollocks an Civil Administration Division USGCC/Berlin, 6. 9. 1945: Inspection Trip through the American Zone, 12. 8.-1. 9. 1945, betr. Governmental Structure; *Dorn* S. 55–60: „The separation of the Bavarian Palatinate does not interfere with the orderly operation of government in Land Bavaria“.

747NL Pfeiffer 52.

Außer der Pfalz und Lindau hatte sich der Gebietsstand Bayerns zum Stichtag 1. Oktober 1945 auch um ehemals sudetendeutsche Gebiete (Landkreis Bergreichenstein, Markt Eisenstein, Prachatitz und 11 Gemeinden des Landkreises Waldmünchen) reduziert. Nicht mehr zu Bayern gehörten auch die 1938 dem bayerischen Landkreis Sonthofen eingegliederten österreichischen Gemeinden Jungholz und Mittelberg.<sup>748</sup>

Die Anfrage Thüringer Landkreise im Juni 1945, sich Bayern anzuschließen, die Schäffer der Militärregierung vortrug, lehnten die Amerikaner mit dem Hinweis auf die Sowjetunion und die Präzedenzwirkung einer solchen Entscheidung kategorisch ab.<sup>749</sup> Hingegen umfaßte das bayerische Staatsgebiet seit Juli 1945 auch die sogenannte Enklave Ostheim v.d. Rhön (Landkreis Mellrichstadt), die vor 1933 zum Freistaat Thüringen gehört hatte.<sup>750</sup>

Einen vergleichsweise geringen Stellenwert in den vorhandenen Quellen hat die Ernährungslage,<sup>751</sup> die dennoch wie die Wohnungs- und Brennstofffrage von existentieller Bedeutung für die Bevölkerung war.<sup>752</sup>

Überhaupt hat eine ganze Reihe von Entwicklungen in diesen vier Monaten des Jahres 1945 in den Beratungen des Kabinetts und den Besprechungen Schäffers mit der Militärregierung nur geringen oder gar keinen Niederschlag gefunden. So werden als einzige Verbandsgründungen der Bayerische Bauernverband und der Landesverband für den Nichtstaatswald erwähnt.<sup>753</sup> Das Wiederaufleben eines Bayerischen Gemeindetages bzw. Städtverbandes wurde von der Militärregierung blockiert.<sup>754</sup> Gar nicht erfaßt werden in den Protokollen die Gründung der Gewerkschaften<sup>755</sup> und der Arbeitgeberverbände sowie etwaige Vorarbeiten oder die Wiederaufnahme der Tätigkeit der Industrie- und Handelskammern.<sup>756</sup> Kein Thema war auch die Vorbereitung von Demontagen, im Unterschied zur Verhaftung führender Wirtschaftsvertreter in Bayern.<sup>757</sup>

748 *Statistisches Handbuch für Bayern*. München 1946. *Statistisches Jahrbuch für Bayern* 1947.

749 Vgl. Nr. 17, 18. Daily Summary RMG, 16. 6. 1945: „Minister President Schäffer presented a request of Bürgermeister of Meiningen and Landrat of Meiningen, to annex Sonneberg, Hildburghausen, Schmalkalden, Schleusingen, Meiningen and Eisenach (Landkreise in Thuringia) to Bavaria. Col. Keegan, RMGO, directed Minister President Schäffer to reply to the question by stating that such a union was impossible and the determination of this question was outside the jurisdiction of this Headquarters“ (OMGBY 13/74–2/3).

750 Vgl. Nr. 18, 30 und 45. S. *Hofmann* S. 28f.

751 S. *Erker* und *Stinglwagner* S. 81f. sowie 85f.

752 Vgl. Nr. 9 TOP VIII.

753 Nr. 9 TOP VIII.

754 Vgl. Nr. 96 und Daily Summary RMG, 14. 6. 1945 (OMGBY 13/74–2/3); *Volkert* S. 99f.

755 S. die diesbezügliche Korrespondenz Schäffer – Roßhaupter (StK 114743).

756 Vgl. *Lanig-Heese*, *Moser*, *Müller-Ballin*, *Fuchs* und *H. Winkel*.

757 Vgl. Nr. 5 Anm. 12. Vgl. mit Einzelbeispielen *Hetzer*.